

MURAT ÇAKIR



Die Präsidentialdiktatur

ARTIKELSAMMLUNG 2016-2020

Inhalt

Einleitung	5
Angewiesen auf Zusammenarbeit mit Despoten?	6
Die »getürkte« Kandidatur	11
Die Metamorphose des kemalistischen Laizismus	13
Erdoğans neue Türkei	15
Der Putschversuch: »Dilettantisch« oder »für Erdoğan«?	19
Erdoğans Syrien-Abenteuer	23
Die Türkei nach dem Putschversuch	31
Die neuen Stützen des AKP-Regimes	39
»Noble Einsamkeit« und strategische Sachzwänge	45
Die faschistoide Vorfeldorganisation	50
Warum Erdoğan?	56
Erdoğans »totaler Krieg« und das deutsche Kapital	58
Verfassungsreferendum in der Türkei – Pyrrhussieg Erdoğan?	65
Widerstand statt Scheindebatten	69
Wenn das Kapital seine Zähne zeigt...	71
Veränderung der »Türkei-Politik« oder graduelle Korrektur?	73
»Neue Türkei« oder Restauration des Neoliberalismus?	75
Über Afrin zum Faschismus	79
Rational, konservativ und Interessengeleitet	83
Legitimierung der Präsidialdiktatur	87
»Verkürzte Solidarität« oder unsolidarische Schuldzuweisung?	90
In autoritär-neoliberaler Kontinuität!	94
Die getürkte Debatte	97

Einleitung

Die vorliegende Publikation ist die (vorerst) letzte Fortsetzung der beiden Artikelsammlungen »Neo-osmanische Träume – Über das Werden einer Regionalmacht« (2011) und »Autoritärer Neoliberalismus und Islamisierung – Die Charakterzüge der ‚Neuen Türkei‘« (2015). Darin finden Sie in chronologischer Reihenfolge eine Auswahl von türkeibezogenen Artikel, die in verschiedenen Tageszeitungen, Zeitschriften oder in verschiedenen Internetseiten veröffentlicht wurden.

In diesen Artikeln werden vor allem der Aufbau einer durch Wahlen legitimierten Präsidialdiktatur, die kontinuierliche bundesdeutsche Unterstützung, EU-Türkei-Beziehungen und die aggressive Außenpolitik der Türkei thematisiert. Einige Artikel befassen sich mit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 und dessen Hintergründe. In diesem Zusammenhang sollte auf einen Artikel über die Gülen-Bewegung, den der Autor gemeinsam mit Nick Brauns veröffentlicht hat, hingewiesen werden. Neben einem Artikel über das Wahlverhalten von türkeistämmigen Migrant:innen in der BRD sowie einem Aufsatz über die »Grauen Wölfe« wird auch der Artikel »Syrien, die Kurden und eine verkürzte Solidarität« von Joachim Guilliard kritisch betrachtet.

Soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in der Türkei wurden und werden in der BRD aufmerksam verfolgt. Inzwischen gibt es zahlreiche, vor allem junge Autor:innen, die sich mit diesem Thema beschäftigen und fleißig publizieren. Das ist sehr erfreulich. Wenn die vorliegende Artikelsammlung als eine Ergänzung der bisher veröffentlichten anderen Werke über die Türkei angesehen werden kann, dann wird sie ihren Zweck erfüllt haben.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Murat Çakır

Im Dezember 2020

Angewiesen auf Zusammenarbeit mit Despoten?

Über die Türkeiipolitik der EU und die Rolle der BRD
Februar 2016

Just in den Tagen, in denen vor den Augen der Weltöffentlichkeit kurdische Ortschaften vom türkischen Militär und Spezialeinheiten der Polizei umlagert, dem Erdboden gleichgemacht, Zivilisten – vor allem Kinder und Frauen auf offener Straße hingerichtet wurden und der schmutzige Krieg der Herrschenden in der Türkei eine neue Eskalationsstufe erreichte, fanden in Berlin und Brüssel zwei wichtige Ereignisse statt.

In Berlin war es eine Premiere: erstmals fanden deutsch-türkische Regierungskonsultationen statt. Bundeskanzlerin Merkel empfing ihren türkischen Kollegen Davutoğlu mit allen militärischen Ehren und sie ließen ihre Minister zusammenkommen. Offensichtlich war es der Bundesregierung, die derzeit in der Flüchtlingsfrage unter Druck steht, von Bedeutung, die besondere »Wertschätzung« gegenüber der Türkei öffentlichkeitswirksam hervorzuheben. Zwar warfen gehässige Mäuler der Bundeskanzlerin vor, sie würde »einen schmutzigen Deal« eingehen, der einem »Kniefall vor dem Despoten Erdoğan« gleiche, aber in den bürgerlichen Medien fanden die »Konsultationen« weitgehend ein positives Echo. Immerhin wird von der Türkei erwartet, dass sie zukünftigen Flüchtlingsströmen einen Riegel vorschiebt und somit Europa von dem Druck der »Verdammten dieser Erde« befreit. Das ist der EU mindestens 3,5 Mrd. Euro sowie wohlwollende politische Unterstützung wert.

Ein paar Tage später, am 26. und 27. Januar 2016 fand in Brüssel die 12. Internationale Konferenz zum Thema »Die EU, die Türkei und die Kurden« statt. An der von EUTCC und der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) ausgerichteten Konferenz nahmen zahlreiche Persönlichkeiten teil: Vertreter*innen kurdischer Organisationen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen sowie Politiker*innen aus der EU und der Türkei machten auf die dringende Notwendigkeit eines Friedensprozesses aufmerksam, verurteilten die türkische Regierung und appellierten an die EU sowie an europäische Regierungen, sich für ein Friedens- und Demokratisierungsprozess in der Türkei einzusetzen. Diese internationale Konferenz, in der ohne Frage das »Richtige« gesagt und gefordert wurde, fand jedoch in den bürgerlichen Medien kaum Resonanz. Kurd*innen und ihre Freund*innen waren wieder einmal unter sich. Das war's!

War's das wirklich oder sollte diese traurige Tatsache nicht Anlass genug sein, um einiges grundsätzlich zu überdenken und Antworten auf einige Fragen zu suchen, so z.B.: Warum unterstützt die EU das AKP-Regime? Ist die EU und sind die europäischen Regierungen an einer demokratischen und friedlichen Lösung der Kurdischen Frage überhaupt interessiert? Was ist die Rolle der BRD und wessen Interessen sind eigentlich von Bedeutung?

Klarheit über die EU

In diesem Zusammenhang steht die kurdische Bewegung vor der Notwendigkeit, die Rolle der EU, des EU-Parlaments und der europäischen Regierungen in Bezug auf die Kurdische Frage neu zu bewerten. Denn die Erwartungen, die EU und europäische Regierungen könnten das AKP-Regime zum Umdenken bzw. zur Wiederaufnahme des sog. »Friedensprozesses« drängen oder mindestens ihre repressive Politik gegen kurdische Organisationen in Europa beenden, haben sich als Illusion herausgestellt. Diese Erwartungshaltung ist und bleibt nur ein Wunschtraum. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens ist zu konstatieren, dass sich die EU unter der Führung der BRD, also des deutschen Imperialismus zu einer wirtschaftlichen und politischen Struktur der imperialistischen Staaten Westeuropas entwickelt hat. Expansionistische Ziele, neoliberaler Umbau, gewaltiger Sozialabbau, Auslöschung der bürgerlichen Demokratie, Militarisierung der Außenpolitik, Orientierung an der

Durchsetzung der Interessen internationaler Konzerne, aggressive Aktionen gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität souveräner Staaten, bewusste Verletzung des UNO-Charta und des internationalen Völkerrechts sind nun Charakteristika dieser EU.

An der Seite der USA, aber zugleich in Konkurrenz zu ihr, streben imperialistische Staaten Westeuropas unter der EU-Hülle aktiv danach, den geopolitischen Raum zu erobern. Innerhalb der letzten 25 Jahre haben zahlreiche Kriege und bewaffnete Interventionen, die allesamt von imperialistischen Mächten initiiert wurden, vor allem aber die Osterweiterung der NATO und der EU die europäischen und internationalen Widersprüche verschärft. Während NATO und die EU Mittel- und Osteuropa zu ihrem Aufmarschgebiet verwandelt haben, gemeinsam mit der USA zu einer feindlichen Haltung gegenüber Russland und China übergegangen sind und mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gewalt der gesamte Nahe und Mittlere Osten sowie Teile Afrikas weiter destabilisiert werden, werden in den bürgerlichen Staaten der EU nach und nach autoritär-neoliberale Sicherheitsregime installiert, mit Freihandels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA, TTIP und TISA Sozialstandards abgebaut, Ausbeutungsmechanismen verstärkt und durch die Förderung des Wohlstandschauvinismus, Rechtspopulismus sowie des Rassismus gesellschaftliche Spaltungslinien vertieft, somit mögliche gesellschaftliche Widerstandspotentiale geschwächt.

Sowohl die USA als auch die EU setzen bei ihrem Kampf um die erneute Aufteilung der Welt, um die Kontrolle von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Versorgungswegen, um politische Einflusssphären auf immer mehr militärische Mittel. Dieser Tendenz zum Einsatz des Militärischen erhöht die Gefahr eines weltweiten Krieges und führt zur Zuspitzung von kriegerischen Handlungen in regionalen Konflikten. Der wesentliche Grund dafür ist die dem Imperialismus innewohnende Aggressivität, welche durch die im Rahmen des Kapitalismus unlösbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen verschärft wird. Unsere Gegenwart, die ökonomische, politische und gesellschaftliche Realität belegt die offensichtliche Tatsache, dass der Krieg, auch im 21. Jahrhundert nur der Ausdruck und Fortsetzung der Klassenpolitik des Kapitals ist.

Gerade im Nahen und Mittleren Osten, wo reiche Erdgas- und Erdölquellen liegen und mehrere Pipelinepläne auf ihre Verwirklichung warten, kann verfolgt werden, welche Auswirkungen diese unsägliche Politik hat: Millionen Menschen auf der Flucht, Hundertausende Tote, zerstörte Städte und ganze Regionen, Armut, dschihadistischer Terror, Stellvertreterkriege, ethnische und konfessionelle Konflikte. Irak und Syrien befinden sich in einem Zerfallsprozess und die Gefahr, dass der Flächenbrand auf Nachbarländer übergreift, wird von Tag zu Tag größer. Das, was seinerzeit als »Bekämpfung des Terrors« und »Durchsetzung von Freiheit und Demokratie im geopolitischen Großraum von Marokko bis Kasachstan« (auch bekannt als »Middle East Partnership Initiative«) angepriesen wurde, hat sich als Brandbeschleuniger entpuppt. Mehr noch; die Brandstifter wollen jetzt die Feuerwehr stellen!

»Neue Macht. Neue Verantwortung«

Die »Zentralmacht in Europa«, die BRD, seit langem ihrer Stellung als »Gestaltungsmacht im War-testand« überdrüssig, ist aktiv an dieser Entwicklung beteiligt und nutzt ihre ökonomische Macht sowie ihre führende Position in der EU aus, um in den Rang einer internationalen Ordnungs- und Gestaltungsmacht aufzusteigen. Es steht außer Frage; der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Während die BRD Europa zu ihrem Binnenmarkt fortentwickelt und kleinere EU-Mitgliedsstaaten sowie Nachbarländer der EU ihren Diktaten unterworfen hat, ist sie bestrebt, die Hebelwirkung der EU für ihre expansionistischen Ziele zu nutzen und verwandelt dabei ihre Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Mit Rüstungsprojekten – Verteidigungsministerin von der Leyen plant in den kommenden Jahren 130 Mrd. EU in die militärische Ausrüstung zu investieren – und immer umfangreicheren Auslandseinsätzen soll die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr gesteigert werden. Eine EU-Armee unter deutscher Führung und mit der Fähigkeit zur weltweiten Intervention ist im Aufbau.

In Dokumenten wie das »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« oder im Strategiepapier »Neue Macht. Neue Verantwortung« können die strategischen Ziele der seit den 1990er Jahren systematisch umgesetzten langfristigen Konzepten des deutschen Imperialismus herausgelesen werden: der kontinuierliche Ausbau und Sicherung seiner Hegemonie und Füh-

rungsrolle in Europa und Aufstieg in den Rang einer Weltmacht. Insofern ist es kein Zufall, dass nahezu alle führenden Köpfe der deutschen Politik bei jeder Gelegenheit von der »neuen Verantwortung Deutschlands« schwadronieren und hochmütig voraussagen, dass »Deutschland künftig öfter und entschiedener führen müssen« werde.

Der »größte und wirtschaftlich stärkste Staat in Europa« will aller Welt ihren eisernen Willen und ihre Fähigkeit, die strategischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals »gegen äußere wirtschaftliche, politische und ggf. auch militärische Pressionen zu verteidigen« unter Beweis stellen – wobei bekanntlich Angriff die beste Verteidigung ist! Gerade der Nahe und Mittlere Osten, als einer der politisch wichtigsten Regionen der Welt scheint dem deutschen Imperialismus dafür ein geeignetes Terrain zu sein. Angesichts des Rohstoffreichtums, der geostrategischen Bedeutung, der Möglichkeiten neue und große Märkte zu erschließen – so. z.B. aktuell im Iran – und des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials der gesamten Region ist dieser Drang nachvollziehbar.

Die Politik der BRD in dieser Region ist in erster Linie darauf ausgerichtet, zum einen Profit sichernde Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen und die Staaten in der Region so zu beeinflussen, so dass das Kräfteverhältnis in der Region zugunsten des deutschen Kapitals langfristig abgesichert werden kann. Andererseits ist ihre Politik auf eine einflussreichere Teilnahme an der sich vollziehenden Neuordnung der Region ausgerichtet, um so stärker in den Entscheidungsmechanismen der internationalen Politik wirken zu können und gleichzeitig die negativen Auswirkungen der regionalen Krisen sowie von Zerfallsprozessen wie im Irak und Syrien auf die deutsche Wirtschaft abzumildern. Abgesehen davon macht die Absicherung und Erweiterung ihrer Rüstungsexporte ein stärkeres Engagement in der Region notwendig.

Die »strategische Imperative«

Das Expansionsbestreben des deutschen Imperialismus und anderer imperialistischer Staaten Europas erfordert eine stärkere und ausgeweitete Kooperation mit den herrschenden Klassen in der Region. Die Neuordnung der Machtverhältnisse in der Region ist zugleich ein Kampf um die regionale Hegemonie und für die EU-seitige Beeinflussung der herrschenden Klassen in Ägypten, im Iran und Irak, in Israel, Jemen, in den Golfkooperationsstaaten, Saudi-Arabien und der Türkei.

Aufgrund ihrer wertvollen geostrategischen Lage und ihrer Position als eines der zentralen Energieumschlagsplätze kommt der Türkei eine besondere Bedeutung zu. Die deutsche Türkeipolitik, welche die seit den Zeiten Kaiser Wilhelms von einer Konstante geleitet wird, ist ein unschätzbares Wettbewerbsvorteil für die BRD. Denn vom Kolonialstrategen Paul Rohrbach (1911) über den ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann bis zur Bundeskanzlerin Merkel, also von der bürgerlichen Wissenschaft, dem deutschen Militär und der politischen Vertretung des deutschen Kapitals war stets zu hören, dass die Unterstützung der türkischen Machthaber immer eine »strategische Imperative« zur Verteidigung wirtschaftlichen Interessen Deutschlands war und ist.

Insofern ist es keine Überraschung, dass bisher alle Bundesregierungen, trotz ihrer Türkei- und Islamkritischen Rhetorik in der Innenpolitik, alle türkischen Regierungen unterstützt haben. Als NATO-Partner, als Rüstungslieferant bzw. Lizenzgeberin für Rüstungsgüter und als Listenplatz Nr. 1 für türkische Exporte hat die BRD ein strategisches Interesse daran, das türkische Kapital und dessen Herrschaftsinstrumente zu stärken und zu schützen.

Jedoch, die deutsch-türkische »Waffenbrüderschaft« und strategische Partnerschaft war und ist nie frei von Widersprüchen. Wie jede Kollaboration basieren auch die deutsch-türkischen Beziehungen auf gemeinsame Interessen, die sich zeitweilig auch widersprechen können, gestalten sich im Rahmen der Kräfteverhältnisse und müssen immer wieder von neuem geformt werden. Auch wenn die wirtschaftliche Übermacht der BRD immer ein bestimmender Faktor ist, kann die türkische Seite, je nach gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen sowie regionalen Entwicklungen, als souveräner Partner den Fortgang und die Richtung dieser Beziehungen mitbestimmen.

So nutzt beispielsweise das AKP-Regime, die der geostrategisch wertvollen Lage der Türkei und der gegenseitigen Abhängigkeiten bewusst ist, die derzeitige Flüchtlingskrise als ein Faustpfand für seine Beziehungen zur BRD und EU. Alle Beteiligten wissen, dass die seit Monaten andauernden

Flüchtlingsströme in die europäischen Staaten ohne die Entscheidung der Türkei, die Flüchtlinge »gehen zu lassen«, so nicht möglich geworden wäre. Die BRD und die EU benötigen zur Abschottung der Außengrenzen und zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen in der Region die türkischen Machthaber. Das AKP-Regime wiederum benötigt die Unterstützung der EU und der BRD zur Erhaltung ihrer Macht. Das Regime ist auf die Wiederaufnahme des Beitrittsprozesses angewiesen, zum einen, um ihr Image als europäisches Land aufzupolieren und zum anderen, um die wirtschaftlichen Verluste, die durch das Wegbrechen ganzer Märkte in der Region und wegen dem Investitionsrückgang entstanden sind, zu kompensieren.

Auch wenn es so erscheint, als ob das AKP-Regime in der Flüchtlingsfrage am längeren Hebel sitzt und der EU ihre Bedingungen diktieren könnte, ist das Regime dennoch aufgrund ihres außenpolitischen Fiaskos, der innenpolitischen Lage, der entstandenen Instabilität sowie aufgrund der verheerenden Auswirkungen der Vielfachkrise, in der die Türkei steckt, auf das wohlwollende Entgegenkommen der imperialistischen Staaten Europas angewiesen. Diese wissen genau, in welchen wirtschaftlichen und politischen Problemen das Regime steckt und von der Wiederbelegung des Beitrittsprozesses innenpolitisch profitieren möchte. Zugleich wollen sie sich durch die Stärkung des AKP-Regimes gegen negative Auswirkungen der regionalen Krisen absichern. Die Türkei soll wieder ein »Stabilitätsfaktor in einer Region der Instabilitäten« (G. Schröder) werden – zugunsten der BRD und der EU.

Fazit

Kommen wir zurück auf die am Anfang gestellten Fragen. Warum also unterstützt die EU das AKP-Regime? Um ihre Abschottungspläne zu verwirklichen und um ihre Interessen zu wahren, braucht die EU das Regime. Die Flüchtlingsfrage wird genutzt, um die seit 2004 entwickelten Pläne, Flüchtlingslager außerhalb der EU aufzubauen und die Fluchtwege noch in der EU-Peripherie zu schließen, soll die Türkei zu einer Pufferzone und einem Flüchtlingsabwehrzentrum verwandelt werden. Die wiederaufgenommenen Beitrittsgespräche sind nicht nur eine politische Unterstützung für das AKP-Regime. Vielmehr wird der EU-Beitrittsprozess dazu genutzt auf das Regime einzuwirken und den Einfluss der EU zu erhöhen. Die Eröffnung eines jeden neuen Kapitels bedeutet, da es dem Charakter des Beitrittsprozesses entspricht, die schrittweise Übertragung von Souveränitätsrechten auf die EU. Mittel- und langfristig ist die Türkei ökonomisch, politisch und militärisch auf die EU und vor allem auf die BRD angewiesen. Genau damit »pokert« die EU, womit wir konstatieren können, dass weder die EU noch irgendeine europäische Regierung an einer echten demokratischen und friedlichen Lösung der Kurdischen Frage – sprich Demokratisierung, Autonomierechte, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit etc. – interessiert sind.

Interessiert sind sie jedoch an einer systemimmanenten, herrschaftssichernden »beruhigenden Befriedung« in den kurdischen Gebieten, was in erster Linie der inneren Stabilität des AKP-Regimes und der Domestizierung der kurdischen Bewegung dienlich ist, diese spalten und im Endergebnis marginalisieren soll. Gleichzeitig wird über diese »beruhigende Befriedung« für die Erhaltung des parlamentarischen Systems in der Türkei – was einer Karikatur der bürgerlichen Demokratie entspricht – beworben werden, da das von der AKP verfolgte Durchsetzung eines autoritären Präsidialsystems, aufgrund der staatlichen Interventionen in die Organisation der kapitalistischen Konkurrenz, Seitens der EU nicht präferiert wird. Letztlich wird über die generierte Legitimität entschieden werden, ob das Präsidialsystem umgesetzt werden kann. Aber unabhängig davon ist sich auch die EU bewusst, dass die AKP, in welcher Regierungsform auch immer, Kapitalinteressen »wie ein Löwe« verteidigen wird.

Wie sich der Einfluss der EU auswirken wird, ist noch offen. Aber in Bezug auf die Flüchtlingsfrage kann die EU durchaus auf einen sofortigen Erfolg (!) hinweisen: Gleich nach dem Gipfel am 29. November 2015 zwischen der Türkei und den europäischen Staats- und Regierungschefs hat die Zahl der Flüchtlinge, die über Griechenland nach Europa flüchten wollen, stark abgenommen. Umgekehrt konnte aber die AKP ihrer Basis nachweisen, dass sie weiterhin von der EU hofiert wird und eventuelle Erleichterungen bei Visaerteilung und Reisefreiheit nur mit ihr zu bekommen sind. Eine »Win-Win-Situation« also.

Während die EU die Türkei als »sicheres Herkunftsland« ausrufen will und sich auffällig stillhält,

setzt das AKP-Regime ganze Regionen in Kurdistan in Schutt und Asche und führt ihre rigorose Unterdrückungspolitik gegen jegliche Opposition fort. Eigentlich müssten im Laufe der letzten Monate nun jeder liberale Zweifler, jeder begriffsstutzige Träumer und die kleinbürgerlichen »Intellektuellen« längst begriffen haben, dass Seitens der EU, geschweige denn Seitens der BRD, irgendwelcher Protest gegen die Willkürjustiz und faschistoiden Maßnahmen des AKP-Regimes zu erwarten ist.

Die kurdische Bewegung, aber auch die Linke in der Türkei und deren Organisationen in Europa müssen diesen Tatsachen bewusst werden. Es ist nun mal so, dass die EU, die BRD oder europäische Regierungen ganz genau wissen, was sie tun. Es ist falsch, deren Politik als verfehlt, inkonsequent oder verantwortungslos zu charakterisieren, denn sie setzen ihre Klassenpolitik konsequent durch und verfolgen genau das, wofür sie stehen: die Wahrung der ökonomischen, politischen, strategischen Interessen des Kapitals. Das ist der Grund, warum sie auf die Zusammenarbeit mit den Despoten angewiesen sind und Despoten wie Erdoğan auf deren Unterstützung. Die logische Schlussfolgerung dieser Tatsache ist, sich bewusst zu werden, dass die Lösung der Nationalitätenfrage, die Demokratisierung und die Friedensfrage untrennbar mit der sozialen Frage verbunden ist und jeglicher Kampf für deren Verwirklichung dem entsprechend gestaltet werden muss.

In der Bewertung der AKP-Politiken teilen viele die Ansicht, dass die Türkei sich auf dem Weg in eine offene Diktatur befindet, der Dschihadismus in der Türkei ideologisch wie organisatorisch Fuß gefasst hat und sich eine gesellschaftliche Basis des Faschismus ausbildet. Dem ist zuzustimmen. Es stellt sich in der Tat die Frage, ob und wie in der Türkei heute eine friedliche Oppositionsarbeit zu leisten ist. Aufgrund der gegenwärtigen Situation in der Türkei und in Kurdistan ist die kurdische Bewegung (sowie die mit der kurdischen Bewegung solidarisch verbundenen Kräfte) gehalten, ihre Strategien grundsätzlich zu überprüfen. Denn, frei nach Max Horkheimer, wer vom Kapitalismus und Imperialismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen. Demokratischer Konfederalismus, demokratische Autonomie und die demokratische Republik – sie können nur und ausschließlich antikapitalistisch und antiimperialistisch sein und sonst nicht!

Die »getürkte« Kandidatur

Über den Flüchtlingspakt mit dem EU-Beitrittskandidaten Türkei
11. Mai 2016

Ende April besuchten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der EU-Ratspräsident Donald Tusk ein Flüchtlingslager nahe der türkisch-syrischen Grenze. Was Merkel und Tusk bei diesem Besuch sagten, mag vielleicht den diplomatischen Gepflogenheiten geschuldet sein, aber ob sie den Wahrheiten entsprechen, ist sehr zweifelhaft. Während Merkel »die Anstrengungen der Türkei in der Flüchtlingskrise« in hohen Tönen lobte und sich für »den allergrößten Beitrag bei der Bewältigung der Krise« bedankte, würdigte Tusk »die Leistungen der türkischen Regierung«. Die Türkei sei »heute das beste Beispiel für die Welt insgesamt, wie wir mit Flüchtlingen umgehen sollten«. Und keiner habe daher »das Recht, belehrend auf die Türkei einzuwirken, wenn es darum geht, wie man sich richtig verhält«. Schützenhilfe erhielten sie einen Tag später vom Bundespräsidenten Joachim Gauck: es müsse »auch die Tatsache betrachtet werden, dass Millionen von Flüchtlingen in diesem Land ein sicheres Leben gefunden haben«.

Die Türkei »das beste Beispiel für die Welt«? Schon rufen gehässige Mäuler: »Was für ein Hohn, das schmutzige Deal mit der Türkei so zu loben«. Doch lassen wir die Unschuldsvermutung auch für unsere hohen Politiker gelten. Es mag ja sein, dass Frau Merkel und die Herren Tusk und Gauck völlig uninformiert sind. Und mit einem haben sie auch recht: die Türkei ist eines der größten Aufnahmeländer. Nun, zahlenmäßig ist das zweifelsohne richtig, was aber nichts über die tatsächliche Situation aussagt. Daher wäre es sinnvoll, Zahlen und Fakten kurz anzuschauen:

Laut einem Bericht der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR vom September 2015 waren in der Türkei insgesamt 1.983.999 syrische Flüchtlinge eingetragen 259.277 von ihnen sind in Flüchtlingslagern untergebracht. 54 Prozent sind Kinder, darunter 663.138 im Schulalter. Knapp 270.000 können eine Schule aufsuchen. Kinderarbeit ist weit verbreitet. Bettelnde syrische Kinder und Frauen gehören zum alltäglichen Straßenbild. Die Zwangsprostitution syrischer Frauen oder die Verheiratung von minderjährigen syrischen Mädchen ist inzwischen so häufig, dass diese Tatsache für die gängigen türkischen Medien keinen Nachrichtenwert mehr hat. In den größeren Städten wie Istanbul, Urfa oder in Antep leben syrische Flüchtlinge zusammengepfercht mit mehreren Familien in abbruchsreifen Ruinen. Arbeit finden sie nur im informellen Sektor: für knapp 100 Euro im Monat müssen sie sechs Tage in der Woche 12 bis 14 Stunden am Tag arbeiten. In den Grenzgebieten zu Syrien stehen sie unter dem Druck der djihadistischer Gruppen. Rekrutierungsversuche djihadistischer Terrorbanden werden nicht verhindert und Morde, wie zuletzt an einem syrischen Journalisten nicht ernsthaft verfolgt.

Die Reaktion der Bevölkerung

Diese Situation, der Druck auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie die Versuche der AKP-Regierung, in bestimmten Regionen durch Ansiedlung von sunnitischen Flüchtlingen die demographische Lage zu verändern, führen zu teilweise fremdenfeindlichen Reaktionen in der einheimischen Bevölkerung. Während Alewiten sich in Maras gegen ein großes Flüchtlingscamp wehren, gehen in Dikili und anderen ägäischen Orten Menschen auf die Straße und protestieren gegen die Unterbringungspolitik der Regierung. Presseberichten zufolge werden bettelnde oder stehlende syrische Kinder auf offener Straße zusammengeschlagen, und der Unmut wächst.

Größere Teile der einheimischen Bevölkerung machen die Flüchtlingspolitik für ökonomische und soziale Verschlechterungen verantwortlich, etwa für sinkende Löhne oder Mietsteigerungen: In Urfa behaupten das einer wissenschaftlichen Untersuchung zufolge 86%, in Antep 84%, in Hatay 78% und in Kilis 54% der einheimischen Bevölkerung. In Gebieten mit hohem Flüchtlingsanteil wurden Teuerungsraten für Mieten und Nahrungsmittel von über 100 Prozent festgestellt. Obwohl 53% der Bevölkerung Flüchtlingshilfe für unabdingbar halten, sind 81,7% gegen die Vergabe der

türkischen Staatsangehörigkeit an syrische Flüchtlinge. Das hängt zum größten Teil mit dem demographischen Wandel zusammen: So sind in Kilis, wo bis 2011 nur 1% der Einwohner arabischer Herkunft war, inzwischen 59% der Bevölkerung arabisch. Oder in Hatay, wo traditionell Alewiten die Mehrheit stellten, ist die Mehrheit der Bevölkerung nun sunnitisch. Damit sind weitere gesellschaftliche Konflikte vorprogrammiert, zumal das AKP-Regime unfähig ist, wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen.

Es gibt verschiedene Gründe für diese unsägliche Situation. Der wichtigste ist wohl die rechtliche Lage der Flüchtlinge: Schutzsuchende, die von der Türkei keinen Flüchtlingsstatus bekommen, haben in der Türkei grundsätzlich keine Rechte. Obwohl die EU und die türkische Regierung immer wieder behaupten, dass syrische Flüchtlinge unter einen sogenannten »vorläufigen Schutz« genommen werden und ein Arbeitsrecht bekommen sollen, haben sie de facto keine Möglichkeit, dieses Recht in Anspruch zu nehmen.

Ein dauerhafter Aufenthaltsstatus ist sowohl wegen dem sehr restriktiven Ausländerrecht als auch wegen dem türkischen Gesetz für internationalen Schutz nicht zu erlangen. Zwar hat die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 unterzeichnet, sie ist aber der einzige Unterzeichnerstaat, der sowohl die Konvention als auch das Protokoll von 1967 geographisch auf Europa einschränkt. Insofern ist die Türkei ein Staat, in dem Flüchtlinge keinen adäquaten Aufenthaltsstatus erhalten, nur vorübergehend geduldet werden und ihre grundlegenden Menschenrechte deshalb ständig bedroht sind. In der Türkei haben sie keinen gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen. Das ist der Hauptgrund, warum beispielsweise die Flüchtlinge im griechischen Idomeni sich so vehement gegen die Rückführung in die Türkei wehren.

Für die Flüchtlinge ist die Türkei nur ein Transitland, aber mitnichten ein »sicherer Drittstaat«. Um es mit der jüngsten Kritik des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zu sagen: Es ist mindestens »der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass die Anforderungen an einen sicheren Drittstaat in der Türkei nicht umfassend und in jedem Einzelfall gewährleistet sein könnten«. Es ist ein Skandal, dass die EU und insbesondere die Bundesregierung ohne ernsthafte Überprüfung lapidar der Türkei unterstellen, sie sei ein sicherer Drittstaat, gewährleiste den Flüchtlingen Rechte und halte das Verbot der Zurückweisung ein. Doch diese Ignoranz hat ihre Gründe - sie finden sich in der Militarisierung der EU-Außenpolitik und dem Primat der Wahrung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen.

Flüchtlinge als Faustpfand strategischer Interessen

Sowohl das AKP-Regime als auch die EU instrumentalisieren Flüchtlinge als Faustpfand für ihre jeweiligen strategischen Interessen. Während Schutzsuchende auf der Strecke bleiben, feiern die EU und die Türkei ihren schmutzigen Deal als ein Erfolg: Die EU hat (scheinbar) ein Problem weniger und die AKP sichert sich die EU-Unterstützung für die Installation eines autoritären Regimes. Das Schweigen europäischer Politik gegenüber der undemokratischen Regierungspraxis, den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, massiven Menschenrechtsverletzungen, Behinderung der Presse- und Meinungsfreiheit, der Inhaftierung von Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und gewählten Mandatsträger*innen, den extralegalen Hinrichtungen von Zivilist*innen u. v. a. m. ist bezeichnend genug. Mehr noch: Mit ihrer Forderung nach der Einrichtung von Flugverbotszonen in Syrien unterstützt Merkel offen die völkerrechtswidrige und aggressive Syrienpolitik der Türkei.

Das AKP-Regime gehört zu den Fluchtverursachern in der Region und ist somit ein Teil des Problems, nicht der Lösung. Wer alle Sinne beisammen hat, muss, aller Unwissenheit zum Trotz angesichts der Presseberichte die Türkei als einen Unrechtsstaat bezeichnen. Der Skandalpakt und die »getürkte« EU-Kandidatur haben nichts mit Flüchtlingsschutz zu tun. Es ist nichts anderes als ein staatlich organisierter Menschenhandel. Aber was soll's, es ist wie vor 100 Jahren: die Bundeskanzlerin hält es wie der Reichskanzler von Bethmann Hollweg: »Es gilt die Türkei an unserer Seite zu halten...« - egal ob Flüchtlinge daran zugrunde gehen oder nicht. Wahrlich: das nennt man Kontinuität!

Die Metamorphose des kemalistischen Laizismus

Über die herrschaftssichernde Laizismus-Debatte in der Türkei
19. Mai 2016

Es war kein Geringerer als der Parlamentspräsident Ismail Kahraman, der mit seinem Vorschlag, »den Laizismus aus der Verfassung zu streichen und den Bezug zu Allah zu verankern« den Paukenschlag setzte. Immerhin ist Kahraman eines der AKP-Schwertgewichte, den Erdogan sogar ehrenvoll »älterer Bruder« nennt. Kahraman gehört seit seiner Jugend dem politischen Islam an und war einer der Führer der antikommunistisch-faschistischen Studentenorganisation »Milli Türk Talebe Birliği MTTB« (Nationaler Türkische Studentenunion), die während der 68'er Studentenaufstände mit Morden an linken Studenten auf sich aufmerksam machte. Heute ist bekannt, dass diese Organisation mit CIA-Unterstützung gegründet wurde. Viele der heutigen AKP-Abgeordneten waren ehemalige MTTB-Mitglieder. Insofern hat die türkische Öffentlichkeit Kahramans Vorschlag als einen offiziellen AKP-Vorstoß verstanden und der Aufschrei war dementsprechend groß. Kemalisten und andere, oppositionelle Nationalisten fühlten sich bestätigt: Die Islamisten waren dabei, die Grundpfeiler der modernen Republik endgültig abzureißen.

In den bürgerlichen Medien des Westens wurde diese Entwicklung mit besorgten Kommentaren begleitet. War die Türkei, das letzte Bollwerk gegen die Flüchtlingsströme und das »Modellland« (C. Wulff), welches »den Islam und die Demokratie miteinander kompatibel gemacht und so für Wohlstand und Freiheiten gesorgt hat«, dabei, sich vom Westen zu entfernen? Würde jetzt die Scharia gelten und nicht mehr die bürgerliche Gesetzgebung?

Auf falsche Fragen gibt es keine richtigen Antworten. Es ist eine, auch von kapitalistischen Zentralstaaten gern genutzte Legende, dass die türkische Republik laizistisch sei – i. S. der bürgerlichen Revolutionen. Der »Laizismus alla turca« ist jedoch nichts anderes als ein Herrschaftsinstrument der kemalistischen Bourgeoisie. Ein kurzer Rückblick kann das bestätigen:

Die Republik Türkei wurde am 29. Oktober 1923 gegründet. Die erste Verfassung trat 1924 in Kraft. Damit wurde das Kalifat nebst dessen bürokratischem Apparat abgeschafft. 1926 wurde das Bürgerliche Gesetz erlassen und 1928 wurde die Bestimmung »Islam ist die Staatsreligion und das Nationalparlament ist zuständig für die Umsetzung der Scharia-Bestimmungen« aus der Verfassung gestrichen. 1937 wurde das Prinzip des Laizismus in die Verfassung aufgenommen.

Vom Laizismus wurde aber nicht die Trennung vom Staat und Religion verstanden, im Gegenteil: der kemalistische Laizismus war der Hauptinstrument für die Formung der »neuen türkischen Nation« auf der Grundlage des sunnitischen Islams und diente für die staatlichen Interventionen in das religiöse Alltagsleben der mehrheitlich sunnitisch-konservativen Gesellschaft. Damit bekamen die kemalistische Bourgeoisie und die Staatsbürokratie die Möglichkeit, ihre originären Interessen religiös zu untermauern.

Nach 1946 war es das erklärte Ziel der türkischen Regierung, »durch die Einführung des Religionsunterrichts in allen Schulen, die moralische Widerstandskraft der Bevölkerung gegen die kommunistische Propaganda zu stärken«. Damit begann nicht nur die staatliche Ausbildung der Imame, sondern auch die Förderung von antikommunistisch-faschistischen Organisationen wie »Verein zur Bekämpfung des Kommunismus« oder später MTTB.

Im Oktober 1950 hatten die Imame den Auftrag, die Kriegsbeteiligung der Türkei an der Seite der USA gegen Korea religiös zu unterstützen. Auch die NATO-Mitgliedschaft in 1952 wurde in den Moscheen als »notwendiger Schritt zum Schutze des Islams« dargestellt. 1965 wurde das 1924 gegründete »Amt für Religiöse Angelegenheiten« (Diyamet) direkt dem Nationalen Sicherheitsrat unterstellt und fortan wurden die Freitagspredigte, die an allen Moscheen des Landes vorgetragen wurden, vom Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates genehmigt.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 verstärkte sich die Unterordnung des sunniti-

schen Islams unter die Staatsideologie. In der Juntaverfassung von 1982 wurde dem »Diyamet« weitere Aufgaben zugeteilt, die bis heute gültig sind. So hat »Diyamet« die Aufgabe, »die gesellschaftliche Integration und Einheit gegen Kommunismus, gegen Separatismus und gegen den Terror zu stärken«. Dem entsprechend sind alle Imame gehalten, in den Moscheen für »Zustimmung der Gemeinden für Regierungspolitik zu werben« und »den Kampf gegen den Terrorismus sowie gegen kommunistische und separatistische Umtriebe zu unterstützen«.

Entgegen der in den bürgerlichen Medien verbreiteten Meinung, dass die Armee »Beschützerin des Laizismus« sei, war es stets die kemalistische Generalität, die die sunnitisch-konservative Religionsauffassung gefördert hat. So hat sich die Zahl der Predigerschulen gerade nach dem Militärputsch von 1980 verzehnfacht. So konnte der neoliberale Umbau, welche mit dem Putsch durchgesetzt wurde, eine religiös-gesellschaftliche Legitimität erlangen.

Aber umgekehrt hat der staatlich unterstützte politische Islam den kemalistischen Laizismus als »paternalistische Unterdrückung der religiösen Bevölkerung« darstellen und die sunnitisch-konservative Hegemonie für ihre Organisierung nutzen können. Insbesondere die AKP konnte mit dieser Erzählung – und natürlich mit ihrem Versprechen, durch Demokratisierung und Wohlstand die kurdische Frage lösen zu wollen – binnen kurzer Zeit die Unterstützung der armen, sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit gewinnen. Nun waren »Leute, wie du und ich«, deren Frauen Kopftuch trugen, an der Macht und hatten scheinbar die kemalistischen Eliten zurückgedrängt.

Was Jahrzehnte lang der Herrschaftssicherung der kemalistischen Eliten diente, transformiert sich nun zu einem Instrument, mit dessen Hilfe jene »islamischen« Kapitalfraktionen, deren neoliberale Politik sich in der AKP manifestiert, ihre Herrschaft absichern wollen. Das stärkste politische Zentrum des Konservatismus, die AKP, ist dabei, in jacobinischer Manier ihr reaktionäres Gesellschaftsbild über die Islamisierung des Alltags durchzusetzen und ein autoritär-neoliberales Sicherheitsregime zu installieren. Ihre scheinbare Kritik an dem kemalistischen Laizismus dient ihr dabei als herrschaftssichernde Debatte und zur Konsolidierung ihrer gesellschaftlichen Basis.

In ihrem Bemühen, ein autoritäres Präsidialsystem durchzusetzen – was im Grunde ein Protektorsversprechen an die sunnitisch-konservativen Kapitalfraktionen ist –, macht die AKP keinen Hehl daraus, die traditionellen Strukturen des kemalistischen Laizismus für eine Diktatur des sunnitischen Islams nutzen zu wollen – für eine Staatsreligion, die keine anderen Glaubensgrundsätze neben sich duldet und der den Neoliberalismus und eine aggressive Außenpolitik zu ihrem Heiligtum erklärt hat. Die einzigen Kräfte, die diese Entwicklung stoppen könnten, sind die säkularen Kräfte der Türkei: die Arbeiterbewegung, die türkische Linke und die kurdische Bewegung. Die Zukunft der modernen Türkei wird davon abhängen, ob diese Kräfte die große Herausforderung des gemeinsamen Kampfes meistern können.

Erdoğan's neue Türkei

In reaktionärer Kontinuität auf dem Weg zur Diktatur
6. Juli 2016

Als Merkel im April 2016 mit dem EU-Ratspräsidenten Tusk ein Flüchtlingslager in der Türkei besuchte, lobte sie die »Anstrengungen der Türkei«. Tusk war euphorischer: Die Türkei sei, »heute das beste Beispiel für die Welt insgesamt, wie wir mit Flüchtlingen umgehen sollten«[1] – trotz des Wissens, dass Flüchtlinge in der Türkei keinen adäquaten Aufenthaltsstatus erhalten und keinen gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen haben. Für die Herrschenden in der EU ist diese Realität unerheblich und wird ignoriert. Diese Ignoranz hat ihre Gründe und sie finden sich in der Militarisierung der EU-Außenpolitik und dem Primat der Wahrung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen.

Daher ist es kein Zufall, dass die EU dem schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, den massiven Menschenrechtsverletzungen, der Gleichschaltung von Medien und Justiz, der Inhaftierung von Oppositionellen sowie den extralegalen Hinrichtungen mit Schweigen reagiert. Mehr noch: mit der Forderung nach der Einrichtung von Flugverbotszonen in Syrien wird die völkerrechtswidrige und aggressive Syrienpolitik der Türkei unterstützt.[2] Berichte über das »eisige Klima« zwischen der EU und Türkei oder die »tiefe Besorgnis« Merkels über die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kooperation zwischen der EU und dem AKP-Regime gedeihlich weiterwächst. Denn, »sie ist richtig und in beidseitigem Interesse«, so Merkel.[3]

Wie wahr: Als Rüstungsimporteur und Lizenznehmerin, billiger Produktionsstandort, Energieumschlagplatz und als Brücke zu den Märkten und Ressourcen im Kaukasus, Nahen Osten und in Zentralasien hat die Türkei für das deutsche Kapital einen unschätzbaren Wert. Die geostrategische Bedeutung der Türkei und die Interessen der BRD, eine Weltmacht zu werden, sind die bestimmenden Faktoren in den deutsch-türkischen Beziehungen. Für die aggressivste imperialistische Macht der EU gilt, was der ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann schon 2007 feststellte: »die Bindung der Türkei an die EU, an die NATO, an den Westen ist für uns in Europa eine strategische Imperative, da Europa ohne die Türkei seine ehrgeizigen strategischen Ziele, ein globaler Akteur (...) zu werden, nicht erreichen kann«.[4]

»Modellland Türkei«

Lange wurde die Türkei als ein »Modell für die islamische Welt« angepriesen. Unter der Führung der AKP habe das Land bewiesen, dass der Islam mit der bürgerlichen Demokratie kompatibel gemacht werden kann und »die Türkei ein Modellland« geworden ist, der »Freiheiten und Wohlstand« verspreche (C. Wulff). Obwohl die Umwälzungen in den arabischen Ländern nach 2011 bewiesen, dass der politische Islam, auch in seiner »gemäßigten« Form, weder für »Demokratie« noch für die, von imperialistischen Staaten gewünschte regionale Stabilität geeignet war, wurde das AKP-Regime weiter mit allen Mitteln unterstützt. Denn: die AKP hatte es bewerkstelligt, zum einen die Unterstützung aller Kapitalfraktionen der Türkei zu erhalten und zum anderen für den rigorosen Neoliberalismus und für die aggressiv-interventionistische Außenpolitik breite gesellschaftliche Zustimmung zu generieren. Und sie war in der Lage, Dank der sunnitisch-konservativen gesellschaftlichen Hegemonie, die Ausgebeuteten im Zaum halten.

Während einerseits große Privatisierungserlöse (2002-2013: 68,5 Mrd. US-Dollar) die Staatskassen füllten und durch die geförderte Verschuldung der privaten Haushalte (2003: 4,5 Mrd. US-Dollar, 2013: 156 Mrd. US-Dollar) der gefühlte Wohlstand für breite gesellschaftliche Kreise erhöht wurde, wurden andererseits mit immensen staatlichen Investitionsprogrammen (»weltgrößtes« Flughafen, dritte Bosphorus-Brücke, Ausbau der Landstraßen, AKWs, Ausbau des Pipeline-Netzes, staatlicher Eigentums-Wohnungsbau etc.), Subventionen, Kreditförderung, Hochzinspolitik für Staatsanleihen, Ausbau der staatlichen und halbstaatlichen Rüstungsindustrie, massiver Abbau von Sozial-

rechten, Privatisierungen, Flexibilisierungen und Deregulierungen neue und größere Kapitalakkumulationsmöglichkeiten für nationale wie internationale Monopole geschaffen.

Gleichzeitig stand die AKP für die Demagogie, die kurdische Frage friedlich lösen und die kemalistische Generalität zurückdrängen zu wollen. Auch das war im Interesse ihrer NATO-Partner, da die beabsichtigte »Neuordnung des Nahen Ostens« stabile Herrschaftsstrukturen innerhalb der Regionalmächte notwendig machte. Es fand ein scheinbarer Kampf gegen die kemalistische Staatsbürokratie statt, an dessen Ende die AKP die Justiz, Polizei und die Armee unter ihre Kontrolle bringen und die Gewaltenteilung de facto aufheben konnte.

Aber andererseits wurde aus der »Null-Probleme-Politik« mit den Nachbarländern ein außenpolitisches Fiasko und die »strategische Tiefe der türkischen Außenpolitik« (A. Davutoğlu) mündete in geostrategischen Untiefen. Fortan war die Türkei umzingelt von Nachbarn, mit denen sie erhebliche Probleme hatte und wurde zum Logistikzentrum jihadistischer Terrorbanden. In Eintracht mit den saudischen und katarischen Despoten wurde ein Konglomerat unterschiedlicher Terrororganisationen wie IS, El-Nusra-Front oder El-Qaida in Syrien und im Irak finanziell, militärisch, politisch und logistisch unterstützt. Während die rund 900 km lange syrisch-türkische Grenze für Schutzsuchende geschlossen wurde, blieb sie bis jetzt für Jihadisten unterschiedlicher Couleur löchrig wie ein Schweizer Käse!

Der Lack ist längst ab

Obwohl die Wirtschaftskrise von 2008-2009 noch glimpflich überstanden werden konnte, ist heute zu konstatieren, dass das AKP-Regime, trotz ihres weiterhin starken gesellschaftlichen Rückhalts, in einer Vielfachkrise steckt. In den letzten 5 Jahren fand diese Vielfachkrise ihren Ausdruck in der aggressiven außenpolitischen Praxis, massiven Abbau demokratischer und sozialer Rechte, Aushöhlung der Rechte des Parlaments, im Regieren per Dekrete, in neuen Polizei- und Sicherheitsgesetzen, der gesellschaftlichen Polarisierung und Islamisierung aller Lebensbereiche, in der massiven Unterdrückung oppositioneller Kräfte und nicht zuletzt in der Eskalation der militärischen Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung.

Insbesondere nach 2009 entstanden überall im Land Widerstandsherde, die jedoch nicht miteinander verbunden waren. So u. a. der fünf Monate andauernde Widerstand der TEKEL-Arbeiter, die mit Streiks und Platzbesetzungen sich erfolgreich gegen Gesetzesveränderungen wehrten. Studierende, die in zahlreichen Universitäten demonstrierten, Bauern und Umweltschützer*innen, die gegen den Bau von Wasserwerken und Privatisierungen protestierten, Frauen- und LGBTI-Bewegungen, die gegen sexuelle Gewalt und Frauenmorde auf die Straße gingen, Gewerkschaften, die trotz ihrer Organisationsschwäche Streiks durchführten, sowie der Kampf linker, sozialistischer und kommunistischer Parteien deuteten auf die Formierung einer breiten Protestbewegung hin. So reichte ein städtebaulicher Beschluss aus, um im Mai 2013 in Zusammenhang mit den Protesten um Gezi-Park eine große Protestbewegung entstehen zu lassen. Die Tage des »Juni-Aufstandes« rüttelten an den Fundamenten des Regimes, die mit massiver Polizeigewalt zurückschlug.

Währenddessen hatte der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung den türkischen Staat an den Verhandlungstisch gezwungen. Es begann der sog. »Friedensprozess«, in der Vertreter des Staates mit Abdullah Öcalan offiziell verhandelten. Durch den Korruptionsskandal vom Dezember 2013 unter Bedrängnis gekommene Regime hatte offensichtlich das Ziel, die kurdische Bewegung zu domestizieren und für ihre neo-osmanischen Ambitionen einzuspannen. Doch die Entwicklung in Syrien, insbesondere die erfolgreiche Verteidigung Kobanes und die Errichtung von demokratisch-autonomer Kantone in Rojava bereiteten dem »Friedensprozess« ein jähes Ende zu.

In der Zwischenzeit, im August 2014, hatten die ersten direkten Präsidentschaftswahlen stattgefunden und Erdoğan hatte sich behauptet. So begann die Debatte um das Präsidentsystem. Dieses von Erdoğan favorisierte autoritäre Präsidentsystem ist im Grunde ein Protektoratsversprechen an die sunnitisch-konservativen Kapitalfraktionen, die in der Konkurrenz mit den internationalen Monopolen die Unterstützung des Staats bedürfen. Auch wenn das Präsidentsystem eine staatlich-parteiliche Intervention in die Organisation des kapitalistischen Wettbewerbs ist und die türkische Monopolbourgeoisie anfänglich sich davon distanzierte, so ist den nationalen wie internationalen Monopolen bewusst, dass das AKP-Regime, auch im Präsidentsystem die Kapitalinteressen »wie ein

Löwe« verteidigen wird.

Die Notwendigkeit der Herrschaftssicherung: Diktatur

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen hatten den oppositionellen Kräften gezeigt, dass die hohe Wahlhürde von 10 Prozent durchaus zu überwinden ist. Auf Vorschlag von Öcalan hatten die kurdische Bewegung und linke Kräfte den Versuch gestartet, sich gemeinsam im »Demokratischen Kongress der Völker« (HDK) zu organisieren. Aus der HDK ging dann im Juni 2014 die »Demokratische Partei der Völker« hervor. Dieser Zusammenschluss konnte dann bei den Wahlen am 7. Juni 2015 die Wahlhürde überwinden und zog mit 13,2 Prozent der Stimmen in das Parlament ein.

Dieses Ergebnis hatte zur Folge, dass die AKP ihre Mehrheit verlor und nun auf einen Koalitionspartner angewiesen war. Erdoğan und die AKP begannen unmittelbar nach den Wahlen das Ergebnis zu sabotieren. Gleichzeitig wurde die Gewalt gegen die Opposition verschärft. Während in Kurdistan die militärische Gewalt eskalierte, Ausgangssperren verhängt und Massaker an Zivilisten verübt wurden, wurden im Westen die Friedens- und Oppositionsbewegung das Ziel von Gewalt. Mit dem Attentat von Ankara am 10. Oktober 2015, bei dem über 100 Menschen den Tod fanden, wurde nun auch der Westen zum Kriegsgebiet verwandelt.

In einer Atmosphäre der Gewalt, Repression und Angst fanden am 1. November 2015 die Wiederholungswahlen statt – die AKP konnte wieder die Alleinregierung stellen. Trotz dieses Erfolges wurde an der Gewaltschraube weitergedreht und ein totaler Krieg gegen die gesamte Opposition eröffnet. Die Repressionsmaschinerie des Regimes traf nun mit voller Wucht jede kritische Stimme. Selbst ehemalige und noch AKP-Mitglieder, die die absolute Unterwerfung vor Erdoğan noch scheuten, wurden geschasst oder wie im Fall des ehem. Ministerpräsidenten Davutoğlu, zum Rücktritt gezwungen. Bürgerliche Medien sind nahezu gleichgeschaltet. Mit Enteignungen und Zwangstreuhand werden Medienunternehmen entweder gefügig gemacht oder durch Ausschlichtung vernichtet. Den verbliebenen kritischen Medien droht das gleiche Schicksal.

Das Regime ist der Auffassung, dass das Präsidialsystem längst Realität ist und nur die verfassungsrechtliche Verankerung bedürfe. Es wird nun gefordert, die Legislative, die Executive und die Judikative dem Präsidentenpalast unterzuordnen. Der »Palast«, so wird das eigentliche Machtzentrum der »neuen Türkei« genannt, hat auch die bürgerliche Opposition entzweiern und schwächen können: Während die neofaschistische MHP mit einem gerichtlich durchgesetzten außerordentlichen Parteitag beschäftigt ist und möglicherweise eine erneute Spaltung hinnehmen muss, wurde die kemalistische CHP, die größte Oppositionspartei im Parlament, in Zusammenhang mit der Aufhebung der Immunitäten derart in die Enge getrieben, so dass sie in der politischen Meinungsbildung im Land kaum noch eine Rolle spielt und sich vorwerfen lassen muss, eine AKP-Unterstützerin geworden zu sein. Der HDP wiederum droht ein Parteiverbot.

Ohne Frage: das Überleben der AKP erfordert die Installation eines diktatorischen Sicherheitsregimes. Ein solches Sicherheitsregime, der allen Kapitalbewegungen offen ist, die Arbeiterklasse und somit weitere Widerstandspotentiale zurückdrängen kann, mit paramilitärischen Polizeikräften und modernisierter Armee nicht davor zurückscheut sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch ggf. gegen die Nachbarländer vorzugehen, ihren militärisch-industriellen Komplex ausgebaut hat; bereit ist, als strategischer Partner und schlagkräftige Vorhut imperialistischer Mächte zu fungieren, die Interessen nationaler und internationaler Monopole zu wahren und als autoritäre Regierungsmacht die erforderliche »Stabilität« zu schaffen, verdient (!) die volle Unterstützung der türkischen Monopolbourgeoisie und der imperialistischen Mächte. Zweifelsohne wäre das AKP-Regime ohne diese starke Unterstützung nicht in der Lage, diesen Weg einzuschlagen und sich in Richtung einer faschistischen Diktatur zu begeben.

Liberale Erwartungen, dass womöglich der Westen diesem Treiben ein Ende bereiten würde, sind und bleiben Wunschträume. Die USA – egal ob unter Trump oder Clinton – und die von der BRD geführte EU werden weiterhin dem »Palast« die notwendige Unterstützung gewähren. Denn es geht um nichts Wesentlicheres als um den freien Zugang zu den Märkten und Energieressourcen der Region, um die absolute Kontrolle der Transportwege, um die Erweiterung der Einflusssphären und um die Interessen der Monopole. Die Türkei spielt hierbei eine Schlüsselrolle.

Dennoch; gerade dann, wenn Despoten vor Kraft kaum laufen können, haben sie i. d. R. ihren Ze-

nit überschritten. Denn sie produzieren zugleich ihre Leichengräber. In den kurdischen Gebieten, wie in Cizre oder Nusaybin, konnte die türkische Armee trotz massiver Gewalt den Widerstand nicht brechen. Die hohe Zahl von »Gefallenen« ist nicht mehr zu verheimlichen und die Frühlingsoffensive der PKK droht größere bewaffnete Auseinandersetzungen und Krisen. Aber auch in anderen Landesteilen formiert sich der Widerstand: Streiks und Betriebsbesetzungen im Bergbau und in der Metallindustrie, Proteste von Akademiker*innen und Studierenden zeugen davon. Sicher: noch ist der Widerstand im Westen schwach. Noch wird die Sicht der armen Bevölkerungsteile auf die eigentlichen Ursachen ihres Elends durch den reaktionär-sunnitischen Konfessionalismus betrübt. Und noch ist es nicht gelungen, mit der Fokussierung auf die soziale Frage den Weg für die Verbindung der Kämpfe zu ebnen. Aber dennoch bildet sowohl um die HDK und HDP als auch in verschiedenen Abwehrkämpfen und im Umfeld linker Kräfte das Bewusstsein für den gemeinsamen Kampf gegen das Regime.

In einer Erklärung der illegalen Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) wird folgendes festgestellt: »Für die Befreiung der Türkei von der Dunkelheit der Reaktion und den Höllenfeuern des Krieges, für die Freiheit der kurdischen und türkischen Völker ist der, schrittweise in den Fabriken, Hochschulen, Städten und Dörfern aufzubauende gemeinsame Kampf aller Friedens-, Demokratie- und Sozialismuskkräfte notwendig und möglich.« [6] Dem ist nichts hinzuzufügen.

[1] <http://www.nachrichtenexpress.com/04/2016/polnischer-ex-premier-tusk-die-tuerkei-das-beste-beispiel-fuer-die-ganze-welt-wie-wir-mit-fluechtlingen-umgehen-sollten/>

[2] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-angela-merkel-unterstuetzt-forderung-nach-flug-verbotszone-a-1077520.html>

[3] <http://www.bild.de/politik/ausland/recep-tayyip-erdogan/kippt-erdogan-heute-den-tuerken-deal-45919776.bild.html>

[4] Konrad-Adenauer-Stiftung, Dokumente der Tagung »Deutsch-Türkischer Sicherheitsdialog zur neuen NATO-Strategie«, Ankara März 2009, S. 26 ff.

[5] <http://tkp-online.org>

Der Putschversuch: »Dilettantisch« oder »für Erdoğan«?

Erklärungsversuch einer verwirrenden Nacht in der Türkei
17. Juli 2016

Die Nacht vom 15. Juli auf den 16. Juli 2016 in der Türkei war außergewöhnlich, verwirrend und erschreckend. Ein sog. »Rat für Frieden in der Heimat« (Yurtta Sulh Konseyi) einiger Putschistengeneräle war dafür verantwortlich. Ihr Putschversuch, dem über 260 Menschen zum Opfer fielen, scheiterte und wirft Fragen auf, die nicht einfach und nur mit einer Sicht alleine auf die Türkei zu beantworten sind.

Wer sind die Putschisten und welche Kräfte stehen hinter ihnen? Die Verhaftung von rund 3.000 Soldaten und Offizieren kann diese Frage nicht beantworten. Auch die regierungsseitige Erklärung, dass eine von der Gülen-Bewegung kontrollierte »Parallele Staatsstruktur« dahinter stünde, reicht nicht aus – ist zudem reine Spekulation, die der Regierungspropaganda nutzt. Ohne Zweifel hätte die Gülen-Bewegung großes Interesse an einem erfolgreichen Putsch gegen Erdoğan, doch ist sie weder strukturell noch logistisch und personell dazu in der Lage. Es ist sehr wahrscheinlich, dass einige der Putschisten durchaus Gülen-Anhänger sind, das aber begründet diesen Vorwurf nicht.

Feststeht, dass die befehlshabenden Offiziere des Putschversuches auf der nächsten Sitzung des »Hohen Militärrates« Ende August 2016 entweder pensioniert oder suspendiert werden sollten. In den regierungsnahen Medien der Türkei wird gemutmaßt, dass sie aus »Rache« gehandelt hätten. Rachsucht mag bei der Motivation zu diesem Putschversuch auch eine Rolle gespielt haben, ist aber nicht ausreichend für eine Erklärung. Denn es sollte nicht vergessen werden, dass die türkische Armee die zweitstärkste NATO-Armee ist. Aus der Geschichte der Republik Türkei ist bekannt, dass jede Intervention der türkischen Streitkräfte in Kenntnis der NATO-Partner durchgeführt wurde. Diese Tatsache ist ausreichend dokumentiert.

Insofern ist es nicht von der Hand zu weisen, dass es innerhalb der NATO einen – wenn auch kleinen – Kreis von Eingeweihten gegeben haben muss. Dafür sprechen auch die relativ späten Stellungnahmen der führenden NATO-Staaten. Die erste und einzige offizielle Erklärung der Putschisten, die vom kurzzeitig besetzten Staatsfernsehen verlesen wurde, betont, dass »alle internationalen Verträge eingehalten und Bündnisverpflichtungen umgesetzt werden«. Das war ein klares Signal des Bekenntnisses zur NATO, die jedoch nichts gebracht hat. Übrigens, die Erklärung enthielt eine zutreffende Analyse der türkischen Realität und Forderungen, die in breiten gesellschaftlichen Kreisen ohne weitere Unterstützung finden würden. Aber der Putschversuch konnte keine gesellschaftliche Zustimmung generieren.

Mögliche Drahtzieher

In den bürgerlichen Medien wird übereinstimmend von einem »dilettantischen Putschversuch« gesprochen. Das ist richtig, denn: weder konnten Regierungsmitglieder verhaftet, noch konnten strategisch wichtige Strukturen übernommen werden. Alleine durch die Bombardierung des türkischen Parlaments, einiger Regierungsgebäude oder des Polizeipräsidiums in Ankara und ohne die Kontrolle der Staatsgrenzen, Flughäfen, Bahnhöfen, Kommunikationszentren, Staatsmedien und vor allem des Geheimdienstes ist ein Putsch nicht zu verwirklichen. Die kurzfristige Festnahme der Oberkommandostruktur der türkischen Streitkräfte war wohl der einzige kurzfristig-effektive Schritt, was aber keine Auswirkungen auf den großen Teil der Streitkräfte hatte.

Das »dilettantische« an diesem Putschversuch war sicherlich die schlechte Vorbereitung. Hier spricht einiges dafür, dass die Putschisten in eine Falle getappt sind. Die Tatsache, dass Erdoğan seit einer Woche zurückgezogen war – offiziell war er im Urlaub – und Regierungsmitglieder schon zu Beginn von den Putschisten nicht auffindbar waren, aber gleichzeitig sich per Telefon bei den Medien meldeten, deutet daraufhin, dass die Regierung von den Plänen unterrichtet war oder min-

destens ein solches Vorgehen ahnte. Vielleicht wussten sie den genauen Zeitpunkt nicht, waren aber darauf vorbereitet. Es scheint auch wahrscheinlich zu sein, dass einige Generäle, die in die Putschpläne involviert waren, kurz vor dem Beginn sich zurückgezogen und die Putschisten alleine gelassen haben. So wurden außer den aktiven Putschisten insgesamt 39 Generäle, die sich nicht direkt an den Putschversuchen beteiligt haben, verhaftet.

Ferner stellt sich die Frage, ob die Putschisten von denjenigen Kreisen in der NATO bzw. in den USA, die ein militärisches Vorgehen in Syrien befürworten, dazu ermutigt worden sind. Wenn man die Debatte um eine Strategieänderung in der US-Syrienpolitik berücksichtigt und russische Berichte über den Abschuss des russischen Militärjets am 24. November 2015 bedenkt, nach denen eine, den Neocons nahestehende Führungsriege der US-Armee die türkischen Streitkräfte zum Abschuss des russischen Jets angestiftet haben soll, scheint das nicht nur eine Verschwörungstheorie zu sein. Denn der Machtkampf, den die Putschisten mit militärischen Mitteln für sich entscheiden wollten, hat nicht nur innenpolitische Gründe. Und die geostrategische und geopolitische Lage der Türkei ist viel zu wichtig, so dass die USA, die NATO oder die BRD nicht zulassen würden, dass einige rachsüchtige Generäle im Alleingang die Zukunft des Landes bestimmen können.

Auch aus den Spekulationen der türkischen Regierung ist herauszulesen, dass sie mögliche Drahtzieher in US-Kreisen vermuten, so dass sich die Obama-Administration genötigt fühlte, dem sofort zu widersprechen. Auf den Internetseiten der Tagesschau vom 17. Juli 2016 wird berichtet, dass US-Außenminister Kerry »in einem Telefonat mit seinen Amtskollegen Çavuşoğlu die Spekulationen über eine Verwicklung der USA in den gescheiterten Putsch energisch zurückgewiesen« habe. Zudem stünde in einer Erklärung des US-Außenministeriums, dass diese »völlig falsch und schädlich für unsere bilateralen Beziehungen« seien.

Die tatsächlichen Nutznießer

Für das AKP-Regime kommt dieser Putschversuch wie gerufen. Selbst Erdoğan nannte es als einen »Segen Gottes«, der nun die Möglichkeit gebe, »alle verräterischen Elemente in den türkischen Streitkräften festzustellen«, so auf seiner Pressekonferenz im Istanbul Flughafen. Das Regime nutzt jetzt die Gelegenheit, Schritte zu unternehmen, die ihre Herrschaft langfristig sichern sollen. Presseberichten zufolge hat das Regime die von Erdoğan angekündigte »vollständige Säuberung« begonnen und bisher mehr als 6.000 Personen, darunter ca. 2.800 Richter und Staatsanwälte festgenommen. So wird der gleichgeschaltete Justiz- und Staatsapparat vollständig unter die Kontrolle des »Palastes« gebracht. Selbst bürgerliche Medien berichten, dass »nicht nur mutmaßliche Unterstützer des Putsches, sondern auch völlig unbeteiligte Kritiker Erdoğan festgenommen würden« (FAZ).

Am zweiten Tag nach dieser verwirrenden Nacht steht ohne Frage fest: der tatsächliche Nutznießer dieses gescheiterten Putsches ist das AKP-Regime. Daher ist dem Chefredakteur des Neuen Deutschlands, Tom Strohschneider zuzustimmen, der in seinem ersten Kommentar folgendes feststellte: »Der Aufstandsversuch von Teilen des Militärs allerdings wird ebenso wenig etwas an der sich beschleunigenden Entwicklung des Landes in Richtung Autokratie ändern. Im Gegenteil: Unter dem Strich wird es ein Putschversuch nicht gegen, sondern für Erdoğan gewesen sein.«

Das bedeutet aber keineswegs, dass Erdoğan diesen Putschversuch inszeniert hat. Das Regime wusste davon oder ahnte es, war darauf vorbereitet, hat womöglich die Putschisten erfolgreich manipulieren können und nutzt nun das »dilettantische« Vorgehen als eine Gelegenheit. Die Bombardierung des türkischen Parlaments und anderen Regierungsgebäuden sowie die Tötung von Zivilisten und tödliche Zusammenstöße mit Polizeieinheiten waren höchst wahrscheinlich Verzweiflungstaten der alleingelassenen Putschisten, was von der Regierung nicht verhindert werden konnte. So oder so; der gescheiterte Putsch wurde für Erdoğan für die Installation eines autoritären Präsidialsystems und für die Ausschaltung seiner Kritiker zu einer riesigen Chance.

Dennoch, dieser Prozess begann nicht am 15. Juli, sondern hat eine Vergangenheit, die unmittelbar nach den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 an Tempo gewonnen hat. Die Wahlergebnisse hatten den Präsidialträumen Erdoğan ein abruptes Ende bereitet. Die Alleinregierung der AKP und eine verfassungsändernde Mehrheit war verhindert worden. Gleich danach begann ein Prozess der Es-

kalation der Gewalt und des Krieges, welcher am 1. November 2015 in einem wiederholten Wahlsieg der AKP mündete. Eine Angst- und Erpressungsatmosphäre, die bewusste Förderung der gesellschaftlichen Spaltung und das Schüren des türkischen Nationalismus sowie des sunnitischen Konfessionalismus sicherte der AKP die Macht. Eine Macht, die zwar große Teile der nationalistischen, sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit hinter der AKP scharfte, aber gleichzeitig rund die Hälfte der Bevölkerung dem Regime feindlich gesinnt gegenüberstellte.

Auf der anderen Seite war das Regime außenpolitisch gescheitert. Was als »strategische Tiefe« der türkischen Außenpolitik deklariert wurde, entpuppte sich am Ende als »noble Einsamkeit«, sprich: außenpolitische Isolation und zurückrudern des Regimes. Im Grunde war die »noble Einsamkeit« nur der Ausdruck des außenpolitischen Desasters – insbesondere in der Syrienpolitik. Die arrogante und verblendete Wahrnehmung der Machtverhältnisse und politischen Realität kam dem Regime teuer zu stehen: Erdoğan und seine AKP mussten einsehen, in welchem Maße die Türkei von den USA und der EU abhängig ist.

Seit Mitte 2013 ist das Regime dabei, eine auf Schadensbegrenzung orientierte reaktive Außenpolitik zu verfolgen. Offensichtlich rechnen Erdoğan und seine Leute damit, die strategischen Partnerschaften erneuern und somit ihre Herrschaft absichern zu können. Diese Rechnung könnte durchaus aufgehen, denn das Angebot ist attraktiv: Ein diktatorisches Regime, das den globalen Kapitalflüssen gegenüber offen ist, das bewiesen hat, eine neoliberale Wirtschaftspolitik par excellence umzusetzen und die Kämpfe der Lohnabhängigen und weitere Widerstandspotentiale zurückzudrängen. Ein Regime, das mit der autoritären Regierungsführung die erforderliche »Stabilität« sichert und nicht davor zurückscheut, mit paramilitärisch umgebauten Polizeikräften und der militärischen Gewaltmaschinerie sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch, wenn notwendig, gegen die Nachbarländer vorzugehen. Ein Regime, das bereit ist, als strategischer Partner und schlagkräftige Vorhut imperialistischer Mächte zu fungieren, die Interessen nationaler wie internationaler Monopole zu schützen und als williger Gendarm für die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zu dienen. Und als Bonbon dazu: die geostrategisch, geopolitisch und geoökonomisch unschätzbare Lage des Landes. Ohne Frage: Geht es um den freien Zugang zu Märkten und Energieressourcen in der Region und um die Kontrolle der Transportwege, spielt die Türkei eine Schlüsselrolle.

Erdoğan und seine Regierung bauen auf diese Schlüsselrolle und auf die weiterhin vorhandene gesellschaftliche Unterstützung, die sie dank des Putschversuches in den letzten Tagen wieder konsolidieren konnten. Zudem kommt der Umstand, dass sie neben den gesellschaftlichen Kerngruppen ihrer Unterstützer nahezu alle türkischen Kapitalfraktionen, die zivile wie militärische Staatsbürokratie und nationalistisch gesinnten Kräfte hinter ihnen versammelt haben. Demgegenüber ist die bürgerliche Opposition macht- und einflusslos, und nicht nur das: nach dem Putschversuch konnte das Regime sowohl die neofaschistische MHP als auch die kemalistische CHP-Führung auf ihre Seite ziehen. Bisher hatten die USA und die, in der Flüchtlingsproblematik auf die Türkei angewiesene EU dem Treiben lautlos zugesehen. Auch wenn jetzt Washington die AKP auffordert, bei der Verfolgung der Putschisten »die Gesetze zu beachten« und die EU »vor Willkür warnt«, so gibt es gute Gründe anzunehmen, dass sowohl die USA, die NATO und die EU, als auch die türkische Monopolbourgeoisie das Regime weiter unterstützen werden — solange die ökonomischen Verhältnisse im Land unangetastet bleiben.

Es gibt keinen Grund, die Flinte ins Korn zu werfen

In den sozialen Medien ist seitens der oppositionellen Kräfte zu lesen, dass die AKP noch schneller und stärker das autoritäre Präsidialsystem installieren werde. Auch aufgrund der Bilder von übermäßig feiernden AKP-Anhänger*innen, der zur Schau getragenen Übermut von AKP-Politikern sowie bedrohlich demonstrierenden Jihadisten scheinen demokratische und laizistische Kräfte wie paralysiert zu sein. In einigen Kommentaren ist die Ohnmacht vor der Machtfülle des Regimes zu spüren. Das ist nachvollziehbar, aber noch lange kein Grund dafür, die Flinte ins Korn zu werfen.

Zum einen ist festzustellen, obwohl die Regierung in den letzten Tagen quasi fast 24-Stunden lang von den Minaretten der rund 85.000 Moscheen zu Demonstrationen aufrufen ließen und Erdoğan sowie der Ministerpräsident Yıldırım persönlich die Menschen aufgefordert haben, auf die Straße

zu gehen, landesweit gerade mal einige Hunderttausend und keine Millionen diesen Aufrufen gefolgt sind. Eventuelle Provokationen, so z.B. Zusammenstöße mit oppositionellen Kräften anzuzetteln, haben nicht gegriffen. Die Darstellung in den bürgerlichen Medien, dass »breite Bevölkerungsteile den Putsch verhindert« hätten, entspricht nicht der Realität. Vielerorts waren fanatische AKP-Anhänger*innen auf der Straße gegangen, die erst dann aktiv wurden, nach dem sich viele am Putsch beteiligten Soldaten ergaben. Oppositionelle Teile der Bevölkerung haben sehr schnell begriffen, dass das AKP-Regime diesen Putschversuch für ihre Zwecke instrumentalisiert und von ihrem autoritären Weg nicht abweichen wird. Gerade in den kurdischen Gebieten ist es besonders ruhig geblieben. Im Übrigen, das ist dem sorgfältigen und behutsamen Vorgehen der kurdischen Befreiungsbewegung zu verdanken. Sie haben den Putschversuch nicht ausgenutzt, um militärische Angriffe durchzuführen oder die kurdische Bevölkerung zu Demonstrationen aufzufordern. Im Gegenteil, sie riefen die kurdische Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren und wiesen darauf hin, dass das ein Machtkampf im Staate ist.

Zum anderen wurden für die laizistischen und kemalistischen Bevölkerungsteile die türkischen Streitkräfte, in denen sie ihre letzte Bastion und Beschützer gesehen haben, völlig entzaubert. Nun sehen sie das, was Linke seit Jahren unterstreichen, nämlich, dass die türkische Armee eine Armee der Herrschenden ist und nicht die des Volkes. Die gesamte Armeeführung steht hinter der AKP-Regierung. Gleichzeitig mussten sie, wenn auch für wenige Stunden, am eigenen Leibe erleben, was in den kurdischen Gebieten seit Jahrzehnten die Realität ist: den Krieg. Wer innerhalb dieser Kreise noch der Hoffnung war, die Armee würde sie vor der Islamisierung und dem AKP-Regime irgendwie schützen, dürfte diese Hoffnung längst verloren haben.

Es ist zu konstatieren: das Regime wird weiter versuchen, den Weg in die offene AKP-Diktatur zu verfolgen und dafür die entstandene Chance zu nutzen. In diesem Zusammenhang werden die »Säuberungen« weitergehen und höchst wahrscheinlich noch ausgeweitet werden. In der Öffentlichkeit wird das Regime versuchen, das Bild eines »demokratischen Widerstandes der Bevölkerung« zu pflegen und damit ihr weiteres Vorgehen zu legitimieren. Noch sind dem Regime die Unterstützung ihrer westlichen strategischen Partner und der türkischen Bourgeoisie sicher. Doch die gesellschaftliche Unterstützung bleibt brüchig: bald wird die ökonomische Realität die armen Bevölkerungsteile eingeholt haben. Die Abhängigkeit von den westlichen Partnern wird wachsen, die Regierung wird sich den Diktaten der USA und der BRD fügen müssen. Auch wenn die Installation eines diktatorischen Regimes die AKP-Herrschaft zu sichern scheint, so wird genau ein solches Regime seine eigenen Totengräber produzieren. Der erfolgreiche Widerstand der kurdischen Befreiungsbewegung, die noch nicht miteinander verbundenen Widerstandsherde, laizistische Gegner des Regimes, die schwachen, einzelnen, aber in der Tendenz breiter werdenden Arbeitskämpfe, Aktivist*innen der LGBTI*-, Umwelt-, Antiprivatisierungs- und anderen Sozialbewegungen bilden das Potential einer, den kurdischen Osten und den türkischen Westen verbindenden gesellschaftlichen Gegenmacht von unten. Jetzt gilt es, dieses Potential zu nutzen und ein breites gesellschaftliches Bündnis für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Demokratisierung aufzubauen. Die Chancen für ein solches Bündnis sind nach diesem Putschversuch größer geworden. Die Verantwortung jedoch dafür obliegt in erster Linie den türkischen Linken und der kurdischen Befreiungsbewegung – nämlich die Herausforderung zu meistern, das Trennende beiseite zu schieben und den gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Interessen aufzunehmen. Diese verwirrende Nacht hat es bestätigt: noch ist das letzte Wort in der Türkei nicht gesprochen.

Erdoğan's Syrien-Abenteuer

Über die Rolle der Türkei im Syrienkonflikt
21. Juli 2016

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan versteht sein Handwerk: mit harscher Rhetorik und nationalistisch-islamistischen Wutreden vermag er seine Anhänger und seine »Partei der Gerechtigkeit und Aufschwung – AKP« in Wallung zu bringen. Aber wie auf dem NATO-Gipfel Anfang Juli 2016 in Warschau zu sehen war, schlägt er bei seinen strategischen Partnern ganz andere Töne an. Erdoğan ließ sich trotz heftigen Gegenwinden nicht nehmen, sowohl auf dem Gipfeltreffen, als auch bei seinen Gesprächen mit dem US-Präsidenten Obama, der Bundeskanzlerin Merkel, dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg und dem damaligen britischen Premier Cameron, für einen »gemeinsamen Kampf gegen die PKK und deren Ableger in Syrien« (so der offizielle Sprachgebrauch für die kurdische »Partei der demokratischen Union – PYD«) zu werben und »die Minimalisierung der aus dem Bürgerkrieg in Syrien stammenden Bedrohungen für die Türkei« hervorzuheben [1] - »Minimalisierung der Bedrohungen«, die zum größten Teil hausgemacht sind.

Erdoğan weiß, dass seine Ermahnungen und Forderungen bei den NATO-Partnern keine Begeisterung auslösen. Das AKP-Regime hat es geschafft, binnen weniger Jahre das Land in die außenpolitische Isolation und zu mehr Abhängigkeit von den USA und der EU zu führen. Der abenteuerliche Weg der hochgesteckten neo-osmanischen Ambitionen, die von der »strategischen Tiefe« Ahmet Davutoğlu's [2] geleitet waren, mündete in strategischen Untiefen und bedrohlichen Sogströmen. Heute hofft das AKP-Regime, durch Zurückrudern und Schadensbegrenzungsmaßnahmen sich aus diesem Schlamassel retten zu können.

Mit dem Konzept der »strategischen Tiefe« verfolgte das AKP-Regime das Ziel, die Türkei als einen wichtigen und unverzichtbaren Akteur in der regionalen und internationalen Politik zu etablieren. Als ein starkes Wirtschaftszentrum und Energieumschlagplatz der Region sollte die Türkei ihren Einfluss auf den ehemaligen osmanischen Gebieten mit politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Mitteln festigen und erweitern. Dieses neo-osmanisches (besser: regionalimperialistisches) Protektorsangebot würde den Staaten der Region Wohlstand, Freiheiten und eine mit »dem Islam« kompatible bürgerlich-parlamentarische Demokratie bringen.

Nach der Machtübernahme der AKP, die 2002 an die Regierung kam und die »Früchte« der Konsolidierungsmaßnahmen nach der großen Krise von 2001 ernten sowie die günstige globale Konjunktur für wirtschaftlichen Aufschwung nutzen konnte, wurde die Türkei lange Zeit vom Westen als »Modellland für die islamische Welt« angepriesen. Immerhin: man sprach vom »türkischen Wirtschaftswunder«, Wirtschaft, Handel und Export wuchs durch die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit zahlreichen Nachbarstaaten und der gefühlte Wohlstand der Bevölkerung erhöhte sich – zwar finanziert auf Pump (die Verschuldung der privaten Haushalte wuchs 2003 von 4,5 Mrd. Dollar auf über 150 Mrd. Dollar in 2013), aber es war nicht von Hand zu weisen, dass diese Tatsache für die AKP-Regierung eine breite gesellschaftliche Unterstützung sicherte. Die Notwendigkeit von neuen Märkten für das türkische Kapital machte eine Regionalpolitik erforderlich, die das erklärte Ziel hatte, Probleme mit den Nachbarstaaten »auf null« zu senken. Vorgaben früherer Regierungen wurden über Bord geworfen und das AKP-Regime knüpfte enge Wirtschaftsbeziehungen auch mit den Regimen in Libyen, im Iran, in Syrien und Sudan an. »Null-Probleme-Politik« [3] wurde zum Leitbild türkischer Außenpolitik.

Paradebeispiel für die »Null-Probleme-Politik« waren die türkisch-syrischen Beziehungen. Syrien galt für die »alte Türkei« der kemalistischen Generalität, gerade in Bezug auf die kurdische Frage, als ein »feindlich gesinnter Staat«. Doch die »neue Türkei« Erdoğan's verfolgte eine Politik der »brüderlichen Annäherung«. Erdoğan, damals noch Ministerpräsident, bezeichnete den syrischen Präsidenten Baschar Hafiz al-Assad als seinen »Bruder«. Noch Anfang 2011 sagte Erdoğan, »Syrien ist unsere innere Angelegenheit«. Bis dahin hatten die Türkei und Syrien eine Reihe von Abkommen und Verträge über die enge Zusammenarbeit in militärischen, strategischen und wirtschaftli-

chen Fragen unterschrieben. Der Handel mit Syrien florierte und Assad gehörte nun »zur Familie Erdoğan«.

Von Traum zum Alptraum – Die »noble Einsamkeit«

In den bürgerlichen Medien der kapitalistischen Zentralländer wurde die scheinbare politisch-wirtschaftliche Integration der Türkei und Syriens in hohen Tönen gelobt. Die Türkei schien ihren neo-osmanischen Zielen näher gekommen zu sein. Aber die Umwälzungen in der arabischen Welt in 2011 bereiteten den neo-osmanischen Träumen ein jähes Ende zu. Als im März 2011 die Proteste in Syrien begannen, war Erdoğan noch guter Hoffnung, dass Assad auf ihn hören würde und durch Reformmaßnahmen dem Protest den Wind aus den Segeln nehmen könnte.

Anfänglich waren Erdoğan und seine AKP der Auffassung, dass die Proteste in Syrien abebben würden und die aufgebaute Partnerschaft mit der syrischen Regierung fortgeführt werden kann. Für die ambitionierten Pläne des AKP-Regimes hatte Syrien eine zentrale Bedeutung. Syrien wurde für das türkische Kapital als eine Brücke angesehen, über den die Märkte des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem Ägyptens, Jordaniens und die der Golfkooperationsstaaten erreicht werden können. Auch in der kurdischen Frage sah man sich gleichgesinnt, da Syrien ähnliche »kurdische« Probleme hatte. Die kurdische Befreiungsbewegung wurde als gemeinsamer »Staatsfeind« betrachtet. Zudem war Syrien als Standort für neue Pipelines vorgesehen, die aus der Region in die Türkei und von dort nach Europa Erdöl und Erdgas transportieren sollten. Seit mehreren Jahren versuchte die Türkei, in gemeinschaftlicher Aktion mit der EU, Saudi-Arabien und Katar, Syrien für den Bau der neuen Pipelines zu gewinnen. Erklärtes Ziel dieser Unternehmung war die sog. »Energie diversifizierung« - sprich: Unabhängigkeit vom russischen Erdgas. Den informierten Leser*innen dürfte es klar sein, dass die eigentlichen und übergeordneten Ziele dieses Vorhabens der freie Zugang zu den Energieressourcen der Region, die Kontrolle der Transportwege und die Wahrung imperialistischer Interessen durch Erweiterung von Einflusssphären waren und heute noch sind.

Im August 2011 änderte sich die türkische Syrienpolitik schlagartig. »Bruder Baschar« wurde zum »Despoten Esed«, der sofort gestürzt werden müsse. In enger Kooperation mit Saudi-Arabien und Katar wurde die sog. »syrische Opposition« aufgebaut und unterstützt. Während am 23. August 2011 in Istanbul der »Syrische Nationalrat« gegründet wurde und heute noch seinen Sitz dort hat, wurden in Syrien jihadistische Terrorbanden militärisch, logistisch und finanziell unterstützt. Säkulare Gruppen des »Nationalen Koordinationskomitees für Demokratischen Wandel« wurden zurückgedrängt und das türkisch-syrische Grenzgebiet der Türkei wurde zum Rückzugs- und Rekrutierungsgebiet jihadistischer Terroristen.

Diese offene Verletzung des Völkerrechts und das bewusste Schüren von Konfessionskonflikten fußten auf einigen Trugschlüssen, die den Rahmen der türkischen Außenpolitik ausmachen. Es war offensichtlich, dass Erdoğan und seine AKP-Regierung, geblendet von den bisherigen Wahlerfolgen, die Außenpolitik mit einem Blick aus der ideologischen Brille gestalteten: dabei trat dem politischen Islam, insbesondere den Strömungen der Muslimbrüderschaft innewohnende Arroganz zu Tage. Die Krisen Europas und der militärische Rückzug der USA aus dem Nahen und Mittleren Osten – um ihre militärischen Prioritäten der Pazifik-Strategie unterzuordnen – wurden in Ankara als eine große Chance für die Etablierung einer neo-osmanischen Regionalhegemonie verstanden. Doch allzu schnell wurden dieser arroganten und verblendeten Wahrnehmung der politischen Realitäten durch imperialistische Strategien der Großmächte Grenzen gezogen. Das Regime musste einsehen, in welchem Maße die Türkei von den Vereinigten Staaten und der EU abhängig ist.

Der zweite Trugschluss war die falsche Einschätzung der Konflikte, die durch Zerfallsprozesse von Staaten entstehen: In Ankara war man überzeugt, dass die Zerfallserscheinungen im Irak und in Syrien mögliche Grenzverschiebungen zugunsten der Türkei zur Folge haben würden und die blutigen Konflikte mit der militärischen Gewaltmaschinerie der modernisierten und hochgerüsteten türkischen Streitkräfte in einem kontrollierbaren Rahmen gehalten werden könnten. Der sog. »Friedensprozess« in der kurdischen Frage sollte dafür eine Hebelwirkung entfalten.

Ende 2012 hatte der türkische Staat die Verhandlungsgespräche mit dem, auf der Imrali-Insel in-

haftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan [4] unter Hinzuziehung von einigen Abgeordneten der prokurdischen »Partei des Friedens und der Demokratie – BDP« intensiviert. Schließlich wurde am 21. März 2013 auf dem Newroz-Fest in Diyarbakir eine Botschaft Öcalans vorgelesen, der »einen großen Frieden« und die Verlagerung des Kampfes der PKK auf die politische Ebene verkündete. Die Botschaft wurde von den fast 3 Millionen Teilnehmer*innen und der türkischen Öffentlichkeit mit Freude vernommen. Hoffnungen auf die friedliche und demokratische Lösung der Nationalitätenfrage keimten auf und über 2,5 Jahre hielt ein Waffenstillstand.

Auf internationaler Ebene wurde vollen Lobes von einer »türkisch-kurdischen Allianz« gesprochen. In den bürgerlichen Medien der Türkei schwärmten regierungsnahen Kommentatoren davon, dass die Türkei »mit den Kurden größer« werde und dann als eine »regionale Supermacht das Ziel, unter den ersten zehn Volkswirtschaften der Welt zu sein, schneller erreichen« könne. Die AKP-Regierung war der Auffassung, die kurdische Befreiungsbewegung im Rahmen des sog. »Friedensprozesses« domestizieren zu können und sie, gestärkt durch die »türkisch-kurdische Allianz«, in der Lage sein würden, »die Führungsposition innerhalb der sich entwickelnden sunnitischen Achse zu übernehmen«. [5]

Doch weder waren die massiven blutigen Konflikte des angestachelten syrischen Bürgerkrieges kontrollierbar, noch war die kurdische Befreiungsbewegung gewillt, sich mit dem bloßen Versprechen einer »sunnitisch-türkisch-kurdischen Bruderschaft« domestizieren zu lassen. Entsprechende Reaktionen kamen auch aus den Zentralregierungen Irans, Iraks und Syriens, die keineswegs mit einer Hegemonie anstrebenden »türkisch-kurdischen Allianz« einverstanden waren. Als schließlich der sog. »Islamische Staat – IS« mit ihren bestialischen Kriegsmethoden und ihren Angriffen auf Erbil, Mossul und Kobane in den Blick der Weltöffentlichkeit geriet, blieb von dem sog. »Friedensprozess« nichts mehr übrig. Im Gegenteil: nach der erfolgreichen Verteidigung der Stadt Kobane gegen den »IS« stellte Erdoğan, inzwischen zum Staatspräsidenten gewählt, 2014 den Kurs auf Eskalation um. Wie Arzu Yılmaz (siehe Fußnote [5]) Zu Recht feststellt, mündete der sog. »Friedensprozess« im Krieg und in der Eskalation der Gewalt. Heute sind zahlreiche Städte Nordkurdistans (Türkei) verwüstet. Obwohl die Türkei von den USA zum Kampf gegen den »IS« gedrängt und zur Unterlassung der Hilfsleistungen an die Gruppen der »IS« gezwungen wurde, steht sie heute wegen der weiteren Unterstützung anderer jihadistischer Terrorbanden wie die Al-Nusra-Front und der politischen Gleichsetzung der PYD mit dem »IS«, nicht nur der kurdischen Befreiungsbewegung, sondern nahezu allen beteiligten Akteuren in Syrien konfrontativ gegenüber.

Ein weiterer Trugschluss ist in der Innenpolitik festzustellen, dessen außenpolitischen Auswirkungen zu spüren sind: die Eskalationsstrategie Erdoğan's, die Ausrichtung auf den türkischen Nationalismus und sunnitischen Konfessionalismus hatte zwar zur Folge, dass die AKP ihre eigene Basis konsolidieren und nationalistische Wähler*innen anderer bürgerlichen Parteien gewinnen konnte. Aber dadurch wurde die gesellschaftliche Spaltung derart vertieft, so dass rund die Hälfte der Bevölkerung, allen voran kurdische, alewitische und laizistische Teile, dem AKP-Regime unveröhnlich gegenüberstehen. Dessen ungeachtet lässt die AKP-Regierung die zersprengte Opposition die volle Arroganz der Macht spüren, ermutigt durch den Umstand, dass sich neben den gesellschaftlichen Kerngruppen ihrer Unterstützer nahezu alle türkischen Kapitalfraktionen, die zivile und die militärische Staatsbürokratie und die nationalistisch gesinnten Kräfte hinter der Regierung versammelt haben. Medien und Justiz sind mittlerweile praktisch gleichgeschaltet, die bürgerliche Opposition macht- und einflusslos. Sowohl die USA als auch die EU sehen dem blutigen Treiben lautlos zu. Es gibt guten Grund anzunehmen, dass sie der bereits stattfindenden Installation eines diktatorischen Regimes nicht widersprechen werden, ebenso wenig wie die türkische Monopolbourgeoisie — solange die ökonomischen Verhältnisse im Land unangetastet bleiben. Die Fehleinschätzung aber liegt darin, dass die AKP die derzeitige gesellschaftliche Unterstützung als »in Beton gegossen« betrachtet. Dabei ist die Unterstützung der ärmeren sunnitisch-konservativen Bevölkerungsteile durchaus brüchig. Wenn man bedenkt, wie hoch die Verschuldung der privaten Haushalte ist und ein Großteil der Gehälter zur Zins- und Kreditzahlung verbraucht wird, wird das deutlich. Eine wirtschaftliche Krise, die nicht auszuschließen ist, würde diese Unterstützung auf die Kernbasis schrumpfen lassen. Die Wahlergebnisse vom 7. Juni 2015 (also der ersten der beiden Wahlen von 2015) [6] haben das gezeigt. Die regierungsseitig geförderte gesellschaftliche Spaltung gefährdet die innere Stabilität, was nur durch immer autoritärere Maßnahmen gesichert werden

kann. Und genau diese Maßnahmen sind der Grund für den außenpolitischen Druck, den die strategischen Partner USA und EU erhöhen. Diesem Druck kann das Regime nicht statthalten. In der Außenpolitik rudert die AKP-Regierung zurück und beugt sich den westlichen Diktaten.

Obwohl inzwischen Erdoğan und seine AKP verstanden haben, dass sie die politischen Realitäten der Region falsch einschätzten und zurückrudern müssen, hegen sie dennoch Hoffnungen auf die Verbesserung ihrer Situation und auf weitere Unterstützung ihrer strategischen Partner. Diese Erwartungshaltung begründet sich vor allem auf der geographischen Lage des Landes.

Ein Blick auf die Weltkarte reicht aus, die »geopolitische Schlüsselrolle der Türkei« (FAZ) zu erkennen: Die Türkei ist die einzige Landbrücke zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer, über den die Märkte, Energiequellen und Ressourcen im Kaukasus, Nahen und Mittlerem Osten sowie in Zentralasien erreicht werden können. Sie ist Herrin der beiden Meerengen des Marmarameers, den die russischen Seestreitkräfte als Zugang zum Mittelmeer und darüberhinaus benötigen. Das Land ist inzwischen eines der weltweit wichtigsten Energieumschlagsplätze, welches für das EU-Ziel der »Energiediversifizierung«, sprich für die Unabhängigkeit vom russischen Erdgas enorm wichtig ist. Ein NATO-Partner, der mit seiner modernisierten und gewaltigen Militärmaschinerie die beabsichtigte »Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens« überwachen kann und als billiger Produktionsstandort für westliche Güter sowie mit seiner jungen, aufstrebenden Bevölkerungsstruktur als Markt hohe Profite verspricht. Besonders für die BRD ist die Türkei ein vertrauter Partner, deren militärisch-industrieller Komplex mit Hilfe deutscher Rüstungsexporte hochgezüchtet wurde und als Lizenznehmerin deutscher wie europäischer Rüstungskonzerne zur Umgehung von Rüstungsexportrichtlinien bestens geeignet ist. Und nicht zuletzt ist die Türkei das Land, dem die Aufgabe zufällt, das EU-Grenzregime aufrecht zu erhalten und Migrationsströme (!) abzuwehren.

Das AKP-regime ist seit Mitte 2013 dabei, eine auf Schadensbegrenzung orientierte, reaktive Außenpolitik zu verfolgen. Offensichtlich baut das Regime auf diese »geopolitische Schlüsselrolle« und rechnet damit, die strategischen Partnerschaften zu erneuern, um so die AKP-Herrschaft absichern zu können. Diese Rechnung könnte durchaus aufgehen, denn das Angebot an die westlichen Großmächte ist höchst attraktiv: Ein diktatorisches Regime, das den globalen Kapitalflüssen gegenüber offen ist, das bewiesen hat, eine neoliberale Wirtschaftspolitik par excellence umzusetzen und die Kämpfe der Lohnabhängigen und weitere Widerstandspotentiale zurückzudrängen. Ein Regime, das mit der autoritären Regierungsführung die erforderliche »Stabilität« sichert und nicht davor zurückschreckt, mit paramilitärisch umgebauten Polizeikräften und der zweitgrößten NATO-Armee sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch, wenn erforderlich, gegen die Nachbarländer vorzugehen. Ein Regime, das bereit ist, als schlagkräftige Vorhut imperialistischer Mächte zu fungieren und als regionaler Gendarm die Interessen nationaler wie internationaler Monopole zu verteidigen. Und als Bonbon dazu: die geostrategisch, geopolitisch und geökonomisch unschätzbare Lage des Landes. Ohne Frage: Wenn es um den freien Zugang zu Märkten und Energieressourcen der Region und um die Kontrolle der Transportwege geht, spielt die Türkei eine echte Schlüsselrolle.

Geostrategische Hintergründe türkischer Syrienpolitik.

Um den außenpolitischen Zickzackkurs der Türkei und die aggressive Syrienpolitik Erdoğan's nachvollziehen zu können, ist es unabdingbar die geostrategischen Hintergründe zu beleuchten. Um das Bild deutlich zu machen: Man muss sich die Türkei wie eine Spinne vorstellen, die auf einem Netz von Erdgas- und Erdölpipelines sitzt. Das Ziel der Pipelines und des Umschlagshafens Ceyhan im östlichen Mittelmeer ist Europa. In den letzten zwei Jahrzehnten haben sowohl staatliche als auch private türkische Unternehmen immense Investitionen im Energiesektor getätigt. Aber der Pipelinebau und zentraler Vertrieb ist immer noch in staatlicher Hand. So will der türkische Staat die Kontrolle bzw. ggf. Interventionsmöglichkeiten der Kapitalakkumulation und Strategieentwicklung im Energiesektor nicht aus der Hand lassen – genau wie im Bereich des militärisch-industriellen Komplexes. Für Investitionen und Transportwege ist seit 1973 die hundertprozentige staatliche Unternehmung BOTAS zuständig. Auf der Internetseite von BOTAS (botas.gov.tr) sind zahlreiche Informationen über die Energiepolitik der Türkei zu finden.

Aus türkeiinteressierten Kreisen ist vielfach zu hören, dass man es nicht nachvollziehen könne, warum die Türkei, während sie gegen die eigene kurdische Bevölkerung einen blutigen Krieg führt und mit aller Macht das Entstehen von autonomen kurdischen Strukturen in Nordsyrien verhindern will, auf der anderen Seite die Unabhängigkeitsbestrebungen der von Mesud Barzani geführten Kurdischen Autonomieregion im Nordirak (Südkurdistan) unterstützt. In der Tat; seit dem Ende des Irak-Kriegs ist die Türkei dabei, im Nordirak zu investieren. Laut der Statistikbehörde der Türkei haben türkische Firmen rund 75 Prozent der Infrastruktur der Kurdischen Autonomieregion aufgebaut. Zahlreiche türkische Unternehmen, übrigens auch staatliche, haben dort große Summen investiert. Barzani gilt als Vertrauter Erdoğan's und Erdoğan hofft, mit Hilfe Barzani's die PKK aus den Qandil-Bergen im Nordirak vertreiben zu können.

Freilich ist das nicht der einzige Grund, warum das AKP-Regime Südkurdistan wirtschaftlich und politisch unterstützt. Ausschlaggebend ist vielmehr die auf 45 Milliarden Barrel geschätzten Erdölvorkommen im Nordirak. Dank des Erdöls konnte Barzani die Autonomieregion zu einem quasi Rentierstaat umwandeln und sein Clan bereichern. Durch Verbeamtung der Peschmerga-Kräfte und anderer Gruppen konnte er sich gesellschaftliche Unterstützung erkaufen. Wirtschaftlich ist aber die Kurdische Autonomieregion völlig vom Erdölverkauf abhängig, da kaum produzierende Gewerbe vorhanden ist und Nahrungsmittel importiert werden müssen. Luxusresidenzen und moderne Einkaufszentren in Erbil sollten darüber nicht hinwegtäuschen. [7]

Aus diesen Gründen ist Barzani gezwungen, die Erdölförderung zu erhöhen und um vom Verkaufserlös der irakischen Zentralregierung nichts mehr abgeben zu müssen, strebt er die staatliche Unabhängigkeit an. Noch 2014 erklärte Barzani, dass seine Autonomiebehörde bis 2016 die Voraussetzungen für die tägliche Erdölförderung von bis 2 Millionen Barrel schaffen werde. [8] Dieses Ziel konnte aus bekannten Gründen nicht erreicht werden.

Die Erdölförderung ist aber grundsätzlich das kleinere Problem. Schwieriger ist dagegen der sichere Transport zum Konsumenten – und hier kommt die Türkei ins Spiel. Nordirakisches Erdöl und Erdgas wird seit 1973 über die Pipeline Kirkuk-Yumurtalik transportiert, um nach Bearbeitung vom Umschlagshafen Ceyhan bzw. Pipelineverlängerungen nach Europa gebracht zu werden. Die Kapazität dieser Pipeline ist gering und kaum kostengünstig zu erweitern. Zudem verläuft die Pipeline über kurdische Gebiete in der Türkei, in denen die kurdische Befreiungsbewegung über starken gesellschaftlichen Rückhalt verfügt. Sabotageakte an der Pipeline Kirkuk-Yumurtalik belegen die »Sicherheitsproblematik«.

Aus diesem Grund ist seit ca. 10 Jahren eine Alternativroute geplant, die von Kirkuk über Nordsyrien nach Ceyhan führen soll. Schon lange vor dem Beginn des Bürgerkrieges in Syrien hatten Katar und die Türkei die syrische Regierung für diesen Plan gewinnen wollen. Katar hatte und hat weiterhin ein großes Interesse an dem Bau dieser neuen Pipeline. Als weltgrößter Verkäufer vom verflüssigten Erdgas beabsichtigt Katar seit längerem auf Pipelinetransport umzusteigen, weil damit die Produktions- und Transportkosten immens gesenkt werden können. Daher hatte der katarische Despot immer wieder Baschar al-Assad überzeugen wollen, diese Pipelinepläne zu unterstützen. Doch Assad lehnte diese Offerte ab – die Interessen des strategischen Partners Russland wogen schwerer. Für Assad zahlte sich diese Ablehnung aus: Russland hielt seinerseits die Treue.

Nachdem für die türkischen Machthaber 2011 Assad »vom Paulus zum Saulus« mutierte, begann Erdoğan mit der Forderung nach einem »humanitären Korridor« in Nordsyrien. Noch 2011 sinnierte Erdoğan öffentlich davon, »in ein paar Wochen in der Umayyaden-Moschee in Damaskus beten zu können«. Als Anfang Oktober 2012 in dem kleinen Grenzstadt Akçakale an der türkisch-syrischen Grenze eine Mörsergranate in einem Haus einschlug und 5 Menschen (2 Frauen und 3 Kinder) ihr Leben verloren hatten, beantragte die Türkei eine Sitzung nach dem Art. 4 des NATO-Vertrages und das türkische Parlament fasste den Beschluss, dass die türkischen Streitkräfte nach eigenem Ermessen militärisches Vorgehen vorbereiten sollen. Kurze Zeit später wurden US-amerikanische, niederländische und deutsche Patriot-Systeme in der grenznahen Region der Türkei aufgestellt. Nun sprach der damalige türkische Außenminister Davutoğlu von der »Notwendigkeit eines sicheren Korridors«. Doch das Verhalten der Türkei, jihadistischen Terrorbanden Unterschlupf zu gewähren und Unterstützung zu leisten, führte zu Missstimmungen. Als dann das AKP-Regime der nordsyrisch-kurdischen Stadt Kobane, die von dem sog. »IS« massiv bedroht wurde, keine Un-

terstützung leistete und sogar Unterstützungsleistungen behinderte, war die Aufstellung der Patriot-Systeme in der westlichen Öffentlichkeit nicht mehr zu vertreten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der von der Türkei geforderte »Korridor« punktgenau mit dem Landstreifen übereinstimmt, auf dem die neue Pipeline gebaut werden soll. Da die Patriot-Systeme gegen Mörsergranaten unwirksam sind, aber Raketen und Flugzeuge abwehren können, war klar, dass eine »No-Fly-Zone« eingerichtet werden soll. Aber diese Pläne fielen mit der erfolgreichen Verteidigung der Stadt Kobane, durch die kurdisch-syrischen Volksverteidigungseinheiten ins Wasser.

Das bedeutet aber nicht, dass diese Pläne endgültig ad acta gelegt sind, im Gegenteil: sie sind immer noch aktuell und werden weiterverfolgt. Dafür gibt es viele Gründe. Zum einen ist im östlichen Mittelmeer, im Levante-Becken ein riesiges Erdgasreservoir von über 9,5 Billionen Kubikmeter Erdgas entdeckt worden. [9] Israel hat längst begonnen, 180 km von seiner Küste entfernt Erdgas zu fördern. Aber auch für Israel gilt: die Schwierigkeit liegt nicht bei der Förderung, sondern beim Transport. Eine Pipeline über Libanon kommt für Israel alleine aus Sicherheitsbedenken nicht in Frage. Die Produktion vom verflüssigten Erdgas und Transport mit dafür gebauten Schiffen ist kurzfristig nicht möglich, würde auch enorme Kosten verursachen. Als Ausweg bleibt nur eine Option: eine neue Pipeline über die Golanhöhen und durch das syrische Staatsgebiet zu führen und diesen in der Nähe der türkischen Stadt Kilis an die geplante Kirkuk-Ceyhan-Pipeline anzuschließen. Für Israel wäre damit ein Zusatznutzen verbunden: Mit einer zur Erdgaspipeline parallel zu bauenden Wasserpipeline soll kurdisches Trinkwasser aus dem Euphrat und Tigris den chronischen Wassermangel Israels beseitigen. Die Wasservorräte der besetzten Golanhöhen und des Jordan-Tals sowie unterhalb der illegalen israelischen Siedlungen können den großen Durst der israelischen Landwirtschaft nicht löschen. Von daher war es auch kein Zufall, als der israelische Ministerpräsident Netanjahu die »internationale Gemeinschaft« aufforderte, »die Bestrebungen der irakischen Kurden für einen unabhängigen Staat zu unterstützen«. [10] Es steht aber außer Frage, dass es Netanjahu nicht um die Freiheit und Gleichberechtigung des kurdischen Volkes in allen vier Teilen Kurdistans geht, sondern um die »Unabhängigkeit« eines Barzanistans, der nichts anderes als ein Vasallenstaat regionaler und imperialistischer Mächte sein wird.

Für eine solche »Unabhängigkeit« kooperiert Barzani gegen die demokratischen Kantone Rojawas mit dem AKP-Regime, Katar, Israel und Saudi-Arabien und versucht durch Grenzsicherungen die Lebensadern Rojawas, somit die Verteidigungsfähigkeit gegen die jihadistischen Terrorbanden abzuschneiden. Selbst für medizinische Hilfsleistungen war Barzani nicht bereit, die Grenze zu Rojava zu öffnen. Es ist offensichtlich, dass man in Erbil hofft, nach der Unabhängigkeit die angrenzenden Gebiete in Rojava Südkurdistan anzuschließen, um so »einen Zugang zum Mittelmeer zu erhalten«, wie es vielfach auf Internetseiten der kurdischen Nationalisten zu lesen ist. Die deutschen Waffenlieferungen an Peschmerga-Kräfte, die Errichtung einer US-Luftwaffenbasis nahe Erbil [11] und die türkische Unterstützung verstärkt diesen Größenwahn Barzanis. Er und seine Autonomieregierung sind wohl der Auffassung, dass es der Westen nicht leisten kann, Südkurdistan fallen zu lassen. Die tatsächliche Suche der USA nach einem »Stabilitätsanker in der Region« und bekannt gewordene Überlegungen für den Aufbau einer großen US-Basis im Format von »Camp Bondsteel« im Kosovo verstärken diesen Eindruck. Ermutigt dadurch versucht Barzani in Rojava Fuß zu fassen. Obwohl seine Partei dort keine gesellschaftliche Verankerung hat, drängt Barzani die syrisch-kurdische PYD dazu, ihre Macht mit Barzani-Leuten in Rojava zu teilen. So wird die PYD, die nach eigenen Angaben, »taktische Bündnisse mit strategischen Gegnern« (PYD Co-Vorsitzender Salih Muslim) eingeht, also im Kampf gegen die sog. »IS« und andere jihadistische Terrorbanden je nach Lage sowohl mit den USA als auch mit der syrischen Armee und Russland militärisch zusammenarbeitet, von Barzani politisch unter Druck gebracht. Noch scheint die PYD mit ihrer Strategie Erfolg zu haben und kann Barzanis Druck abwehren. Ob sie aber langfristig diese Kraft haben wird, ist nicht sicher.

Übrigens, einer der Gründe für den Putschversuch am 15. Juli 2016 in der Türkei, der kläglich gescheitert ist, scheint die Syrienpolitik zu sein – und zwar die der USA. Vieles deutet darauf hin, dass die Putschisten von denjenigen Kreisen in der NATO, die ein militärisches Vorgehen in Syrien befürworten, zu diesem Staatscoup ermutigt worden sind. Wenn man die Debatte um Strategieänderung in der US-Syrienpolitik berücksichtigt – erst vor kurzen hatten US-Diplomaten Militärstrate-

gie gegen Assad-Regime gefordert [12] – und die (nicht bewiesenen) Gerüchte über die Verwicklung von US-Militärs, die den neokonservativen Falken nahestehen, in den Abschuss eines russischen Militärjets am 24. November 2015 bedenkt, dann ist es nicht von der Hand zu weisen, dass es Versuche gibt, die zweitgrößte NATO-Armee in den Syrienkonflikt zu verwickeln.

Die Interessen am Zerfall Syriens

Erdoğan, der von diesem Putschversuch nun gestärkt herausgeht und die Türkei in Richtung einer autoritären Präsidialdiktatur steuert, feilscht mit den imperialistischen Mächten und versucht dabei, die Interessenswidersprüche zwischen der EU, sprich der BRD und den USA auszunutzen. Die Unterstützung saudischer Despoten im Rücken hofft Erdoğan darauf, dass die mögliche neue US-Präsidentin Hillary Clinton dem Druck nach einer Strategieänderung nachgeben und der Errichtung einer Flugverbotszone in Nordsyrien zustimmen wird. Das würde die Bedeutung der Türkei immens erhöhen und das AKP-Regime als Partner unverzichtbar machen.

Für diese Forderung hat Erdoğan die politische Unterstützung der Bundesregierung längst erhalten. Bundeskanzlerin Merkel hat sich für eine Flugverbotszone ausgesprochen und will dafür die EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen weiter gesichert wissen. Sowohl die EU als auch die Türkei behandeln die syrischen Flüchtlingsmassen als ein »Faustpfand«, um gegenseitig ihre strategischen Interessen durchzusetzen. [13]

Gemeinsames Interesse aber haben die USA, Die EU, Türkei, Israel, Katar und Saudi-Arabien an dem Zerfall des syrischen Staates. Während es für die imperialistischen Mächte in erster Linie um die Sicherung der Kontrolle der regionalen Energieressourcen und der Transportwege geht, wollen Israel, Saudi Arabien und die Türkei die regionale Hegemonie erringen und »der erste« strategische Partner des Westens werden.

Für Saudi-Arabien geht es auch um den Zugang zum Arabischen Meer im Indischen Ozean. Aufgrund der Tatsache, dass Saudi-Arabien auf die Transportwege des Golfs von Aden und des Golfs von Oman angewiesen ist und Iran ihren Einfluss auch auf diese Regionen ausgeweitet hat, würde die Entmachtung des Assad-Regimes die sog. »Schiiitische Achse« erheblich schwächen. Zwar gab es auf der Seite der Türkei und Katar Missstimmungen wegen der saudischen Unterstützung der ägyptischen Sisi-Junta, aber die gemeinsamen Interessen in Syrien nahmen keinen Schaden. Zumal die saudischen Despoten, die die Muslimbrüder als eine Gefährdung ihrer Macht betrachten, im Grunde den Zugang zum Suez-Kanal sicherstellen wollten und derzeit mit Jemen beschäftigt sind. Saudi-Arabien verfolgt seit Jahren einen Plan, wonach eine Pipeline zum jemenitischen Hafenstadt al-Mukalla gebaut werden soll. So wollen die Saudis sich von der Abhängigkeit von den Nachbarstaaten im Golf von Aden und im Golf von Oman befreien. Dafür müssen sie den Einfluss Irans in der Region zurückdrängen. Die syrische Regierung, die traditionell gute Beziehungen zum Iran unterhält, ist hierbei nur ein Hindernis.

Hierbei spielt die Türkei wieder einmal eine verhängnisvolle Rolle. Den Herrschenden in der Türkei ist das Schicksal der syrischen Völker egal. Die fast 900 km lange syrische-türkische Grenze, das vor rund 100 Jahren mit einem Lineal gezogen wurde, ist nun wie eine offene Wunde, die Syrien dem Tode nahebringt.

Aber das AKP-Regime ist aufgrund ihrer derzeitigen Stärke und der verfassungsmäßigen Möglichkeiten, wie die Verhängung des Ausnahmezustandes, derart verblendet und merkt nicht, dass mit dieser aggressiven Syrienpolitik ihr eigenes Grab geschaufelt wird. Kriege und diktatorische Regime mögen den Herrschenden Zeit verschaffen, aber können den sicheren Niedergang nicht verhindern. Möglich ist auch, dass die imperialistischen Mächte das Regime wie eine heiße Kartoffel fallen lassen, wenn ihre Interessen betroffen sind. Immerhin wissen wir aus der Geschichte, dass alle, die auf dem Schoß des Imperialismus autoritär regiert haben, auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind. Schon heute ist vorauszusagen: Erdoğan's Syrien-Abenteuer wird seinem Land teuer zu stehen kommen. Selbst die territoriale Unversehrtheit der Türkei steht auf dem Spiel. Es wäre eine tragische Ironie der türkischen Geschichte: mit den Kurden wollten sie »größer werden«, nun könnte die Türkei wegen der eigenen Politik kleiner werden.

Der Unrechtsstaat Türkei ist auf einem unheilvollen Weg, der die gesamte Region in einen Flächen-

brand verwandeln kann. Dem AKP-Regime Einhalt gebieten können nur die demokratischen Kräfte der Türkei im Verbund mit der kurdischen Befreiungsbewegung und im gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele. Und ob die Völker Syriens es bewerkstelligen können, das Land aus dem Bürgerkrieg heraus in eine demokratische, friedliche und gleichberechtigte Zukunft zu führen, wird sich zeigen. Obgleich die nahe Zukunft eher düstere Zeiten voraussagt, so gilt für uns in Europa: die demokratischen und säkularen Kräfte in Kurdistan, Syrien und in der Türkei zu unterstützen, in der wir vor allem unsere eigenen Hausaufgaben erledigen – eine sozial gerechte, demokratische und Frieden fördernde Europa aufzubauen und imperialistischen Interessen eine klare Absage zu erteilen.

[1] <http://www.trt.net.tr/deutsch/europa/2016/07/10/gesprache-von-erdogan-beim-nato-gipfel-in-warschau-526385>.

[2] Ahmet Davutoğlu: Stratejik Derinlik: Türkiye'nin Uluslararası Konumu (Strategische Tiefe: Die internationale Stellung der Türkei), Küre Yayınları, İstanbul 2001, ISBN 975-6614-00-5.

[3] Außenministerium der Republik Türkei: Komşularla Sıfır Sorun Politikamız (Unsere Politik der Null-Probleme mit den Nachbarn), siehe: <http://www.mfa.gov.tr/komsularla-sifir-sorun-politikamiz.tr.mfa>.

[4] »Partiya Karkeren Kurdistan – PKK«, Arbeiterpartei Kurdistans. Dessen Vorsitzender Abdullah Öcalan wurde in 1999 durch einen internationalen Komplott gefangen genommen und der Türkei überstellt. Siehe auch: Nick Brauns und Brigitte Kiechle, Das »internationale Komplott«, in: junge Welt von 29.04.2010, http://www.nikolaus-brauns.de/Internationale_Komplott.htm.

[5] Siehe: Arzu Yılmaz: Friedensweg mündet im Krieg – Die Internationalisierung der kurdischen Frage, in: »Gescheiterter Friedensprozess und Bürgerkrieg in der Türkei«, W&F-Dossier 82, Beilage der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden, Bonn Mai 2016.

[6] Für weitere Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei seien zwei Websites zu empfehlen: Blog der Zeitschrift »Infobrief Türkei« unter: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de> und der persönliche Blog des Autors: <http://murat-cakir.blogspot.de>.

[7] Siehe Bericht der Tageszeitung »Die Welt«: <http://www.welt.de/wirtschaft/article127397351/Die-geheimnisvolle-Oase-im-Norden-des-Irak.html>.

[8] Siehe: <http://www.haberler.com/barzani-2-mayis-ta-ceyhan-daki-petrolu-5962052-haberi/>.

[9] Siehe: <http://www.ingenieur.de/Branchen/Rohstoffindustrie/Gasfoerderung-im-Mittelmeer-Pulverfass>.

[10] Siehe: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/netanjahu-befuerwortung-kurdistan-isis>.

[11] Siehe: <http://rudaw.net/english/kurdistan/110220152>.

[12] Siehe: <http://de.euronews.com/2016/06/17/syrienkrieg-us-diplomaten-fordern-militarschlaege-gegen-assad-regime>.

[13] Siehe: Murat Çakır, Die »getürkte« Kandidatur, in: <http://murat-cakir.blogspot.de/2016/05/die-geturkte-kandidatur.html>.

Die Türkei nach dem Putschversuch

7. August 2016

Wenn aus dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 in der Türkei eine erste Lehre gezogen werden sollte, dann kann es nur die Tatsache sein, dass der »Qualitätsjournalismus« bürgerlicher Medien völlig ungeeignet ist, die eigentlichen Hintergründe von politischen Entwicklungen im eigenen Land und in der Welt zu durchleuchten. Wer z.B. in der BRD die aktuelle Entwicklung in der Türkei nur über die Berichterstattung der bürgerlichen Medien verfolgt, kann sich dem Eindruck nicht erwehren, dass Erdoğan fester denn je im Sattel sitzt, die Türkei sich vom Westen abwendet, das AKP-Regime alles unter die Kontrolle des »Palastes« gebracht hat und natürlich nahezu alle türkeistämmigen Migrant*innen in der BRD Erdoğan unterstützen. Entspricht das alles wirklich der Realität?

Schauen wir uns zuerst die Situation in der Türkei an: Seit dem Putschversuch sind nun fast 3 Wochen vergangen. Die gesamte Bevölkerung – kurdische Teile und Linke ausgenommen – scheint von einer Nationalismus-Euphorie erfasst zu sein. Türkische Zeitungen berichten, dass innerhalb weniger Tage nach dem Putschversuch über 100 Millionen türkische Fahnen verkauft worden seien – dass bei einer Einwohnerzahl von knapp 75 Millionen. Aber in der Tat: wohin man blickt, überall sind türkische Fahnen zu sehen: auf den Fenstern von Gebäuden, auf Autos, in Einkaufszentren, Schulen, Geschäften etc. Dazu kommen die megagroßen Fahnen, die kilometerweit zu sehen sind. Übertriebener Eifer fehlt auch nicht: Auf einem 6-stöckigen Wohnhaus waren 30 türkische Fahnen zu zählen. Jede Nacht kommen zehntausende Menschen mit Fahnen zu Kundgebungen, die nun »Demokratiewacht« genannt werden. Autokorsos, »Allah-u Ekber«-Rufe und Treueeide auf die »Demokratie«, begleitet von Gebetsrufen aus den Minaretten.

Manche Laizisten fühlen sich in einem Alptraum gefangen: Fernsehbilder zeigen Massen von schwarzverhüllten Frauen, Bartträger in islamistischer Bekleidung, »Scharia«-Rufe, ein Mob, der vor Angriffen auf vermeintlich Andersdenkende nicht zurückscheut. Beispiele gibt es zuhauf: Eine schwangere Mitarbeiterin der linken Tageszeitung »Evrensel« wird auf offener Straße als »Gülenistin« angegriffen und zusammengeschlagen. Während die Angreifer, darunter auch verhüllte Frauen, weitere Passanten mit »jetzt werdet ihr euch uns unterwerfen« Rufen bedrohen und von der Polizei unbehelligt weiterziehen können, wird dem Opfer im Krankenhaus ein ärztliches Attest verwehrt. In Malatya werden Alewiten angegriffen, aus Konya und anderen Orten wird von Lynchversuchen gegen syrische Flüchtlinge berichtet. Der Mob pöbelt und die Polizei lässt sie gewähren.

Nahezu alle Fernsehkanäle und Zeitungen sind gleichgeschaltet. Oppositionelle Medien sind entweder verboten worden oder der Zugang zu diesen wird verhindert. Zahlreiche Internetseiten sind nicht erreichbar. Obwohl immer noch nicht nachgewiesen werden konnte, wer die eigentlichen Drahtzieher des Putschversuches waren, wird Fetullah Gülen als Staatsfeind Nr. 1 dargestellt. Rund 60.000 Menschen sind vom Staatsdienst bzw. vom Angestelltenverhältnis entfernt worden. Knapp 19.000 wurden festgenommen, 9.677 von ihnen wurden verhaftet. Fast 50.000 Menschen mussten ihre Reisepässe abgeben. Tausende Richter und Staatsanwälte, darunter zwei Verfassungsrichter, Offiziere, Polizeibeamte, Mitarbeiter*innen von zahlreichen Ministerien und der Bürokratie sind inzwischen inhaftiert. Fernsehzuschauer*innen verfolgen geschockt die Bilder von dem Putschversuch und wie der gesamte Staatsapparat von dieser faschistoiden Gülen-Bewegung unterwandert war. Erdoğan und Regierungsmitglieder werden nicht müde zu erklären, dass Gülen-Leute an allem, was bisher in der Türkei an Massakern und extralegalen Hinrichtungen, Bombardierungen etc. geschah, schuldig sind. Das Erklärungsmuster für alles Schlechte in der Türkei ist nun »FETÖ«, die »Fetullah Gülen Terrororganisation«. Nun wird das, was türkische Linke und die kurdische Befreiungsbewegung seit Jahren gesagt haben, regierungsamtlich bestätigt.

Differenzierte Betrachtung notwendig

Es ist richtig, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei gegen den Putschversuch war und das parlamentarische System unterstützt. Es entspricht auch der Tatsache, dass seit fast 3 Wochen jede Nacht in zahlreichen Städten zehntausende Menschen an den von der AKP organisierten »Demokratiewacht«-Kundgebungen teilnehmen. Aber das bedeutet keineswegs, dass die AKP immer noch über eine große gesellschaftliche Unterstützung verfügt. Die nackten Zahlen belegen das.

Trotz der propagandistischen Bemühungen des AKP-Regimes (Aufrufe aus den Minaretten von rund 85.000 Moscheen, Medien usw.) nehmen durchschnittlich an den Kundgebungen in der gesamten Türkei nur einige hunderttausend Menschen teil. Selbst an den ersten Tagen waren es kaum mehr. Sogar die kemalistische CHP konnte, dank der Unterstützung linker Parteien und Organisationen, am 24. Juli 2016 fast eine Million Menschen auf dem Taksim-Platz zusammenbringen. Laut Mustafa Ataş, stellvertretender Parteivorsitzender der AKP, hat die Partei fast 10 Millionen Mitglieder. [1] Die militante AKP-Jugendorganisation verfügt über rund eine Million Mitglieder. Bei den Wahlen kann die AKP rund 2,8 Millionen Wahlhelfer*innen mobilisieren. Wenn man diese Zahlen und die Tatsache bedenkt, dass seit dem 16. Juli 2016 alle öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos sind, auf den Kundgebungen Lebensmittel und Getränke verteilt werden und sogar einige AKP-Organisationen Taschengelder verteilen, kann von einer »großen Mobilisierung« nicht gesprochen werden. Dazu kommt die Tatsache, dass alle Bediensteten der staatlichen und kommunalen Stellen, Beamte und Angestellte, Lehrer*innen und Schüler*innen, sogar Mitarbeiter*innen von Unternehmen in öffentlicher Hand zur Teilnahme an den Kundgebungen verpflichtet werden. [2] Angst vor Verhaftung und vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ist die eigentliche Motivation für viele an den Kundgebungen teilzunehmen. Das gilt natürlich nicht für die Kernbasis der AKP und für die islamistischen Organisationen. Die Arroganz, die dem politischen Islam innewohnt, ist auch bei diesen Teilen spürbar, so dass Erdoğan und sein Ministerpräsident Binali Yıldırım ständig genötigt werden diese Kräfte anzumahnen, »nicht übereifrig zu handeln«.

Es ist offensichtlich, dass das AKP-Regime durch das Stricken an einer »nationalen Einheitslegende« sich aus dem Schlammassel, was sie selbst verursacht hat, rausretten möchte. Medial wird das Bild einer starken, von allen gesellschaftlichen Schichten unterstützten, aber von »ausländischen Mächten« bedrängten »nationalen Kraft« aufgebaut. Die kritische Berichterstattung westlicher Medien und die dort herrschende »Erdoğan-Gegnerschaft« wird fast genüsslich für die Propaganda instrumentalisiert. So auch die Pro-Erdoğan-Demo am 31. Juli 2016 in Köln. Regierungsmitglieder werfen europäischer Politik »Zensur« vor und verherrlichen die »Türkei-Liebe europäischer Türken«.

Hier sollte ordnungshalber darauf hingewiesen werden, dass seitens der bürgerlichen Medien in der BRD ein ähnliches Bild gepflegt wird. Einige Zehntausend Teilnehmer*innen der Demonstration, darunter nicht nur AKP-Anhänger*innen, sondern auch Graue Wölfe, Mitglieder anderer nationalistischen Parteien und Islamisten nichttürkischer Herkunft, sollen den Beweis erbringen, dass »ein großer Teil der in Deutschland lebenden Türken Erdoğan unterstützen«. Ein billiges Kalkül: eine normale Entwicklung in einer Einwanderungsgesellschaft, nämlich dass Migrant*innen mit ihrem Herkunftsland eng verbunden sind und auch aufgrund der institutionellen Diskriminierungsmechanismen herkunftsbezogene politische / kulturelle Identitäten als Schutzschild benutzen, wird für eine restriktive Migrationspolitik instrumentalisiert und gerade in einer Zeit der erstarkten fremdenfeindlichen Stimmung innenpolitisch missbraucht. Dabei wissen die Bundesregierung und die Landesregierungen seit Jahrzehnten, dass der türkische Staat sich in der BRD verschiedenen Vereinen und Verbänden bedient, türkeistämmige Migrant*innen als »Lobbyisten« der türkischen Politik auszunutzen versucht, finanziell und personell Vereine und Verbände unterstützt, sogar extralegale Hinrichtungen auf europäischem Boden vollzogen hat, Imame und Lehrer*innen als Beamte nach Europa schickt und über die Generalkonsulate die Geheimdiensttätigkeiten innerhalb der türkischen Community organisiert. [3] Die gleiche verantwortliche Politik, die der Religionsanstalt der Türkei und somit dem Nationalen Sicherheitsrat der Türkei unterstellte DITIB (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) und andere regierungsnahen islamistische Organisationen als Ansprechpartner für den islamischen Unterricht in der BRD bzw. für die sog.

»Islam Konferenz« anerkannt hat, verlangt nun von diesen, dass sie »sich von Erdoğan zu distanzieren haben«. Wenn sie dabei ernst wären, müssten sie sofort Konsequenzen ziehen: diese Organisationen nicht mehr anerkennen und jegliche Zusammenarbeit mit ihnen sowie die finanzielle Förderung einstellen.

Auch die Erdoğan-Organisation »UETD – Union europäisch-türkischer Demokraten«, die »türkische Pegida«, wie sie von der Tageszeitung Die Welt bezeichnet wird, wird als eine »starke, mobilisierungsfähige Organisation« bezeichnet. Dabei wäre die UETD ohne die enormen finanziellen Zuschüsse aus dem »Palast«-Erdoğan und der türkischen Regierung kaum in der Lage, solche Massenveranstaltungen durchzuführen. UETD bezahlt die Busse und die Fahrt mit anderen Verkehrsmitteln, um aus ganz Europa ihre Anhänger*innen zu den Demonstrationen bzw. Erdoğan-Aufritten zu bringen. Auch die DITIB, Koordinierungsräte türkischer Vereine sowie die Konsulate und die türkische Botschaft sind eifrig an der Organisation dabei. Das alles ist der verantwortlichen Politik und den bürgerlichen Medien seit langem bekannt. Deshalb ist die zur Schau gestellte Empörung heuchlerisch und von Interessen geleitet. Die aktuelle Schein-Debatte über die Doppelstaatsangehörigkeit belegt dies.

»Segen Gottes«: Die Gülen-Bewegung

Für Erdoğan ist nun der gescheiterte Putschversuch wie ein »Segen Gottes« [4] – aber nicht nur der Putschversuch, sondern die faschistoide Gülen-Bewegung insgesamt. Fetullah Gülen's Geheimorganisation war anfänglich eine wichtige Stütze des AKP-Regimes. Seit rund 40 Jahren versuchte diese Organisation, die nie mit einer Zentrale in der Öffentlichkeit auftrat und ein riesiges internationales Netzwerk aufgebaut hat, den türkischen Staat zu infiltrieren. Antikommunistisch, antikurdisch, rassistisch-nationalistisch und mit einem Islamverständnis, das an Absurdität kaum zu übertreffen ist, hatte die Gülen-Bewegung sich die Aufgabe gegeben, eine »goldene Generation« aufzuziehen, die in die »Venen und Arterien des Staates eindringen und diesen übernehmen« sollte (F. Gülen im O-Ton). Seine Anhänger sollten sich »verstellen, wenn nötig im Ramadan Raki trinken und abwarten, bis ihre Zeit gekommen ist«, so Gülen weiter. Bis dahin stellte sich die Bewegung in den Dienst [5] verschiedener Regierungen und Parteien und fand Unterstützer wie den ehem. Staatspräsidenten Süleyman Demirel oder den ehem. Ministerpräsidenten Bülent Ecevit.

Mit der Gründung der AKP war die »Zeit« für die Bewegung gekommen. Es ist allgemein bekannt, dass die AKP eine Koalition unterschiedlicher sunnitisch-konservativer Kräfte ist. Die Gülen-Bewegung war lange Zeit ein tragendes Element der AKP. Erdoğan konnte mit Hilfe der Gülen-Leute seinen Machtkampf gegen die kemalistischen Eliten im Staat gewinnen. Da die Gülen-Bewegung über loyale Verwaltungsleute, Richter und Staatsanwälte verfügte, wurden sie im Staatsapparat an Schaltstellen gebracht und konnten das Netzwerk vergrößern. In den Kommunalverwaltungen, Ministerien, im Justizapparat, in dem Geheimdienst, in der Polizei, Armee und Gendarmerie bekamen sie die Entscheidungspositionen des nach und nach entfernten kemalistischen Personals. Die Gülen-Bewegung war für Erdoğan wirklich wie ein »Segen Gottes«, denn mit ihrer Hilfe konnte er seinen Krieg gegen die Kemalisten erfolgreich führen. Die kemalistische Generalität konnte mit Inhaftierungen, konstruierten Putschvorwürfen, »Ergenekon«-Schauprozessen und Haftstrafen domestiziert werden. Aber auch gegen die kurdische Befreiungsbewegung, insbesondere gegen den legalen politischen Teil wurde die Gülen-Bewegung angesetzt. Mit den sog. »KCK-Prozessen« wurde die Willkürjustiz und das Feindstrafrecht par excellence umgesetzt. [6] Nach dem von Erdoğan durchgesetzten Verfassungsreferendum in 2010 konnte die Gülen-Bewegung ihren Einfluss im Justizapparat noch mehr vergrößern.

Erdoğan ließ die Bewegung gewähren. Später sagte er, »wir haben euch alles gegeben, was ihr wolltet«. Denn die Bewegung wollte nun die gesamte Macht im Staat. Zwei Strömungen des politischen Islams, die jeweils die völlige Unterwerfung unter ihre Macht einforderten, gerieten nun aneinander. Die ersten Risse entstanden nach dem israelischen Angriff auf das Gaza-Flottillen-Schiff »Mavi Marmara« im Mai 2010. Gülen kritisierte Erdoğan persönlich, weil er es zugelassen habe, dass ohne die Einwilligung der israelischen Behörden eine solche Aktion gestartet wurde. Aber die eigentliche Krise kam mit dem Versuch eines Gülen nahestehenden Staatsanwalts, im Februar 2012 den Geheimdienstchef Hakan Fidan zwangsweise anzuhören. Erdoğan's Regierung ging zum An-

griff über und beschloss ein Gesetz, der vorsah, die privaten Unterrichtshilfeeinstitute – meist in der Hand der Bewegung – zu verbieten. Der Konflikt eskalierte: es kam heraus, dass Gülen-Leute, die der Abhörabteilung der türkischen Polizei vorstanden, den Geheimdienst, den Ministerpräsidenten, den Außenminister, ausländische Botschaften sowie den Armeechef abgehört und die Protokolle ins Ausland verschafft haben. Und am 17. Dezember 2013 platzte die richtige Bombe: bis zum 25. Dezember wurden in den Medien Abhörprotokolle von Erdoğan und seinen Ministern veröffentlicht. Der Korruptionsskandal, in den Erdoğan, seine Familie und mehrere Minister verwickelt waren, schockierte die Öffentlichkeit.

Danach gingen die gegenseitigen Angriffe verschärft weiter. Erdoğan versuchte durch Gesetzesänderungen und Personalentscheidungen die Gülen-Leute aus deren Ämtern zu verjagen. Die Bewegung veröffentlichte weitere Details der Korruptionen und ließ ein Waffentransport des Geheimdienstes an die »IS«-Leute in Syrien auffliegen. Am 25. Februar 2014 wurden Mitschnitte aus einem Telefonat Erdoğan's mit seinem Sohn veröffentlicht. Die Terrororganisation »Parallel-Staat« war geboren. Erdoğan konnte aber die Krise meistern. Ende März 2014 gewann die AKP die Kommunalwahlen und wurde mit 44 Prozent die stärkste Kraft. Durch Änderungen im »Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte« und weiteren Maßnahmen sowie Verhaftungen wie im Dezember 2014 sah es so aus, als ob die Gülen-Bewegung im Staat ausgeschaltet war. Die Tatsache, dass Erdoğan die Staatspräsidentenwahlen gewann, war Anlass für in- und ausländische Kommentare, die der Gülen-Bewegung die Niederlage bescheinigten – diese Ansicht wurde bis zum 15. Juli 2016 weitgehend vertreten.

Der gescheiterte Putschversuch war nun für Erdoğan Anlass genug, um die Gülen-Bewegung gänzlich auszuschalten. Anfänglich sah es danach aus, dass Erdoğan nun seine Machtbasis stärken kann und ihm der Weg für die Installierung eines autoritären Präsidialsystems völlig offensteht. [7] Es kann durchaus konstatiert werden, dass die Gülen-Bewegung inzwischen zum größten Teil aus den »Venen und Arterien des Staates« entfernt wurde. Nun bekommen sie die Auswirkungen des von ihnen installierten Feindstrafrechts am eigenen Leibe zu spüren. Erdoğan redet inzwischen von Fehlern und bittet »Allah und die türkische Nation um Vergebung«, weil er sich von der Gülen-Bewegung »täuschen« ließ. Wäre die Türkei ein Rechtsstaat, würde das »Bitten um Vergebung« und »getäuscht sein« Erdoğan nicht vor Strafe schützen. Denn Erdoğan und die AKP sind mindestens Mittäter der kriminellen Geheimorganisation Gülen's und tragen Mitverantwortung an dessen Taten.

Gülen's Logistikzentrum BRD

Mitverantwortung an den Taten dieser kriminellen Geheimorganisation tragen auch europäische Regierungen - die Bundesregierung im besonderen Maße. Seit fast 25 Jahren ist die Gülen-Bewegung in der BRD tätig. Sie konnte innerhalb dieser Zeit ein großes Netzwerk aufbauen, dem zahlreiche Privatschulen, Vereine, Verbände und Unternehmungen sowie Medien angeschlossen sind. Ähnliche Einrichtungen sind in anderen europäischen Staaten zu finden, aber die BRD ist für die Gülen-Bewegung weltweit das wichtigste Logistikzentrum überhaupt. Seit fast so langer Zeit wird die Politik und Öffentlichkeit über diese »Graue Wölfe im Schafspelz« (Nick Brauns) informiert. Obwohl immer wieder auf die Gefährlichkeit dieser Bewegung hingewiesen wurde und im Grunde genommen die Bundesstaatsanwaltschaft von Amts wegen Ermittlungen aufnehmen müsste, werden diese Informationen bis heute ignoriert.

Schon vor Jahren schrieb Nick Brauns folgendes: »In Deutschland lassen sich drei Standbeine der Gülen-Bewegung ausmachen: Ein Bildungsnetzwerk mit dem Ziel der Gewinnung neuer Anhänger und Kader zur Schaffung der von Gülen propagierten »goldenen Generation« für eine zukünftige Weltgeltung der Türkei als islamischer Führungsmacht, Medien zur Verbreitung der Ideen der Gemeinde und politischen Beeinflussung der türkeistämmigen Migration, aber auch der deutschen Öffentlichkeit im Sinne der türkisch-nationalistischen Politik und schließlich Lobbyvereine, die eine Verankerung und damit Absicherung der Gülen-Bewegung im akademischen und politischen Milieu betreiben. Nach außen versuchen diese jeweils rechtlich eigenständig agierenden Vereinigungen den Eindruck völliger organisatorischer Unabhängigkeit zu erwecken. Selbst eine Verbindung zu Gülen wird vielfach verschwiegen und lediglich Sympathien »für die grundlegen-

den friedlichen Thesen Gülen« (so etwa der Bildungsverein Academy in Frankfurt) eingestanden. Dabei kommt den zuvor in den Bildungseinrichtungen des Netzwerkes ausgebildeten Mitarbeitern der Gülen-nahen Medien eine Funktion als Kader zu – entsprechend der Rolle, die Imame der Gülen-Bewegung in der Türkei einnehmen.« [8] Selbst die regierungsnahen »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) bewertete die Bewegung kritisch. [9] Der Autor der SWP-Studie, Günter Seufert bewertet jedoch die Bewegung »in Deutschland nicht als Gefahr« und empfiehlt Entscheidungsträgern und Institutionen »in Deutschland deshalb für die Zusammenarbeit mit Initiativen der Gülen-Bewegung in der Regel offen« zu sein.

So können Gülen-Leute heute weiterhin mit Unterstützung staatlicher Stellen Schulen, Kindergärten eröffnen und »Integrationspreise« erhalten. Sie können ungehindert ihre Mär vom »interkulturellen und interreligiösen Dialog« verbreiten und werden dabei von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen berechnete Kritiken verteidigt. Das hat natürlich nichts mit einer politischen Naivität zu tun. Im Gegenteil: es geht darum, und das kann auch aus der SWP-Studie herausgelesen werden, diese Bewegung als Ersatzkraft unter Kontrolle zu halten. Immerhin konnte die Bewegung Jahrzehnte lang unter Beweis stellen, wie sie die Interessen imperialistischer Mächte verteidigte und als schlagkräftiger Handlanger westlicher Geheimdienste tätig war. Es mag sein, dass die Gülen-Bewegung z.Zt. für die Herrschenden in Europa keine »Gefahr« darstellt. Sie verhält sich zurückhaltend und hält sich scheinbar an das geltende Recht und Ordnung. Aber der gescheiterte Putschversuch am 15. Juli 2016 hat bewiesen, zu welchen Taten sich diese kriminelle Organisation entschließen kann. Deshalb werden naive Aufforderungen, wie die von Grünen-Chef Özdemir, [10] nach »Transparenz« keine Auswirkungen haben. Die Gülen-Bewegung ist eine kriminelle Geheimorganisation, die im Rahmen rechtsstaatlicher Instrumente verfolgt werden muss. Und solange die Bundesregierung sich dazu verweigert, solange wird sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, an den bisherigen Taten der Bewegung mitverantwortlich zu sein.

Die Tage nach dem Putschversuch

In der Türkei gibt es innerhalb der demokratischen Opposition, der kurdischen Befreiungsbewegung und in den linken Kräften niemanden, der der Gülen-Bewegung eine einzige Träne nachweinen würde. Ihre Verbrechen haben derart tiefe Wunden hinterlassen, dass die Opposition die jetzige totale Zerschlagung dieser Bewegung als ein positives Ergebnis der letzten Tage betrachtet. In der Tat: auch der Autor dieser Zeilen war überrascht von dem aufgebauten gewaltigen Netzwerk – trotz langjähriger Kenntnisse über die Gülen-Bewegung. Insofern ist es zu begrüßen, dass die verantwortlichen Gülen-Leute aus den Schaltstellen der Macht entfernt wurden. Das bedeutet aber keineswegs, dass die nichtrechtsstaatliche Behandlung und Folter gutgeheißen wird. Im Gegenteil; es sind gerade linke Kräfte und die Opfer dieser Bewegung, die sich dagegen aussprechen und Rechtsstaatlichkeit auch gegenüber ihrem Folterer und Mörder einfordern. Erdoğan und seine Regierung wären gut beraten, wenn sie auf diese Forderungen eingehen würden. Immerhin waren es laizistische, moderne gesellschaftliche Kräfte und die demokratische Opposition, die sich klar gegen den Putsch positioniert haben. Unabhängige türkische Beobachter wie die Journalisten Gökhan Bıçıcı oder Kadri Gürsel sind sich einig: hätte eine kritische Masse von laizistischen Kräften den Putschversuch auf der Straße unterstützt, hätten die Putschisten durchaus – wenn auch sehr blutige – Erfolgchancen erhalten.

Das AKP-Regime scheint diese Tatsache erkannt zu haben. Derzeit versucht Erdoğan mit einer Charmeoffensive die bürgerliche Opposition auf seine Seite zu ziehen. Erdoğans Friedensangebot an die kemalistische CHP und die neofaschistische MHP folgt nicht aus einer Überzeugung für das parlamentarische System, sondern aus einer Zwangslage. Denn die harsche Rhetorik Erdoğan oder einiger seiner Minister sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Regime mit dem Rücken zur Wand steht. Dafür gibt es verschiedene Gründe.

In den ersten Tagen nach dem Putschversuch sah es danach aus, dass Erdoğan gestärkt aus dieser Krise herauskam und nun die Chance für die Installierung eines autoritären Präsidialsystems nutzen werde. Bis zum 19. Juli 2016 sah man einen Erdoğan, der vor Kraft und Selbstbewusstsein geradezu strotzte. Jede seiner Reden war wie eine Kriegserklärung an die Opposition: »Ob sie es wollen oder nicht. Wir werden den Gezi-Park umbauen.« Doch am 20. Juli verwandelte er sich wie

geläutert »vom Saulus zum Paulus«. Die Frage, ob das Telefonat mit dem US-Präsidenten Obama am 19. Juli eine Rolle gespielt hat wäre rein spekulativ, aber die Annäherungsbemühungen Erdoğan waren real. Schon nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates und dem Parlamentsbeschluss über die Verhängung des Ausnahmezustandes im ganzen Land versuchte Erdoğan die Auswirkungen zu relativieren. Der Ausnahmezustand würde »im Alltagsleben unserer Nation nichts ändern«. Im Parlament hatten AKP und MHP Abgeordnete mit Ja und CHP und HDP Abgeordnete mit Nein abgestimmt.

In Zusammenhang mit den Mobilisierungsschwierigkeiten der eigenen Basis schien Erdoğan erkannt zu haben, dass die 50-prozentige Zustimmung in einer Zeit der außenpolitischen Isolation und dem erhöhten Druck der strategischen Partner für den Machterhalt nicht ausreichend ist. Denn selbst ein durchgesetztes Präsidialsystem wäre unter diesen Umständen nicht nachhaltig und würde die erforderliche Stabilität nicht gewährleisten können. Erdoğan sah, dass er und seine Partei auf die kemalistische CHP angewiesen sind und eine Koalition alleine mit der MHP nicht viel bringt – auch die CHP sah dies. Immerhin mussten zehntausende von Stellen in den Ministerien, Verwaltungen, im Militär und Justizapparat neu besetzt werden.

So ist in vielen Teilen der Türkei – natürlich mit Ausnahme Kurdistans – kaum etwas von einem Ausnahmezustand zu spüren. Der Ausnahmezustand sei »dem Staatsapparat verhängt worden«, so der Ministerpräsident Yıldırım. Dass dabei linke Aktivisten mit dem Vorwurf »Gülenisten« verhaftet wurden, sei »ein Fehler, der behoben« werde. In den sozialen Medien konnte man verfolgen, wie Freigelassene meinten, dass es das erste Mal geholfen habe, »ein Atheist und Marxist zu sein«. Ironischer Weise hat sich auch für die kurdische Bevölkerung nichts verändert. In Kurdistan gilt weiterhin das Kriegsrecht und in einigen Orten sind immer noch Ausgangsverbote gültig. Der schmutzige Krieg hat an seiner Abscheulichkeit nichts verloren.

Während Erdoğan »ausländische Mächte« als Drahtzieher des Putschversuches beschuldigte und gegenüber dem Westen scharfe Rhetorik verwandte, sendete er im Inland Signale für ein »nationales Übereinkommen«. So wurde der Taksim-Platz, der für politische Veranstaltungen stets verschlossen war, auf Befehl Erdoğan der CHP für die Kundgebung am 24. Juli zur Verfügung gestellt. Nach dieser beeindruckenden Kundgebung erklärte er, dass »die Türkei innerhalb des demokratisch-parlamentarischen Systems bleiben und sich davon niemals entfernen wird«. Das wurde als ein klares Signal für die Verschiebung der Präsidialsystempläne verstanden. Vor dem Putschversuch hatte Erdoğan stets vermieden, Oppositionsführer in seinem Palast zu empfangen. Nun wurden der CHP-Führer Kemal Kılıçdaroğlu und der MHP-Führer Devlet Bahçeli im Palast empfangen. Demonstrativ wurde die linke HDP ausgegrenzt. Der türkische Nationalismus ist nun das verbindende Element zwischen der AKP, CHP und der MHP.

Erdoğan erklärte, dass er alle Strafanzeigen wegen Beleidigung, immerhin einige Tausend, nun zurückziehe und den »Beleidigern einmalig vergebe«. »Alle« ist natürlich relativ – die Strafanzeigen gegen kurdische Politiker*innen und ausländische Personen bleiben weiterhin bestehen. Überall im Land und insbesondere auf dem Gebäude der AKP-Zentrale in Ankara wurden übergroße Atatürk-Poster als Signal für den Laizismus (kemalistischer Art) aufgehängt und auf zahlreichen Werbetafeln in den Städten wird »der Nation« gedankt: »Heldenmut unserer Nation hat den Putsch verhindert«, »Türkische Nation, wir danken dir«, »Die Souveränität gehört der Nation« usw. Erdoğan spricht nun davon, dass alle Parteien, außer der »Terrorunterstützerin HDP«, nun »geeint mit der türkischen Nation die Demokratie retten werden«. Beharrlich wird an der Legende der »nationalen Einheit« gearbeitet.

Der Ausnahmezustand wird auch für wirtschaftsfreundliche Dekrete und Gesetzespakete genutzt. Die türkische Monopolbourgeoisie und internationale Konzerne werden mit umfangreichen Vergünstigungen umworben. Ein neues Gesetzespaket sieht vor, dass neue Investoren 100 Prozent Steuerbefreiung sowie weitere Subventionen, wie 10 Jahre lang Übernahme der Versicherungsprämien für Beschäftigte oder Rückzahlung der Umsatzsteuer, erhalten. [11] Eines der ersten Maßnahmen des Regierens per Dekret war das Streikverbot. Während Unternehmerverbände mit den Kammern und anderen sog. NGOs zusammenkamen und ihre Gemeinsamkeit mit der Regierung zur Schau stellten, traf Erdoğan Vertreter internationaler Konzerne und sicherte ihnen die Unterstützung des türkischen Staates zu. Diese Bemühungen sind auch notwendig, da die Kreditwürdig-

keit Ankaras von Ratingagenturen als schlecht eingeschätzt wird, das Wirtschaftswachstum rückgängig ist und die Inflationsrate inzwischen wieder 9 Prozent beträgt. Die Tourismusbranche leidet unter Fehlbuchungen und das Handelsbilanzdefizit erhöht sich weiter. Um den Konsum anzuregen, wurde die Zentralbank angewiesen, die Zinsen weiter herabzusetzen und die Regierung beschloss zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen für die Bauwirtschaft. Vom »türkischen Wirtschaftswunder« ist wenig übriggeblieben.

Mögliche Perspektiven

Erdoğan und seine Regierung sind aufgrund der außen- wie innenpolitisch und wirtschaftlich desolaten Situation gezwungen, mit der CHP und MHP zusammenzuarbeiten. Bei der verfassungsrechtlich höchstumstrittenen Aufhebung der Immunität von HDP-Abgeordneten hatten sie schon erste Erfahrungen der Zusammenarbeit gemacht. Aus den Ministerien und Verwaltungen sind Informationen bekannt geworden, dass sowohl die CHP als auch die MHP Personalvorschläge für die freigewordenen Stellen gemacht haben. Und wenn man die selten freundliche Behandlung der Parteichefs von CHP und MHP berücksichtigt, ist es nicht von Hand zu weisen, was manche Journalisten aus Ankara berichten: nämlich, dass Vertreter von Parlamentsfraktionen der AKP, CHP und MHP längst geheime Sondierungsgespräche führen.

Wie eine mögliche Koalition aussehen könnte, konnte man auf der sog. »Demokratie und Märtyrer Kundgebung« am 7. August 2016 in Istanbul sehen. Erdoğan hatte die bürgerliche Opposition zu dieser Veranstaltung eingeladen und hatte dem CHP-Parteichef mehrmals seine Leute geschickt, damit er an dieser Veranstaltung teilnimmt. Der CHP-Parteivorstand entschied sich für eine Teilnahme. So konnte eine Massenveranstaltung (türkische Medien berichten von über 3 Millionen Teilnehmer*innen), die der Euphorie eines Reichsparteitages der NSDAP in nichts nachstand, realisiert werden. Vor einem Fahnenmeer sprachen nacheinander Devlet Bahçeli (MHP), Kemal Kılıçdaroğlu (CHP), der Armeechef Hulusi Akar, der Ministerpräsident Binali Yıldırım, der Parlamentspräsident İsmail Kahraman und zuletzt Erdoğan. Während Kılıçdaroğlu seine 12 Forderungen aufstellte (die durchaus als Bedingung für eine Regierungsbeteiligung verstanden werden konnten), bestanden die übrigen Reden aus reiner Beschwörung von nationalistischen Formeln, dem Vortragen von Heldengedichten, Danksprechungen, Vergangenheitsglorifizierung und Lobhudelei auf das muslimische Türkentum, das »aller Welt gezeigt« habe, dass »die türkische Nation sich nicht in die Knie zwingen lässt«. Es war schon außergewöhnlich, aus den Mündern nationalistischer und islamistischer Politiker Gedichte zu hören, die von dem kommunistischen Dichter Nazım Hikmet oder dem kurdischen Dichter Ahmet Arif geschrieben wurden und jahrzehntelang in der Türkei verboten waren.

Es war eine Veranstaltung, mit der das AKP-Regime ihren strategischen Partnern zeigen wollte, dass sie den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden hat und alle wesentlichen Kräfte hinter sich versammeln konnte. Bewusst ausgeschlossen war die HDP, die nun zu Recht behaupten kann, die einzige Oppositionspartei des Landes zu sein. Interessant waren auch die Werbungen während der fast 8-stündigen Liveberichterstattung in allen Kanälen. Alle Werbefilme bzw. Werbeeinlagen während der Live-Sendung beschworen die »eine Nation, eine Heimat, eine Fahne, ein Staat«-Losung Erdoğan. So zeigte die türkische Bourgeoisie, dass alle Kapitalfraktionen hinter der »nationalen Einheit« stehen. Erstaunlicher Weise sprach Erdoğan mit keinem Wort von seinen Präsidialsystemplänen, die er vorher bei jeder Gelegenheit wiederholte. Auch das zeigt, dass diese Pläne – vorerst – in die Schubladen des Palastes gelegt worden sind.

Wann und wie nun eine »Regierung der nationalen Einheit« gegründet wird, kann nicht vorausgesagt werden. Aber es ist mit großer Wahrscheinlichkeit keine Frage des »ob« mehr. Denn es ist die einzige Möglichkeit das Land aus der Sackgasse, in die sie von der AKP hineinmanövriert wurde, raus zu lotsen. Es ist davon auszugehen, dass im Laufe der nächsten Monate diese drei Parteien eine Übergangsregierung bilden und eine weitgehende Verfassungsänderung vorbereiten werden. Auch wenn Erdoğan die HDP demonstrativ ausschließt, so hat er längst zugestimmt, dass die HDP an einer noch zu bildenden Verfassungskommission des Parlaments teilnimmt. Möglich ist auch die Wiederaufnahme der Gespräche mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı. Denn schon jetzt haben Erdoğan und weitere AKP-Funktionäre begonnen, die Schuld an der Eskalation

der militärischen Gewalt der Gülen-Bewegung zu zuschieben. Auch die CHP spricht sich dafür aus, die HDP in die parlamentarische Arbeit einzubinden. Der Türkei wäre es zu wünschen, denn ohne die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage ist eine echte Demokratisierung des Landes nicht möglich. Noch aber scheint das Land davon weit entfernt zu sein.

Die Debatten in der EU über die Flüchtlingsübereinkunft mit der Türkei und über die Beitrittsperspektiven zeigen, dass der außenpolitische Druck auf das AKP-Regime sich erhöhen wird. Der Westen wird alles unternehmen, um die von ihren strategischen Interessen geleiteten Forderungen zu diktieren. Trotz der in den bürgerlichen Medien der BRD fortgeführter Erdoğanbashings und bewusst gepflegter Befürchtungen, die Türkei könnte sich vom Westen abwenden und sich Russland und Iran annähern, sind sich die Herrschenden im Westen sicher, dass ein Abgleiten der Türkei nicht möglich ist. Erdogans Reise nach Russland sollte als Schadensbegrenzungsmaßnahme verstanden werden, nicht als eine außenpolitische Alternative zur NATO. Die Türkei ist wirtschaftlich, politisch und militärisch von der EU und den USA völlig abhängig, wobei auch eine gegenseitige Interessenabhängigkeit besteht. Die Stabilisierung der Türkei durch eine Regierung, die im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt, ist im Interesse der EU und der USA, so dass es zu erwarten ist, dass die Bemühungen zur Bildung einer Übergangsregierung bzw. einer »Regierung der nationalen Einheit« von der EU und der USA unterstützt werden. Der »Pragmatismus« strategischer Interessen wird sie dazu zwingen.

Dadurch ist es aber auch wahrscheinlich geworden, dass Erdoğan bezüglich der Korruptionsvorwürfe keine Verfolgung mehr zu befürchten haben wird. Wie im Fall der ehemaligen Ministerpräsidentin Tansu Çiller, die nachweislich in Korruption verwickelt war und Kriegsverbrechen zu verantworten hat, aber nach ihrer Abwahl unbehelligt gelassen wurde, könnte Erdoğan nach Ablauf seiner Zeit als Staatspräsident seine »Pension« in Ruhe genießen. Natürlich ist ein solches Szenario nur dann möglich, wenn Erdoğan sich von seinem Größenwahn und islamistischer Arroganz befreien kann und die Bedingungen des CHP-Chefs für eine Regierungsbeteiligung akzeptiert. Das ist noch nicht sicher.

Auch wenn es sich absurd anhört; das eigentliche Ergebnis des Putschversuches könnte sein, dass das parlamentarische System erhalten und die Installation eines diktatorischen Präsidialsystems abgewendet wird. Das bedeutet aber nicht, dass die Türkei dadurch demokratischer würde. Vergleicht man die Programmatik der AKP, CHP und der MHP, so wird man sehr schnell feststellen, dass alle drei Parteien für eine neoliberale Wirtschaftspolitik, für den türkischen Nationalismus und eine antikurdische Politik, für Kapitalinteressen und für die Zusammenarbeit mit dem Kriegsbündnis NATO stehen. Dennoch; ein halbwegs funktionierendes parlamentarisches System, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und die Wiederherstellung von bürgerlichen Freiheiten sind vielfach besser als eine faschistisch-islamistische Diktatur.

Ohne Frage: die Türkei befindet sich in einer gewaltigen Umbruchsphase. Noch sind breite Teile der Bevölkerung in der giftigen Atmosphäre der nationalistischen Euphorie gefangen. Noch ist die Gefahr einer AKP-Diktatur nicht gebannt. Auch die Gefahr eines erneuten Putschversuches besteht weiterhin – auch wenn sie geringer geworden ist. Schlimmer noch: das Beharren auf einer militärischen »Lösung« der kurdischen Frage hat das Potential, das Land in einen Flächenbrand zu verwandeln. Und die Bedrohung durch jihadistische Terrorbanden ist auch nicht geringer geworden. In einer solchen Situation könnte die Regierungsbeteiligung der CHP einen Ausweg aus dem Schlammassel schaffen – nicht nur für die herrschenden Klassen, sondern auch die beherrschten Klassen, die demokratischen Opposition und vor allem für das kurdischen Bevölkerung, denn in dem wiederhergestellten parlamentarischen System würden sich neue Chancen für emanzipatorische Kämpfe, Demokratisierung und Frieden ergeben. Die kurdische Befreiungsbewegung, das Linksbündnis HDP und andere linke-demokratische Kräfte der Türkei stehen vor einer gewaltigen Aufgabe: die Herausforderung zu meistern, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und für die friedliche Lösung der kurdischen Frage aufzubauen. Die nächsten Monate werden zeigen, ob die demokratische Opposition dieser Aufgabe gewachsen ist und welchen Weg die Türkei nehmen wird.

Die neuen Stützen des AKP-Regimes

Eine notwendige Intervention in die Lesarten des Putschversuches
24. August 2016

Der Putschversuch vom 15. Juli 2016 und dessen Auswirkungen auf die türkische Politik hat eine Welle von Kommentaren ausgelöst, deren Wucht einen klaren Blick auf die Ereignisse verstellt. Viele Analysen und Kommentare – auch von Linken –, die vor Wunschdenken, Klischees und realitätsfernen Wahrnehmungen geradezu strotzen, werden der komplexen Lage in der Türkei nicht gerecht und tragen wenig zur Aufklärung bei. Mit den falschen Fährten, die von der interessengeleiteten Berichterstattung bürgerlicher Medien gelegt werden, wird es für die Öffentlichkeit immer schwieriger, die Hintergründe der aktuellen Entwicklungen in der Türkei nachzuvollziehen.

Als Beispiel für klischeehafte linke Kommentare könnte der Artikel von Sungur Savran dienen, der auf der Website der Zeitschrift LuXemburg veröffentlicht wurde. Savran spricht allen Ernstes von einem »sich lange hinziehenden Bürgerkrieg zwischen zwei Seiten der Bourgeoisie«.[1] Im Kern sei »dieser Putsch ein Kampf zwischen dem Teil der herrschenden Klassen in der Türkei, der eine strategische Anbindung an den Westen« wolle, und »der wachsenden Fraktion der Bourgeoisie, die ihr Schicksal an Erdoğan gebunden« habe. Die »vormals provinzielle Bourgeoisie« habe »ein politisch-ökonomisches Programm der islamischen Einheit« hervorgebracht. Am Ende bescheinigt er Erdoğan, mit seinem Gegenputsch im »Bürgerkrieg innerhalb des Bürgerkrieges« eine Situation geschaffen zu haben, in der »er endlich den „Völkern“ der Türkei seinen Willen aufzwingen« könne.

Diese oberflächliche Analyse passt zu der manipulativen Berichterstattung bürgerlicher Medien, die unisono in der »Erdoğan-Diktatur« eine »Abwendung vom Westen« sieht. Als ob vor dem 15. Juli die Türkei ein Hort der parlamentarischen Demokratie, der bürgerlichen Freiheiten und des Friedens gewesen wäre. Als ob das Regieren per Dekrete für die Türkei etwas völlig Neues wäre.

Angesichts der vielen irreführenden Einschätzungen bedarf es einer Intervention von links und die Beantwortung folgender Fragen: Wird sich die Türkei vom Westen entfernen? Bedeuten die Maßnahmen nach dem Putschversuch, dass eine islamische Diktatur unter Erdoğan installiert wird? Was wird aus der NATO-Mitgliedschaft? Gibt es einen »Bürgerkrieg« zwischen der »amerikanischen Opposition« innerhalb der türkischen Bourgeoisie und der »vormals provinziellen Bourgeoisie«? Ist das »politisch-ökonomische Programm der islamischen Einheit« eine Alternative für den Neoliberalismus? Wie sehen die Perspektiven für die nahe Zukunft der Türkei aus?

Staatliche Souveränität als Handlungsgrundlage in der Vielfachkrise

Es steht außer Frage, dass das AKP-Regime sich in einer Vielfachkrise befindet: Die ideologischen Grundlagen des türkischen Staates sind erodiert. Sowohl der Kemalismus als auch der politische Islam sind entzaubert und können die Rolle eines »Bindemittels« zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten nicht mehr jeweils allein ausfüllen. Auch die Metamorphose des kemalistischen Laizismus scheint rückgängig gemacht zu werden. [2] Einige Beobachter sprechen sogar von einer neuen »Säkularisierungswelle«, die bald beginnen werde. Der Putschversuch hat die Machtverhältnisse durcheinandergebracht. Daher spricht Erdoğan von der »notwendigen Neustrukturierung des Staates«, womit jedoch keineswegs sein vormals favorisiertes Präsidialsystem gemeint ist. Auch wenn Erdoğan diese Pläne nicht gänzlich verworfen hat, so hat er doch erkennen müssen, dass deren Realisierung derzeit nicht möglich ist. In einer Situation der außenpolitischen Isolierung, des sich erhöhenden Drucks vonseiten der strategischen Partner und der Unterwanderung des Staatsapparates durch die Gülen-Bewegung ist das Regime gezwungen, die Macht mit der bürgerlichen Opposition zu teilen und Konzessionen zu machen. Denn die beabsichtigte »Neustrukturierung des Staates« ist mehr als die Neuordnung der Verhältnisse zwischen der Regierung und der militärischen Bürokratie beziehungsweise die Umgestaltung des Staatsapparates durch

Neueinstellungen. Das AKP-Regime steht an einer kritischen Schwelle seiner Geschichte – die Kräfteverhältnisse, die ökonomische Lage, der Grad der Zugeständnisse, die Erdoğan zu machen bereit ist, die weitere Entwicklung in der Region, vor allem in Syrien, sowie die mögliche Erneuerung der strategischen Partnerschaften werden entscheiden, wie diese Neustrukturierung am Ende aussehen wird.

Die Türkei befindet sich in einer Umbruchphase, die durch die starken Strudel der multipolaren Spannungen der Region verkompliziert wird. Mit dem Rücken an der Wand, versucht das AKP-Regime in der selbstverursachten gefährlichen Situation der Vielfachkrise die staatliche Souveränität als Grundlage für ihr Handeln voll auszuschöpfen. Im April 2016 schrieb Axel Gehring dazu Folgendes: »Ein Faktum wird nur allzu gern übersehen: Die Türkei und namentlich die türkische Regierung ist nicht die <Handlangerin westlicher Interessen>, wie vielleicht allzu schlicht gestrickte Antiimperialismen nahelegen. Sie ist vielmehr die Regierung eines souveränen Staates innerhalb und auf den Schultern der transatlantischen Ordnung. Ihren Nexus von EU-, IWF-Reformen und politischem Islam hatte sie innerhalb dieser Ordnung angesiedelt.« [3] Erdoğan's Beharren auf Souveränität führt eben zu den bekannten Missstimmungen aufseiten der strategischen Partner. Die USA und die EU wollen jeweils ihre Linien dem AKP-Regime diktieren, und dieses versucht, seine eigene Herrschaft abzusichern und Schadensbegrenzung zu betreiben. Aber ein Abwenden vom Westen ist nicht beabsichtigt.

»Türkisch-russischer Frühling« oder strategischer Sachzwang?

Für den türkischen Staat war Russland beziehungsweise früher die UdSSR ein wichtiges Faustpfand in ihren Beziehungen zum Westen. Selbst Republikgründer Mustafa Kemal stach mit der »russischen Karte« erfolgreich gegen England und Frankreich. Sowohl die UdSSR als auch die junge kemalistische Republik hatten gemeinsame Interessen: Beide mussten sich ihre innenpolitische Legitimität und die außenpolitische Anerkennung sichern, weshalb sie 1925 einen Freundschaftsvertrag abschlossen. Die »Freundschaft« währte bekanntlich nicht lange – die Türkei trat 1952 der NATO bei, aber immerhin wurde die türkische Schwerindustrie teilweise von der UdSSR aufgebaut.

In den 1990er Jahren intensivierten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Russland. Bis zum Abschluss des russischen Jets am 24. November 2015 war Russland einer der wichtigsten Handelspartner der Türkei. Während russische Touristen bis 2014 für Einnahmen von durchschnittlich 3 Milliarden US-Dollar im Jahr sorgten, die türkische Bauwirtschaft sich vieler Aufträge in Russland erfreute und die türkische Landwirtschaft ihre Exporterlöse vergrößern konnte, wurde die Türkei für Russland nach der EU zum zweitgrößten Energieabnehmer. Die Türkei bezieht rund 54 Prozent ihres Erdgasbedarfs aus Russland. Die Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen nach dem 24. November 2016 ist die Türkei sehr teuer zu stehen gekommen. Die Tourismusbranche geriet an den Rand des Ruins, der Obst- und Gemüseexport ging um die Hälfte zurück und unabhängige Ökonomen bezifferten den Verlust der Türkei auf über 7 Milliarden US-Dollar.

Insofern war es eine logische Schlussfolgerung, dass Erdoğan die Wogen glätten musste. Das Erdoğan-Putin-Treffen am 9. August 2016 brachte zutage, dass die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen in beiderseitigem Interesse war: Russland behält seinen wichtigen Erdgaskunden, kann den AKW-Bau in Akkuyu fortführen, das Gaspipeline-Projekt »Turkish Stream« weiter vorantreiben und den Preisanstieg auf dem inländischen Obst- und Gemüsemarkt drosseln. Und Putin machte deutlich, dass er, quasi als Gutmachung für den Abschluss des russischen Jets, von der Türkei erwartet, die Unterstützung für islamistische Terrorbanden zu beenden und sich für eine politische Lösung in Syrien einzusetzen. Erdoğan wiederum kann die türkische Exportwirtschaft und die Tourismusbranche beruhigen, aber viel wichtiger für ihn ist, dass er mit der »russischen Karte« seine Position gegenüber der NATO, der USA und EU verbessern kann.

Ob das gelingt, ist noch offen, denn für Erdoğan und das AKP-Regime ist das Ganze eine verzwickte Sache. Putin sitzt am längeren Hebel. Die Wiederaufnahme der Beziehungen passt nicht in den Rahmen der derzeitigen Russland-Strategie der NATO und Erdoğan muss zugleich die Interessen seiner Partner in Saudi-Arabien und den Golfkooperationsstaaten berücksichtigen. Außerdem

muss er, ob er will oder nicht, die »Pakistanisierung« des türkisch-syrischen Grenzgebietes verhindern, was an sich schwer zu bewerkstelligen ist. Die Gefahr des Terrorimports ist größer geworden. Russland wird die kurdischen Kräfte in Nordsyrien, die von der Türkei bekämpft werden, weiter unterstützen. Mehrfach von der AKP-Regierung gezogene «rote Linien» sind längst obsolet geworden. Und Erdoğan weiß, dass Putin sich bewusst ist, dass die Türkei ihre NATO-Mitgliedschaft nicht aufkündigen wird. Eine Aufnahme der Türkei in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit steht ebenfalls nicht zur Debatte. Eine geschwächte türkische Regierung in der NATO, die von ihren Partnern unter Druck gesetzt wird, ist für Russland eine viel bessere Option.

Trotz allem muss Erdoğan die Beziehungen zu Russland verbessern. Es ist ein strategischer Sachzwang, der zwar Risiken beinhaltet, aber keineswegs eine Abkehr vom Westen bedeutet. Allen Unkenrufen zum Trotz wird die Türkei ein fester Bestandteil des transatlantischen Bündnisses bleiben, von dem sie wirtschaftlich, strategisch, militärisch und auch politisch abhängig ist. Wie der stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Şimşek es zutreffend formulierte: »Es kann manchmal sein, dass wir mit unseren westlichen Bündnispartnern und Freunden Meinungsverschiedenheiten haben, aber die Türkei entfernt sich nicht vom Westen und verzichtet nicht auf die Europäische Union.« [4] Er muss es wissen, denn er ist zuständig für die Banken und war jahrelang Wirtschafts- und Finanzminister.

Außerdem sieht Erdoğan in Russland und Iran Verbündete, die seinen Verdacht, dass Kräfte in der NATO den Putschversuch unterstützt haben, teilen. Die Tatsache, dass Russland und Iran die ersten Staaten waren, die nach dem Putschversuch sich hinter die AKP-Regierung gestellt haben, deutet darauf hin, dass Erdoğan's Verdacht mehr ist als eine Spekulation. Da auch Iran die Türkei als einen wichtigen Energieumschlagsplatz ansieht und seine Wirtschaftsbeziehungen zu ihr verbessern will, ist das Land neben Russland ein weiterer willkommener Partner, was Erdoğan bei der Erneuerung der strategischen Partnerschaften mit dem Westen in die Waagschale zu werfen wissen wird.

Bürgerkrieg nicht zwischen, sondern im Namen der türkischen Bourgeoisie

Savran hat nicht unrecht, wenn er von einem »Bürgerkrieg« spricht. Dieser findet jedoch nicht zwischen den Kapitalfraktionen statt. Seit nunmehr fast 30 Jahren findet in Nordkurdistan, also in den kurdischen Gebieten der Türkei, ein blutiger Bürgerkrieg statt – mit allen Mitteln eines asymmetrischen Krieges. In den letzten Jahren und insbesondere nach dem 7. Juni 2015 hat dieser an Schärfe zugenommen. Es ist ein schmutziger Krieg des türkischen Staates gegen die eigene kurdische Bevölkerung und zugleich ein Herrschaftsinstrument, um Widerstandspotenziale zu schwächen sowie die Spaltung der gesellschaftlichen Opposition voranzutreiben. Wer jedoch wie Savran die kurdische Befreiungsbewegung »im Bündnis mit dem US-Imperialismus« sieht, [5] sucht die »Bürgerkriegsparteien« woanders.

Erdoğan hat lange Zeit, die im Staatsapparat gut vernetzte Gülen-Bewegung gewähren lassen, damit sie mit Hilfe der Gülenisten die kurdische Befreiungsbewegung endgültig vernichten kann. Willkürjustiz, Feindstrafrecht, extralegale Hinrichtungen, Terror, Folter, Zwangsumsiedlungen und Zerstörungen von Ortschaften konnten den kurdischen Widerstand aber nicht brechen. Im Gegenteil: Dieses Vorgehen gegen die Kurden führte sogar dazu, dass unterschiedliche linke und sozialistische Parteien gemeinsam mit den legalen Teilen der kurdischen Bewegung ein Linksbündnis aufbauten, das die soziale Frage in den Vordergrund stellte und sich mit den unterschiedlichen Widerstandsherden solidarisierte, die sich überall im Land formiert hatten. In ihrer Gemeinsamkeit bildeten diese, obwohl sie nicht miteinander verbunden waren, einen gesellschaftlichen Block gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der AKP. Der Widerstand der Tekel-Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen Ende 2009, Anfang 2010 sowie der »Juni-Aufstand« rund um den Gezi-Park in Istanbul 2013 erschütterten das Regime. Während der kurdische Widerstand, auch mit Rückenwind aus Rojava, stärker wurde, stieß der Privatisierungs- und Gentrifizierungswahn der Regierung auf gesellschaftlichen Widerspruch. Der Machtkampf zwischen Erdoğan und der Gülen-Bewegung, der mit den Korruptionsvorwürfen im Dezember 2014 seinen Höhepunkt erreicht hatte, zermürbte das AKP-Regime trotz seiner Wahlerfolge weiter und so musste seine Macht mit immer autoritäreren Maßnahmen abgesichert werden.

In all dieser Zeit stand die türkische Bourgeoisie hinter dem AKP-Regime. Natürlich gab es auch immer wieder Interessenkonflikte: Während die sogenannten sunnitisch-konservativen Kapitalfraktionen, also die anatolischen Mittelständler, staatlichen Schutz vor der Konkurrenz der internationalen Monopolen einforderten und die Präsidialsystempläne Erdoğan's unterstützten (diese Pläne waren quasi ein Protektoratsversprechen an diese Kapitalfraktionen), lehnte das türkische Großkapital im Verbund mit den internationalen Monopolen diese Pläne ab, weil sie darin eine unzulässige staatliche Intervention in die politische Form der Organisation kapitalistischer Konkurrenz sahen. [6] Aber trotz dieser Interessenskonflikte hat die türkische Bourgeoisie dem Regime ihre Unterstützung weiter gewährt, da die AKP nicht nur einen Neoliberalismus par excellence umsetzte, sondern zugleich mit ihrer Islamisierungsstrategie die Zustimmung der sunnitisch-konservativen Mehrheitsbevölkerung für ihre Politik sichern konnte.

Auch die neosmanischen Ambitionen des Regimes, als Regionalmacht den Nahen Osten unter ihre Kontrolle zu bringen, waren im Interesse der Kapitalfraktionen und dienten gleichzeitig strategischen Zielen des Westens. Die neosmanische Politik war aber nicht der Ausdruck eines »politisch-ökonomischen Programms der islamischen Einheit«, sondern das Ergebnis des Drangs der türkischen Bourgeoisie nach Kapitalexport und Erschließung neuer Märkte, gleichzeitig auch ein Teil des erbitterten Kampfes um die regionale Hegemonie. Bekanntlich scheiterten diese imperialen Gelüste der AKP kläglich.

Der AKP und den sie unterstützenden Kapitalfraktionen ging es nie um eine Abkehr vom Westen. Es wäre auch ein aussichtsloses Unterfangen. Wie sollte eine gesamte Volkswirtschaft vom Westen abgekoppelt werden, wenn das traditionelle Konsumverhalten der Bevölkerung, die Produktion, die Zuliefererindustrie, der Export, der militärisch-industrielle Komplex, selbst entlegenste Werkstätten auf den Import westlicher Güter angewiesen sind? Das türkische Kapital, insbesondere »die vormals provinzielle Bourgeoisie« war seit der Gründung der Republik immer prowestlich orientiert. Innerhalb der türkischen Bourgeoisie hat nie eine »amerikanische Opposition« oder eine »antiamerikanische Mehrheit« existiert. Der sunnitische Islam diente immer der Absicherung der Klassenherrschaft und der Festigung der Partnerschaften im transatlantischen Bündnis.

Die AKP ist die Partei der türkischen Bourgeoisie

Der gescheiterte Putschversuch und die Umbrüche danach haben bewiesen, dass alle Kapitalfraktionen die AKP-Regierung als ihre Interessenvertretung betrachten und deren Maßnahmen unterstützen. Enteignungen von Unternehmern, die als »Gülenisten« beschuldigt werden, wird nicht widersprochen. Im Gegenteil: Vertreter des türkischen Großkapitals wie der Vorstandsvorsitzende der Ford Otomotiv AG, Ali Koç, besuchten Erdoğan nach dem Putschversuch demonstrativ in seinem Palast und signalisierten, dass sie und ihre internationalen Partner planen, noch stärker in der Türkei zu investieren. [7]

Erdoğan und seine Regierung nutzen den Ausnahmezustand um über Dekrete in Gesetzeskraft, weitere kapitalfreundliche Maßnahmen umzusetzen, die im Parlament nur mit Konzessionen durchgegangen wären. Während zuallererst Streiks verboten und die Banken gezwungen wurden, die Kreditzinsen niedrig zu halten, werden mit umfangreichen Gesetzespaketen Tatsachen geschaffen, die sämtliche parlamentarische Kontrolle oder den Rechtsweg, etwa bei Privatisierungsvorgängen, außer Kraft setzen. So wird zum Beispiel derzeit versucht, per Dekret eine »Türkische Vermögensverwaltungs-AG« zu gründen, die von allen Steuern befreit wäre und die einen »Vermögensfonds Türkei« bilden soll, der dann dem Ministerpräsidenten unterstellt wird. Weder die Börsenaufsicht noch der Rechnungshof, geschweige dann das Parlament könnten diese AG kontrollieren. In den Fonds sollen 200 Milliarden US-Dollar fließen, um Großprojekte zu finanzieren wie den Bau von Autobahnen, den Istanbul-Kanal (»Zweiter Bosphorus«), den geplanten Großflughafen in Istanbul oder das AKW in Akkuyu. Sämtliche Projekte, die vom Finanzministerium eine Einnahmegarantie erhalten haben, sollen in den Verantwortungsbereich dieser AG fallen. [8] Die Mittel für diesen Fonds sollen über eine noch weitere Auspressung der Lohnabhängigen gewonnen werden. Es sind Zwangsversicherungsprämien vorgesehen, Sonderabgaben, erhöhte Verbrauchersteuern etc. Das alles in einem Land, in dem Großunternehmen niedrigste Steuern zahlen und rund 70 Prozent des Staatshaushaltes über indirekte Steuern finanziert wird. Dazu kommen die

längst beschlossenen Unternehmenssubventionen und die Investitionsförderungen, von der gesetzlichen Entmachtung der eh schwachen Gewerkschaften ganz zu schweigen. Kurz: Das AKP-Regime hat für nationale und internationale Monopole paradisische Zustände geschaffen und will mithilfe des Ausnahmezustandes dieses Paradies stärker schützen.

Fazit

Die aktuelle Entwicklung in der Türkei bestätigt die Voraussage, dass die AKP kemalistische und ultranationalistische Kräfte als Koalitionspartner gewinnen will beziehungsweise gewinnen muss. Längst werden Gespräche mit der kemalistisch-nationalistischen CHP (Republikanische Volkspartei) und der neofaschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) geführt. Während die freigewordenen Stellen in Ministerien und Staatsunternehmen sowie im Militär-, Justiz- und Polizeiapparat von vormals geschassten Bürokraten, Kemalisten und Nationalisten besetzt werden, haben die AKP, CHP und die MHP eine Verfassungsänderungskommission gebildet und dabei demonstrativ die linke HDP (Demokratische Partei der Völker) ausgeschlossen. Selbst der ehemalige Intimfeind von Erdoğan, der Vorsitzende der türkischen Anwaltskammern, Metin Feyzioğlu, ein ausgesprochen kemalistisch-nationalistischer Hardliner, erklärte nach seinem Besuch im Präsidentenpalast: »Wir können den großen Schaden, der unserem Staat zugefügt worden ist, gemeinsam beseitigen. [...] Die Terrororganisationen PKK und Gülen-Bewegung werden von den gleichen Kräften unterstützt. [...] Wir werden nach Atatürks Losung, «Wenn es um das Vaterland geht, dann ist alles andere Nebensache», handeln.« [9] Demnach scheint festzustehen, dass der türkische Nationalismus und die offene Kurdenfeindlichkeit die tragenden Elemente der neuen großen Koalition sein werden.

Gleich nach Beginn der Säuberungswelle gegen die Gülen-Bewegung und deren vermeintliche AnhängerInnen wurden die Angriffe auf linke und kurdische Institutionen wiederaufgenommen. Die Tageszeitung Özgür Gündem, die mehrfach das Ziel von Bombenattentaten war und 89 getötete JournalistInnen zu beklagen hat, wurde zum wiederholten Male verboten. Mehrere JournalistInnen, darunter die bekannte Schriftstellerin Asli Erdoğan, wurden verhaftet. Vier Wochen nach dem Putschversuch geht es wie gewohnt weiter – diesmal mit Unterstützung der beiden bürgerlichen Oppositionsparteien. Erdoğan benötigt diese Unterstützung, da die AKP-Regierung trotz Parlamentsmehrheit nicht in der Lage ist, Stabilität zu schaffen, im Inneren um Legitimation kämpft und darum ringt, dem immensen politischen Druck von außen etwas entgegenzusetzen. Selbst der 15. Gründungstag der Partei wurde, obwohl vor Monaten große Feierlichkeiten angekündigt worden waren, lediglich mit einem bescheidenen Pflichtprogramm vor der AKP-Zentrale in Ankara begangen. [10]

Vier Wochen nach dem Putschversuch kann Folgendes konstatiert werden: Erdoğans Präsidialsystempläne sind vorerst auf Eis gelegt worden. Es spricht vieles dafür, dass demnächst eine «Regierung der nationalen Einheit» mit der Teilnahme beziehungsweise Duldung von CHP und MHP gebildet wird und Verfassungsänderungen anstehen. Es spricht auch einiges dafür, dass das System des kemalistischen Laizismus erhalten bleiben wird. Kurz- oder mittelfristig wird sich die Türkei den westlichen Diktaten beugen müssen und so die strategischen Partnerschaften erneuern. Das parlamentarische System wird wohl Bestand haben, aber außer kosmetischen Retuschen ist keine weitere Demokratisierung zu erwarten. Möglicherweise wird die Lösung des westlichen »Erdoğan-Problems« auf die nächsten Präsidentschaftswahlen vertagt werden.

Auch wenn eine faschistisch-islamistische Diktatur vorerst abgewendet scheint und dies durchaus als positiv zu bewerten ist, werden sich Chancen für emanzipatorische Kämpfe, Demokratisierungsschritte und Frieden nicht von selbst ergeben. Diese müssen erkämpft werden. Auf die Hilfe der EU oder den europäischen Regierungen zu hoffen, dafür gibt es keinen Anlass: Solange am derzeitigen kapitalistischen Verwertungssystem und an einer Zusammenarbeit in dem Kriegsbündnis NATO festgehalten wird, solange können sich die Herrschenden in der Türkei der Unterstützung aus dem Westen sicher sein.

Für linke und demokratische Kräfte der Türkei und in Kurdistan gilt es weiterhin, die gewaltige Herausforderung zu meistern, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufzubauen. Erste Anzeichen

dafür machen Hoffnung: Die Gewerkschaftskonföderationen DISK und KESK, Vereinigungen von ArchitektInnen, IngenieurInnen und ÄrztInnen, linke und sozialistische Parteien, darunter die EMEP (Partei der Arbeit) und HDP, die «Juni-Bewegung», Volkshäuser, die HDK, (Demokratischer Kongress der Völker) der Menschenrechtsverein und zahlreiche alevitische Organisationen haben Mitte August 2016 gegen den Putschversuch und das Vorgehen der AKP-Regierung eine politische Plattform gebildet und erklärt, dass sie »ihre Kräfte gegen Faschismus, gegen Putsche und gegen Ausnahmezustände bündeln« wollen. [11] Der Türkei wäre es zu wünschen, dass aus diesem Bündnis eine Kraft entsteht, die in der Lage ist, eine gerechte, friedliche und demokratische Zukunft der Türkei zu gestalten.

[1] Savran, Sungur: Der Krieg zweier Putsche in der Türkei, August 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/der-krieg-zweier-putsche-in-der-tuerkei.

[2] <http://murat-cakir.blogspot.com.tr/2016/05/die-metamorphose-des-kemalistischen.html>.

[3] Gehring, Axel: Die Türkei vor einem Putsch?, April 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-tuerkei-vor-einem-putsch/

[4] www.dunya.com/ekonomi/ekonomi-diger/simsek-turkiye-batidan-kopmuyor-308985h.htm

[5] <http://gercekgazetesi.net/ulusal-sorun/kurtlerin-dostlari-kimlerdir>

[6] Babacan, Errol: Die Türkei nach den Wahlen – Politischer Autoritarismus und kapitalistische Dynamiken, 25.6.2015, unter: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.com.tr/2015/06/die-turkei-nach-den-wahlen-politischer.html>

[7] Tageszeitung Cumhuriyet vom 13. August 2016, S. 9.

[8] So hat z.B. das Konsortium, die die Osman-Gazi-Brücke gebaut hat, eine tägliche Einnahmegarantie für 40.000 Durchfahrten erhalten. Derzeit wird die Brücke höchstens von 5.000 Fahrzeugen benutzt. Die Garantie läuft in 22 Jahren aus. Die Gebühr für eine Durchfahrt beträgt um die 35 US-Dollar.

[9] <http://t24.com.tr/haber/metin-feyzioglu-devletimiz-buyuk-hasar-aldi-elimizi-uzattik-uzatilan-eli-de-tuttuk,355611>

[10] <http://aa.com.tr/tr/politika/ak-partinin-15-kurulus-yil-donumu-sade-bir-programla-kutlandi/628515>

[11] www.birgun.net/haber-detay/guc-birligi-platformu-fasizme-darbelere-ve-ohal-e-karsi-guclerimiz-birlestiriyoruz-123794.html

»Noble Einsamkeit« und strategische Sachzwänge

Über die scheinbaren Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen
1. September 2016

Wer heutzutage die Berichterstattung der bürgerlichen Medien über die Türkei verfolgt, wird sich den Eindruck nicht erwehren können, dass die BRD und somit Europa dem erpresserischen Handeln eines selbstherrlichen Despoten – wie der türkische Staatspräsident Erdoğan teilweise bezeichnet wird –, ohnmächtig gegenübersteht. Die »erratische Regierung« (Rainer Herrmann) sei dabei, die Türkei zunehmend ins Autoritäre abdriften zu lassen. Damit stünde die Flüchtlingsvereinbarung auf der Kippe – nämlich »eine Vereinbarung, die dem wohlverstandenen Interesse beider Seiten dient, wozu ausdrücklich auch die humanitären und menschenrechtlichen Ansprüche an den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern gehöre«, so die FAZ.

Ähnliches ist auch von kritischen Stimmen aus der Türkei zu hören: so schreibt z.B. Behlül Özkan, dass »die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei innerhalb eines Jahres zum Zerreißen gespannt« seien und spricht von einem »Merkel-Erdoğan-Duell«. Dieser Eindruck wird verschärft durch die harsche Rhetorik und bluttriefenden Hasstiraden des türkischen Staatspräsidenten gegen Bundestagsabgeordnete und durch die kritischer werdenden Töne aus Berlin. Während der Bundestagspräsident in »unmissverständlicher« Empörung die »Verbalattacken Erdoğan's mit deutlichen Worten zurückweist« und der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz mit der Blockade der Visafreiheit droht, tritt Hansjörg Haber, der EU-Botschafter in der Türkei zurück und regierungsnahe Medien der Türkei beleidigen Merkel mit Hitler-Vergleichen. Gute Beziehungen sehen anders aus, müsste man meinen.

Aber, ist es tatsächlich so? Ist die, vor mehr als hundert Jahren geschlossene, mit beiderseitigem Eifer und Beharrlichkeit gehegte und gepflegte deutsch-türkische Waffenbrüderschaft nun am Ende? Artet das Ganze wirklich zu einem »Merkel- Erdoğan-Duell« aus, wie Behlül Özkan es behauptet? Oder ist es vielleicht doch nur eine, vom Störenfried Erdoğan verursachte vorübergehende Beziehungskrise? Was könnten die Gründe sein, die in den deutsch-türkischen Beziehungen zu solchen Verwerfungen geführt haben?

Die unverzichtbare Bedeutung der Türkei für das deutsche Kapital

Der gleiche »deutsche Qualitätsjournalismus«, der gegen Erdoğan mit Häme nicht spart, ist des vollen Lobes für die türkische Flüchtlingspolitik und für die »geopolitische Schlüsselposition der Türkei«, was mit einem »Blick auf die Weltkarte zu verstehen« wäre. So auch die verantwortliche Politik: Noch Ende April bedankte sich die Bundeskanzlerin für »den allergrößten Beitrag der Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise« und der EU-Ratspräsident würdigte die Türkei als »heute das beste Beispiel für die Welt insgesamt, wie wir mit Flüchtlingen umgehen sollten«, weshalb keiner das Recht habe, »belehrend auf die Türkei einzuwirken, wenn es darum geht, wie man sich richtig verhält«. Schützenhilfe kam vom Bundesinnenminister, der nicht will, dass »wir der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte für die ganze Welt sein« sollen und dem Bundespräsidenten, der die Tatsache betrachtet wissen wollte, »dass Millionen von Flüchtlingen in diesem Land ein sicheres Leben gefunden haben«. Selbst der überraschende Rücktritt des EU-Botschafters würde nichts ändern: »Dies hat keinerlei Auswirkungen auf unser bilaterales Verhältnis«, so der EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos.

Den bürgerlichen Medien und der verantwortlichen Politik dürfte es nicht entgangen sein, dass in dem »größten Aufnahmeland«, was ja zahlenmäßig zutrifft, Millionen Flüchtlingen ihre grundlegenden Rechte verwehrt werden und sie keinen gesicherten Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen haben. Ihnen dürfte es auch bekannt sein, dass die Türkei »den humanitären und menschenrechtlichen Ansprüchen an den Umgang mit Flüchtlingen« und Schutzsuchenden nachweislich überhaupt nicht zu Genüge kommt. Selbst das wiederholte Erschießen

von Flüchtlingen an der längst gesperrten syrisch-türkischen Grenze ist nicht mehr zu verheimlichen.

Das alles wird ignoriert, was aber keinesfalls der Ausdruck einer politischen Naivität ist. Im Gegenteil; diese Ignoranz ist das Ergebnis strategischer Sachzwänge der BRD, die ihren weltpolitischen Anspruch angemeldet hat und als neue Ordnungsmacht den »ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« (Verteidigungspolitische Richtlinien der Bundesregierung) erhalten will. Für diese Ziele hat die Türkei eine unverzichtbare Bedeutung, was die Menschenrechte und humanitäre Behandlung von Flüchtlingen verzichtbar macht.

In der Tat; es »genügt ein Blick auf die Weltkarte, um die geopolitische Schlüsselposition der Türkei zu verstehen«: die einzige Landbrücke zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer, über den die Märkte, Energiequellen und Ressourcen im Kaukasus, Nahen und Mittlerem Osten sowie in Zentralasien erreicht werden können; die Herrin der beiden Meerengen des Marmarameeres, den die russischen Seestreitkräfte als Zugang zum Mittelmeer und darüber hinaus benötigen; eines der weltweit wichtigsten Energieumschlagsplätze, welches zugleich für das Ziel der »Energiediversität«, sprich für die Unabhängigkeit vom russischen Erdgas dienlich sein kann; ein NATO-Partner, der mit seiner modernisierten und gewaltigen Militärmaschinerie die beabsichtigte »Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens« überwachen kann und als billiger Produktionsstandort für deutsche Güter sowie mit seiner jungen, aufstrebenden Bevölkerungsstruktur als Markt hohe Profite verspricht. Die Türkei ist ein wichtiger Partner, dessen militärisch-industrieller Komplex mit Hilfe deutscher Rüstungsexporte hochgezüchtet wurde und als Lizenznehmerin deutscher Rüstungskonzerne zur Umgehung der Rüstungsexportrichtlinien der BRD am besten geeignet ist. Und nicht zuletzt ist es das Land, dem die Aufgabe zufällt, das »historisch beispielelose, ambitionierte, aber im schönsten Sinne eben auch europäische Unterfangen« (FAZ), nämlich das EU-Grenzregime aufrecht zu erhalten.

In der Kontinuität der bewährten deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft wäre die BRD, die zweifelsohne inzwischen zum aggressivsten und militaristischsten imperialistischen Macht Europas herangewachsen ist, womöglich das letzte Land, welches die Herrschenden in der Türkei fallen lassen würde. Weder die von bürgerlichen Medien wie die Bild-Zeitung heraufbeschworene »Eiszeit in den Beziehungen«, noch die gegenseitigen Belehrungen oder die Diskussionen über die Völkermord-Resolution des Deutschen Bundestages sollten darüber hinwegtäuschen, dass die deutsch-türkische Partnerschaft stärker als je zuvor geworden ist.

Zwei Tatsachen können das belegen: Trotz der diplomatischen »Missstimmungen« sehen beide Regierungen keine Hindernisse für den Aufbau eines permanenten Stützpunktes für deutsche Tornados und Airbus-Tankflugzeuge innerhalb der türkischen Luftwaffenbasis Incirlik für knapp 65 Mio. Euro. Das Bauvorhaben wird im Sommer 2017 fertiggestellt. Damit wird die Grundlage für den »dauerhaften Einsatz der Bundeswehr« (Bundesverteidigungsministerium) geschaffen. Auf dem gemeinsamen Kampfmanöver »Efes 2016«, das am 4. Juni 2016 endete, hatte die Bundeswehr ihre Fähigkeiten (!) und die deutschen Rüstungskonzerne ihre Rüstungsgüter zur Schau gestellt. Auch wenn die Türkei einer deutschen Journalist*innengruppe und wie kürzlich, dem Verteidigungsstaatssekretär, der mit einigen Abgeordneten reiste, den Besuch auf der Militärbasis Incirlik versagte, sieht das Regime die weitere Präsenz der Bundeswehr als unproblematisch. So sieht General Warnecke, Abteilungsleiter Strategie und Einsatz im Verteidigungsministerium, ebenfalls keine Probleme: die Kooperation sei nicht gefährdet – siehe die, von einem deutschen Admiral in der Ägäis geführte griechisch-türkische Mission »zur Eindämmung der Schleuser-Kriminalität«.

Weiterhin steht die Bundesregierung in Sachen »Flugverbotszone in Syrien« an der Seite des AKP-Regimes. Seit Februar 2016 fordert die Bundeskanzlerin die Einrichtung einer solchen Flugverbotszone und unterstützt damit die Interessen der Türkei, die verlorene Kontrolle in Teilen Nord-syriens wiederzuerlangen und die Bildung eines demokratisch-autonomen kurdischen Gebietes zu verhindern. Genau wie die Türkei präferiert die BRD die Bestrebungen von Mesud Barzani, einen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen und somit die endgültige Kontrolle über die Erdöl-reichtümer im Norden Iraks zu erhalten. Sowohl die BRD, als auch die Türkei verfolgen im Irak und in Syrien die gleichen Interessen.

Insofern kann konstatiert werden, dass die Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen

nur scheinbar sind und mitnichten ein »Merkel- Erdoğan-Duell« stattfindet. Wie jede Kollaboration folgt der Prozess der deutsch-türkischen Partnerschaft gewissen Regeln, in der die Interessenslage ambivalent sein kann und kurzfristige Abweichungen hingenommen werden. Es liegt in der Natur dieser Kollaboration, dass der kleinere Partner, abhängig von der jeweiligen Situation sich durchsetzen kann und gerade in Krisenzeiten die Richtung vorgibt – so wie in der sog. Flüchtlingskrise. Das jedoch hat keinerlei Auswirkungen auf die langfristig ausgelegte Partnerschaft: die Abhängigkeiten bleiben erhalten.

In der Flüchtlingsfrage sitzen BRD und die EU ohnehin am längeren Hebel. Die Flüchtlingsproblematik dient der weiteren Militarisierung des EU-Grenzregimes und ist eine weitere Rechtfertigung für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sowohl das EU-Türkei-Abkommen als auch das sog. »Heranführungsprozess in die Türkei« sind lediglich Mittel, um strategische Interessen der BRD durchzusetzen. Denn; wie Günter Seufert von der regierungsnahen »Stiftung Wissenschaft und Politik« Zu Recht unterstreicht, kann die Türkei nur als Beitrittskandidatin an der Seite der BRD gehalten und die außenpolitische Kooperation erleichtert werden. Aber auch für das AKP-Regime gilt es, an der Seite der BRD zu stehen – ohne die Unterstützung der EU wird die Installation des neoliberalen Sicherheitsregimes schwieriger. Und alleine die wirtschaftlichen Realitäten drängen die Türkei dazu: mit 13,2 Mrd. Dollar ist die BRD das Exportland Nummer 1 für die Türkei.

Die »neue Türkei« auf Konsenssuche

Erdoğan wird nicht müde, bei jeder Gelegenheit die »Realität der neuen Türkei« zu betonen und die verfassungsrechtliche Verankerung des Präsidialsystems einzufordern. In Anbetracht der jüngsten innenpolitischen Entwicklungen, des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung, der massiven Polizeigewalt landesweit und nicht enden wollenden Verhaftungswellen müsste es sogar den gutmütigsten Türkei-Freund längst gedämmert haben, dass Erdoğan's Präsidialsystem nichts anderes als eine offene Diktatur sein kann – doch nicht weil der »Möchtegern-Sultan« es so will oder sein »Team, die Welt mit Bauernschläue bezwingen möchte« (Özkan), sondern weil die Herrschaftssicherung die Installation eines diktatorischen Sicherheitsregimes erforderlich macht. Bei einer kurzen Betrachtung der türkischen Außenpolitik – lassen wir mal die wirtschaftlichen und politischen Probleme beiseite – wird diese Tatsache deutlich.

Selbst AKP-Anhänger*innen sind vom Ergebnis der bisherigen türkischen Außenpolitik, dessen Ecksteine als »strategische Tiefe« - »Null-Probleme-Politik« - »noble Einsamkeit« und »Schadensbegrenzung« bezeichnet werden kann, enttäuscht. Nach dem Zickzack-Kurs mündete das außenpolitische Abenteuer des Regimes in einem Fiasko und seit Mitte 2013 setzte sich ein reaktiver, auf Schadensbegrenzung zielender Trend durch. Im Telegrammstil kann das außenpolitische Ergebnis der AKP-Regierungen wie folgt beschrieben werden: Niederlage in der Syrienpolitik; Vertiefung der alten Konflikte mit Armenien, Griechenland und Zypern; Spannungen mit dem Molla-Regime in Iran und der irakischen Zentralregierung; vollständiger Einflussverlust in der Palästina-Frage – weder Israel, noch die Fatah oder Hamas vertrauen der AKP; der strategische Partner USA gibt dem AKP-Regime bei ihren Schritten im Nahen Osten nur eine sekundäre Bedeutung; massive Konflikte mit dem größten Energielieferanten Russland und Verlust der Einflussmöglichkeiten im Kaukasus sowie in den Ländern Zentralasiens. Außenpolitisch ist die Türkei, abgesehen von den saudischen und katarischen Despoten, völlig isoliert.

Trotzdem sah sich das Regime in einer »noblen Einsamkeit« (Erdoğan's Berater Ibrahim Kalin), was jedoch nicht lange währte und zurückgerudert werden musste. Es war offensichtlich, dass Erdoğan und seine AKP-Regierungen, geblendet von den Wahlerfolgen, die Außenpolitik mit einer ideologischen Brille – spricht: dem politischen Islam, insbesondere den Muslimbrüdern innenwohnenden Arroganz betrachteten. Das AKP-Regime folgte einem Trugschluss, in dem es die Krisen Europas und den, der Pazifik-Strategie geschuldeten militärischen Rückzug der USA aus dem Nahen Osten als eine große Chance für die Etablierung einer neoosmanisch-regionalen Hegemonie ansah. Diese arrogante und verblendete Wahrnehmung der politischen Realitäten krachte auf die Wand der imperialistischen Strategien. Das Regime musste einsehen, in welchem Maße die Türkei von der USA und der EU abhängig ist.

Genauso träumerisch verhielt sich das Regime im Hinblick auf die Zerfallserscheinungen im Irak

und in Syrien. Ankara war davon überzeugt, dass Grenzverschiebungen zu ihrem Gunsten stattfinden und die kurdische Befreiungsbewegung, domestiziert im Rahmen des sog. »Friedensprozess«, der, durch die »türkisch-kurdische Allianz« gestärkten Türkei dazu helfen würde, »die Führungsposition innerhalb der sich entwickelnden sunnitischen Achse zu übernehmen« (Arzu Yilmaz). Aber sie beachteten weder die massiven und blutigen Konflikte im Zersetzungsprozess des syrischen Staates noch die Tatsache, dass die kurdische Befreiungsbewegung gewillt war, sich mit dem Versprechen einer »sunnitischen Bruderschaft« domestizieren zu lassen. Nun steht das AKP-Regime in Syrien nicht nur der kurdischen Befreiungsbewegung, sondern allen beteiligten Akteuren konfrontativ gegenüber.

Die innenpolitische Ausrichtung auf türkischen Nationalismus und sunnitischen Konfessionalismus hat auch seine außenpolitischen Auswirkungen: Binnen kurzer Zeit schaffte das Regime, dass rund die Hälfte der eigenen Bevölkerung, allen voran kurdische, alewitische und laizistische Teile, ihr feindlich gesinnt wurde. Zwar hat diese Strategie kurzfristig die eigene Basis konsolidiert sowie nationalistische Wähler*innen zur AKP gezogen, aber die regierungsseitig geförderte gesellschaftliche Spaltung gefährdet die innere Stabilität, was nur durch immer autoritärere Maßnahmen gesichert werden kann und zum außenpolitischen Druck durch die USA und die EU führt.

Das außenpolitische Zurückrudern des Regimes nimmt inzwischen abstruse Formen an. Trotz der harschen Rhetorik gegen die EU, die BRD oder auch gegen Russland versucht Ankara mit allen Mitteln die Wogen zu glätten. Aber das alles ist zugleich auch ein Versuch, den strategischen Partnern ein neues Angebot zu unterbreiten. Zum anderen hegt das Regime Hoffnungen auf eine US-Präsidentin Hillary Clinton. Eine härtere, vor allem militärische Gangart der USA in Syrien ist, wenn man die Karriere der Präsidentschaftskandidatin betrachtet, nicht von der Hand zu weisen. Wie Prof. Korkut Boratav betont, würde die aggressive Syrien-Politik einer Clinton-Administrative die islamistischen Kräfte im Nahen Osten und in der Türkei stärken. Das ist die Hoffnung und Erwartung des AKP-Regimes.

Fazit

Erdoğan und seine Regierung feilschen mit den imperialistischen Mächten. Offensichtlich rechnen sie damit, die strategischen Partnerschaften erneuern und damit ihre Herrschaft absichern zu können. Diese Rechnung könnte durchaus aufgehen und das Angebot ist höchst attraktiv: Ein diktatorisches Sicherheitsregime, das allen Kapitalbewegungen offen ist, bewiesen hat, eine neoliberale Wirtschaftspolitik par excellence umzusetzen, die Arbeiterklasse und weitere Widerstandspotentiale zurückzudrängen und mit der autoritären Regierungsmacht die erforderliche »Stabilität« sichern will; nicht davor zurückscheut, mit paramilitärisch umgebauten Polizeikräften und der militärischen Gewaltmaschinerie sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch, wenn notwendig, gegen die Nachbarländer vorzugehen; bereit ist, als strategischer Partner und schlagkräftige Vorhut imperialistischer Mächte zu fungieren, die Interessen nationaler wie internationaler Monopole zu schützen und als williger Gendarm der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zu dienen. Und als Bonbon dazu: die geostrategisch, geopolitisch und geoökonomisch unschätzbare Lage des Landes! Ohne Frage: wenn es um den freien Zugang zu den Märkten und Energieressourcen der Region, um die absolute Kontrolle der Transportwege, um die Erweiterung der Einflusssphären und um die Interessen der Monopole geht, spielt die Türkei eine Schlüsselrolle.

Das Regime baut auf diese Schlüsselrolle und auf die weiterhin vorhandene gesellschaftliche Unterstützung. Aber diese Unterstützung ist brüchig: denn, auch wenn das Regime mit Nationalismus, Konfessionalismus und der auf Pump finanzierten Erhöhung des gefühlten Wohlstandes eine rund 50-prozentige Unterstützung sicherstellen konnte, so ist dies nicht von Dauer. In Anbetracht der Tatsache, dass die Verschuldung der privaten Haushalte auf über 150 Mrd. Dollar gewachsen ist (2003: 4,5 Mrd. Dollar) und rund 70 Prozent der Gehälter bei den Banken verbleiben, würde eine wirtschaftliche Krise, die nicht auszuschließen ist, diese Unterstützung auf die Kernbasis schrumpfen lassen. Die Wahlergebnisse vom 7. Juni 2015 haben das unter Beweis gestellt.

Das Regime fühlt sich derzeit auf dem Gipfel seiner Macht und lässt die zersprengte Opposition ihre Arroganz spüren. Dennoch ist es ob der realen Gefahren im In- und Ausland beängstigt. Diese Angst findet ihren Ausdruck in der autoritären Regierungsführung und aggressiver Außenpoli-

tik. Ermutigt wird jedoch das AKP-Regime durch die Tatsache, dass sich nahezu alle türkischen Kapitalfraktionen, die zivile wie militärische Staatsbürokratie, nationalistische und kemalistische Kräfte hinter ihrer Regierung geschart haben, die Medien und die Justiz gleichgeschaltet wurden, die bürgerliche Opposition Macht- und Einflusslos ist und sowohl die USA als auch die EU ihrem blutigen Treiben lautlos zusehen.

Das Regime ist zuversichtlich, dass weder die türkische Monopolbourgeoisie noch ihre strategischen Partner die USA und die EU der Installation eines diktatorischen Regimes widersprechen würden. Solange das Regime die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, die Umsetzung der neoliberalen Politiken und die Wahrung der Interessen imperialistischer Mächte sicherstellen kann, solange wird ihm die westliche Unterstützung sicher sein. Aber es spricht auch vieles dafür, dass die AKP-Regierung in der Außenpolitik sich den westlichen Diktaten beugen wird und somit innenpolitische Schwächung hinnehmen muss.

Mit ihrer islamistischen Arroganz und ihrem Zickzack-Kurs in der Außenpolitik hat sich das AKP-Regime in gefährliche Gewässer und in größere Abhängigkeiten herein manövriert. Das Regime will mithilfe ihres attraktiven Angebots sich aus dieser Lage befreien und gerät dadurch immer mehr unter die Zahnräder der Interessenkonflikte zwischen der Führungsmacht USA und der werdenden Ordnungsmacht BRD. Wer in dieser Konstellation erwartet, die USA oder die von der BRD geführte EU könnten dem AKP-Regime Einhalt gebieten, der irrt gewaltig. Realistischer als solche liberalen Erwartungen ist die Bildung einer breiten, den kurdischen Osten und den türkischen Westen vereinenden, mit der Fokussierung auf die soziale Frage den Weg für die Verbindung unterschiedlicher Widerstandsherde verbindenden gesellschaftlichen Gegenmacht. Noch ist die Aussicht auf eine solche Kraft gering. Aber wie heißt es so schön: die Hoffnung stirbt zuletzt.

Die faschistoide Vorfeldorganisation

Über die Gülen-Bewegung und ihre Verstrickung in den gescheiterten Putschversuch in der Türkei (Gemeinsamer Artikel mit Nick Brauns)
3. Oktober 2016

In den bürgerlichen Medien der BRD, dem sog. »deutschen Qualitätsjournalismus« finden sich seit einigen Jahren kritische Berichte über das weltweite Netzwerk der Gülen-Bewegung [1]. Aber gerade nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli 2016 kam die Bewegung stärker in den Focus der Berichterstattung. Seit der Niederschlagung der Putschisten erhebt die türkische Regierung schwere Vorwürfe gegen die Gülen-Bewegung und fordert von den USA nachdrücklich die Auslieferung ihres Staatsfeindes Nr. 1, des Predigers Fetullah Gülen. Auch von der Bundesregierung erwartet die Türkei die strafrechtliche Verfolgung von Gülen-Leuten und das Verbot deren Organisationen in der BRD. Doch die Bundesregierung verhält sich in dieser Frage auffallend zurückhaltend und moniert stattdessen die scheinbar seit langem geplante »Hexenjagd« des AKP-Regimes.

Inzwischen steht es außer Frage, dass die Gülen-Bewegung in den dilettantisch vorbereiteten und in der Folge gescheiterten Putschversuch verwickelt ist. Aber ob der 75-jährige Fetullah Gülen der eigentliche Drahtzieher dahinter sei, erscheint als sehr zweifelhaft. Dennoch; auch die Autoren dieser Zeilen, die sich seit Jahren mit dieser Bewegung beschäftigen, sind von dem Ausmaß der erfolgreichen Infiltration des türkischen Staatsapparates durch die Gülen-Bewegung überrascht. Und es wäre aufgrund der Entwicklungsgeschichte dieser Bewegung nicht verwunderlich, dass trotz der penibel durchgeführten Säuberungsaktionen des AKP-Regimes weitere Gülenisten in den Apparaten des türkischen Staates weiterhin konspirativ tätig sind.

Da in den letzten Monaten sehr viel und detailliert über die Gülen-Bewegung publiziert wurde, wollen wir in diesem Artikel, auch um Redundanzen zu vermeiden, uns mit folgenden Fragen beschäftigen: Was sind die eigentlichen Hintergründe der Verwicklung der Gülen-Bewegung in den Putschversuch? Warum schützen imperialistische Mächte, vor allem die USA und die BRD weiterhin diese Bewegung, obwohl ihr strategischer Partner, das AKP-Regime deren Zerschlagung fordert? Und nicht zuletzt, welche Rolle spielte und spielt die Gülen-Bewegung in der Umsetzung von imperialistischen Strategien?

»Segen Gottes«?

Einige Tage nach dem 15. Juli erklärte der türkische Staatspräsident Erdoğan, dass dieser Putschversuch für sie ein »Segen Gottes« [2] sei. Nun habe man die Möglichkeit erhalten, »die Fetullah Gülen Terrororganisation [FETÖ] völlig zerschlagen zu können«. In Bezug auf die Machterhaltungsinteressen kann der gescheiterte Putschversuch durchaus als ein »Segen Gottes« bezeichnet werden, zumal das AKP-Regime mit dem Instrument des landesweiten Ausnahmezustandes sich von allen ihren Gegnern zu entledigen versucht. Aber auch die faschistoide Gülen-Bewegung war für Erdoğan und seine AKP ein »Segen Gottes«. Bis 2010 war Fetullah Gülens kriminelles Netzwerk eine wichtige Stütze des AKP-Regimes.

Immerhin hatte die Gülen-Bewegung ein weltweit agierendes Netzwerk von Medien, Privatschulen, Stiftungen, Wirtschaftsunternehmen und anderen Organisationen aufgebaut und war dabei seit 40 Jahren den türkischen Staat zu infiltrieren. Antikommunistisch, antikurdisch, rassistisch-nationalistisch und mit einem Islamverständnis, das an Absurdität kaum zu übertreffen ist, hatte sich die Gülen-Bewegung, die nie mit einer offiziellen Zentrale auftrat und stets im Verborgenen agierte, sich die Aufgabe gegeben, eine »goldene Generation« aufzuziehen, die in die »Venen und Arterien des Staates eindringen und diesen übernehmen« sollte. Noch in den 1990er Jahren sagte Gülen, »Ihr müsst in die Arterien des Systems eindringen, ohne dabei bemerkt zu werden, bis ihr in alle Schaltstellen der Macht vorgedrungen seid. (...) Ihr müsst bis zu dem Moment warten, da ihr genug seid und die Lage reif ist, bis wir die gesamte Welt auf unsere Schultern nehmen und

tragen können. (...) Ihr müsst geduldig warten, bis ihr alle staatliche Macht in den Händen haltet«. Seine Anhänger sollten sich »verstellen, wenn nötig im Ramadan Raki trinken und abwarten, bis ihre Zeit gekommen ist« so Gülen weiter. Bis dahin stellte sich die Gülen-Bewegung in den Dienst [3] verschiedener Regierungen und konservativer Parteien gleichzeitig. So fand die Bewegung Unterstützer wie den ehemaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel oder den ehemaligen Ministerpräsidenten und bekennenden Laizisten Bülent Ecevit, die sich national wie international für die Gülen-Bewegung persönlich einsetzten.

Mit der Gründung der AKP, als eine Koalition unterschiedlicher sunnitisch-konservativer Kräfte sah die Gülen-Bewegung ihre größte Chance für die Verwirklichung ihrer Unterwanderungsstrategie. So wurde die Bewegung zu einem tragenden Element der AKP. Aufgrund der Tatsache, dass die kemalistischen Eliten lange Zeit den Staatsapparat vor offen islamistisch auftretendes Personal schützen konnten und es verhinderten, dass Islamisten Karriere im Staatsapparat machen konnten, verfügte Erdoğan über wenig erfahrenes Personal für die Besetzung der entscheidenden Stellen. Die Gülenisten hatten aber schon längst in verschiedenen Ministerien und insbesondere im Polizei- und Staatsapparat ihre Leute untergebracht. So konnte Erdoğan seinen Feldzug gegen die kemalistischen Eliten im Staat beginnen. Gülen's loyale Verwaltungskräfte, Richter und Staatsanwälte wurden von der AKP nach und nach an Schaltstellen gebracht. In den Entscheidungspositionen der Kommunalverwaltungen, Ministerien, des Justizapparates, des Geheimdienstes und der Polizei wurde das kemalistische bzw. laizistische Personal durch Gülenisten ersetzt. Die »Zeit« für Gülen-Bewegung war gekommen und sie konnte ihr Netzwerk ausbauen.

Die Gülen-Bewegung war für Erdoğan wirklich wie ein »Segen Gottes«, denn mit ihrer Hilfe konnte er seinen Feldzug gegen die Kemalisten erfolgreich führen und die seitens der USA geförderte Neustrukturierung des türkischen Staates vollenden. Die kemalistische Generalität und die Staatsbürokratie konnten mit Inhaftierungen, konstruierten Straftatbeständen, sog. »Ergenekon«-Schauprozessen und Haftstrafen domestiziert werden. Es stellte sich heraus, dass die als Gülenisten bekannten Staatsanwälte und Richter bei Anklagen und Hafturteilen gegen die Generäle besonders eifrig waren, so dass sogar Erdoğan sich über »unangemessene Behandlung« beschweren musste.

Aber Erdoğan brauchte die Gülen-Bewegung gerade in seinem Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung, insbesondere gegen den legalen politischen Teil. Während die paramilitarisierten Spezialteams der Polizei und der Gendarmerie, die vorwiegend von Gülenisten kommandiert wurden, in den kurdischen Gebieten der Türkei wüteten, setzten Gülen's Staatsanwälte und Richter mit den sog. »KCK-Prozessen« die Willkürjustiz und das Feindstrafrecht par excellence um. [4] Nach dem Verfassungsreferendum von 2010, das von Erdoğan durchgesetzt wurde, konnte die Gülen-Bewegung ihren Einfluss im Justizapparat gänzlich ausweiten.

Damals ließ Erdoğan die Bewegung gewähren. Erst später, als der Machtkampf im Staat begonnen hatte, beklagte er sich: »Wir haben euch alles gegeben, was ihr wolltet«. Inzwischen fühlte sich die Bewegung so stark, dass sie die gesamte Macht im Staat beanspruchte. So gerieten zwei Strömungen des politischen Islams in der Türkei, die jeweils die völlige Unterwerfung unter ihre Macht einforderten, aneinander. Die ersten Risse zwischen den Koalitionären waren nach dem völkerrechtswidrigen israelischen Angriff auf das Gaza-Flottillen-Schiff »Mavi Marmara« im Mai 2010 entstanden. Der von dem proisraelischen Rüstungslobby »Aipac« unterstützte Gülen kritisierte Erdoğan persönlich, weil er es zugelassen und die Organisatoren ermutigt habe, ohne die Einwilligung der israelischen Behörden eine solche Aktion zu starten. Aber die eigentliche Krise trat im Mai 2012 zutage, als ein Gülen nahestehender Staatsanwalt versuchte, den Geheimdienstchef Hakan Fidan zwangsweise anzuhören.

Ein wichtiger Grund dafür war die strategische Differenz in der kurdischen Frage. Während Erdoğan und andere in der AKP keine Probleme in der kurdischen Identität sahen – solange es um sunnitisch-konservativen Kurden ging – und mit dem sog. »Friedensprozess« eine »kurdisch-türkische Allianz«, die dem hegemonialen AKP-Projekt in der Region Auftrieb geben sollte, verfolgte, sabotierte die Gülen-Bewegung mit aller Macht den »Friedensprozess«. Die Gülen-Bewegung verfolgte ein assimilatorisches Konzept und befürchtete durch die mögliche Annäherung der kurdischen Bewegung, ihren Einfluss in Kurdistan zu verlieren.

Inzwischen wird in der kurdischen Befreiungsbewegung nicht mehr ausgeschlossen, dass z. B. die

Pariser Morde an drei kurdischen Aktivistinnen, unter ihnen Sakine Cansız, eine der PKK-Gründer*innen, auf das Konto der Gülen-Bewegung gehen. Die Bewegung hatte schon mit mehreren extralegalen Hinrichtungen unter Beweis gestellt, dass sie über Leichen geht. Sie pflegte enge Kontakte zur neofaschistisch-islamischen »Großen Einheitspartei« (BBP) von Muhsin Yazıcıoğlu. [5] Es ist kein Zufall, dass der Mörder des armenischen Journalisten Hrant Dink oder die Mörder der Christen in Malatya BBP-Anhänger waren. Während BBP-Mitglieder vor allem in den Polizeidienst gestellt wurden, wurde vor allem Mitgliedern der BBP-Jugendorganisation »Alperenler« vorgeworfen, dass sie quasi als der terroristische Arm der Bewegung fungieren. Diese Morde sollten die Existenz der Geheimloge Ergenekon beweisen und die AKP spielte das Spiel gerne mit.

Erdoğan's Regierung ging zum Angriff auf die Gülen-Bewegung über und beschloss ein Gesetz, der vorsah, die privaten Unterrichtshilfeeinstitute – meist in der Hand der Gülen-Bewegung – zu verbieten. Die Gülen-Bewegung sah das als einen Angriff auf eines ihrer Lebensadern, da diese Institute und Privatschulen zur Kaderrekrutierung benötigt wurden. Der Konflikt eskalierte: es wurde öffentlich, dass Gülen-Leute, die der Abhörabteilung der türkischen Polizei vorstanden, den Geheimdienstchef, Erdoğan persönlich, den Außenminister, ausländische Botschaften sowie den Armeechef abgehört und die Protokolle ins Ausland verschafft haben. Und am 17. Dezember 2013 platzte die richtige Bombe: bei Polizeirazzien wurden hunderte Millionen Dollar und Euro in den Privatwohnungen von Angehörigen der AKP-Minister und einigen Bürokraten gefunden. In den Medien wurden Abhörprotokolle und Fotos veröffentlicht, die die Verwicklung von Ministern, Bürokraten und Unternehmern in Korruptionen nachwies. Der Korruptionsskandal, in den Erdoğan, seine Familie und mehrere seiner Minister verwickelt waren, schockierte die Öffentlichkeit.

Die gegenseitigen Angriffe verschärften sich. Erdoğan versuchte durch Gesetzesänderungen und Personalentscheidungen die Gülen-Leute aus deren Ämtern zu verjagen. Die Bewegung veröffentlichte weitere Details der Korruptionen und ließ ein Waffentransport des türkischen Geheimdienstes an die »IS« in Syrien auffliegen. Am 25. Februar 2014 wurden Mitschnitte aus einem Telefonat Erdoğan's mit seinem Sohn Bilal veröffentlicht, in dem um das Verschieben von mehreren Hundert Millionen Dollar ging. Die Terrororganisation »Parallel-Staat« war geboren. Nun wurde Fetullah Gülen Staatsfeind Nr. 1 und seine Bewegung wurde als »FETÖ« verfolgt.

Trotz der Korruptionsvorwürfe konnte Erdoğan die Krise meistern. Ende März 2014 gewann die AKP die Kommunalwahlen und wurde mit 44 Prozent die stärkste Kraft. Durch Änderungen im »Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte« und weiteren Maßnahmen sowie Verhaftungen wie im Dezember 2014 sah es so aus, als ob die Gülen-Bewegung im Staat ausgeschaltet war. Die Tatsache, dass Erdoğan trotz Gegenpropaganda Fetullah Gülen's die Staatspräsidentenwahlen gewann, war Anlass für in- und ausländische Kommentare, die der Gülen-Bewegung eine Niederlage bescheinigten – diese Ansicht wurde bis zum 15. Juli 2016 weitgehend vertreten.

Mit dem Putschversuch bekam Erdoğan eine ungeheure Chance zur endgültigen Zerschlagung der Gülen-Bewegung, die offensichtlich die Absicht hatte, ihn noch in der Putschnacht zu töten. Das AKP-Regime schlug mit voller Wucht zurück. Binnen weniger Tage wurden Tausende verhaftet und Zehntausende aus dem Staatsdienst entfernt. Es begann eine Säuberungsaktion, die mit aller Sicherheit Monate zuvor geplant war und dazu führte, dass ein großer Teil der Gülenisten aus den »Vene und Arterien des Staates« entfernt wurden. Nun bekamen die Gülenisten die Auswirkungen des von ihnen selbst installierten Feindstrafrechtes am eigenen Leibe zu spüren: die Willkürjustiz traf sie mit der vollen Härte.

Erdoğan wandelte sich vom »Saulus zum Paulus«. Öffentlich gab er Fehler zu und bat »Allah und die türkische Nation um Vergebung«, weil er sich von den Gülenisten derart »täuschen« ließ. Inzwischen haben sich die Säuberungsaktionen zu einer regelrechten Hexenjagd verwandelt. Sogar bekennende Marxisten werden nun als »FETÖ-Unterstützer« verhaftet. Für Erdoğan und seine AKP ist die »Terrororganisation Fetullah Gülen« zu einem wichtigen Machterhaltungsinstrument geworden, so dass durchaus gesagt werden kann, dass die AKP »FETÖ« hätte erfinden müssen, gäbe es sie nicht. Letztendlich kann Erdoğan die gesamte Schuld für die verfehlte Politik auf die Gülen-Bewegung schieben und versuchen, seine Mittäterschaft an den Verbrechen vergessen zu machen. Und obwohl Erdoğan öffentlichkeitswirksam von den USA die Auslieferung von Fetullah Gülen und von der BRD die der dort ansässigen Gülenisten fordert, ist es zu offensichtlich, dass er

kein großes Interesse an einer Auslieferung hat. Dem AKP-Regime ist es dienlicher, wenn die Gülen-Bewegung im Ausland geschwächt weiter existiert und jedes Mal, wenn unpopuläre Maßnahmen durchgesetzt werden sollen, ein quasi »Antichrist« aus dem Hut gezaubert werden kann. Zur Rechtfertigung der Verlängerung des Ausnahmezustandes ist die Gülen-Bewegung ein probates Feindbild.

BRD als Logistikzentrum der Bewegung

Wie die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke mitteilt, wurde Erdoğan gerade in Sachen »Auslieferung der Gülenisten« beim Lügen erappt. [6] Obwohl Erdoğan großspurige verkündet habe, dass »Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland die gesuchten Terroristen nicht ausliefern«, habe die Bundesregierung nach einer kleinen Anfrage der Linksfraktion klargestellt, dass »nach dem Putschversuch weder Fahndungs- noch Auslieferungsersuchen zu diesem Tatversuch eingegangen« seien, so Jelpke. Das bestätigt die Tatsache, dass Erdoğan die Gülen-Bewegung weiter als Feindbild nutzen möchte.

Einen Nutzen hat die Gülen-Bewegung auch für die imperialistischen Mächte – im besonderen Maße auch für die BRD. Seit fast 25 Jahren ist die Bewegung in der BRD tätig. Sie konnte innerhalb dieser Zeit ein großes Netzwerk aufbauen, so dass sich in der BRD drei Standbeine ausmachen lassen: Ein Bildungsnetzwerk mit dem Ziel der Gewinnung neuer Anhänger und Kader zur Schaffung einer »goldenen Generation« für die zukünftige Weltgeltung der Türkei als islamische Führungsmacht; Medien zur Verbreitung der Ideen der Gemeinde und politischen Beeinflussung der türkeistämmigen Migrant*innen, aber auch der bundesdeutschen Öffentlichkeit im Sinne der türkisch-nationalistischen Politik und schließlich Lobbyvereine, die eine Verankerung und damit Absicherung der Bewegung im akademischen und politischen Milieu betreiben.

Während Gülen-Organisationen in der BRD früher versuchten, als jeweils reicht eigenständige Vereinigungen den Eindruck völliger organisatorischer Unabhängigkeit zu erwecken und selbst eine Verbindung zu Fetullah Gülen verschwiegen, sind sie nach dem Putschversuch in die Offensive gegangen und stellen sich mit Hilfe der unkritischen Behandlung durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender als »Opfer des Diktators Erdoğan« dar. Es sieht sehr danach aus, dass Entscheidungsträger in der Regierung und den Medien dem Vorschlag Günter Seufert von der regierungsnahen »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SP) zu folgen: [7] Obwohl Seufert die Gülen-Bewegung als »eine hierarchisch strukturierte religiöse Gemeinde [mit einer »dem Militär ähnlichen Disziplin«] (...) die einen ausgeprägten politischen Gestaltungswillen hat« bezeichnet, empfiehlt er den »Entscheidungsträgern in Deutschland (...) nicht die Zusammenarbeit zu verweigern« und »in Deutschland für die Zusammenarbeit mit Initiativen der Gülen-Bewegung i. d. Regel offen« zu sein. Seufert begründet seine Empfehlung damit, »dass die Bewegung in der Diaspora – anders als in der Türkei – kein signifikanter politischer Faktor ist und werden kann«. Insofern könne die Gülen-Bewegung keine »Gefahr in Europa« sein – nun für die Herrschenden sicher nicht.

So kann die Bewegung heute weiterhin mit offener Unterstützung staatlicher Stellen in der BRD Schulen und Kindergärten eröffnen, »Integrationspreise« erhalten und ungehindert ihr Netzwerk ausbauen. Dabei wird sie von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen berechtigte Kritik, die inzwischen auch von einigen bürgerlichen Medien geäußert wird, verteidigt. Übrigens, die Gülen-Bewegung hat derzeit kein großes Interesse daran, in der BRD »ein signifikanter politischer Faktor« zu werden. Der Bewegung geht es in erster Linie darum, das weltweite Netzwerk von der BRD aus logistisch zu unterstützen. Dafür nehmen die Gülenisten es hin – sowohl in der BRD als auch in der USA – unter strenger Kontrolle der Geheimdienste gestellt zu werden.

Welche Rolle spielt die Bewegung überhaupt?

Die unkritische Behandlung der Gülen-Bewegung durch die bürgerlichen Medien oder Persönlichkeiten in der BRD hat keineswegs etwas mit politischer Naivität zu tun. Im Gegenteil, gerade der militärisch-industrielle Komplex der BRD hatte die »Dienste« der Bewegung gerne angenommen, wenn es um Rüstungsexporte und militärische Zusammenarbeit ging. Jetzt, wo die Bewegung weder in der türkischen Politik noch in der Wirtschaft über Einfluss verfügt, wird sie nicht benötigt – aber weiterhin als Ersatzkraft unter Kontrolle gehalten. Immerhin hat die Gülen-Bewegung seit

Jahrzehnten unter Beweis gestellt, wie zuverlässig sie die Interessen imperialistischen Mächte verteidigte und als schlagkräftige Vorhut westlicher Geheimdienste tätig war.

Die Tatsache, dass diese faschistoide Bewegung als Vorfeldorganisation der westlichen Geheimdienste, insbesondere der CIA seit langem tätig ist, wurde mit zahlreichen Veröffentlichungen nachgewiesen. Sei es durch Wikileaks-Veröffentlichungen, sei es durch die vielen Veröffentlichungen der Whistleblowerin und ehemalige FBI-Mitarbeiterin Sibel Edmonds [8] ist es bekannt, dass die Gülen-Bewegung von der CIA zur Destabilisierung Russlands und Eindämmung des chinesischen Einflusses in Zentralasien eingesetzt wurde. Edmonds schrieb schon 2008, dass die Gülen-Schulen »den CIA- und US-State-Department-Mitarbeitern als Operationsbasen für geheime Operationen in den jeweiligen Regionen« dienten. Auch der ehemalige Regional-Chef des türkischen Geheimdienstes MIT, Osman N. Gündeş wies in seinem Buch darauf hin, dass die Gülen-Bewegung »alleine in Kirgisistan und Usbekistan 130 CIA-Agenten, die mit Diplomatenpässen ausgestattet waren, untergebracht« hat. [9] Gündeş war einer derjenigen türkischen Geheimdienstler, der in den 1990er-Jahren die Ausbreitung der Gülen-Schulen in Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Turkmenistan und Usbekistan auf Anordnung des damaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel begleitet hatte. Demirel selbst hatte seine Kollegen in den ehem. Sowjetrepubliken persönlich angeschrieben und um Unterstützung für die Schulen der Gülen-Bewegung gebeten. Innerhalb einiger Jahren breiteten sich die Gülen-Schulen, somit die Operationsbasen der CIA aus – bis 2002 der Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Nikolai Patrushev eingriff und nach und nach sämtliche dieser Schulen sowie ab Frühjahr 2008 auch alle weiteren Aktivitäten der »Nurcu-Bruderschaft« in Russland verboten wurden. Die Turkstaaten folgten diesem Beispiel und haben die Gülen-Schulen wegen »destruktiver Aktivitäten« verboten.

Auch im Nahen Osten und in Afrika war die Gülen-Bewegung für westliche Geheimdienste tätig. Insbesondere im Nordirak hat die Gülen-Bewegung als Wegbereiter für das türkische Kapital fungiert und mit über 30 Schulen, Fernsehsendern und zahlreichen Unternehmen ihren Einfluss innerhalb der Kurdischen Autonomieregion in Nordirak erweitert. Während die Vertreter der Gülen-Bewegung sich in Südkurdistan jahrelang wie »Botschafter der Türkei« verhielten, haben andere Gülenisten in verschiedenen afrikanischen Staaten die Eröffnung von Auslandsvertretungen der Türkei organisiert. Sämtliche Aktivitäten folgten dem gleichen Schema: Eröffnung von Schulen, die vor allem Kinder von Regierungsmitgliedern unterrichten, Investitionsgespräche mit der Gülen-nahen Unternehmensverband TUSKON, Einsatz von CIA-Mitarbeitern als Englischlehrer, Organisation von Türkisch-Olympiaden etc. Wie wichtig Fetullah Gülen und seine Organisation der CIA war, belegt die Tatsache, dass hochrangige CIA-Mitarbeiter gegen die Widerstände des FBI und des Heimatschutzministeriums der USA für Gülen eine Green Card organisieren konnten.

Inzwischen haben viele Länder erkannt, dass die Gülen-Bewegung eine CIA-Vorfeldorganisation ist und ihre nationalen Sicherheitsinteressen bedroht. Deshalb werden ihre Schulen geschlossen und ihre Aktivitäten verboten. Auch Erdoğan ist sich bewusst, dass die ehemaligen Koalitionäre nun seine Hauptfeinde geworden sind. Dazu hat aber Erdoğan vieles selbst beitragen: Erdoğan setzte auf »falsche Pferde« - so z.B. als er mit seiner Israelkritischen Rhetorik zu weit ging. Erdoğan weigerte die vollständige Unterwerfung und die Abgabe der staatlichen Souveränität. Erdoğan drohte damit, chinesischen Firmen Rüstungsaufträge zu vergeben und machte Avancen für die Mitgliedschaft in der »Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit« (SOZ). Die Türkei ist das einzige NATO-Mitglied, das gleichzeitig eine Dialogpartnerschaft mit der SOZ unterhält. Und schließlich das außenpolitische Fiasko der Türkei. Die verblendete Wahrnehmung der Machtverhältnisse und der Realitäten in der Region durch das AKP-Regime, missfällt dem Westen. Sowohl die USA als auch die BRD haben deutlich gemacht, dass sie eine »AKP ohne Erdoğan« wollen. Die Gülen-Bewegung dient weiterhin für dieses Ziel als Handlanger.

Günter Seufert mag rechthaben, wenn er feststellt, dass die Gülen-Bewegung für Europa »keine Gefahr darstellt«. Eine Gefahr stellt jedoch die Gülen-Bewegung weiterhin für türkeistämmige und kurdische Oppositionelle in Europa. Es ist bekannt, dass neben den rund 6.000 türkischen Geheimdienstlern, auch ehemalige Kommandeure der Spezialkräfte der türkischen Polizei, die als Mörder und Folterer bekannt sind, in der BRD Asyl beantragt haben. Es ist höchst suspekt, dass gerade diese ehemaligen Offiziere zeitgleich den Kontakt zu kurdischen und türkischen kriminellen Kreisen suchen. Vertreter*innen von kurdischen Organisationen in Europa haben kürzlich die

Öffentlichkeit davon unterrichtet, dass Mordkommandos in die BRD geschickt wurden und Aufklärung verlangt. Aufgrund der Tatsache, dass die Gülen-Bewegung in zahlreiche extralegale Hinrichtungen verwickelt ist, ist es nicht von der Hand zu weisen, dass zu gegebener Zeit gegen türkische oder kurdische Oppositionelle in Europa Anschläge verübt werden können. Das alleine zeigt die Gefährlichkeit dieser faschistoiden Vorfeldorganisation westlicher Geheimdienste.

[1] Siehe: Murat Çakır, »Die Pseudodemokraten – Türkische Lobbyisten, Islamisten, Rechtsradikale und ihr Wirken in der Bundesrepublik«, GDF-Publikationen, Düsseldorf 2000 (vergriffen). Siehe auch: <http://www.kozmopolit.com/hazirano3/Dosya/Dosya.html> sowie die Hintergrundberichte von Nick Brauns: <http://www.nikolaus-brauns.de/html/gulen.html>.

[2] Siehe auch: Errol Babacan, »Der fingierte Putsch – Gottes Segen«, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/07/der-fingierte-putsch-gottes-segen.html>.

[3] Die Gülen-Bewegung wird auch »Hizmet«-Bewegung genannt. »Hizmet« bedeutet auf Deutsch »Dienst«. Damit wird suggeriert, dass es ein »Dienst« für die Religion, für Gott, aber gleichzeitig ein »Dienst« zugunsten der Muslime und insbesondere für den Aufbau einer türkisch-muslimischen Elite ist.

[4] Siehe auch: Murat Çakır, »Normalzustand in der »demokratischen« Türkei: Willkürjustiz«, in: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2012/01/normalzustand-in-der-demokratischen.html>.

[5] Muhsin Yazıcıoğlu, war BBP-Vorsitzender und starb am 25. März 2009 bei einem Hubschrauberabsturz. Die Absturzursache ist immer noch ungeklärt, so dass BBP-Anhänger von einem gezielten Mord sprechen.

[6] Siehe: Ulla Jelpke, »Erdogan beim Lügen ertappt«, in: junge Welt vom 1. Oktober 2016.

[7] Günter Seufert, »Überdehnt sich die Bewegung von Fetullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinschaft als nationaler und internationaler Akteur«, SWP-Studie, Berlin Dezember 2013.

[8] Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Sibel_Edmonds und <http://www.boilingfrogspost.com/category/sibel-edmonds/>.

[9] Osman Nuri Gündeş, »İhtilallerin ve Anarşinin Yakın Tanığı« (Der nahe Zeuge der Revolutionen und der Anarchie), Istanbul 2010, ISBN 6058819207.

Warum Erdoğan?

30. November 2016

Angesichts massiver Repressalien, diktatorischer Regierungsführung, spalterischer Hassrhetorik und der quasi Ausschaltung der türkischen Opposition wird in der kritischen Berichterstattung gerätselt, warum der Mächtigersultan vom Bosphorus weiterhin über einen derart großen gesellschaftlichen Rückhalt verfügt. Alle fragen sich: Warum Erdoğan? Besser wäre es jedoch danach zu fragen, was die eigentlichen Gründe für diesen bisherigen AKP-Erfolg sind. Denn, der charismatische Führerfigur Erdoğan ist nicht alleine für diesen Erfolg verantwortlich.

Der erste Grund ist die Alternativlosigkeit der AKP. Es existiert nun einmal keine andere politische Formation, die glaubhafte Konzepte für die Lösung der Probleme des Landes aufzeigen kann. Zumal zwischen der AKP und den bürgerlichen Oppositionsparteien CHP und MHP keine programmatischen Unterschiede mehr sichtbar sind. Die einzige »echte« Oppositionspartei HDP ist aufgrund der gesellschaftlichen Polarisierung für die sunnitisch-konservative Mehrheit »der Feind« schlechthin und stellt damit keine wählbare Alternative dar.

Auch die türkische Linke kann sich nicht als Wahlalternative anbieten, obwohl die Mehrheit der AKP-Wählerschaft aus Lohnabhängigen und ärmeren Bevölkerungsschichten besteht. Die, nach dem Militärputsch vom 1980 völlig zerschlagene Linke hat es nicht bewerkstelligen können, die vorhandene Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsgruppen in die Form einer starken gesellschaftlichen Oppositionsbündnis zu kanalisieren. Zudem führte die unsolidarische Haltung von Teilen der türkischen Linken gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung zur weiteren Zersplitterung der Linken insgesamt. Dagegen schaffte es die AKP mit ihrer »passiven Revolution« (Cihan Tuğal) und ihren Lösungsversprechungen die unzufriedenen Massen unter ihrer »identitär-sunnitisch-nationalistischem« Dach zu versammeln.

Hinzukommt das pragmatische Empfinden der Bevölkerung: Viele sehen die nationalistisch-konservative Haltung als Gewinnbringend in ihrem alltäglichen Überlebenskampf ein: bevorzugte Behandlung in den Amtsstuben, Sach- und Geldleistungen von Kommunalverwaltungen und islamistischen Stiftungen, Konsumförderung durch Niedrigzinspolitik und vereinfachte Kreditkartenvergabe sowie diverse Verrentungsmöglichkeiten verstärken diese Interpretation. Während das Regime mit den hohen Kapitalflüssen aus dunklen ausländischen Quellen (jährlich im Durchschnitt 13 Mrd. Dollar) das chronische Haushaltsdefizit etwas mildern kann, wird mit Mega-Infrastrukturmaßnahmen die Binnenkonjunktur angekurbelt. Mit ihrer starken Führerfigur Erdoğan als »Verteidiger des Islams gegen den Westen, der sich von ausländischen Mächten nichts vorschreiben lässt«, gaukelt die AKP Stabilität vor. Selbst starke Kursverluste der türkischen Lira und die hohe Arbeitslosenquote von über 11 Prozent können dieses Bild nicht erschüttern. Denn substanzlose Kritik europäischer Eliten an Erdoğan, die im gleichen Atemzug die »Wichtigkeit der Türkei für die EU« unterstreichen, nützt der AKP-Demagogie und erhöht die gesellschaftliche Zustimmung für das Regime.

Aber ein weiterer wichtiger Grund für die Zustimmung ist die weitverbreitete Angst: vor Repressalien, gesellschaftlicher Ächtung, Verlust des Arbeitsplatzes, des Ansehens oder gar des gesamten Vermögens macht die Massen gefügig. Inzwischen kontrollieren die staatlichen Treuhänder enteignete Vermögens- und Unternehmenswerte, die denen der großen türkischen Monopole entsprechen. Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes sowie in den gleichgeschalteten Medien und der Justiz sehen die Menschen jeden Tag, was AKP-Widersachern alles blüht.

Doch nachhaltig ist das alles nicht: der außenpolitische Druck wächst, die Wirtschaft schrumpft, die türkische Großbourgeoisie wird nervös, die Verschuldung nimmt zu, Unternehmensenteignungen werden von ausländischen Investoren mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, die gesellschaftliche Spaltung vertieft sich und die Berichte über die massive Bewaffnung gesellschaftlicher

Gruppen wirken bedrohlich. Noch können sich Erdoğan und die AKP der politischen Unterstützung der MHP und teilweise der CHP sicher sein. Abzuwarten gilt allerdings, ob in dem geplanten Referendum über das Präsidialsystem die 50-Prozent-Marke geknackt werden kann. Das wäre der Türkei in der Tat nicht zu wünschen.

Erdoğan's »totaler Krieg« und das deutsche Kapital

Über das anstehende Verfassungsreferendum in der Türkei und die Hintergründe möglicher Perspektiven danach – Ein Erklärungsversuch
9. April 2017

Am 16. April wird über die Einführung des Präsidialsystems entschieden, das die absolute Herrschaft Erdoğan's verfassungsrechtlich verankern soll. Jenseits von Erdoğan's Interessen soll der sunnitische Konservatismus zementiert und die Unterstützung türkischer Kapitalfraktionen gesichert werden. Welche Haltung nehmen westliche Mächte zu diesem Projekt ein, welche Erwartungen kann eine demokratische Opposition an sie hegen?

Alle Beobachter*innen sind einhellig der Meinung, dass das Verfassungsreferendum am 16. April 2017 über die Einführung eines Präsidialsystems einen Wendepunkt in der türkischen Geschichte darstellen wird. Bekanntlich geht es bei diesem Referendum um die Änderung von 18 Artikeln der noch immer gültigen Junta-Verfassung. Die von der Militärdiktatur 1982 durchgesetzte Verfassung wurde bisher mehrfach geändert, doch an ihrem undemokratischen Wesen wurde nicht gerüttelt. Die Tatsache, dass in dem geplanten Präsidialsystem weder eine Gewaltenteilung vorgesehen ist, noch eine legislative Kompetenz des türkischen Parlaments vorhanden sein wird, deutet unmissverständlich auf die Etablierung einer Autokratie, die auf Erdoğan zugeschnitten ist. Zwar wird in den bürgerlichen Medien der BRD spekuliert, ob dieses Präsidialsystem Erdoğan überleben kann, aber ungeachtet dessen steht schon heute fest, dass unter den Bedingungen eines Präsidialsystems die nahe Zukunft der Türkei sehr düster sein wird.

Fraglich ist jedoch, ob mit der Einführung des Präsidialsystems wirklich ein Wendepunkt erreicht wird oder von einer Restaurierung eines Kapitalakkumulationsregimes gesprochen werden müsste, welches in der Kontinuität des Militärputsches vom 12. September 1980 steht. Immerhin wird ein »Ja« am 16. April 2017 nichts anderes bedeuten, als die derzeitige de facto Situation verfassungsrechtlich zu verankern. Abgesehen davon hat die »parlamentarische Demokratie« der Türkei seit langem kaum etwas mit einer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« zu tun. Mit der Verfassungsänderung von 2010 wurde die Unabhängigkeit der Justizorgane von der Regierung faktisch abgeschafft. Von einer Gewaltenteilung kann schon heute niemand sprechen. Aufgrund des praktizierten Feindstrafrechts verdient die Türkei das Prädikat Unrechtsstaat!

Mit der Einführung des Präsidialsystems die Gesetzgebungskompetenz des türkischen Parlaments ausgehebelt und das Regieren mit Dekreten sowie weitreichenden Befugnissen ermöglicht. Ohne Frage, das Präsidialsystem macht Erdoğan zum absoluten Alleinherrscher. Aber, ist er das nicht schon heute? Seine Partei stellt die hegemoniale politische Kraft, Erdoğan hat heute faktisch den gesamten Staatsapparat sowie die gleichgeschalteten Medien unter seiner Kontrolle. Warum also dann dieses Referendum? Geht es nur um Erdoğan's Interessen? Wer steht hinter Erdoğan? Was ist nach dem 16. April zu erwarten – was bei einer »Nein«-, was bei einer »Ja«-Entscheidung? Welche Rolle spielen die EU, die NATO und insbesondere die BRD?

Eine demokratische Entscheidung?

Zuallererst ist festzustellen, dass eine Abstimmung unter den Verhältnissen des fortwährenden Ausnahmezustandes und ungleichen Bedingungen des politischen »Wettbewerbs« nicht als »demokratisch« bezeichnet werden kann. Kurz nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 hatte Erdoğan den »totalen Krieg gegen den Terror« ausgerufen. Daraus ist ein »totaler Krieg« gegen die demokratische Opposition geworden. Der gescheiterte Putschversuch am 15. Juli 2016 kam einem »Segen Gottes« [1] gleich, den Erdoğan und die AKP zu nutzen wussten. Zehntausende wurden verhaftet, kritische Stimmen weggesperrt und oppositionelle Medien wurden zerschlagen. Die Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yükkeddağ, mehrere Abgeordnete, Parteifunktionäre und Bürgermeister*innen sowie kommunale Mandatsträger*innen des Linksbündnisses HDP sind in Haft. Streiks sind verboten, Gewerkschaften entmachtet. 131 Journalist*innen sind im Ge-

fängnis, nahezu 5.000 Akademiker*innen sowie tausende Beamte und Angestellte wurden entlassen. Während in den kurdischen Gebieten faktisch das Kriegsrecht herrscht und Kolonialpraktiken angewandt werden, sind die Kampagnenmöglichkeiten der Opposition stark eingeschränkt. [2] »Nein«-Befürworter*innen werden von Erdoğan persönlich als »Terroristen« diffamiert und öffentlich angeprangert. Sowohl die militarisierte Polizei als auch bewaffnete »zivile« Strukturen der AKP-Anhänger terrorisieren »Nein«-Aktivist*innen und verunmöglichen so deren Präsenz im öffentlichen Raum.

All diese Beispiele – und die Liste wäre noch zu erweitern – belegen, dass das Referendum in keiner Weise die Kriterien freier und gleicher Wahlen, also einer demokratischen Abstimmung erfüllt. Auch der Zwischenbericht des »Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OECD« vom 7. April 2017 bestätigt dies. Nicht auszuschließen ist darüber hinaus, dass in den kurdischen Gebieten, wo eine hohe HDP-Zustimmung vorhanden ist, versucht wird, die Stimmabgabe zu erschweren oder gar zu verhindern. Gerade in den von militärischen Spezialkräften zerstörten Siedlungsgebieten ist das zu erwarten.

Weder die AKP noch ihre faktische Koalitionspartnerin, die neofaschistische MHP, scheinen ihre eigene Basis von der Notwendigkeit eines »Ja« überzeugt zu haben. Ministerpräsident Binali Yıldırım hat immer wieder erhebliche Argumentationsschwierigkeiten, die Unterschiede zwischen der heutigen Konstellation und der nach einer Verfassungsänderung nachvollziehbar zu erklären. Eins steht jedenfalls fest: Wenn das Regime sich seiner Zustimmung sicher wäre, dann bestünde kein Grund, die politische und mediale Opposition zu unterdrücken. Die Erfahrung aus der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015, als die AKP unter einigermaßen fairen und gleichen Bedingungen ihre Mehrheit verlor, soll sich offensichtlich nicht wiederholen.

So setzt die AKP auf Repression und Stigmatisierung des »Nein«-Lagers, verherrlicht die Zeit der osmanischen Herrschaft, verteufelt kemalistische Eliten, befördert die gesellschaftliche Polarisierung, instrumentalisiert die Spannungen in den Beziehungen zur EU, beschwört innere wie äußere Feinde, verbreitet Angst durch Horrorszenarien und preist ihre Megaprojekte und den vermeintlichen wirtschaftlichen Aufschwung – um so einen nationalistischen und sunnitisch-konservativen Mehrheitsblock zu zementieren.

Was ist das Ziel des Referendums?

Als oberstes Ziel dieses Referendums kann die Zementierung der Machtverhältnisse zugunsten des türkischen Konservatismus genannt werden. Es geht aber auch darum, das derzeitige kapitalistische Verwertungssystem zu festigen und die Unterstützung sämtlicher Kapitalfraktionen zu sichern. Vor dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 konnte ein Machtkampf innerhalb der türkischen Bourgeoisie verfolgt werden, der sich in den Auseinandersetzungen um das Präsidialsystem manifestierte. Mächtige, mit internationalen Konzernen verquicte Kapitalgruppen lehnten eine Machtkonzentration bei Erdoğan ab, das einem Protektionsversprechen an die kleineren, mit dem politischen Islam verbundenen Kapitalgruppen und einer staatlichen Intervention in die Organisation der kapitalistischen Konkurrenz gleich kam. Heute jedoch kann konstatiert werden, dass auch sie hinter Erdoğan stehen.

Diese Haltungsänderung hängt damit zusammen, dass Erdoğan momentan alternativlos erscheint und die AKP trotz Reibungen die politische Vertretung der gesamten türkischen Bourgeoisie wahrnimmt. Ein viel wichtigerer Faktor ist jedoch der Kriegsverlauf in Syrien und im Irak, welcher sich auf die türkische Bourgeoisie einigend auswirkt. [3] Auch wenn heute die AKP und die MHP auf der einen und die kemalistische CHP auf der anderen Seite des Referendumslagers stehen, so fungiert die militärische Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung in ganz Kurdistan – also auch in Syrien und im Irak – als Bindemittel eines nationalistischen Zweckbündnisses zwischen diesen drei Parteien. Dem außenpolitischen Fiasko des Neo-Osmanismus folgt ein altbekanntes außenpolitisches Muster: Die Verhinderung von kurdischen Autonomiebemühungen, die Ausspielung der russischen bzw. persischen Karte in den Beziehungen mit den westlichen Mächten, das Festhalten an der »türkisch-islamischen Synthese« als offizielle Staatsideologie, die Ablehnung der Übertragung von Souveränitätsteilen an die EU.

Kurz nach dem gescheiterten Putschversuch sah es danach aus, dass das Präsidialsystem auf Eis gelegt wurde. Es entstand ein Bündnis, in dem auch die im Rahmen der »Ergenekon-Prozesse« inhaftierten, aber danach freigelassenen Offiziere, die sog. »Eurasier«, [4] ihren Platz gefunden hatten. Während die »Gülenisten« zu zehntausenden aus Ministerien, Staatsunternehmen, Militär-, Justiz- und Polizeiapparaten entfernt wurden, wurden die freigewordenen Plätze mit Kemalisten und Ultra-Nationalisten besetzt. [5] CHP und MHP sicherten ihre Unterstützung zu. Aber die CHP machte einen strategischen Fehler: Sie bestand darauf, ihre Kader im Außen- und Gesundheitsministerium einzusetzen, was die AKP entschieden ablehnte. Hinzu kam, dass die MHP und mit ihr die so genannten »Eurasier« auf der Installierung von Absicherungsmechanismen beharrten. Die MHP drängte auf einen Verfassungsdeal und die AKP wiederum sah ihre Chance gekommen, das Präsidialsystem durchzusetzen. Da, wie Sinan Birdal zutreffend beschreibt, ein Teil der »Eurasier« und der MHP sowie die kemalistische CHP mit dem Verfassungsdeal nicht zufrieden waren, konnte im Parlament keine notwendige Mehrheit hergestellt werden und es reichte nur für die Ausrufung eines Referendums.

Damit ist auch zu erklären, warum das »Nein« der CHP und der Nationalisten nicht das Gleiche bedeutet, wie das »Nein« der HDP und anderen linken Kräften. Während letztere die Installation einer Diktatur abwehren wollen und antidemokratische Zustände anprangern, sprechen die CHP, Abtrünnige der MHP und andere Nationalisten davon, dass die Alleinherrschaft Erdogans die territoriale Einheit des Staates gefährde und ein autonomes Kurdistan ermöglichen würde. Weder die CHP noch die MHP-Abtrünnigen haben ein Problem damit, dass Abgeordnete der HDP inhaftiert sind, in den kurdischen Gebieten Kolonialpraktiken angewandt werden, Militäroperationen auf fremden Staatsgebieten stattfinden, der Ausnahmezustand aufrecht erhalten bleibt oder mit Streikverboten sowie wirtschaftsfreundlichen Dekreten die türkische Monopolbourgeoisie und internationale Konzerne umworben werden. Auch wenn die CHP kein monolithischer Block ist und durchaus linksliberale wie sozialdemokratische Teile beherbergt, hält sie als Ganzes, genau wie die AKP und die MHP, an der »Kolonie Kurdistan« fest und bleibt in der Gegnerschaft zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage unnachgiebig. So entsteht ein halbherziges »Nein«, dass die Position der AKP stärkt und die repressiven Zustände im Vorfeld des Referendums verdeckt.

Ohne Frage, ein »Ja« am 16. April wird die Installation eines diktatorischen Regimes auf verfassungsrechtlicher Ebene zur Folge haben. Nach einem »Ja« ist auch zu erwarten, dass Erdoğan auf vorgezogene Parlamentswahlen drängen wird, um die Opposition weiter zu schwächen. Trotzdem werden Erdoğan und die AKP auf die Zusammenarbeit mit nationalistischen Kräften, kemalistischen Eliten und der Generalität angewiesen bleiben, weil die AKP nicht über genügend Kader verfügt, die alleine das Funktionieren des Staatsapparates gewährleisten können und die Armee immer noch eine NATO-Armee ist.

Doch was passiert, wenn – trotz allem – ein »Nein« herauskommt? Würden Erdoğan und die AKP dieses Ergebnis akzeptieren? Trotz gegenteiliger Behauptungen der AKP wird Erdoğan ein solches Ergebnis, was zur Schwächung seiner Machtposition führen könnte, mit Sicherheit zu relativieren versuchen. In diesem Fall besteht auch akut die Gefahr einer bürgerkriegsähnlichen Eskalation der Gewalt. Denn Erdoğan und die AKP verfügen über eine überdurchschnittlich bezahlte, personell mit AKP- und MHP-Militanten besetzte sowie mit Kriegsgerätschaft ausgestattete Armee von paramilitarisierten Polizeikräften. Zudem haben sie die massive Bewaffnung ihrer Anhängerschaft ermöglicht. Organisierte kriminelle Banden und bewaffnete »zivile« Strukturen wie die »Osmanenherde« haben unlängst Drohungen (»Wir werden in eurem Blut baden«, O-Ton des Mafiachefs Sedat Peker) ausgesprochen. Gänzlich ausgeschlossen kann diese Gefahr also nicht werden, zumal die kurdische Befreiungsbewegung ihren Fokus in Syrien und im Irak hat und die linke Opposition, die den Widerstand in westlichen Teilen leisten könnte, durch Repressionen und Zerschlagung geschwächt ist.

Das deutsche Kapital und die Türkei

Erdogans harsche Rhetorik gegen Europa, seine »Nazi«-Vergleiche, die Inhaftierung des Journalisten Deniz Yücel als »deutscher Agent« auf der einen Seite und Auftrittsverbote für türkische Minister, »Erdoğan-Bashing« deutscher Medien, Forderungen nach Abbruch der EU-Beitrittsverhand-

lungen usw. auf der anderen Seite deuten darauf, dass die deutsch-türkischen Beziehungen zum Zerreißen gespannt sein müssten. In diesem Zusammenhang ist auch zu beobachten, dass innerhalb der deutschen wie türkischen linken Öffentlichkeit gewisse Hoffnungen aufkeimen und Erwartungen artikuliert werden. Als Führungsmacht der EU wird die BRD aufgefordert, »Erdoğan Einhalt zu gebieten«, keine Rüstungsgüter mehr zu verkaufen, Erdoğan die »Einreise zum G20-Gipfel in Hamburg zu verweigern« und das »türkische Regime in die Schranken zu weisen«. Aussichtsloses Unterfangen oder berechnete Forderungen?

Beides. Rüstungsverbote, Beendigung der Zusammenarbeit mit despotischen Regimen u. ä. sind berechnete Forderungen einer demokratischen Gesellschaft an ihre Regierung und es gilt weiterhin für die Erfüllung dieser Forderungen zu streiten. Aber, es ist gleichzeitig ein aussichtsloses Unterfangen, solange die Machtverhältnisse nicht verschoben werden. Weder die CDU/CSU noch die SPD sind gewillt, die Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime zu beenden.

Merkel machte bei ihrer Regierungserklärung Anfang März 2017 klar, dass eine Veränderung in der deutschen Türkeipolitik nicht ansteht. Sie machte deutlich, dass es nicht im deutschen Interesse sein kann, »dass sich die Türkei, immerhin ein Nato-Partner, weiter von uns entfernt«. [6] Auch die bürgerlichen Medien, die ansonsten gegenüber Erdoğan mit Häme nicht sparen, argumentieren ähnlich. So schrieb schon Michael Martens in der FAZ vom 8. November 2016: »Ganz gleich, wie die Türkei sich entwickelt, ist es im türkischen und im europäischen Interesse, im Gespräch zu bleiben – es muss ja kein Beitrittsgespräch sein. Doch selbst wenn an südöstlichen Grenzen Europas ein Staat entstehen sollte, in dem dauerhaft und systematisch Oppositionelle gefoltert und Menschenrechte missachtet werden, wäre es notwendig, am Dialog mit dem Nato-Partner festzuhalten«. Genau wie die regierungsnahe SWP, die empfiehlt, »die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei von Europa zu nutzen«. Die Zollunion soll zügig reformiert, auf Dienstleistungen sowie Landwirtschaft ausgeweitet, aber dabei auf »symbolische Politik« verzichtet werden. [7]

In welche Richtung die Aufrechterhaltung des Dialogs trotz der Betonung von Menschenrechten als universelle Werte letztlich ausschlägt, hat die BRD oft genug bewiesen. Enge Kooperationen mit despotischen und diktatorischen Regimen bilden keine Ausnahmen. Immerhin haben deutsche Rüstungskonzerne alleine 2016 Rüstungsgüter im Wert von 6,88 Milliarden Euro ins Ausland verkauft – darunter für rund 3,7 Milliarden Euro an Saudi-Arabien, die Golf-Emirate und Katar. Die Begründung für die Zusammenarbeit mit despotischen Regimen kommt vom sozialdemokratischen Außenminister Sigmar Gabriel: Rüstungsexporte würden »im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands« erfolgen.

Welche Rolle spielt aber nun dieses »sicherheitspolitische Interesse Deutschlands« in den angespannten Beziehungen zur Türkei? Warum wird einerseits an der scharfen Rhetorik gegen Erdoğan festgehalten, Ermittlungen gegen türkische Geheimdienstler aufgenommen und Drohungen ausgesprochen, aber andererseits alles getan, damit »die Türkei sich nicht weiter von uns entfernt«?

Jenseits von Rüstungsexporten ist die Rüstungszusammenarbeit zu nennen. Die Türkei ist nicht nur einer der wichtigsten Absatzmärkte. Der militärisch-industrielle Komplex der Türkei, die sog. »Nationale Verteidigungsindustrie« die dem Staatssekretär für Verteidigungsindustrie unterstellt ist, ist für deutsche Rüstungskonzerne der wichtigste Hebel, die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung zu umgehen. [8] So wurde im Januar 2017 bekannt, dass die deutsche Rheinmetall, die türkische BMC (50 Prozent des Unternehmens hält das »Industrielle Komitee« der katarischen Streitkräfte) und der malaysische Rüstungskonzern Etika Strategi die Gründung der türkischen Tochtergesellschaft RBSS beschlossen haben. Das Gemeinschaftsunternehmen will Katar 1.000 gepanzerte Fahrzeuge verkaufen. Nach Medienberichten ist diese Initiative »Bestandteil einer aggressiven Marketingstrategie, die auf die Golfstaaten, den Nahen Osten und Zentralasien ausgerichtet ist«. [9] Rheinmetall hat zudem noch ein Tochterunternehmen in der Türkei, das mit dem größten staatlichen Rüstungskonzern MKEK zusammenarbeitet. Aber auch andere deutsche Rüstungskonzerne sind mit von der Partie. Während der europäische Großkonzern Airbus mit dem türkischen Militärflugzeugbauer TAI und dem Raketenhersteller Roketsan kooperiert, liefert MTU Friedrichshafen den Dieselmotor für den neuen türkischen Kampfpanzer »Altay«. Auch Krauss-Maffei-Wegmann ist in der Türkei aktiv und hat 2011 eine Tochterfirma in Istanbul eröffnet.

Dank der Türkei sind so die »politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«, wie die Rüstungsexportrichtlinien heißen, nicht mal das Papier wert, auf denen sie geschrieben stehen.

Ein weiterer Grund für das Doppelspiel ist sicherlich die Aufrechterhaltung des im März 2016 mit dem NATO-Partner geschlossenen »Flüchtlingsdeals«. Dazu meint Michael Thumann: »Das Flüchtlingsabkommen weist einen Weg, wie die EU in Zukunft mit der Türkei umgehen kann. Wenn es im Interesse beider Seiten ist, lassen sich mit Ankara Vereinbarungen schließen. Wer genau hinsieht, findet reichlich gemeinsame Interessen«. [10] Thumann erinnert daran, dass die NATO weder der Türkei noch Griechenland trotz mehrerer Militärputsche die Tür gewiesen hat und empfiehlt, »wegen Erdoğan nicht die Nerven zu verlieren«. Da über den »strategischen Wert« der Türkei viel publiziert wurde, wird darauf hier nicht näher eingegangen und auf die Endnote [11] verwiesen.

Interessenkollisionen

Diese und weitere Gründe, wie die Tatsache, dass über 6.000 deutsche Firmen in der Türkei produzieren und somit direkt vom türkischen Export profitieren, machen eine enge Zusammenarbeit mit einem Regime, »in dem dauerhaft und systematisch Oppositionelle gefoltert und Menschenrechte missachtet werden« möglich. Dennoch, darauf deuten die Spannungen hin, sind neben den vielen gemeinsamen Interessen auch Interessenkollisionen vorhanden.

Nachweislich sind das weder Menschenrechte und Folter noch Demokratie und Freiheiten. Es sind andere Gründe, und zwar – erstens – die Weigerung des AKP-Regimes, Teile ihrer Macht an die EU zu delegieren, also die Beschränkung der Souveränität zu akzeptieren. Mit dem extra für die Türkei erfundenen EU-Heranführungsprozess sollte das schrittweise erreicht werden, was aber daran scheiterte, dass die AKP diesen Prozess für ihre eigenen Ziele instrumentalisierte. Für die AKP gilt: Zollunion: Ja! Aber die Erfüllung der »Kopenhagener Kriterien«, besonders jene für Grundrechte und Freiheiten: Nein! Für das deutsche Kapital sind dagegen die supranationale Organisation und der EU-Binnenmarkt die wichtigsten Grundlagen, um die BRD zu einer globalen Ordnungsmacht formen zu können. Dies wird umso schwieriger, je weniger die EU-Peripherie kontrolliert werden kann und je mehr strategische Partner wie die Türkei eigene Ziele verfolgen.

Erdoğan beharrt auf der staatlichen Souveränität und versucht durch Neuorientierung strategische Optionen zu erhöhen. Deshalb sucht das Regime die Nähe der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), was in der BRD – zweitens – auf keine Gegenliebe stößt. Die Türkei ist seit 2012 so genannter »Dialogpartner« der SCO und hat wiederholt ihr Interesse an einer Vollmitgliedschaft, zuletzt im November 2016, bekundet. Angesichts dieser »türkischen Charmeoffensive« ermahnt zum Beispiel die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), dass »bei der EU und den USA die Alarmglocken schrillen« sollten. [12] Auch wenn die BAKS die Chancen für eine türkische SCO-Mitgliedschaft, aufgrund Chinas »Risikovermeidungsstrategie« als gering einschätzt, reicht selbst eine unverbindliche Interessenbekundung eines strategischen Partners aus, um für Nervosität zu sorgen. Im Arbeitspapier wird das so formuliert: »Mit Blick auf Pekings Position in der Sache ist es wahrscheinlich, dass die türkische Integration in die SCO vorerst nicht über den Beobachterstatus hinausgehen wird. Dennoch stellt die bloße Tatsache, dass Ankara mehr denn je entschlossen scheint, eine Vertiefung der Beziehungen zur SCO in Erwägung zu ziehen, eine beträchtliche Herausforderung für die bestehende europäische Sicherheitsarchitektur und die transatlantische Sicherheitszusammenarbeit dar«.

Als dritte Interessenkollision sind die Versuche der türkischen Führung zu nennen, ihre Rüstungsproduktion zu diversifizieren. Die Wiederannäherung an Russland scheint die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Während die »Syrien-Gespräche« in Astana, die von Russland, Iran und der Türkei organisiert werden und bei denen diese drei Länder sich als Garantiemächte eines Waffenstillstands präsentiert haben, von den westlichen Mächten mit Befremden verfolgt wurden, schafft die Türkei Tatsachen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Kauf einer chinesischen Lizenz für Luftverteidigungsraketen wurde Anfang 2017 bekannt, dass Türkei und Russland über den Erwerb der Baulizenz des »Mobilen Mehrkanal-Luftabwehrraketensystem S-400 Triumph« verhandeln. Entgegen deutscher Warnungen, dass weder die chinesischen noch die russischen Ra-

keten mit NATO-Standards kompatibel sind, machte Erdoğan deutlich, dass die Türkei zuerst für rund 4 Milliarden Dollar die S-400-Raketen kaufen und später diese selbst produzieren wolle, um ein vom Ausland unabhängiges Raketenschild zu errichten. Das ist in der Tat etwas, was die BRD alarmiert.

Eine vierte Kollision entsteht durch die Tatsache, dass die BRD die faschistoide Gülen-Bewegung protegiert. Während die AKP-Regierung die Gülen-Bewegung als »terroristische Organisation« einstuft und entsprechend verfolgt, sieht der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, keine Anzeichen dafür, dass diese Bewegung hinter dem gescheiterten Putschversuch stecke. Im Gegenteil, der BND-Chef erklärt öffentlich, dass die Gülen-Bewegung »weder islamistisch-extremistisch oder gar terroristisch« sei. Nach Ansicht von Kahl sei die Bewegung eine »zivile Vereinigung zur religiösen und säkularen Weiterbildung«. Diese absurde Behauptung hat nichts mit Naivität oder Unkenntnis zu tun, sondern ist ein »Wink mit dem Zaunpfahl« in Richtung AKP. Um die Lesbarkeit dieses Artikels nicht über zu strapazieren, soll hier der Hinweis auf ein Artikel genügen, indem das wahre Gesicht der Gülen-Bewegung offengelegt wird. [13]

Fazit

Das Konglomerat von gemeinsamen Interessen und Interessenkollisionen erschwert es für Außenstehende und weniger Informierte, die deutsch-türkischen Beziehungen einschätzen zu können. Linke in der BRD sollten sich von der pauschalen Vorstellung verabschieden, die Bundesregierung sei gewillt, dem antidemokratischen Treiben des AKP-Regimes Substantielles entgegenzusetzen. Die bisherige Praxis macht deutlich, dass die Türkei-Politik sich stets an geostrategischen Interessen orientiert. Das ist die Konstante seit Jahrzehnten, auf die die herrschenden Gruppen in der Türkei bauen können.

Die Tatsache, dass gegen 20 mutmaßliche türkische Spione Ermittlungen aufgenommen wurden, sollte nicht täuschen: Die geheimdienstliche, militärische und polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gedeiht weiterhin prächtig. Entgegen der öffentlichkeitswirksam zur Schau gestellten Empörung der Bundesregierung wegen der Ausspähung von Gülen-Anhängern, greifen bundesdeutsche Behörden bei repressiven Verfahren gegen kurdische und türkische Aktivist*innen gerne und unverblümt auf »geheimdienstliche Informationen« aus der Türkei zurück. Die Bundesregierung setzt die AKP-Politik gegen die linke Opposition in der BRD um. Was bei den Gülen-Leuten skandalisiert wird, wird bei Verfahren gegen kurdische und türkische Aktivist*innen von der Generalbundesanwaltschaft als Beweismittel verwertet. [14]

Daher ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung auch ein positives Ergebnis des Verfassungsreferendums als eine »demokratische Willensbildung einer befreundeten Nation« akzeptieren und weiterhin auf enge Kooperation mit dem AKP-Regime setzen wird. Ein Ausscheren der Türkei aus dem westlichen Bündnis würde einen immensen Machtverlust beziehungsweise einen Schlag gegen die geopolitischen Ambitionen als aufstrebende Weltmacht bedeuten. Beide Seiten wissen, dass die gemeinsamen Interessen langfristig überwiegen. Eine Diktatur an der südöstlichen Flanke Europas, die im Bund mit der BRD in der Region agiert und die politischen wie ökonomischen Erwartungen des deutschen Kapitals erfüllt, ist ein viel »besserer« Partner als ein demokratischer Staat, dessen Regierung sich an Frieden und sozialer Gerechtigkeit orientiert und die neoliberalen Diktate sowie imperialistischen Strategien hinterfragt – egal, ob daran Menschen zugrunde gehen oder nicht.

Auch wenn die Installation einer Autokratie bevorsteht und die Hegemonie des türkischen Konservatismus wie in Beton gegossen scheint, gibt es keinen Grund, die Flinte ins Korn zu werfen. Auch wenn die Opposition, vor allem linke und sozialistische Kräfte geschwächt sind, wird die Hoffnung für eine bessere Zukunft der Türkei bestehen, solange noch Menschen da sind, die für Frieden, Demokratie, Gleichberechtigung, Freiheiten und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Im Rahmen der »Nein-Kampagne« sind unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zusammengekommen, haben gelernt, zusammen zu kämpfen und sich füreinander einzusetzen. Die Herausforderung, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufzubauen, muss gemeistert werden. Jede »Nein«-Stimme ist die Stimme einer potentiellen Bündnispartner*in und wird die Hoffnung auf ein breiteres Bündnis nähren.

Linke Internationalist*innen sollten alle Demokrat*innen unterstützen, die sich gegen die AKP-Diktatur wenden und ihnen in ihrem Bemühen für eine bessere Zukunft beistehen. Hierfür müssen zuallererst im eigenen Lande die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden. Wer Erdoğan und Konsorten bekämpfen will, muss sich dem deutschen Kapital, vor allem den deutschen Rüstungskonzernen entgegenstellen.

[1] Errol Babacan, Der fingierte Putsch – Gottes Segen, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/07/der-fingierte-putsch-gottes-segen.html>

[2] Joachim Becker, Türkei: Verfassungsreferendum im Ausnahmezustand, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2017/03/turkei-verfassungsreferendum.html>

[3] Errol Babacan, Die Türkei: Abkehr des Westens, Diktatur und Staatskrise, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/11/die-turkei-abkehr-des-westens-diktatur.html>

[4] Sinan Birdal, Atlantiker, Eurasier, Nationalisten – turbulente Koalitionen der AKP, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2017/01/atlantiker-eurasier-nationalisten.html>

[5] Murat Çakır, Die neuen Stützen des AKP-Regimes, RLS-Standpunkte 23/2016, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_23-2016.pdf

[6] Süddeutsche Zeitung vom 9. März 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/regierungserklaerung-vor-eu-gipfel-klare-worte-in-gelegentlich-hysterischen-zeiten-1.3412026>

[7] Günter Seufert, Die Türkei wird Teil des Nahen Ostens, in: SWP Berlin, ›Krisenlandschaften‹ Ausblick 2017, Januar 2017, S. 39-42.

[8] <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/aussenwirtschaftsrecht-grundsaeetze.html>

[9] <https://www.nachrichtenexpress.com/2017/01/tuerkei-und-deutschland-kooperieren-im-ruestungssektor/>

[10] Michael Thumann, Abschied von Europa. Erdogans Politik zum Trotz: Ein Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch, in: Internationale Politik 2, März / April 2017, S. 71-75.

[11] Murat Çakır, »Noble Einsamkeit« und strategische Prioritäten – Über die vermeintlichen Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen, <http://murat-cakir.blogspot.de/2016/09/noble-einsamkeit-und-strategische.html>

[12] Jan Gaspers/Mikko Huotari/Thomas Eder, Kann die Türkei die Shanghai-Karte ausspielen?, in: Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr.: 6/2017.

[13] Nick Brauns/Murat Çakır, Die faschistoide Vorfelddorganisation. Über die Gülen-Bewegung und ihre Verstrickung in den gescheiterten Putschversuch in der Türkei, <http://murat-cakir.blogspot.de/2016/11/die-faschistoide-vorfelddorganisation.html>

[14] Nick Brauns, Deutsche Doppelmoral, in: Tageszeitung junge Welt vom 7. April 2017, <https://www.jungewelt.de/artikel/308591.deutsche-doppelmoral.html>

Verfassungsreferendum in der Türkei – Pyrrhussieg Erdoğan's?

Eine vorläufige Wahlnachtanalyse
18. April 2017

Staatspräsident Erdoğan scheint am Ziel angekommen zu sein. Mit 51,37 Prozent der gültigen Stimmen konnte er das Verfassungsreferendum am 16. April 2017 für sich entscheiden. Die Opposition unterlag mit 48,63 Prozent. Das sind vorläufige Zahlen, die von der Hohen Wahlkommission (YSK) genannt werden.

Das knappe Ergebnis wird sehr umstritten bleiben und in den nächsten Tagen uns weiter beschäftigen. Festzuhalten ist: Sowohl die Wahlbedingungen als auch das Ergebnis des Referendums sind nicht demokratisch legitimiert. [1] Noch während der laufenden Wahl hat die YSK auf Antrag eines AKP-Mitglieds einen Akt der Rechtsbeugung vorgenommen, indem sie Stimmzettel, die in ungestempelten Umschlägen vorlagen, zur Auszählung freigegeben hat. Das geltende Wahlgesetz schreibt vor, dass Stimmzettel nur in von Wahlvorständen der jeweiligen Wahllokale abgestempelten Umschlägen abgegeben werden dürfen. Damit soll sichergestellt werden, dass keine anderen als an den Wahlurnen ausgegebene Wahlunterlagen benutzt werden können. Wenn man bedenkt, dass zwischen den »Ja«- und »Nein«-Stimmen nur ein Unterschied von rund 1,3 Millionen Stimmen besteht und – nach Angaben von Oppositionsparteien und Wahlbeobachtern – 2,5 Millionen Stimmen (rund 5 Prozent aller Stimmen) in ungestempelten Wahlumschlägen als »gültig« anerkannt wurden, sind Aussagen über mögliche Wahlfälschungen sehr ernst zu nehmen. Bei dem sehr knappen Ergebnis könnten diese Stimmen ausschlaggebend gewesen sein.

Es ist nachträglich wohl nicht mehr feststellbar, wie viele solche Stimmzettel für gültig befunden wurden, da die vorgeschriebene Prozedur – eine Aussortierung ungestempelter Unterlagen – nicht eingehalten wurde und eine nachträgliche Stempelung stattgefunden haben könnte. Insofern ist von einer Neuauszählung keine Aufklärung zu erwarten. Eine Wiederholung der Wahl ist geboten. Vertreter der CHP und HDP haben zwar erklärt, dass sie das Ergebnis anfechten werden. Dass sie damit Erfolg haben werden, ist zweifelhaft, da der Einspruch bei der Behörde eingelegt wird, von der der Bruch des Wahlgesetzes ausgeht.

Zahlen und Fakten

Die Wahlbeteiligung von 84,7 Prozent ist hoch. Von rund 58,4 Millionen Wahlberechtigten haben rund 49,4 Millionen ihre Stimme abgegeben. Mit »Ja« haben 25.157.025 Personen (51,4 Prozent) und mit »Nein« haben 23.777.091 (48,6 Prozent) abgestimmt. Mit einer Mehrheit von rund 1,3 Millionen Stimmen (2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen) wurde die Verfassungsänderung angenommen.

Wie sind diese Zahlen zu interpretieren? Es ist zu konstatieren, dass das Erdoğan-Lager trotz Ausnahmezustand und massiver Behinderung der Opposition an Zustimmung verloren hat. So betrug der Stimmenanteil der AKP und der MHP bei den Parlamentswahlen am 1. November 2015 zusammen 61,4 Prozent, während die CHP und die HDP 36,1 Prozent holen konnten. Obwohl die AKP neben der neofaschistischen MHP auch von der ultra-nationalistischen BBP und der islamistisch-kurdisch-nationalistischen HÜDA-PAR unterstützt wurde, sowie den gesamten Staatsapparat zu ihren Gunsten eingesetzt hat, ist es nicht gelungen, die Wähler*innen aus den vergangenen Wahlen zu mobilisieren.

Erstmals hat das Regierungslager in den Ballungsräumen Istanbul und Ankara ihre Mehrheit verloren. In den kurdischen Gebieten, insbesondere in den Städten, die in den letzten Monaten durch militärische Gewalt zerstört wurden, zeigt der hohe Anteil der »Nein«-Stimmen, dass die kurdischen Wähler*innen der Autokratie eine klare Absage erteilt haben. Demgegenüber hat die mittelanatolische Bevölkerung deutlich mit »Ja« gestimmt. Es existiert ein harter sunnitisch-konservativer Kern in der Mitte des Landes, der sich zu den Rändern hin auflöst. Womit der Schwund an

Stimmen für das Regierungslager in den Metropolen zusammenhängt, kann so kurz nach der Wahl nicht beantwortet werden. Feststellungen, wonach die Spaltungslinien zwischen gebildeten und bildungsfernen Bürger*innen sowie zwischen Industrie- und Dienstleistungsstandorten und ländlichen Gebieten verlaufen, müssen spekulativ bleiben. Jedenfalls wurde in 17 von 30 Großstädten mehrheitlich mit »Nein« gestimmt. Hier einige Beispiele:

Stadt	»Ja«-Stimmen	»Nein«-Stimmen
İstanbul	(48,6 %) 4.479.337	(51,4 %) 4.728.277
Ankara	(48,8 %) 1.668.565	(51,2 %) 1.747.132
İzmir	(31,2 %) 870.658	(68,8 %) 1.919.745
Antalya	(40,9 %) 574.421	(59,1 %) 829.415
Adana	(41,8 %) 535.714	(58,2 %) 745.494
Mersin	(36 %) 387.611	(64 %) 689.748
Diyarbakır	(32,4 %) 251.733	(67,6 %) 525.089
Tekirdağ	(38,9 %) 242.247	(61,1 %) 380.348

Das Wahlverhalten von kurdischen Wähler*innen sowie der im Ausland lebenden Staatsbürger*innen sorgt unmittelbar nach der Wahl für Diskussionen. Haben sie den Ausschlag für das (anfechtbare) Ja gegeben? Voreilige Schlüsse sollten vermieden werden. Erstens sind von den insgesamt 2.957.870 Wahlberechtigten im Ausland nur 1.406.573 gültige Stimmen abgegeben worden. Das entspricht rund 2,8 Prozent der gesamten abgegebenen Stimmen. 831.208 haben mit »Ja« abgestimmt, was rund 3,3 Prozent der gesamten »Ja«-Stimmen entspricht und 575.365 haben mit »Nein« abgestimmt, was rund 2,4 Prozent der gesamten »Nein«-Stimmen ausmacht. Der Anteil der Ja-Stimmen ist zwar höher als im Inland, jedoch nicht so hoch, dass hieraus ein entscheidender Einfluss abgeleitet werden kann. Zweitens ist festzuhalten, dass die Stimmen aus den teils oder mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten insgesamt knapp 13 Prozent der gesamten abgegebenen Stimmen ausmachen. Die »Ja«-Stimmen aus diesen Gebieten machen insgesamt 14 Prozent der gesamten »Ja«-Stimmen aus. Die »Nein«-Stimmen entsprechen 12 Prozent der gesamten »Nein«-Stimmen. Trotz Zerstörungen, Ausgangssperren und Kolonialpraktiken hat die HDP ihre Hochburgen weitgehend verteidigen können. Leichte Stimmenverschiebungen sind zwar erklärungsbedürftig, aber nicht ausschlaggebend. Zudem soll die Mehrzahl der für gültig erklärten ungestempelten Wahlumschläge aus den kurdischen Gebieten stammen. [2]

Stadt	»Ja«-Stimmen	»Nein«-Stimmen
Gaziantep	603.954	363.136
Şanlıurfa	599.073	246.835
Adıyaman	230.176	99.781
Malatya	323.638	141.539
Elazığ	240.774	94.820
Tunceli	9.859	40.478
Bingöl	95.987	36.273
Muş	87.314	85.370
Ağrı	87.257	115.271
Diyarbakır	251.733	525.089
Mardin	149.733	215.653
Batman	96.139	168.376
Siirt	68.121	74.365

Şırnak	58.607	146.482
Van	193.584	259.575
Hakkari	41.104	85.689
Gesamt	3.507.053	2.845.097

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die YSK, indem sie eine unbekannte Anzahl an nach Gesetz ungültigen Stimmen kurzerhand für gültig erklärt hat, nicht nur die Legitimität der Wahlen unterhöhlt hat. Sie hat bei dem sehr knappen Ergebnis es auch verunmöglicht, das Wahlverhalten einzelner Gruppen in ein aussagekräftiges Verhältnis zum Endergebnis zu setzen.

Pyrrhussieg? – Gewählt ist gewählt

Aufgrund der Tatsache, dass die Hälfte der Bevölkerung das Präsidialsystem abgelehnt hat und Erdoğan keine klare Zustimmung erhalten konnte, sprechen einige Kommentatoren von einem »Pyrrhussieg« Erdoğan. Es ist schon zutreffend, dass ein solch knappes Ergebnis es schwieriger für Erdoğan machen wird, die Koalitionen im Staatsapparat aufrechtzuerhalten.

Doch das bedeutet nicht, dass Erdoğan und die AKP nicht in der Lage sein werden, auch diese Situation zu überstehen. Erdoğan hat längst den Sieg verkündet und ein neues Referendum über die Einführung der Todesstrafe in Aussicht gestellt. Er wird weiter polarisieren und alle Möglichkeiten für die Sicherung der Machtverhältnisse nutzen.

Die Regierung hat bereits den Ausnahmezustand verlängert. Die Erfahrungen aus den 15 Regierungsjahren der AKP zeigen, dass die Partei sehr flexibel agieren und auf Rückschläge mit Strategieänderungen reagieren kann. So war sie in der Lage, den gescheiterten Putschversuch für die Konsolidierung ihrer Macht auszunutzen und die Absicherungserwartungen ihrer nationalistischen Koalitionspartner in der Staatsbürokratie zugunsten des Präsidialsystems zu instrumentalisieren.

Insofern wäre es viel zu verfrüht, das Ergebnis des Referendums als ein »Pyrrhussieg« zu bezeichnen. Auch wenn das Ergebnis knapp und höchst umstritten ist: Gewählt ist gewählt! Die de facto Autokratie ist jetzt verfassungsrechtlich verankert. Als Regierungs- und zukünftiger Parteichef wird Erdoğan ein Rollback nicht zulassen. Jetzt beginnt eine Phase von Gesetzänderungen. Viele Gesetze müssen den veränderten Verfassungsartikeln angepasst werden. Die Erklärungen Erdoğan und seiner Parteifreunde machen deutlich: Jetzt beginnen die dunklen Monate, gar Jahre einer neuen Willkürherrschaft.

Und die Opposition?

Die Frage ist, was macht die Opposition? Wird sie den Übergang begleiten oder das Wahlergebnis, das unter antidemokratischen Umständen zustande gekommen ist und mit dem gleichzeitig offengelegt wurde, dass die Unterstützung für das Regierungslager geschrumpft ist, konsequent anfechten? Selbst wenn die CHP sich entschließen würde, das Ergebnis des Referendums nicht zu akzeptieren, wird sie, solange sie ihre Anhänger*innen nicht auf die Straße mobilisiert und nur mit juristischen Mitteln »Widerstand« leistet, die Installation des autokratischen Präsidialsystems nicht verhindern können. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, dass die CHP mit parteiinternen Machtkämpfen beschäftigt sein wird. Proteste und Rücktrittsforderungen nach der Pressekonferenz des CHP-Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu in der Parteizentrale deuten auf eine schwere Auseinandersetzung.

Das Einzige, was eine Ära der Willkürherrschaft verhindern könnte, wäre der Widerstand einer breiten gesellschaftlichen Opposition. Das knappe Ergebnis könnte als eine Chance für den Aufbau einer breiteren Front gesehen werden. Die Tatsache, dass tausende Menschen in den Großstädten trotz der weitverbreiteten Angst vor Terroranschlägen und Polizeigewalt gegen die Rechtsbeugung der YSK protestierten, weist auf ein Potential hin. Doch muss dieses Potential aktiviert und mit einer Strategie unterlegt werden, damit es nicht im Sande verläuft. Die oppositionellen Kräfte konnten bis jetzt keine solche Strategien aufweisen, mit denen sie die Krisenhaftigkeit des Regimes, die sich bei den Gezi-Protesten, der verlorenen Wahl vom 7. Juni 2015 aber auch dem

Putschversuch 2016 einstellte, vertiefen konnten. Während des Wahlkampfes konzentrierten sich alle Kräfte auf ein »Nein«, ohne eine Perspektive für die Zeit nach dem Referendum aufzuweisen. Angesichts dessen, dass vor dem Referendum massenhaft über Wahlmanipulationen spekuliert wurde, überrascht die Unentschlossenheit der Opposition jetzt, wo ein Gesetzesbruch vorliegt.

Sicherlich ist es nicht einfach, in einer Konstellation, in der keine einheitliche »Nein«-Front existiert, sich auf eine gemeinsame Strategie und Perspektiven zu verständigen. Das »Nein«-Lager bestand auf dem einen Pol aus Kemalisten und (säkularen) Ultra-Nationalisten, auf dem anderen Pol standen links-sozialistische Kräfte sowie die kurdische Befreiungsbewegung. Dazwischen standen andere säkulare und demokratische Kräfte, auch Konservative, die von dem Präsidialsystem nicht überzeugt sind. Dies ist eine Sammlung von Kräften, die sich traditionell gegenseitig bekämpfen. Die Frage ist, ob der kleinste gemeinsame Nenner dieser Sammlung – inzwischen ist das nicht mehr der Erhalt, sondern die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie – ausreicht, um Feindschaften zu überwinden.

Eine taktische Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gruppen, die das »Nein«-Lager bildeten, erscheint als einzige realistische Option, aus der dünnen Mehrheit für das Regime eine Krise zu erzeugen und schrittweise Konzessionen zu erzwingen. Einer zersplitterten Opposition wird es aber nicht gelingen, selbst einem angeschlagenen Erdoğan die Stirn zu bieten, zumal der Weg einer Eskalation der Gewalt durch das Regime jederzeit offensteht.

Die handzahme Pressekonferenz des CHP-Vorsitzenden Kılıçdaroğlu nach der umstrittenen Wahlentscheidung der YSK lässt befürchten, dass von der größten Oppositionspartei CHP keine positiven Impulse für eine gemeinsame Strategie ausgehen werden. Die Frage, warum diejenigen Kräfte innerhalb der CHP, die mit der Linie der Parteiführung schon lange unzufrieden sind, keine Initiative ergreifen, steht im Raum. Auch die Abtrünnigen der MHP scheinen sich untereinander nicht einig zu sein, so dass zu erwarten ist, dass sie keine Alternative zur Linie der MHP-Führung bilden können, die mit der AKP paktiert.

So bleibt es den zahlenmäßig schwächsten Gliedern im Nein-Lager – den linken Kräften der Türkei – und der kurdischen Befreiungsbewegung überlassen, das Potential zu nutzen. Die linken und demokratischen Kräfte in der Türkei und in Kurdistan werden auf die internationalistische Solidarität aus Europa mehr denn je angewiesen sein. Nach dem Referendum wird es besonders wichtig sein, gegenüber dem bürgerlichen Lager im eigenen Land darauf zu bestehen, dass dieses Regime sowohl diktatorisch ist als auch nicht mehr durch demokratische Wahlen legitimiert werden kann.

[1] Murat Çakır, Vor dem Verfassungsreferendum: Erdoğan's »totaler Krieg« und das deutsche Kapital, in: Infobrief Türkei.

[2] <http://t24.com.tr/haber/akamin-sahibi-en-cok-muhursuz-oy-dogu-ve-guneydoguda-tamamindan-evet-ciktigi-bilgisi-var,399560>

Widerstand statt Scheindebatten

28. April 2017

Mittels massiver Wahlmanipulation konnte das AKP-Regime das Verfassungsreferendum am 16. April 2017 für sich entscheiden. Dennoch: das Regime hat trotz Ausnahmezustand, Behinderung der Opposition und dem Einsatz des gesamten Staatsapparates es nicht bewerkstelligen können, eine Mehrheit für die Errichtung einer Präsidialdiktatur zu mobilisieren. Übrigens, es ist seit dem Militärputsch von 1980 das erste Mal, dass es den türkischen Rechten nicht gelingen konnte, eine Mehrheit für ein gemeinsames Projekt zu generieren.

Oppositionelle Kräfte pochen darauf, dass die Verfassungsänderung mehrheitlich abgelehnt worden ist und fordern die Annullierung der Abstimmung. Doch die Tatsache, dass die Hohe Wahlkommission (YSK) unlängst diese Forderungen abgelehnt hat, zeigt, dass es ein aussichtsloses Unterfangen war, Einspruch gerade bei der Behörde einzulegen, von der der Gesetzesbruch ausgegangen ist. Auch wenn das Ergebnis durch Manipulationen hergestellt wurde, wird es für das Regime ausreichen, die Präsidialdiktatur verfassungsrechtlich zu verankern und es scheint auch gewillt zu sein, ggf. eine faschistische Ära einzuleiten.

Etwaige Debatten über den EU-Beitritt der Türkei bzw. Ausschluss aus der NATO, wie sie teilweise auch von den reformistischen Kräften in Europa geführt werden, sind in dieser Situation fehl am Platze. Zumal dadurch die EU und das Kriegsbündnis NATO durch die Hintertür eine Legitimation erhalten. Genauso ist es fatal, wenn einige Linke sich an der Scheindebatte über das Wahlverhalten der türkeistämmigen Migrant*innen in der BRD beteiligen. Weder kann diese Scheindebatte über das Wahlverhalten einer konservativen Minderheit unter den türkeistämmigen Migrant*innen, die im Übrigen als privilegierte Dialogpartner von Bundesregierungen im Verbund mit dem türkischen Staat mit aufgebaut wurde, etwas aussagen, noch können Linke mit Wahlanalysen der bürgerlichen Medien die Normalisierung einer manipulierten Abstimmung verhindern.

Auch die Reaktionen über die Absicht Erdoğan's, ein Referendum für die Einführung der Todesstrafe durchführen zu wollen, führen in die irre. Erklärungen, dass die Einführung der Todesstrafe die letzte »rote Linie« für die EU sei, dienen nur dazu, notwendige Konsequenzen gegen das Regime in eine unbestimmte Zukunft zu verschieben. Machen wir uns nichts vor: gerade der deutsche Imperialismus hat dem AKP-Regime bis heute den Rücken gestärkt und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass eine Bundesregierung davon Abstand nehmen würde. Es ist eher davon auszugehen, dass sämtliche europäische Regierungen der Errichtung einer Präsidialdiktatur in der Türkei nichts entgegenzusetzen werden.

Gerade deshalb ist es umso notwendiger, die Opposition in der Türkei und in Kurdistan zu unterstützen. Mehrere tausend Protestierende auf den Straßen der Türkei, aber auch Millionen Menschen, die sich aus Angst vor Terroranschlägen oder Polizeigewalt nicht auf die Straße trauen, erwarten klare Reaktionen von den gesellschaftlichen und politischen Linken in Europa. Zumal die Situation der Opposition im Land besonders problematisch ist.

Leider ist es noch nicht ganz klar, ob die Opposition den Übergang zur Präsidialdiktatur nur begleiten oder deren Errichtung konsequent bekämpfen wird. Die größte Oppositionspartei, die kemalistische CHP hat wieder unter Beweis gestellt, dass sie als handzahme und staatstragende bürgerliche Partei nicht fähig und willens ist, die Gegenwehr zu organisieren. Auch wenn einige CHP-Abgeordnete sowie linkssozialistische und kommunistische Kräfte sich bemühen, die CHP dazu zu bewegen, die Straße zu mobilisieren, zeigen die Reaktionen der CHP-Führung, dass von ihr keine positiven Impulse ausgehen werden. Im Gegenteil: es ist eher zu erwarten, dass die CHP-Führung versuchen wird, den Protest zu beschwichtigen und ins Abseits zu lenken.

So bleibt es den zahlenmäßig schwächsten Gliedern der Opposition – den linken Kräften der Türkei – und der kurdischen Befreiungsbewegung überlassen, das Protestpotential zu aktivieren. Im-

merhin gelang es ihnen, selbst unter den widrigen Umständen den gemeinsamen Kampf gegen das »Ja«-Lager mit zu organisieren. Zwar weist die verbotene KPdT (TKP) Zu Recht darauf hin, dass »alle revolutionären und demokratischen Kräfte das Trennende beiseiteschieben und sich im entschiedenen Widerstand gegen das Palast-Regime der AKP vereinigen müssen«, aber der Opposition bleibt nur ein begrenztes Zeitfenster für das Erreichen des Ziels, die Annullierung des Referendums durchzusetzen.

Eben deshalb sind die linken und demokratischen Kräfte in der Türkei und in Kurdistan mehr denn je auf die internationalistische Solidarität aus Europa angewiesen. Der Zeitpunkt ist günstig: die Diktatur hat keine Mehrheit und ist nicht durch Wahlen legitimiert. Zu verhindern, dass trotzdem die bürgerlichen Regierungen in Europa sie anerkennen, ist die Aufgabe der Linken in Europa. In Europa und in der BRD sind wir gehalten auf die Straße zu mobilisieren, um das Arrangement der bürgerlichen Regierungen mit der AKP-Diktatur zu verhindern und den Rücken der Opposition zu stärken.

Wenn das Kapital seine Zähne zeigt...

Über vermeintliche Änderung der Türkei-Politik der Bundesregierung
21. Juli 2017

In den über 150-jährigen deutsch-türkischen Beziehungen war die enge Kooperation zwischen den herrschenden Klassen in beiden Ländern eine Konstante. Selbst der verlorene Weltkrieg, der deutsche Faschismus oder die zahlreichen Interventionen der türkischen Militärs konnten dieser engen Kooperation nichts anhaben. Für die Bundesregierungen war das Festhalten an der »deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft« und die Unterstützung aller bisherigen türkischer Regierungen, stets eine strategische Imperative. Und unter dem Protektorat der BRD konnten türkische Regierungen ihre Politiken umsetzen.

Doch die aktuellen Entwicklungen zeigen deutliche Risse in dieser »Brüderschaft«. Es stellt sich die Frage, ob die graduelle Korrektur des bisherigen Kurses der Bundesregierung eine Veränderung an der historischen Konstante zur Folge haben wird. Ohne Frage, die Beziehungen sind bis zum Äußersten gespannt und die Bundesregierung scheint, trotz der anstehenden Bundestagswahlen in seltener Eintracht gewillt zu sein, alle außenpolitischen Instrumente einsetzen zu wollen. Wie geht es nun weiter? Ist die strategische Partnerschaft nun am Ende? Können wir, wie liberale Geister es erhoffen, erwarten, dass die Bundesregierung und damit die EU den Druck auf dem AKP-Regime für die Wiederherstellung des parlamentarischen Systems erhöhen? Nicht zuletzt, worum geht es der Bundesregierung: um die Demokratie in der Türkei?

Was ist?

Um diese Fragen beantworten zu können, sollten wir uns zuerst die neuesten Schritte der Bundesregierung anschauen. Zwar deuten diese eher auf eine Symbolpolitik, haben aber durchaus materielle Auswirkungen, die das AKP-Regime arg ins Bedrängnis bringen werden. So könnte z.B. der verschärfte Reisehinweis des Auswärtigen Amtes als ein de facto Tourismus-Boycott verstanden werden. Dieser Hinweis wird aufgrund des damit verbundenen erhöhten Ausfallrisikos für deutsche Reiseunternehmen, für einen Rückgang der Zahl von deutschen Türkei-Touristen und damit Deviseneinnahmen sorgen. Da die Türkei die Verluste aus dem Tourismusgeschäft mit europäischen Tourist*innen nicht über russische bzw. arabische Tourist*innen kompensieren kann, wird sie empfindliche Verluste hinnehmen müssen.

Aber viel empfindlicher wird das AKP-Regime von der Investitionszurückhaltung deutscher Konzerne getroffen werden. Laut Aussage des Außenhandelschefs der DIHK haben BRD-Unternehmen viele Direktinvestitionen vertagt. Seit dem gescheiterten Putschversuch im letzten Jahr und der Verhängung des Ausnahmezustandes mit ihrer Enteignungspraxis sowie der entstandenen Rechtsunsicherheit sitzen mehr als 6.000 BRD-Unternehmen in der Türkei auf heißen Kohlen. Eine mögliche Einschränkung der Kreditabsicherungen und Garantien für Investitionen würde ihre Zurückhaltung erhöhen. Wenn man bedenkt, dass die BRD-Unternehmen in den wichtigsten Wirtschaftssektoren der Türkei, wie Kfz, Maschinenbau, Textil, Chemie, Pharmaka etc. tätig sind und zehntausende Arbeiter*innen beschäftigen, können die Auswirkungen eines Investitionsrückgangs erahnt werden.

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind ohnehin belastet, das deutsche Exportvolumen in die Türkei liegt zwar bei rund 20 Milliarden Euro, zeigt aber deutliche Abwärtstrends. Die DIHK geht davon aus, dass das Exportvolumen in diesem Jahr um 10 Prozent schrumpfen wird. In einer solchen Situation haben Diskussionen über mögliche Einschränkungen der Zollunion, was ja für die Türkei die ökonomische Achillesferse bildet, für BRD-Unternehmen abschreckende Auswirkungen. Informierte, so auch deutsche wie türkische Regierungen wissen, dass nicht der etwaige Stopp der EU-Beitrittsgespräche, sondern Einschränkungen der EU-Zollunion verheerende Folgen für die türkische Wirtschaft haben werden.

Noch sind die ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung symbolischer Natur. Aber das deutsche Kapital hat längst seine Zähne gezeigt. Ob weitergehende Schritte folgen werden, ist jedoch höchst zweifelhaft. Denn die Türkei hat mit ihrer geostrategisch einzigartigen Lage sowohl für das deutsche Kapital, als auch für die Bundesregierung, die das Ziel der »Weltmachtwerdung« verfolgt, einen unschätzbaren Wert. Und die Reaktionen des AKP-Regimes zeigen, dass das »Zähne zeigen« längst seine Wirkung entfaltet hat.

Was wird?

Das AKP-Regime ist wieder einmal einer Fehleinschätzung unterlegen und dabei, zurück zu rudern. Aber das Regime hat auch gelernt, die EU-Beitrittsgespräche und die deutsch-türkischen Beziehungen zu instrumentalisieren. Der Flüchtlingsdeal, die Beitrittsgespräche, die günstige Lage des Landes und dessen Rolle bei der sog. »Energiediversifizierung« der EU sowie die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten werden so zu Hebelwirkungen für die Durchsetzung von Forderungen gegenüber europäischen Partnern. Das Regime war sich sicher, dass die Bundesregierung gegenüber der Verhaftung deutscher Staatsangehörige, der quasi Verunmöglichmachung von konsularischen Hilfen an die Verhafteten und allgemein ihrer autoritären Politik eher zurückhaltend und beschwichtigend handeln würde, was sie ja auch praktiziert hat. Fehleinschätzung des AKP-Regimes war es aber, dass die Bundesregierung der »Terrorlistung« von BRD-Unternehmen und damit dem Enteignungsrisiko von deutschem Kapital genauso reagieren würde.

Nun hat die Bundesregierung der AKP ihre Grenzen aufgezeigt – in der Sprache, die sie versteht. Weitergehende Maßnahmen, oder gar Abbruch der Beziehungen sind nicht zu erwarten. Zu erwarten ist aber, dass das AKP-Regime ihrem autoritären und aggressiven Kurs folgen wird. Mehr noch; heute ist die Gefahr einer offenen faschistischen Diktatur größer als denn je. Denn für das AKP-Regime – die, wie im Referendum deutlich wurde, an gesellschaftlicher Unterstützung verliert – ist die Machterhaltung nur auf diesem Wege möglich. Die Wiederherstellung des parlamentarischen Systems und der Gewaltenteilung wird unter der Präsidentschaft von Erdogan auf friedlichem Wege nicht möglich sein. Die Türkei ist längst ein Unrechtsstaat geworden und in Anbetracht der Gleichschaltung des Justizapparates kann konstatiert werden, dass ein demokratischer Machtwechsel kaum möglich ist. Und solange Erdogan und seine Regierung dazu lernen, die wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Westens nicht anzutasten, solange werden sich sicher sein können, dass weder die »Demokratien« Europas noch andere strategische Partner mit einer faschistischen Diktatur in der Türkei ein Problem haben werden. Die bisherige Praxis der engen europäischen Zusammenarbeit mit Despoten und Diktaturen werden Erdogan und das Regime nur ermutigen, ihren Kurs beizubehalten.

Es ist der Türkei zu wünschen, dass die einzig wahre demokratische Opposition aus den Linken der Türkei und der kurdischen Befreiungsbewegung die Herausforderung meistern kann, ein breit aufgestelltes gesellschaftliches Oppositionsbündnis aufzubauen und entgegen der Erwartung des Autors, es bewerkstelligen können, einen demokratischen Wechsel herbeizuführen.

Veränderung der »Türkei-Politik« oder graduelle Korrektur?

28. Juli 2017

Die unselige »Waffenbrüderschaft« der herrschenden Klassen in der BRD und der Türkei scheint heute Risse bekommen zu haben. Während des Wahlkampfes deuteten Aussagen der Regierungs- und Oppositionsparteien darauf, dass ein Konfrontationskurs gegen die Türkei anstehen würde. Sowohl die Kanzlerin als auch deren Herausforderer Schulz waren einhellig der Meinung, dem Lieblingsfeindbild deutscher Politik, Erdogan eine »klare Kante« zu zeigen. Immerhin gab das AKP-Palast-Regime genügend Anlass für empörende Positionierungen aus der BRD und der EU. In seltener Eintracht stellten Regierungs- und Oppositionsparteien diverse Forderung auf. Die Zollunion solle aufs Eis gelegt und die Hermes-Bürgschaften sollten gekündigt werden, die EU solle Beitrittsverhandlungen abbrechen, die Vorbeitrittszahlungen einstellen.

Während der damalige Außenminister »für die Neuausrichtung der Türkei-Politik« warb und mit seinen »europäischen Kollegen sprechen wolle, wie man mit Vorbeitritts-hilfen der EU für die Türkei umgehen soll«, wollten Anderem z.T. auch linke Politiker*innen, die Türkei »aus der NATO werfen« - was gerade für linke Politik einen faden Beigeschmack hat, weil damit die NATO eine ungerechtfertigte Legitimierung erlangt. Auch bürgerliche Medien pflegten das Lieblingsfeindbild und betrieben lustvoll ihr »Erdogan-Bashing«, forderten »verschärfte Reise- und Sicherheitshinweise«. Dennoch wurden Regierungssprecher*innen nicht müde, die Feststellung der Kanzlerin aus ihrer Regierungserklärung vom Ende April 2017 bei jeder Gelegenheit zu wiederholen: »Die Türkei ist und bleibt NATO-Mitglied und in Vielen ein wichtiger Partner. Eine völlige Abwendung der Türkei von Europa, aber auch Europas von der Türkei liegt weder im deutschen noch im europäischen Interesse«.

Merkel wies damit auf die 150 Jahre währende enge Kooperation hin, die vor, während und nach den beiden Weltkriegen eine Konstante der deutsch-türkischen Beziehungen war. In der Tat, diese enge Kooperation war für alle deutschen und bundesdeutschen Regierungen eine strategische Imperative, mit der die »strategischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen Deutschlands« gewahrt werden sollten. Wie kam es dann dazu, dass nun die »Türkei-Politik neuausgerichtet« und der türkischen Regierung »klare Kante« gezeigt werden soll? Es stellt sich die Frage, woher dieser Sinneswandel kommt. Sind die herrschenden Klassen und deren politische Vertreter in der BRD wirklich um die Demokratie in der Türkei besorgt? Geht es ihnen um die Menschenrechte, um Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte, gar um die inhaftierten deutschen Journalist*innen? Sind sie gewillt, für die Wiederherstellung des parlamentarischen Systems und demokratischer Verhältnisse in der Türkei alle außenpolitischen Instrumente zu nutzen, von denen immer wieder die Rede ist? Oder war das alles nur Wahlkampfgetöse, nur Phrasen, deren Halbwertszeit längst am 24. September 2017 abgelaufen ist?

Die Realität und die ökonomischen Sachzwänge

... sprechen für sich: Über 6.800 bundesdeutsche Unternehmen sind in der Türkei aktiv, die zudem ein wichtiger Absatzmarkt für den deutschen Export ist. So betrug z.B. alleine in 2016 das Exportvolumen in die Türkei rund 22 Milliarden Euro, während der türkische Export in die BRD 14 Milliarden Euro nicht überstieg. Für die Automobilkonzerne ist die Türkei einer der Schlüsselmärkte, die auf einer Stufe mit Russland und Italien steht. VW lieferte in 2016 rund 174.000 Fahrzeuge in die Türkei. MAN produziert seit 1966 Stadtbusse in der Nähe von Ankara. Siemens beschäftigt ca. 3.000 Mitarbeiter*innen in ihren türkischen Niederlassungen und konnte Anfang August 2017 einen Milliardenauftrag an Land ziehen. Gemeinsam mit ihrem türkischen Partner wird Siemens Anlage für Windenergie bauen. Die Traditionsfirma Bosch hat 16.500 Mitarbeiter*innen in der Türkei und investiert seit 1910 kräftig im Land. Das Textilunternehmen Hugo Boss unterhält ihr größtes Werk mit 3.777 Beschäftigten in Izmir. Daimler produziert seit 30 Jahren in Aksaray

LKWs und Busse für das Auslandsgeschäft. Während Medienunternehmen wie Axel Springer Unternehmensbeteiligungen haben, baut die Allianz ihre Geschäfte aus – laut Handelsblatt ist die Türkei durch das Unfall- und Lebensversicherungsgeschäft ein »Milliarden Anker«. E-On ist mit der Sabanci Holding zur Hälfte an eine Energieunternehmen beteiligt, der 2016 rund 3,4 Milliarden Euro erzielt hat. Fraport gehören 51 Prozent des drittgrößten Flughafens der Türkei in Antalya. Lufthansa und Turkish Airlines gehören je zur Hälfte der Urlaubsflieger SunExpress. BASF und Bayer sind mit verschiedenen Unternehmensbeteiligungen im Land vertreten. In allen Schlüsselbereichen der türkischen Wirtschaft dominieren deutsche Konzerne und halten einen großen Teil des türkischen Exports in die BRD in ihren Händen. Es sind vor allem deutsche Konzerne, die von den Hermes-Bürgschaften und weiteren Kreditabsicherungen profitieren.

Auch die Rüstungszusammenarbeit gedeiht prächtig. Rheinmetall liefert die 120 mm Glattrohrkanone für den Altay-Panzer, welcher unter koreanischer Lizenz gebaut wird, lässt ihr türkisches Tochterunternehmen gemeinsam mit dem staatlichen Rüstungskonzern MKEK Munition produzieren und wird in Kooperation mit dem türkischen BMC sowie dem malaysischen Rüstungskonzern Etika gepanzerte Fahrzeuge für Katar bauen. MTU Friedrichshafen liefert den Dieselmotor für den Altay-Panzer. Alleine in diesem Jahr hat die Bundesregierung 99 Genehmigungen für Rüstungsexporte erteilt (2016 waren es 158 Genehmigungen). Hauptsächlich werden Bomben, Torpedos, Flugkörper, Raketenabwehrsysteme für Marineschiffe, Marinespezialausrüstung, militärische Elektronik, militärische Luftfahrzeuge sowie ABC-Schutzausrüstung geliefert. Das wichtigste dabei: die deutschen Rüstungskonzerne können über den türkischen militärisch-industriellen Komplex, welches sie selbst mit aufgebaut haben, die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung umgehen.

Warum dieses Getöse?

Die o.g. Auflistung reicht alleine aus, um zu zeigen, dass eine Veränderung der bundesdeutschen Türkei-Politik zuallererst dem deutschen Kapital schaden würde. Insofern kann konstatiert werden, dass die angekündigte »Neuorientierung der Türkei-Politik« nur eine graduelle Kurskorrektur sein kann. Diese Feststellung schließt jedoch nicht aus, dass es Reibungen zwischen den herrschenden Klassen und Regierungen der beiden Länder geben kann. Reibungen aufgrund Interessenskonflikte sind Normalfall im Kapitalismus, denen die kapitalistische Konkurrenz unterliegt und die immer mit politischen Mitteln ausgetragen wird. Das ändert aber überhaupt nichts an der Tatsache, dass die langfristigen Interessen des deutschen Imperialismus und des AKP-Palast-Regimes als Interessenvertreterin der türkischen Bourgeoisie sich überlappen.

Daher unterliegen jene Kräfte, die auf den »Westen« bzw. auf »Deutschland« bauen, weil dort vermeintlich eine echte Demokratie existiert, einem liberalen Trugschluss. Es steht außer Frage: für den deutschen Imperialismus, die unter dem Dach der EU eine Weltordnungsmacht werden will, spielt die Türkei aufgrund ihrer strategisch wertvollen Lage bezüglich des freien Zugangs zu den Märkten und Energieressourcen des Nahen und Mittleren Ostens, der Kontrolle der Transportwege und der langfristigen strategischen Interessen des deutschen Kapitals eine Schlüsselrolle. Das AKP-Palast-Regime unter Erdogan baut auf diese Schlüsselrolle und ist sich der Unterstützung der herrschenden Klassen in der BRD sicher. Die Kriminalisierung kurdischer und linker Aktivist*innen, Betätigungs- und Organisationsverbote in der BRD sowie die weiterhin starke Zusammenarbeit der Geheimdienste sind nur einige der Tatsachen, die das Belegen.

»Neue Türkei« oder Restauration des Neoliberalismus?

Über liberale Trugschlüsse
4. Oktober 2017

In oppositionellen Kreisen der Türkei wird die Auffassung populärer, gegen den islamischen Faschismus der AKP müsse die laizistische Republik von 1923 verteidigt werden. In dieses Horn stößt auch ein kürzlich erschienener Artikel von Tarık Ziya Ekinici mit der Überschrift: »Die ›Neue Türkei‹ der AKP ist ein vorkapitalistisches Staatsprojekt« [1]. Darin heißt es, die AKP sei dabei, den Aufbau einer »Neuen Türkei« auf der Grundlage des sunnitischen Islam abzuschließen und die Türkei in ein »anachronistisches Abenteuer« zu stoßen.

Ekinici ist ein in liberalen und linken Kreisen angesehener Intellektueller. Sein Wort hat nicht nur Gewicht, es drückt auch einen liberalen Common Sense aus. Einige Entwicklungen, die wir in der Türkei beobachten können, lassen das Aufkommen eines Faschismus im Verbund mit einer reaktionären Ideologie durchaus als akute Gefahr erscheinen. Doch von einem Rückfall in vorkapitalistische Zeiten kann keine Rede sein. Dies ist ein Trugschluss, der auf falschen Annahmen basiert. Er verhindert, die aktuelle Entwicklung in ihrer gesamten Tragweite zu begreifen, und kann ins strategische Abseits führen.

»Alter Staat« liquidiert

Ekinici stellt fest, dass das kemalistische Regime nach dem Verfassungsreferendum vom 16. April 2017 »meisterlich liquidiert wurde«. Unter der Führung von Erdoğan werde ein neues Regime aufgebaut. Die AKP sei heute die einzige Partei, die in der Gesellschaft eine kulturelle und ideologische Hegemonie aufrechterhalten könne. Auf der Basis ihrer »Grundideologie« – dem sunnitischen Islam – sei sie bestrebt, »vorkapitalistische Institutionen« wiederzubeleben, so Ekinici mit Blick auf die Förderung religiöser Weltanschauungen im Erziehungs- und Bildungssystem sowie stärker werdende religiöse Gemeinschaften.

Ekinici warnt die Kemalisten, sie sollten nicht glauben, dass die AKP von ihrem Projekt ablasse, nur weil sie es nicht immerfort aggressiv und radikal – »revolutionär« – vorantreibe. Inzwischen werde eine »evolutionäre« Strategie verfolgt, womit Ekinici den schleichenden aber unablässig betriebenen reaktionären Wandel anspricht. Die »Neue Türkei« könne weder ein demokratischer noch ein laizistischer Rechtsstaat bleiben.

Ekinici betont ferner, dass die AKP in den ersten fünf Regierungsjahren einen konsequenten Kampf für die Erweiterung der demokratischen Grundrechte und Stärkung des Rechtsstaats geführt habe. Dabei habe sie bei der Bekämpfung von radikalen Elementen der Armee große öffentliche Unterstützung erhalten, die Armee zuerst von Kemalisten, dann aber von allen Gegnern des Projekts »Neue Türkei« gesäubert.

Besonders enttäuscht ist Ekinici von der Bourgeoisie. Obwohl die Lösung der kurdischen Frage und die Herstellung eines gesellschaftlichen Friedens, die Erweiterung von demokratischen Grundrechten und die Wiederherstellung eines echten Rechtsstaats mit ihren Klasseninteressen übereinstimmen, setze sich die Bourgeoisie nicht für diese Ziele ein. Dies komme einer Selbstverleugung gleich. Obwohl die Aufhebung des Ausnahmezustands in ihrem Interesse liege, halte sie gegenüber Erdoğan still. Das sei eine nicht zu entschuldigende Schwäche.

Aus den Zeilen spricht ein vom Großbürgertum enttäuschter kleinbürgerlicher Liberalismus. Doch die Enttäuschung führt Ekinici immerhin zu einer richtigen Agenda: »Wenn die politischen Parteien der Arbeiter*innenklasse, Gewerkschaften, die kurdische Befreiungsbewegung, Alevit*innen und andere diskriminierte Gruppen eine gemeinsame politische Bewegung gründen können, kann es verhindert werden, dass die Türkei in ein anachronistisches Abenteuer hineingezogen wird«.

Kapitalismus ist nicht Demokratie

Solange die liberalen Trugschlüsse fortbestehen, steht eine richtige Agenda immer in der Gefahr, korrumpiert oder auf Irrwege gelenkt zu werden. Dies kann der Fall sein, wenn demokratische Lippenbekenntnisse der Bourgeoisie als Ausdruck eines wahren Kerns gesehen werden, die politische Strategie an der Gewinnung der Bourgeoisie als natürliche, weil demokratische Verbündete ausgerichtet wird oder wenn auf den Westen gebaut wird, weil dort vermeintlich eine echte und mutige Bourgeoisie existiert, die immer für die Demokratie streitet.

Dies ist wohl der wichtigste Trugschluss der vom Liberalismus beeinflussten Linken in der Türkei: Die Auffassung, die Demokratie stimme mit den Klasseninteressen der Bourgeoisie überein. Die Entstehung von Bourgeoisie und Demokratie im Westen werden fälschlicherweise als deckungsgleich dargestellt. Auf der Grundlage dieser Annahme wird dann behauptet, in der Türkei sei das anders. Die Bourgeoisie stehe hier nicht für Demokratie, da sie vom Staat gegründet worden sei. Ihr habe eine eigenständige soziale Basis gefehlt, damit habe sie auch kein Selbstvertrauen entwickelt, sich gegen Autoritarismus aufzulehnen und die Demokratie zu verteidigen. Die türkische Bourgeoisie sei auch später niemals herrschend geworden, sie habe immer ein von der militärisch-zivilen Bürokratie abhängiges Dasein gefristet. Infolge der internalisierten Unterwerfung weigere sich die große Bourgeoisie noch heute, Klassenherrschaft auszuüben und der Türkei ihren demokratischen Stempel aufzudrücken.

Diese liberale Auslegung will nicht zur Kenntnis nehmen, dass das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie nicht kausal oder strukturell ist, sondern Konjunkturen unterliegt. Die bürgerliche Demokratie basiert auf einem instabilen Kompromissgleichgewicht zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Die Kämpfe der Arbeiter*innenklasse, die Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen und die Hegemoniebestrebungen der Bourgeoisie bestimmen die Funktionalität und das Niveau der bürgerlichen Demokratien.

Für die Festigung der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine bürgerliche Demokratie nicht zwingend. Die jüngere Geschichte ist voller Beispiele, wie bei der Wahrung herrschender Klasseninteressen die bürgerliche Demokratie entkernt wird, autokratische, sogar faschistische Diktaturen installiert werden. Der kapitalistische Entwicklungsprozess ist nicht gradlinig, verfolgt nicht überall die gleichen Wege und Etappen. Historische und materielle Bedingungen, die weltweite Konjunktur, Klassen- und Fraktionskämpfe beeinflussen sich gegenseitig und prägen in jedem Land den Entwicklungsprozess unterschiedlich.

Kapitalistischer Staat

Die Türkei ist, wie überall wo kapitalistische Produktionsverhältnisse vorherrschen, ein kapitalistischer Staat und dieser ist – in letzter Instanz – ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Liberale Behauptungen, dass die »kemalistische Republik kein bürgerlicher Staat« sei und »keine soziale Basis« hätte, sind abstrakte Formeln.

Liberale, Kemalisten als auch manche Linke lösen die Bürokratie von ihrem Klasseninhalt und stellen sie über die Klassen. Während Kemalisten die Armee zur Beschützerin der laizistischen Ordnung stilisieren, fabulieren Liberale eine von jeglichen Klasseninhalten losgelöste militärische Vormundschaft.

Dabei wird verdrängt, dass die militärische und zivile Bürokratie Herrschaftsinstrumente des kapitalistischen Staates sind. Jede einzelne der bisherigen militärischen Interventionen wurde zur Festigung beziehungsweise Erneuerung des kapitalistischen Akkumulationsregimes durchgeführt. Der Militärputsch vom 12. September 1980 diente der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des türkischen Kapitals. Um das neoliberale Akkumulationsregime zu verankern, musste der gesellschaftliche und gewerkschaftliche Widerstand gegen das Strukturanpassungsprogramm des IWF vom 24. Januar 1980 gebrochen werden. Der Putsch diente der Wahrung der Interessen der gesamten Bourgeoisie der Türkei in Abstimmung mit den imperialistischen Mächten. Mehr noch: Es war die »kemalistische und laizistische« Militärjunta, die dem politischen Islam den Weg ebnete, um die linke Opposition zu bekämpfen.

Mit den AKP-Regierungsjahren ab 2002 begann nicht »ein konsequenter Kampf für die Erweiterung der demokratischen Grundrechte und Stärkung des Rechtsstaats«, wie Ekinci meint, sondern ein Prozess, der das in die Krise geratene bürgerliche Gefüge zu restaurieren und die schwindende Zustimmung für das neoliberale Akkumulationsregime – erneut unter der Ägide des IWF – wiederherstellen sollte. Die AKP trägt seitdem maßgeblich den autoritären Neoliberalismus, sie ist die gesellschaftlich-politische Akteurin der kapitalistischen Ausbeutung, die die Wahrung der Gesamtinteressen der Bourgeoisie – sowohl der Monopolbourgeoisie als auch anderer Fraktionen – garantiert.

Kemalistischer Laizismus ist nicht Säkularismus

Die AKP ist eine reaktionäre Partei, eine konservative politische Formation, die als Koalition unterschiedlicher Strömungen des politischen Islams gegründet wurde, sich inzwischen aber von einem erheblichen Teil ihrer Gründungsmitglieder getrennt hat. Ihre Ideologie gründet auf der »türkisch-islamischen Synthese«. Dabei benutzt die AKP den kemalistischen Laizismus so wie alle anderen Parteien vor ihr auch. Der kemalistische Laizismus hat von Anfang an, trotz aller Aufklärungsversprechen und einiger aufklärerischer Reformen, nie einen wirklich säkularen Staat etabliert.

Staat und Religion wurden nicht voneinander getrennt, sondern eine Staatsreligion etabliert, die absolute Wahrheiten verkündet. Insbesondere mittels der zentralistischen Religionsanstalt »Diyadinet« wurde eine offizielle Staatsreligion auf der Grundlage der sunnitischen Interpretation des Islams eingeführt, mit deren Hilfe die kapitalistische Ausbeutung legitimiert, gesellschaftlicher Widerstand und insbesondere Kämpfe der Arbeiter*innenklasse im Keime erstickt werden sollten. Die AKP nutzt die vom kemalistischen Regime aufgebauten Strukturen, um den Inhalt der Staatsreligion zu bestimmen und ihre Macht zu festigen.

Das Regime ist dabei, eine Islamversion sunnitisch-salafistischer Prägung einzuführen, die keinen anderen Glauben neben sich duldet, mit der aber auch der Neoliberalismus und ein Almosenregime geheiligt werden. Genau aus diesem Grund besteht zwischen der türkischen Bourgeoisie und dem autoritären Religionsverständnis kein grundlegender Widerspruch. Diese Feststellung schließt nicht aus, dass es Reibungen zwischen der Regierung und Interessenverbänden der Bourgeoisie oder einzelnen Unternehmern bis hin zu Enteignungen geben kann. Solche Reibungen sind jedoch der Normalfall im Kapitalismus, ihnen unterliegt die kapitalistische Konkurrenz, die immer auch mit politischen Mitteln ausgetragen wird.

Wenn Ekinci nun meint, die Religion sei die »Grundideologie« der AKP, dann meint er etwas vollkommen anderes als eben ausgeführt. Kemalistische und liberale Lesarten, die allein den religiös-reaktionären Inhalt der AKP als Problem ausdeuten, verstellen den Blick auf die Klassenbasis der AKP beziehungsweise des politischen Islams. Denn die reaktionäre Weltanschauung, die nationalistische Rhetorik der AKP sind der konkrete Ausdruck ihres bürgerlichen Charakters. Ihrer Programmatik nach ist die AKP eine bürgerliche Partei, eben eine ziemlich reaktionäre und aggressive.

Sinngemäß adaptiert stimmt Marx' Ausspruch noch immer: Der herrschende Glaube ist der Glaube der herrschenden Klasse.

Bürgerliche Reaktion

Das AKP-Palast-Regime ist nicht auf dem Weg, eine »Neue Türkei« zu gründen, sondern das mit der Militärdiktatur durchgesetzte neoliberale Akkumulationsregime zu vertiefen. Die AKP hat weder »demokratische Grundrechte erweitert«, noch »vorkapitalistische Strukturen installiert«. Sowohl das Präsidialsystem als auch der Ausnahmezustand wahren die Interessen der Monopolbourgeoisie aber auch anderer inländischer wie ausländischer Fraktionen [2]. Die eigentliche Verneinung der Identität würde eintreten, wenn die Bourgeoisie sich dem Ausnahmezustand und den Dekreten entgegenstellen würde.

Dass das Regime immer autoritärer wird und sogar die Gefahr einer faschistischen Diktatur nicht von der Hand zu weisen ist, liegt nicht daran, dass das Regime von sich aus zur Allmacht drängt. In Krisenzeiten, wenn sich die Klassengegensätze verschärfen, Fraktionskämpfe zunehmen, am

Horizont sich größere Krisen zusammenbrauen, wird die Entkernung der bürgerlichen Demokratie, der Autoritarismus oder gar eine faschistische Diktatur zur Option, um die Kontinuität der Akkumulation zu gewährleisten.

Die globale Überakkumulationskrise, die Schwankungen der Weltkonjunktur, ökologische Zerstörung, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, militärische Konflikte führen nicht nur in privilegierten Regionen der Welt dazu, dass sich Chauvinismus verbreitet, rassistische und rechtspopulistische Parteien Zulauf bekommen und autoritäre Entwicklungen verstärkt werden.

In einem semi-peripheren Land wie der Türkei, wo strukturelle Abhängigkeiten zu den kapitalistischen Akkumulationszentren bestehen, wirken kapitalistische Krisentendenzen stärker. Auch vor der AKP war die Türkei autoritär verfasst, mit ihr nimmt die Entwicklung aber eine totalitäre Form an. Die Gezi-Protteste und der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung zeigen aber, dass jederzeit mit Widerstand zu rechnen ist. Die totalitäre Entwicklung ist daher kein »anachronistisches Abenteuer«, sondern eine bürgerliche Reaktion auf Krisen und Kämpfe.

Prioritäten ohne Illusionen

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Nutzung eines jeden fortschrittlichen Schrittes für den Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses eine immense strategische Herausforderung. Jeder Schritt, wie klein er auch sein mag, wie sehr er auch aus den Widersprüchen im Machtblock hervorgeht, muss genutzt werden, und zwar auch dann, wenn er von bürgerlichen Kräften ausgeht, ohne aber die Illusion zu nähren, dass Demokratie ursächlich von der Bourgeoisie ausgehen könne.

Trotz grundsätzlicher Kritik an der bürgerlichen Demokratie und an liberalen Freiheiten ist aber deren Stellenwert anzuerkennen. Nicht die bürgerliche Demokratie an sich ist eine Illusion. Sie ist ein Ergebnis von Kämpfen, die weitergetragen werden müssen. Heute müssen bürgerliche Grundrechte, Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheiten, gewerkschaftliche Rechte, eine säkulare Wissenschaft auch gegen die Bourgeoisie verteidigt werden.

Unter den gegebenen Bedingungen ist es eine Priorität, das AKP-Palast-Regime zurückzudrängen. Die Teilnahme unterschiedlicher Gruppen am »Gerechtigkeitsmarsch« der CHP weist erneut auf ein Oppositionspotential hin. Diese Gruppen aus Enttäuschung oder aufgrund kemalistischer Provokationen im Stich zu lassen, ist keine Option. Sie der kemalistischen Führung zu überlassen, ist ebenso wenig eine Option, wie auf die Bourgeoisie oder den Westen als Retter in der Not zu hoffen.

[1] AK Parti'nin ,Yeni Türkiye'si kapitalizm öncesi devlet projesidir.

Von 1965 bis 1969 war Ekinçi Abgeordneter der TIP (Arbeiterpartei der Türkei). Er wurde mehrfach wegen kurdischer Propaganda verhaftet. Er ist Gründer der Organisation »Demokratische Versöhnung und Initiative zur Lösung der kurdischen Frage« (DEMOS).

[2] Siehe: Ankaras Anleihe. Türkischer Vermögensfonds sammelt Staatsbesitz des Landes ein. Internationalen Gläubigern wird die Tür geöffnet.

Über Afrin zum Faschismus

Was Erdoğan mit seinem Angriffskrieg bezweckt
1. Februar 2018

Unter dem zynischen Namen »Operation Olivenzweig« hat die Türkei einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen. Seit dem 20. Januar 2018 steht der nordsyrische Kanton Afrin, nachweislich eines der wenigen befriedeten Gebiete Syriens, unter massiven Beschuss der zweitgrößten NATO-Armee. Berichte über Ankaras Kriegsführung belegen die Tatsache, dass der türkische Angriffskrieg längst zu einem Vernichtungskrieg ausgeartet ist: Türkische Artillerie und F16-Kampfbomber bombardieren nicht nur zivile Wohngebiete und vermeintliche Stellungen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), sondern auch die Infrastruktur und historische Kulturgüter. Die Angriffe forderten bisher zahlreiche zivile Opfer, darunter viele Frauen und Kinder.

Selbst bürgerliche Medien bestätigen den Einsatz von Kampfpanzern des Typs »Leopard 2« aus deutscher Produktion und Napalmbomben auf Wohngebiete. Gemeinsam mit jihadistischen Mörderbanden versucht die türkische Besatzungsarmee auf Afrin vorzurücken. Die von der türkischen Regierung als »einheimisch und national« bezeichnete sog. »Freie Syrische Armee« ist im Grunde eine lose Koalition, welche aus unterschiedlichen jihadistischen Gruppen wie die ehem. Al-Qaida in Syrien, Cepheth Al-Schamiyya, Ahrar Al-Scham, Sukur Al-Cebel, Dschaisch Al-Nasr oder Nureddin-Zengi-Brigade sowie vom türkischen Geheimdienst (MIT) angeheuerten kriminellen Söldnern besteht – eine Ansammlung von Mördern. Noch im Juli 2017 war in sozialen Medien zu verfolgen, wie Mitglieder der Nureddin-Zengi-Brigade den 12-jährigen palästinensischen Flüchtlingsjungen Abdullah Taysir Al-Isa enthaupteten. Heute grölen sie auf Videos, dass sie gekommen sind, um »Kurden zu vernichten«.

Der türkische Angriff war von langer Hand vorbereitet, das Regime wartete nur noch auf einen Anlass. Mit der Erklärung der US-Armee, man werde in Nordsyrien eine von Teilen der »Syrischen Demokratischen Kräften« gebildete »Grenztruppe« aufbauen, war dieser Anlass scheinbar gegeben. Die diplomatische Vorarbeit der Erdoğan-Regierung war erfolgreich. Nach dem die Russische Föderation, die USA, die EU, der Iran und das Assad-Regime ihr Stillhalten signalisiert hatten, gab Erdoğan den Startschuss. Obwohl Afrin für die Türkei keine Bedrohung darstellte begann der massive Angriff. Warum? Was bezweckt das AKP-Palast-Regime damit? Warum stehen alle »strategischen Gegner«, die in Syrien unterschiedliche Ziele verfolgen, jetzt auf der Seite des türkischen Aggressors?

Dorn im Auge aller – Das demokratische Projekt

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Türkei das demokratische Projekt, welches unter größten Anstrengungen und unter den Bedingungen eines imperialistischen Stellvertreterkriegs aufgebaut werden konnte, mit aller Macht zerschlagen will. In Afrin wird daher nicht nur eine Stadt bombardiert. Mit den Bombardierungen sollen die Errungenschaften der demokratischen Revolution vernichtet werden. In den nordsyrischen Kantonen wird versucht, mit basisdemokratischen Rätestrukturen, Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, der Vergesellschaftung natürlicher Ressourcen, Produktionsgenossenschaften, bewaffneten Volksmilizen für Sicherheit und Ordnung sowie Verteidigungseinheiten als Volksarmee und durch die Lösung der Nationalitätenfrage über die Gleichberechtigung aller ethnischer und religiöser Bevölkerungsgruppen, ein Leben jenseits kapitalistischer Verwertungslogik, imperialistischer Fremdbestimmung und staatlicher Bevormundung aufzubauen. Diese demokratische Revolution steht allen Vorstellungen von Aufbau einer Gesellschaft entgegen, wie sie das AKP-Palast-Regime vertritt.

Doch es ist nicht nur die Befürchtung, dass dieses demokratische Experiment in den kurdischen Regionen der Türkei Nachahmung findet, weshalb die Türkei einen Teil Syriens besetzen will. Reich an billigen Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen sowie mit ihren Handelswegen und

Pipelines ist Kurdistan das Tor zum Nahen Osten und hat damit für die herrschenden Klassen in der Türkei eine immense regional- und militärstrategische Bedeutung. Der Verlust der Kontrolle über Kurdistan käme einem Kontrollverlust über Arbeitskräfte, Märkte, Handelswege, Ressourcen, kurz über Produktivkräfte und Akkumulationsmittel gleich. »Operation Olivenzweig« ist der verzweifelte Versuch, die Kontrolle über Kurdistan zu behalten und somit die erhebliche Schwächung der türkischen Bourgeoisie zu vermeiden. Mit ihrer Schlüsselrolle als Energieumschlagsplatz und wahrscheinlich vielen Zugeständnissen hat die Türkei die Einwilligung der anderen Akteure in der Region sich erkaufen können.

Aber der Revolutionsprozess ist auch für die Interessen der anderen Akteure sehr problematisch. Demokratische Strukturen und der antikapitalistisch ausgerichtete Gesellschaftsvertrag könnten in anderen Ländern der Region Schule machen. Alleine die Vergesellschaftung natürlicher Ressourcen kann weder von den USA und der EU noch von Russland, Iran und dem Assad-Regime akzeptiert werden. Das Beispiel eines nichtkapitalistischen Entwicklungswegs und erfolgreicher Abwehr imperialistischer Strategien trotz »taktischer Allianzen mit strategischen Feinden« hat sich, obgleich der libertär-anarchistischen Tendenzen von Öcalans Thesen, für unterschiedliche revolutionäre Kräfte zur Inspirationsquelle ihrer Politiken und zum strategischen Wegweiser ihrer Kämpfe entwickelt. Die demokratische Revolution in Nordsyrien hat weit über die Region die Machbarkeit einer emanzipatorisch-demokratisch-sozialen Alternative sichtbar gemacht. Das internationale Stillhalten gegenüber dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei zeigt den Willen der unterschiedlichen staatlichen Akteure, ggf. die Revolution im eigenen Blut ertrinken zu lassen.

Die USA, die EU sowie Russland, Iran und das Assad-Regime verfolgen jeweils ihre eigenen Strategien, um die kurdische Befreiungsbewegung zur Kollaboration mit ihnen zu drängen. Das scheint den Revolutionär*innen bewusst zu sein. So sagt das Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Rıza Altun folgendes: »Das Ziel der russischen Politik ist es, die kurdische Freiheitsbewegung und ihren Kampf in das bestehende System einzubinden. (...) .. mit der Liquidierung des IS sind die bestehenden Widersprüche in Syrien auf eine neue Ebene getreten. Vor diesem Hintergrund versucht Russland nun, die Kurden unter einen so enormen Druck zu setzen, dass sie letztlich sich „freiwillig“ in das syrische Regime integrieren lassen.«[1] Zur Politik der USA sagt er weiter: »(...) .. wenn wir die Beziehung im strategischen und taktischen Sinne betrachten, dann ist eine strategische Beziehung zwischen den USA und z.B. der PYD nicht möglich. Es gab nur die Möglichkeit eine taktische, konjunkturelle Beziehung aufzubauen. (...) Doch diese Beziehungen umfassten nicht das Potential für die gemeinsame Entwicklung einer politischen Lösung der syrischen Frage. Im Gegenteil, die USA hat stets versucht die Kurden aus den Friedensverhandlungen für Syrien herauszuhalten. (...) Allein diese Tatsache lässt uns die ganze Angelegenheit besser verstehen«.

Altuns Aussagen belegen die Tatsache, dass die Kantone aufgrund des Fehlens der aktiven Unterstützung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in den Nachbarländern und ohne deren Aufbegehren gegen die herrschenden Klassen im eigenen Land keine andere Alternative hatten, als taktische Allianzen mit unterschiedlichen Akteuren zu akzeptieren. Altun unterstreicht, dass diese taktischen Allianzen weder politisch noch ideologisch sind. »Es wird von uns ein anti-imperialistischer Kampf geführt. Deshalb kann eine anti-imperialistische Kraft nicht sagen, dass die Imperialisten sie verraten hätten. So wie der globale Imperialismus und die regionale hegemoniale Linie Ausdruck einer strategischen Situation ist, so ist auch das von den Kurden hervorgebrachte Paradigma Ausdruck einer klaren Linie und einer eindeutigen Haltung. Die strategischen Partner unserer Linie sind die globalen demokratischen Kräfte, die gesellschaftlichen Kräfte und die anti-systemischen Kräfte«, so Altun weiter.

Kriegskoalition und Faschismusaufbau

So wie der gescheiterte Putschversuch im Juli 2016 für das AKP-Palast-Regime ein »Segen Gottes« für die Installation des autoritären Präsidialsystems war, ist dieser Angriffskrieg ein weiteres, aber mächtiges Instrument für die gesellschaftliche, politische und rechtliche Organisation des Übergangs zu einer offenen faschistischen Diktatur. Noch ist die Notwendigkeit einer offenen faschistischen Diktatur nicht gegeben – immerhin besteht seit dem Angriff auf Kobanê eine Kriegskoalition

der bürgerlichen Parteien und weiterhin eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Faktisch bildet die AKP mit der neofaschistischen MHP die Regierung. Aber auch die neugegründete rechtskonservative »Iyi Parti« und größere Teile der kemalistischen CHP unterstützen den Angriffskrieg. Während die türkische Bourgeoisie dank des immer wieder verlängerten Ausnahmezustandes, was der Regierung die Möglichkeit gibt, alle Streiks zu verbieten, »goldene Zeiten« erlebt, stehen größere gesellschaftliche Gruppen hinter Erdoğan's Kriegspolitik. Insofern kann von einer breiten Mobilisierung der Gesellschaft gesprochen werden. Das hängt zum einen damit zusammen, dass bürgerliche Mittelklassen, die ihre Reproduktionsgrundlagen gefährdet sehen, die Auffassung der türkischen Bourgeoisie über die »Kolonie Kurdistan« teilen und zum anderen die Arbeiter*innenklasse ebenfalls eine offene Flanke für diese Wahrnehmung aufweist, da in der Konkurrenz innerhalb der werktätigen Klassen sich die ethnische Zugehörigkeit in Hierarchien auf dem »Arbeitsmarkt« niederschlägt, bei dem Kurd*innen i. d. R. unten stehen. [2]

Hinzukommt, dass Teile der vom Kemalismus beeinflussten türkischen Linken, die kurdische Befreiungsbewegung als »Kollaborateur des Imperialismus« betrachten und teilweise von einem latenten Rassismus befallen sind, was mit der allgemeinen Kurdenfeindlichkeit korrespondiert. Obwohl zahlreiche andere linke Parteien gemeinsam mit kurdischen Gruppen in dem Linksbündnis HDP organisiert sind, entsteht keine breite gesellschaftliche Opposition, zumal die HDP durch Inhaftierungen und Verboten erheblich eingeschränkt agieren kann.

Trotz der Tatsache, dass die faktische AKP-MHP-Regierungskoalition nur knapp die Hälfte der Wähler*innen mobilisieren kann (was nach Meinung von Forschungsinstituten die Wiederwahl Erdoğan's in 2019 gefährdet) und das Verfassungsreferendum im letzten Jahr auf einen möglichen Gegenblock hinwies, ist die Bildung eines gemeinsamen Oppositionszentrums nahezu unmöglich. Während die kemalistische CHP, als »Verteidigerin« der rassistisch-nationalistischen Staatsideologie die Repressionen gegen die HDP mitträgt und dazu beiträgt, den Schein eines halbwegs funktionierenden parlamentarischen Systems aufrecht zu erhalten, versuchen von Kemalismus beeinflusste türkische Linke aufgrund der verbreiteten Kurdenfeindlichkeit jede Nähe zur HDP zu vermeiden. Ähnlich verhalten sich diesen Parteien nahestehende Gewerkschaften und Berufsverbände. Mit dem Angriffskrieg scheint es dem AKP-Palast-Regime gelungen zu sein, eine breite gesellschaftliche Zustimmung für die weitere Faschisierung zu generieren und die legitimatorische Grundlage für die Ausschaltung der demokratischen Opposition herzustellen. Zwar wird die Aufrechterhaltung dieser Situation immer schwieriger werden, je länger der Krieg dauert und dessen ökonomische Folgen die Krisen verschärfen. Aber schon jetzt ist eine gesellschaftliche Atmosphäre entstanden, die ein Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten in der Türkei verunmöglichern kann.

Das Fehlen eines breiten gesellschaftlichen Oppositionsbündnisses und der Verbindung unterschiedlicher Widerstandsherde ist keine neue Erkenntnis. Neu ist auch nicht, dass jegliche Opposition mit massiven Repressionen unterbunden wird. Selbst eine humanitäre Erklärung der Ärzeteunion reicht aus, um ihnen »Landesverrat« vorzuwerfen und sämtliche Vorstandsmitglieder zu verhaften. Neu ist jedoch, dass mit Präsidialdekretten die Bewaffnung von AKP-Anhängern vorangetrieben und Oppositionelle zum Freiwild erklärt werden. So sieht ein neues Gesetz vor, dass zivile Personen, die gegen »Putschisten« Gewalt anwenden, straffrei bleiben. Zudem werden AKP-nahe sog. Sicherheitsfirmen wie SADAT [3], die militärische Ausbildungscamps unterhalten, in den Nationalen Sicherheitsrat berufen und bewaffnete Vereine wie HÖH (Spezialteams des Volkes) gebildet. So werden Massakern an Oppositionellen oder Minderheiten Tür und Tor eröffnet.

Gerade deshalb gilt es heute, auch und insbesondere hier in der BRD, Widerstand zu entwickeln und Solidarität auszuüben. Es ist die nahezu bedingungslose politische Rückendeckung aus Berlin, die Ankara ermutigt hat, diesen Völkerrechtsbruch zu begehen. Die BRD ist faktisch eine Kriegspartei in Afrin und unterstützt diesen Völkerrechtsbruch nicht nur durch Waffenlieferungen und Rüstungszusammenarbeit, sondern auch durch die Kriminalisierung von kurdischen und türkischen Linken in der BRD und politische Diskreditierung der Revolution in Rojava. Wer hofft, die Bundesregierung würde ihre Politik ändern, der irrt gewaltig. Die Bundesregierung folgt keiner »falschen Politik«, sondern den Interessen des deutschen Kapitals und handelt danach! Daher ist Widerstand gegen diese Politik nicht nur ein Gebot der Solidarität mit Afrin und den demokratischen Kräften in der Türkei, sondern eine Notwendigkeit im ureigenen Interesse der arbeitenden

Klassen der BRD. Jetzt gilt es, die Friedensstimme auf die Straße zu tragen. Und wer von Frieden redet, darf vom deutschen Imperialismus nicht schweigen!

[1] Interview vom 27.01.2018, in: <http://civaka-azad.org/altun-unsere-strategischen-partner-sind-die-globalen-demokratischen-kraefte/>

[2] Siehe Errol Babacan, »Die Türkei: Abkehr des Westens, Diktatur und Staatskrise«, in: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/11/die-tuerkei-abkehr-des-westens-diktatur.html>

[3] <http://www.sadat.com.tr/tr/>

Rational, konservativ und Interessengeleitet

Zur Debatte über das »Wahlverhalten der Deutschtürken«
13. Juni 2018

Die Ereignisse in der Türkei werfen ihre Schatten voraus – so auch in der BRD. Es stehen wieder vorgezogene Wahlen an und viele fragen sich, wie die türkeistämmigen Migrant*innen sich dazu verhalten werden. Nach dem türkischen Verfassungsreferendum am 16. April 2017 war in der BRD eine Debatte über das »Wahlverhalten der Deutschtürken« entbrannt. Nach den anstehenden Staatspräsidenten- und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018 ist eine ähnliche Diskussion zu erwarten – zumal die politischen Präferenzen der türkeistämmigen Migrant*innen sich kaum geändert haben dürften.

Damals, vor einem Jahr echauffierten sich bürgerliche Medien, dass rund 63 Prozent der »Deutschtürken« Erdoğan's Verfassungsänderung zugestimmt hätten. Während Politiker*innen der SPD, Grünen und LINKEN ihre Enttäuschung darüber kundtaten, gaben konservative und liberale Politiker*innen Steilvorlagen für rechtspopulistische und rassistische Ressentiments. Es wurde ein Bild aufgebaut, der türkeistämmigen Migrant*innen Demokratie- und somit Integrationsfähigkeit absprach. So erklärte CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, dass sie »von den Türken in Deutschland ein klares Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gewünscht« hätte, aber »genau das Gegenteil passiert« sei. [1] Eine »große Mehrheit der abstimmenden Deutsch-Türken, die in Deutschland alle demokratischen Freiheiten in Anspruch nehmen«, habe die eigenen Landsleute »dazu verurteilt, künftig in einem autoritären Staat zu leben« - als ob die Unionsparteien, insbesondere die CSU je ein Problem darin gesehen haben, mit autoritären Staaten eng zusammenzuarbeiten.

Andere wiederum bescheinigten »den Türken in Deutschland« eine »politische Schizophrenie«, die »flapsig klingen mag, aber allemal sachlich gerechtfertigt« sei und sahen darin »ein weiteres Symptom der gescheiterten Integration«. [2] Einige meinten gar, dass die »deutsch-türkischen Ja-Wähler« in ihr Land zurückkehren und Doppelstaatsangehörigkeiten abgeschafft werden sollten – wie sollten eben jene integriert werden, »die in Deutschland alle Vorzüge der Demokratie genießen, aber für faktische Abschaffung der Demokratie in der Türkei seien«. In dieser, von scheinheiligen Empörungen überquellenden Debatte wurde mit kulturalistischen Argumenten um sich geworfen, obwohl gerade diese Erdoğan-Unterstützer und deren Organisationen in der BRD privilegierte »Dialogpartner« deutscher Behörden sind. Mehr noch: viele dieser Organisationen wurden von den Bundesregierungen unterstützend aufgebaut. Hier sollte ein Hinweis auf die Skandale um die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) genügen.

Zuerst die Fakten

Es wäre sicherlich keine Binsenweisheit zu behaupten, dass ein großer Teil der türkischen Staatsbürger*innen, die in der BRD leben, konservativ und nationalistisch eingestellt sind. Das hat vielfältige Gründe und ist an sich nichts Überraschendes. Diskriminierungserfahrungen im alltäglichen Leben, insbesondere institutionelle Diskriminierungsmechanismen gehören ebenso dazu, wie soziokulturelle Milieus, religiöse Zugehörigkeiten und die Familienbiographie. Vielfach ist zu beobachten, dass die drei letztgenannten Faktoren sogar in der zweiten und dritten Generation identitätsstiftend sind. Von der Klassenperspektive aus betrachtet kann jedoch festgestellt werden, dass jene sunnitisch-konservativen Türkeistämmigen, die mehrheitlich Erdoğan und die AKP unterstützen, i. d. R. über relativ gutes und gesichertes Einkommen verfügen, Immobilienvermögen in der Türkei besitzen und genau wie ihre Eltern, die als angeworbene »Gastarbeiter*innen« ankamen, den Kernbelegschaften größerer Betriebe angehören, teilweise Selbständige bzw. Firmeninhaber*innen geworden sind. Sie gehören auch zu jenen Kreisen, die aufgrund ihrer starken Kaufkraft in Euro von der Gentrifizierungspolitik der AKP-Stadtverwaltungen in der Türkei profitieren. Vielmals ist aus deren Kreisen zu hören, dass die negative Berichterstattung über Erdoğan und die Türkei sie dazu veranlasst, sich stärker hinter die türkische Regierung zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist eine Studie der DATA4U vom Dezember 2017 sehr erkenntnisreich. In der Studie »Politisch-soziale-Situation türkeistämmiger Migranten in Deutschland. Ergebnisse der CATI-Studie vom Oktober bis Dezember 2017« [3] wird darauf hingewiesen, dass 44 Prozent der Befragten die mediale Kritik an Erdoğan »ganz und gar ungerechtfertigt« sehen. Insgesamt sei die Zustimmung zur Politik Erdogans seit dem Putschversuch in 2016 auf 29 Prozent gestiegen. Aus der Studie ist herauszulesen, dass obwohl eine deutliche Mehrheit der Befragten ihre Lebenssituation in der BRD als »überaus positiv bewertet« und fast zwei Drittel (62 Prozent) sich in der BRD voll und ganz integriert fühlt, 83 Prozent den Begriff »Heimat« stark oder überaus stark mit der Türkei verbinden. Das gilt nicht nur für türkische Staatsangehörige, sondern auch für einen großen Teil der in der BRD eingebürgerten Türkeistämmigen. Dass solche »Heimatgefühle« durch die überdurchschnittliche Nutzung türkischer Medien – von denen inzwischen nahezu alle entweder regierungsnah sind oder von der Regierung kontrolliert werden – verstärkt werden, ist ja auch kein Geheimnis.

Aber der eigentliche Grund für die Verstärkung von nationalistischen Einstellungen der Türkeistämmigen ist in der jahrzehntelangen nationalistisch-konservativ-islamistischen »Beschallung« durch staats- und regierungsnahe türkische Organisationen zu sehen. Das hat eine lange Tradition: Schon kurz nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde von der türkischen Generalität die sog. »Befriedungsoperation für Auslandstürken« (»Huzur Operasyonu«) beschlossen, deren zentrales Operationsfeld mit Billigung der damaligen Bundesregierung die BRD war. [4] Putschisten-Führer General Evren gab das Ziel vor: Der Einfluss von »staatsfeindlichen« Elementen in Europa muss gebrochen und Auslandstürken mit der gezielten Förderung des türkischen Nationalismus für eine starke »Protürkei-Lobby« gewonnen werden.

In diesem Rahmen wurde zuerst 1982 in Berlin die DITIB, deren Vereinssitz 1984 nach Köln verlegt wurde, gegründet. Organisatorisch ist die DITIB, obwohl ein nach deutschem Recht gegründeter (Ausländer-)Verein, dem Vorsitzenden der Anstalt für Religionsangelegenheiten in Ankara unterstellt, der wiederum, früher den Anweisungen des Nationalen Sicherheitsrates und heute des Staatspräsidenten gebunden ist. Alle Imame der DITIB-Moscheen sind türkische Beamte und werden von den Religionsattachéen der jeweiligen Generalkonsulate kontrolliert. So hat der türkische Staat einen direkten Draht zu den Türkeistämmigen in der BRD auf- und inzwischen ausgebaut.

Nicht nur die DITIB diene und dient diesem Zweck: zahlreiche Sportclubs, Elternvereine, Unternehmer- und Akademikerverbände, sog. Kulturvereine wurden unter dem Dach der »Koordinierungsräte türkischer Vereine« (deren Adressen immer die jeweiligen Generalkonsulate sind) zusammengeschlossen. Im Laufe der Zeit wurden weitere Verbände gegründet, die staats- und regierungsnah agieren. Jedesmal, wenn z.B. ein türkeikritischer Bericht veröffentlicht wurde oder eine kritische Debatte begann, organisierten türkische Vereine und Verbände, die dem Schein nach unabhängig waren, Kampagnen dagegen und wurden von türkischen Medien massiv unterstützt. Ausländerfeindliche und rassistische Angriffe wie in Mölln, Solingen, Hünxe etc. wurden als »explizit Türken- bzw. Islamfeindlichkeit« angeprangert. Damit wurden Isolationstendenzen vertieft, was auch sowohl von deutschen als auch von den türkischen Regierungen gewollt war. Denn solange Türkeistämmige, selbst nach Einbürgerung, weiterhin »Türken« bleiben, können sie als jederzeit manövrierbare Masse politischen Zielen dienlich sein.

Die AKP konnte somit eine vorhandene Organisationsstruktur nutzen und weiter ausbauen. Über die eigens für staatliche Propagandatätigkeit gegründete »Vorsitz für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften im Amt des Ministerpräsidenten«[5] wurden und werden mit immensen Geldsummen Organisationen in Europa finanziert. So verfügt der AKP-nahe Verband »Union of International Democrats UID« (bis Mai 2018 UETD) [6] über einen großzügigen Haushalt, mit denen Großveranstaltungen der AKP (wie zuletzt am 20. Mai 2018 in Sarajewo) sowie der kostenlose Transport von Anhänger*innen dahin finanziert werden. Es wäre sicherlich sehr interessant, was die Steuerprüfung eines deutschen Finanzamtes für ein Ergebnis bringen würde.

Dennoch kann konstatiert werden, dass weder der türkische Staat noch die AKP, trotz dieser vielfältigen Möglichkeiten und Organisationsstrukturen es bewerkstelligen konnten, die überwiegende Mehrheit der Türkeistämmigen in der BRD für ihre Ziele zu gewinnen und sie zu instrumentalisieren. Die Zahlen sprechen für sich: Von den rund 3 Millionen Türkeistämmigen in der BRD

sind laut Statistisches Bundesamt 1.483.515 weiterhin türkische Staatsangehörige; die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 29,4 Jahren. [7] Nehmen wir als Beispiel die letzten Wahlergebnisse:[8]

Parlamentswahlen vom 1. November 2015

Wahlberechtigte in der BRD: 1.411.198; Wahlbeteiligung: 40,7 Prozent (575.564)

Partei	Stimmen	In Prozent
AKP (Gerechtigkeits- und Aufschwungspartei)	340.249	59,7
HDP (Demokratische Partei der Völker)	90.808	15,9
CHP (Republikanische Volkspartei)	87.282	14,8
MHP (Partei der nationalistischen Bewegung)	42.571	7,5
Andere	17.654	2,1

Verfassungsreferendum am 16. April 2017

Wahlberechtigte in der BRD: 1.429.492; Wahlbeteiligung: 46,2 Prozent (660.666)

Ja-Stimmen: 412.149 (63,1 Prozent) / Nein-Stimmen: 241.353 (36,9 Prozent)

Diese Ergebnisse belegen, dass nur ein geringer Teil der Türkeistämmigen der AKP nahestehen und widerlegen damit die scheinheiligen Feststellungen bürgerlicher Medien und Politiker*innen der BRD. Alleine über das Ergebnis des Verfassungsreferendums kann festgestellt werden, dass nur 28 Prozent der Wahlberechtigten in der BRD Erdoğan folgen. Das ist aber auch relativ, denn das Referendum fand knapp ein Jahr nach dem gescheiterten Putschversuch und somit in einer vergifteten gesellschaftlichen Atmosphäre statt. Auch die Parlamentswahlen im November 2015 waren von der stark emotionalisierten und nationalistisch aufgeheizten Stimmung beeinflusst. Durch ihre Polarisierung konnte die AKP auch in der BRD ihre Wähler*innenbasis konsolidieren.

Fazit

Bei den vorgezogenen Staatspräsidenten- und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018 haben Türkeistämmige die Möglichkeit, bis zum 19. Juni in den Konsulaten ihre Stimme abzugeben. Es ist davon auszugehen, dass die AKP wieder um die 350.000 Stimmen aus der BRD erhalten wird. Die AKP-Wähler*innen, konservativ und nationalistisch wie sie sind, werden rational und interessengeleitet entscheiden. Ob jedoch deren Stimmen ausreichen werden, einen erneuten Wahlsieg Erdoğan einzufahren, ist noch nicht sicher. Denn sein »Unbesiegbareitslack« hat Risse bekommen und es ist in der Türkei eine Wechselstimmung spürbar. Das könnte möglicherweise einen Teil der bisherigen Wahlabsistenzler*innen dazu verleiten, die Wahlbeteiligung zu erhöhen – was sicherlich in erster Linie der Opposition zugutekommen würde. Aber das ist ein anderes Thema. Am Abend des 24. Juni 2018 sind wir alle schlauer.

[1] Hamburger Abendblatt vom 18. April 2017, <https://www.abendblatt.de/politik/article210284971/Referendum-loest-hitze-Debatte-um-Deutsch-Tuerken-aus.html>, zuletzt abgerufen am 6. Juni 2018.

[2] Kommentar der Website inFranken.de, <https://www.infranken.de/ueberregional/Politische-Schizophrenie-Kommentar-zum-Wahlverhalten-der-Deuschtuerken-beim-Referendum;art5462,2622473>, zuletzt abgerufen am 6. Juni 2018.

[3] Siehe: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/catistudie102.pdf

[4] Siehe: Murat Çakır, Die Pseudodemokraten. Türkische Lobbyisten, Islamisten, Rechtsradikale und ihr Wirken in der Bundesrepublik, GDF-Publikationen, Düsseldorf März 2000; Auszüge auch unter: <http://www.kozmopolit.com/hazirano3/Dosya/Dosya.html>, zuletzt abgerufen am 13. Juni 2018.

[5] Offizielle Website: <https://www.ytb.gov.tr>, zuletzt abgerufen am 13. Juni 2018.

[6] Offizielle Website: <http://uetd.info/?lang=de>, zuletzt abgerufen am 13. Juni 2018.

[7] Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters vom 12. April 2018.

[8] Alle Zahlen sind der Website der Hohen Wahlkommission der Türkei (Yüksek Seçim Kurulu) entnommen: <http://www.ysk.gov.tr/tr/secim-arsivi/2612>.

Legitimierung der Präsidialdiktatur

Reaktionär-faschistischer Block gewinnt Wahlen in der Türkei
25. Juni 2018

Auch bei diesen – zutiefst undemokratischen und unfairen – Wahlen in der Türkei hat es an Dramatik nicht gefehlt. Schon im Vorfeld wurde die Bedeutung dieser Wahl dramatisch zugespitzt. In den bürgerlichen Medien der BRD wurden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu »Schicksalswahlen« hochstilisiert. Ähnliches war auch aus oppositionellen Kreisen der Türkei zu hören. Doch die in den letzten Wochen des Wahlkampfes spürbar gewordene Wechselstimmung hat nicht das von der Opposition erwünschte Ergebnis gebracht. Dabei hatte die radikale Linke in der Türkei vor allzu hochtrabenden Erwartungen gewarnt: eine Diktatur könne nicht mit undemokratischen Wahlen abgewählt werden. In der Tat, die vorgezogenen Wahlen haben dem, in einer schweren Krise steckenden AKP-Regime in die Hände gespielt. Das Regime nutzte diese Wahlen zur Legitimierung der Präsidialdiktatur und zur Deklassierung der bürgerlichen Opposition. Nun steht es fest: der reaktionär-faschistische Block aus AKP, MHP und der kleinen BBP konnte trotz ökonomischen Schwierigkeiten des Landes ihre Wähler*innenbasis mobilisieren und zugleich den Kapitalfraktionen glaubhaft vermitteln, dass sie für eine relative Stabilität der neoliberalen Ordnung sorgen können. Sie stellen mit Erdoğan einen Staatspräsidenten mit ungeheurer Machtfülle und haben mit 343 Abgeordneten die Parlamentsmehrheit in der Hand.

Muharrem Ince, der Präsidentschaftskandidat der kemalistischen CHP konnte die, durch seinen sehr engagierten Wahlkampf entstandene gesellschaftliche Aufbruchsstimmung nicht zu einem Ergebnis ummünzen, der wenigstens für eine Stichwahl gesorgt hätte. Obwohl Ince 8 Prozent mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als seine Partei, musste er sich geschlagen geben und hat durch seine Weigerung am Wahlabend vor CHP-Anhänger*innen zu sprechen, viel an Sympathie verloren. Meral Akşener, die Vorsitzende der neofaschistischen MHP-Abspaltung İyi Parti konnte mit 7,3 Prozent weniger Stimmen als ihre Partei einholen.

Der ehemalige Co-Vorsitzende des Linksbündnisses HDP, Selahattin Demirtaş erzielte mit 8,4 Prozent einen echten Achtungserfolg. In Haft und ohne Möglichkeit mit den Wähler*innen direkt zu kommunizieren ein solches Ergebnis einfahren zu können, ist besonders Erwähnenswert und ein Beleg dafür, dass das Linksbündnis ihre Reifepfung bestehen konnte.

Die Zahlen

Die Wahlbeteiligung ist mit 86,4 Prozent als relativ hoch zu bewerten, gerade wenn man bedenkt, dass besonders in kurdischen Gebieten versucht wurde, HDP-Wähler*innen durch Repressionen, Einschüchterungen und Gewaltanwendung von den Urnen fernzuhalten. In den kurdischen Gebieten wurden massive Wahlmanipulationen festgestellt. Trotzdem konnte die HDP in 11 kurdischen Regierungsbezirken sich als erste Kraft behaupten. Dort hat Demirtaş überdurchschnittlich hohe Stimmenzahlen erhalten.

Bei den Staatspräsidentenwahlen hatte Erdoğan ein leichtes Spiel. Ihm standen, neben dem Staatsapparat und Parteistrukturen, auch die meisten türkischen Medien zur Verfügung. Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes, der aufgehobenen Gewaltenteilung, einer nationalistisch aufgeheizten AKP- und MHP-Wählerschaft und des verstärkten Repressionsregimes konnte Erdoğan handeln und walten, wie er wollte. Zwar sind Vorwürfe der Wahlfälschung und massiven Wahlmanipulationen sehr ernst zu nehmen, reichen aber alleine nicht aus, um das Wahlergebnis zu erklären. Diese sahen wie folgend aus:

Präsidentschaftswahlen:

Kandidat	Stimmen	In Prozent
Recep Tayyip Erdoğan	26.324.482	52,59

Muharrem İnce	15.336.594	30,64
Selahattin Demirtaş	4.205.219	8,40
Meral Akşener	3.649.233	7,29
Temel Karamollaoğlu	443.766	0,89
Doğu Perinçek	98.926	0,20

Erdoğan hat es geschafft, die Krise im Machtblock zu überwinden und im ersten Wahlgang die Wahl für sich zu entscheiden. Dieses Ergebnis zeigt, dass Erdoğan weiterhin einen großen Teil der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit hinter sich sammeln kann. Dass Demirtaş weniger Stimmen als die HDP bekommen hat, liegt sicherlich auch daran, dass auch innerhalb der HDP-Wählerschaft die Chancen für Muharrem İnce höher eingeschätzt wurden und İnce auch von HDP-Wähler*innen (besonders im Westen) Stimmen erhalten konnte.

Parlamentswahlen:

Partei	Parlamentswahl am 24.06.2018			Parlamentswahl am 01.11.2015		
	In Prozent	Stimmen	Abgeordnete	In Prozent	Stimmen	Abgeordnete
AKP	42,6	21.333.172	293	49,5	23.673.541	317
CHP	22,6	11.346.240	146	25,3	12.109.985	134
HDP	11,7	5.655.664	67	10,8	5.145.688	59
MHP	11,1	5.564.103	49	11,9	5.691.737	40
Iyi Parti*)	9,95	4.989.639	44	--	--	--
Sonst.	2,05	1.026.582	--	2,54	1.902.659	--

Iyi Parti wurde erst in diesem Jahr gegründet.

Im Vergleich zu den Wahlen am 1. November 2015 hat die AKP zwar an Stimmen und Parlamentssitzen verloren, kann aber gemeinsam mit der MHP, die nun voraussichtlich Regierungspartnerin wird, über eine Mehrheit von 342 Abgeordneten verfügen. Aber unabhängig davon hat das Parlament eh weniger Rechte. Nach der neuen Verfassung ist er Staatspräsident zugleich der Regierungschef und kann in bestimmten Fällen – was bei Erdoğan zum Normalfall werden wird – am Parlament vorbei mit Dekreten regieren und ggf. das Parlament auflösen. Erdoğan ernennt Minister, Generalstabschef, Universitätsrektoren, Richter etc. Die vormals de facto Aufhebung der Gewaltenteilung ist nun verfassungsrechtliche Realität. Mit diesem Ergebnis ist nun der Institutionalisierung einer offenen faschistischen Diktatur Tür und Tor geöffnet. Ob es aber dazu kommen wird, hängt von vielen Faktoren ab.

Ein höchstinteressantes und kaum mit vernünftigen Analysen zu erklärendem Ergebnis dieser Wahl ist der Stimmenanteil der neofaschistischen MHP. Die MHP hat während des gesamten Wahlkampfes – außer einer Kundgebung und einigen Salonveranstaltungen – quasi kein Finger gerührt. Nur der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli war in den Nachrichtensendungen zu sehen. Hinzu kam noch die Abspaltung durch Meral Akşener. Nahezu alle Wahlforschungsinstitute sahen daher die MHP unter der 10-Prozent-Hürde. Dass eine Partei, die sich gespalten hat, ihr Stimmenanteil von 2015 fast einhalten konnte und ihre Abspaltung trotzdem fast 10 Prozent erhalten hat, ist mehr als ungewöhnlich und nährt die Vorwürfe der Wahlmanipulation. Möglicherweise konnte Akşeners İyi Parti von den Wähler*innenwanderungen aus der AKP und der CHP profitieren, aber nicht von der eigentlichen Wähler*innenbasis der Neofaschisten. Obwohl die İyi Parti mit 9,95 Prozent unter der 10-Prozent-Hürde geblieben ist, kann sie aufgrund des Allianzen-Wahlrechts, mit der die 10-Prozent-Hürde für Mitglieder der Parteienallianzen aufgehoben ist, ins Parlament einziehen. Aufgrund ihrer neofaschistischen Ausrichtung kann davon ausgegangen werden, dass die İyi Parti zukünftig eher mit dem reaktionär-faschistischen Blok abstimmen wird als mit der CHP und der HDP.

Das Ergebnis der CHP wird die Kemalisten in eine tiefere Krise stürzen. Zumal ihr Verhalten am Wahlabend viele CHP-Anhänger*innen zutiefst enttäuscht hat. Das Experiment der CHP-Führung, mit kemalistisch-nationalistischen und konservativen Kandidat*innen sowie einer (gegen die syrischen Flüchtlinge) offen rassistischen Haltung bei der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit punkten zu können, kann als gescheitert angesehen werden. Die weitere Erosion der Partei ist abzusehen und wird auch von Parteilinken nicht aufgehalten werden können, zumal sich die CHP-Führung weiterhin als Teil der Vertretung von herrschenden Klassen sieht.

Die 10-Prozent-Hürde - nach dem Militärputsch von 12. September 1980 eingeführt, um kurdische Parteien vom Parlament fernzuhalten - galt im Grunde genommen nur für die HDP, die mit ihrem Ergebnis diese Hürde zum zweiten Mal ad absurdum geführt hat. Der Einzug der HDP ins Parlament, obwohl zahlreiche Abgeordnete und rund 17.000 Funktionäre inhaftiert sind, die Partei aufgrund der Repressionen mehrfach behindert wurde, ist durchaus als ein großer Erfolg zu bewerten. Die HDP ist die einzige Partei, in der rund die Hälfte der Abgeordneten Frauen und mehrere Sozialist*innen vertreten sind und kann, da sie die unterdrückten Schichten und subalternen Klassen vertritt, als die einzige parlamentarische Kraft der gesellschaftlichen und politischen Opposition gesehen werden.

Fazit

Aufgrund der Bedingungen kann von bürgerlich-demokratischen und fairen Wahlen überhaupt nicht gesprochen werden. Diese waren auch weder »die letzten freien Wahlen« noch irgendwie geartete »Schicksalswahlen« wie es gerne kolportiert wird. Nach dem Verfassungsreferendum von 2010 und insbesondere nach dem letzten Referendum am 16. April 2017 war der Übergang in die Diktatur längst vollzogen. Mit den Staatspräsidentenwahlen und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018 wurde die Präsidialdiktatur legitimiert. Das AKP-Regime beabsichtigte mit den vorgezogenen Wahlen gegenüber den internationalen Akteuren ihre Reputation wiederherzustellen und die fragiler gewordenen Machtverhältnisse durch Legitimation zu stabilisieren. Vorerst ist Erdoğan das gelungen. Aber perspektivisch gesehen steht die Präsidialdiktatur Erdoğan auf tönernen Füßen. Denn die Vielfachkrise in der sich das Land seit langem befindet, hat sich vertieft. Nun muss die neue Erdoğan-Regierung die Versprechungen, die sie den internationalen Finanzmärkten vor den Wahlen gegeben hat, erfüllen. Die Umsetzung weiterer neoliberaler »Wirtschaftsreformen« stehen an und diese Sanierung wird über kurz oder lang auch die kleinbürgerlichen und mittelständischen AKP- und MHP-Unterstützer hart treffen. Mit weiteren sozialen Härten und Verbreitung der Armut verbundenen Maßnahmen sowie Entscheidungen die auf »Zwängen« beruhen, werden zu größeren Protesten und Widerständen führen, zumal sie ohne die Verschärfung des Repressionsapparats nicht umsetzbar sind. Dazu kommt die Tatsache, dass die kurdische Frage weiterhin ungelöst ist und große, blutigere Konfliktpotentiale beinhaltet.

Es mag sein, dass der reaktionär-faschistische Block gestärkt aus diesen Wahlen herausgegangen ist. Völlig offen ist aber, wie sie die nächsten eins bis zwei Jahre überleben wird. Für die Linke in der Türkei werden zwar die Bedingungen viel schlechter, aber sie schaffen auch neue Chancen und Möglichkeiten, um den Kampf gegen Faschismus und Diktatur stärker zu gestalten. Die in den letzten Wochen des Wahlkampfes entstandene Aufbruchsstimmung in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen sowie die von, bisher der kurdischen Bewegung reserviert bis feindlich gegenüberstehenden urbanen-modernen Schichten offen artikuliert Wahlsolidarität mit der HDP machen Hoffnung auf mehr. Hier stehen nun die türkische Linke und die kurdische Befreiungsbewegung in der Pflicht: Brücken zwischen unterschiedlichen Widerstandsherden aufzubauen, laizistische CHP-Anhänger*innen in den demokratischen Kampf einzubeziehen, den von oben erklärten Klassenkampf aufnehmend eine Bresche zu den verarmten sunnitisch-konservativen Bevölkerungsteilen zu schlagen und gegen die Diktatur die Straßen zu beleben – Leichter gesagt als getan, aber nicht unmöglich, sondern durchaus machbar. Die Erfahrungen des Gezi-Widerstandes, gelebte und erlebte Solidarität gegen Polizeigewalt, gegenseitige Wahlkampfunterstützung der CHP- und HDP-Anhänger*innen und trotz allem Millionen von Wähler*innen bilden dafür die Grundlage. Unterdrückte und ausgebeutete Klassen wissen aus Erfahrung: Wir können verlieren, stehen aber wieder auf und kämpfen weiter. Wenn Diktatoren verlieren, dann sind sie Geschichte. Die türkische Linke und die kurdische Befreiungsbewegung haben inzwischen genug Erfahrung gesammelt, um die Herausforderungen, die jetzt anstehen, zu meistern. Wir in Europa sollten sie mit allen Kräften unterstützen und für diesen Kampf ermutigen.

»Verkürzte Solidarität« oder unsolidarische Schuldzuweisung?

Eine Kritik der polemischen Kritik des Kollegen Guilliards
4. September 2018

In der Ausgabe 4_2018 der Marxistischen Blätter wurde unter der Überschrift »Syrien, die Kurden und eine verkürzte Solidarität« ein Artikel von Joachim Guilliard veröffentlicht, der voller polemischer Kritik und fragwürdigen Positionen ist. Im Grunde genommen wiederholt Kollege Guilliard seine Schuldzuweisungen, die er längst am 30. Januar 2018 in der Zeitschrift Rubikon [1] formulierte. In seinem neuerlichen Artikel nimmt er einen direkten Bezug auf den Artikel »Über Afrin zum Faschismus« [2], der in verkürzter Form auch im Marxistischen Blätter veröffentlicht wurde. Die polemische Kritik des Kollegen Guilliard hat durchaus das Potential, als ein Standardwerk des türkischen Sozialchauvinismus zu gelten, zumal seine Argumentationen nahezu perfekt auf dessen Positionen passen. Aber zuerst sollten wir uns mit seinen hauptsächlichen Kritikpunkten beschäftigen.

Kollege Guilliard wirft den »Unterstützern der kurdischen Bewegung« vor, dass sie »durch eine kritiklose Parteinahme mit den syrisch-kurdischen Organisationen [die Gefahr], die ihr Bündnis mit den USA für die territoriale Integrität Syriens darstellt, ausblenden«. Sie würden aufgrund ihrer »beschränkten Analyse und den engen Fokus auf die kurdische Unabhängigkeitsbewegung« letztendlich »die große Gefahr einer Ausweitung des Krieges« völlig aus dem Blick verlieren. Wie im Rubikon-Artikel behauptet er auch hier ernsthaft, dass »Assyrer, Drusen, Araber etc. keine Solidarität« erhalten. Es entstünden aufgrund der »Idealisierung der autonomen Strukturen in Rojava« und der »Betrachtung durch kurdische Brille gravierende Fehleinschätzungen«. Daher würden Unterstützer der kurdischen Bewegung »die gravierend konfliktverschärfende Rolle der kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen ignorieren« und »unlautere Vorwürfe an Russland« richten, die zwar »sicherlich aus Eigeninteresse«, aber »rein defensiv und im Rahmen des Völkerrechts« agiere. Weil die »leichtfertige Unterstützung eines gefährlichen Grades von Unabhängigkeit, [die] Einheit des Landes erheblich gefährden kann«, müssten »die kurdische Bewegung und ihre Unterstützer einsehen, dass ohne die fortgeschrittene Destruktion des syrischen Staates es auch einen Erdogan nie in den Sinn gekommen wäre, Afrin zu überfallen«. Murat Çakır, Nick Brauns und »auch viele andere Linke« würden die PYD/YPG verteidigen, die sich »gegen die Interessen der Mehrheit des Landes stellen« und »nicht nur zu Bodentruppen der USA machen lassen, sondern [faktisch] auch die Besetzung eines großen Teil Syriens durch eine ausländische Macht unterstützen«.

Es bleibt des Kollegen Guilliards Geheimnis, wer diese »Linken und Friedensbewegte« sind, die »bei ihrer Solidarität mit zweierlei Maß« messen. Aber eben diese Verallgemeinerung scheint notwendig zu sein, um die eigentliche Stoßrichtung seiner Schuldzuweisungen zu formulieren: Die »von der PYD dominierte kurdische Selbstverwaltung Afrins« ist wegen ihrer Kompromisslosigkeit selbst schuld an der türkischen Aggression. Wären sie auf die »Vermittlungsvorschläge von russischer Seite«, die sich »intensiv um eine politische Lösung bemüht« habe, eingegangen, hätte womöglich sich »die Türkei damit zufriedengegeben und nicht angegriffen«. Im Übrigen, so seine Belehrung, müsse man »in diesem Zusammenhang vermeiden, von syrischen Kurden zu sprechen«, da »ein erheblicher Teil der syrischen Kurden den Kurs von PYD/YPG ablehnen« würden. Um seine Behauptungen zu untermauern hatte Kollege Guilliard im Rubikon-Artikel ausgerechnet den ICG-Mann Joost Hiltermann sprechen lassen: »Ein erheblicher Teil der syrischen Kurden sind nicht damit einverstanden, einer ziemlich rigiden Herrschaft von PKK-nahen Kadern unterworfen zu sein, die ihre Politik mehr an PKK-Chef Öcalan ausrichten, als an den örtlichen Befindlichkeiten und sie durch das Bündnis mit den USA in eine gefährliche Lage gebracht haben«. Nun, Erdoğan hätte es nicht besser formulieren können!

Die polemische Kritik des Kollegen Guilliard, welcher weder den Rang einer sachlichen Kritik noch einer rhetorisch-gelehrten Polemik erreichen kann, besteht aus Schuldzuweisungen, Unkenntnis

historischer Gegebenheiten, Halbwahrheiten, unzulässigen Verallgemeinerungen und auf Hörensagen basierenden Ferndiagnosen. Es mag sein, dass diese Kritik der polemischen Kritik als eine Aufwertung der beiden Artikel des Kollegen Guilliard verstanden werden könnte. Dem ist nicht so. Aber die Erwiderung ist deshalb notwendig, weil seine fragwürdigen Argumentationen bei zahlreichen deutschen Kommunist*innen Gehör finden.

Auf ein Kurzformel gebracht sieht Kollege Guilliard die kurdische Befreiungsbewegung (nicht »Unabhängigkeitsbewegung«) als »Handlanger des US-Imperialismus«, deren Unterstützer*innen nur zur »beschränkter Analyse mit gravierenden Fehleinschätzungen« fähig, stellt das bürgerliche Völkerrecht dem leninistischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker entgegen und versteht die Russische Föderation sowie das Molla-Regime des Irans als Hochburgen des Antimperialismus. Eine solche Sichtweise ist weder marxistisch, noch ist sie als eine friedensbewegte Position zu gebrauchen.

Rücken wir einiges zurecht

Es ist richtig, dass imperialistische Kräfte, allen voran die USA und die Regionalmächte wie die Türkei oder arabische Despoten seit Jahren versuchen, den gesamten Nahen und Mittleren Osten neuzuordnen. Dafür heizen sie blutige Konflikte an, führen Stellvertreterkriege, verhindern politische Lösungen und unterstützen mit allen Mitteln unterschiedliche Terrororganisationen. Es entspricht der Tatsache, dass die USA, ihre NATO-Partner und sog. »Koalitionäre« unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts in Syrien agieren – so wie sie es seit Jahren in verschiedenen Regionen der Welt auch tun. Daher ist es selbstredend, ja gar verpflichtend, dass die Friedensbewegung weltweit dieser Politik konsequent entgegnet und sich für eine friedliche Lösung unter Einbeziehung der syrischen Regierung einsetzen muss.

Zu betonen ist in diesem Zusammenhang: Für linke Kräfte und die Friedensbewegung käme es einem Akt der Selbstverleugnung und Selbstaufgabe gleich, würden sie die Opfer der Kriege in wichtig und unwichtig unterscheiden, hier aufschreien, aber dort schweigen. Linker Solidarität mit einer Verallgemeinerung »zweierlei Maß« vorzuwerfen und sie mit dem Handeln bürgerlich-liberaler Kräfte gleichzusetzen, ist nicht billig, sondern ehrverletzend.

Ebenso ehrverletzend und zutiefst unsolidarisch ist der Vorwurf vom »Idealisierung der syrisch-kurdischen Organisationen« - gerade gegenüber vielen revolutionären Internationalist*innen und Mitgliedern unterschiedlicher kommunistischer Parteien, die ihr Leben im Kampf gegen jihadistische Söldner verloren haben. Die linke Anerkennung des Aufbaus von basisdemokratischen Rätestrukturen, der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in einer Region der Rückständigkeit und die kritische Solidarität mit ihnen als »Idealisierung« zu problematisieren, kann im umgekehrten Sinne durchaus als Diffamierung verstanden werden. Dieser Vorwurf zeugt von Unkenntnis historischer Gegebenheiten und der Situation vor Ort, einer ignoranten Realitätsverweigerung sowie von einem Wunschenken über die Rolle der Russischen Föderation und der syrischen Regierung. Nicht zuletzt zeugt es davon, dass nicht mal ein Hauch des Glaubens an die Machbarkeit von revolutionären Umwälzungen vorhanden ist. Wer den Glauben an die Revolution verloren hat, verliert sich unweigerlich in den Gefilden geopolitischer Verschwörungstheorien.

Bei der kritischen Solidarität mit den nordsyrischen Kantonen geht es nicht darum, die Legitimität der syrischen Regierung zu hinterfragen – sie ist so legitim wie alle Regierungen kapitalistischer Nationalstaaten. Ebenfalls falsch ist die Behauptung, dass die linke Unterstützung von »konföderalen Ansätzen« zur »Dekonstruktion Syriens« beitragen würde. Gerade diese Behauptung ist eine demagogische Gleichsetzung der linken, internationalistischen Solidarität sowie der nationalen Befreiungskämpfe mit imperialistischen Strategien. Seit wann ist für Marxist*innen und Kommunist*innen die »territoriale Einheit« kapitalistischer Nationalstaaten ins Beton gegossen, seit wann das Selbstbestimmungsrecht ad acta gelegt?

Werfen wir doch einen oberflächlichen Blick auf die Geschichte des syrischen Staates: Dank Bolshewiki wurde im November 1917 das geheime Sykes-Picot-Abkommen zwischen Großbritannien und Frankreich bekannt, welches die Grundlage für das französische »Völkerbundmandat für Syrien und Libanon« nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg bildete. Frankreich setzte 1930 die

Gründung der »Syrischen Republik« durch, der nach dem Putsch der Baath-Partei 1963 aufgelöst wurde. Die Einzelheiten sparen wir uns. Schon nach dem Putsch im September 1961 waren syrische Kurd*innen, die in Syrien weiterhin die größte ethnische Minderheit ausmachen, 1962 zu »Ausländern« bzw. »Staatenlosen« erklärt worden. Baath-Regierungen hielten daran fest. Willkür, Zwangsumsiedlungen, Bevölkerungsaustausch und Rechtlosigkeit waren die Folgen dieser Politik. Das heutige syrische Regime war also bei weitem kein Unschuldslamm. Informierte werden sich sicher erinnern: noch bis 2011 war Syrien für die Bundesregierung ein »sicheres Herkunftsland«, in die man syrische und syrisch-kurdische Flüchtlinge ohne Weiteres abschieben konnte. Und wer könnte die »effektiven Verhörmethoden« in den syrischen Gefängnissen vergessen, deren Dienste nach 2001 von der CIA und BND ausgiebig in Anspruch genommen wurden?

Kollege Guilliard hat recht, wenn er Nordsyrien als Kornkammer des Landes beschreibt. Früher wurden in den nordsyrischen Gebieten 60 Prozent des Getreides produziert. Die kurdischen Produzent*innen jedoch mussten ihre Ernte nach Aleppo liefern und durften bearbeitete Getreideprodukte zum teuren Geld kaufen. Die Region wurde bewusst rückständig gehalten und durch die gezielte Umsiedlung von sunnitisch-arabischen Bevölkerungsgruppen in kurdisch besiedeltes Gebiet umgestaltet. Insbesondere nach der Machtübernahme von Baschar al-Assad in 2000 und der Vertiefung der Beziehungen zur Türkei wurden die Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung verstärkt. Sicherlich waren die Wasserpolitik und die Einmarschdrohungen der Türkei dafür mitverantwortlich, aber der eigentliche Grund lag in dem arabischen Nationalismus der Baath-Partei. Insofern war das syrische Regime für die kurdische Bevölkerung die Regierung eines Unrechtsstaates, der sie ausgeliefert waren –bis zur Ausrufung der Autonomie.

Nicht »Idealisierung«, sondern kritische Solidarität

Internationalist*innen aus der Türkei, aber auch die noch immer verbotene KP der Türkei sehen die Verwirklichung von kommunalistischen Rätestrukturen in den nordsyrischen Kantonen weder als Sozialismus noch als dessen Alternative an. Die Entwicklung vor Ort erkennen sie als eine demokratische Revolution an und solidarisieren sich damit. Zahlreiche Mitglieder revolutionären Organisationen und kommunistische Parteien aus der Türkei beteiligen sich an dem bewaffneten Kampf der Volksverteidigungseinheiten. Sowohl innerhalb der YPG, als auch der YPJ stellen sie eigene Brigaden.

Die Tatsache, dass die Selbstverwaltungen sowie die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten, trotz der Mehrheit der Kurd*innen, auch von Araber*innen, Armenier*innen, Assyrer*innen, Tschetschen*innen, Tscherkess*innen und Turkmenen, Muslime, Christen, Jesiden etc. gestellt werden und selbst die Verteidigungseinheiten basisdemokratisch organisiert sind, belegt die Verankerung der Rätestrukturen und der Selbstverteidigung innerhalb der Bevölkerung. So hat am 29. Dezember 2016 eine verfassungsgebende Versammlung, an der alle dieser Bevölkerungsgruppen vertreten wurden, einen »Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nordsyrien« ratifiziert und sich für eine »Demokratische Föderation Syrien« ausgesprochen. [3]

Wer des Lesens und Schreibens mächtig ist, wird aus dem Gesellschaftsvertrag herauslesen können, dass die Kantone keine Unabhängigkeit begehren und sich für ein demokratisch verfasstes, föderales Syrien einsetzen. Kollege Guilliard verwechselt hier offenbar die Positionen Barsanis mit denen der nordsyrischen Kantone. Im Übrigen; nicht der Kurs der PYD, sondern der Kurs der Barsani-Kräfte findet keine Zustimmung unter den syrischen Kurd*innen. Seit Jahren versuchen die USA und auch die Türkei die Kantone dazu zu drängen, dass Barsani-Kräfte, die in Nordsyrien über keine gesellschaftliche Basis verfügen, überproportional in den Selbstverwaltungen vertreten werden. Und wer auch nur Fragmente der Thesen von Abdullah Öcalan gelesen hat, dürfte von »Unabhängigkeitsbestreben PKK-naher Kräfte« nicht sprechen – es sei denn, er hat etwas anderes im Sinne.

Insofern ist es nachvollziehbar, wenn die nordsyrischen Kantone der syrischen Regierung nicht vertrauen und folgerichtig, dass die Selbstverwaltung Afrins den sog. Vermittlungsvorschlag Russlands abgelehnt hat, da dies der Aufgabe der Selbstverwaltung und der Nichtigerklärung des Gesellschaftsvertrags gleichgekommen wäre.

Aus linker Perspektive gibt es sicherlich einiges an den Thesen Öcalans, die sich auf postmarxistischen und libertär-anarchistischen Argumentationen aufbauen, zu kritisieren. Dennoch muss anerkannt werden, dass seine Thesen sich für die gesamte kurdische Befreiungsbewegung, für einen großen Teil des kurdischen Volkes, aber auch für unterschiedliche revolutionäre Kräfte zur Inspirationsquelle und zum strategischen Wegweiser ihrer Kämpfe entwickelt haben. Gleichzeitig ist auch anzuerkennen, dass die Kantone in Nordsyrien die Machbarkeit einer emanzipatorisch-demokratisch-sozialen Alternative unter den Bedingungen des Krieges und des Terrors weit über die Region sichtbar gemacht haben. Dennoch bedürfen Öcalans Thesen einer historisch-materialistischen Kritik, die auch von der verbotenen KPdT und anderen Internationalist*innen formuliert werden.

[1] Siehe: <https://www.rubikon.news/artikel/kurden-im-zwielicht>

[2] Siehe: <http://www.murat-cakir.de/ueber-afrin-zum-faschismus/#more-510>

[3] Siehe: http://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2017/11/Gesellschaftsvertrag_p6.pdf

In autoritär-neoliberaler Kontinuität!

40 Jahre nach dem Militärputsch ist die deutsch-türkische
Waffenbrüderschaft weiter intakt
27. Juli 2020

Die Geschichte des Militärputsches in der Türkei im September 1980 beginnt schon im Januar. Am 24. Januar 1980 beschloss die kapitalfreundliche Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Süleyman Demirel ein Strukturanpassungsprogramm, das die neoliberale Wende des Landes vom Protektionismus zur Weltmarktöffnung und zu einer exportorientierten Ökonomie einleiten sollte. Gewerkschaften und Linke stemmten sich mit einem von Massen getragenen heftigen Widerstand dagegen. Sehr schnell stand fest, dass ein solches Programm nicht ohne die gewaltsame Stabilisierung der inneren Kräfteverhältnisse zugunsten der herrschenden Klassen durchgesetzt werden kann. So übernahm am 12. September 1980 eine Militärjunta unter General Kenan Evren mit offener Unterstützung der Nato-Partnerländer die Macht in der Türkei.

Ein wichtiger Grund für diese Unterstützung war die internationale politische Entwicklung, die für die imperialistischen Strategien Rückschläge bedeutete: 1979 begann die iranische Revolution. In Afghanistan war die Rote Armee einmarschiert, und der Kommunist Babrak Karmal hatte die Regierung übernommen. Der Kalte Krieg hatte mit dem Nato-Doppelbeschluss im Dezember 1979 einen neuen Höhepunkt erreicht. Unter diesen Umständen gewann die »Stabilität« des Nato-Mitglieds Türkei eine besondere Bedeutung. So begann am 12. September 1980 ein Prozess, der die Voraussetzungen für die autoritär-neoliberale Organisierung des türkischen Kapitalismus schaffen sollte.

Politische, finanzielle und militärische Unterstützung erhielten die Träger dieses Prozesses insbesondere aus der Bundesrepublik. Das erste internationale Abkommen, das die Junta unterzeichnete, war der Vertrag mit der sozialliberalen Bundesregierung über Polizeihilfe. Noch im Dezember 1980 lieferte die Bundesrepublik die ersten Fahrzeuge und Waffen an die Türkei aus. Und Bundestagsabgeordnete stellten nach Türkeibesuchen fest, dass das Land keineswegs diktatorisch regiert werde und die Militärjunta großen Rückhalt in der Bevölkerung habe.

Massive Menschenrechtsverletzungen, Todesurteile, Folterungen, außergerichtliche Hinrichtungen und Massenverhaftungen waren keinen Bericht wert. Für den deutschen Imperialismus hatte der Auf- und Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes der Türkei Priorität. Heute, 40 Jahre nach dem Militärputsch, fungiert dieser Komplex als ein profitabler Vertriebsmechanismus für deutsche Rüstungsgüter. Weitreichende Kooperations- und Lizenzvereinbarungen helfen deutschen Rüstungskonzerne, die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesrepublik bequem zu umgehen.

Graue Wölfe als Auftragskiller der Junta

Dank zahlreicher Belege, etwa aus Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen, wissen wir heute, dass die bundesdeutsche Unterstützung der türkischen Machthaber nicht nur auf Hilfen in der Türkei begrenzt war, sondern auch in der BRD fortgeführt wurde. Die Junta hatte sich zum Ziel gesetzt, auch im Ausland für »Ordnung« zu sorgen. Denn Selbstorganisationen der kurdischen wie türkeistämmigen Migrant*innen in Europa, deren Handlungsfähigkeit durch die politischen Flüchtlinge nach dem Putsch gestärkt worden war, sorgten mit Aktionen für Kritik an der Militärdiktatur in der europäischen Öffentlichkeit.

Der türkischen Generalität war das mehr als ein Dorn im Auge. Auch deshalb beschloss sie, »die schweigende Mehrheit der Türken im Ausland wieder für den Staat zu gewinnen« und »den separatistischen und terroristischen Feinden den Krieg zu erklären«. So begann die berühmte »Befriedigungsoperation« (Huzur Operasyonu), die Bundesrepublik wurde zum Haupttätigkeitsfeld.

Koordiniert wurde die Operation durch Angehörige des türkischen Geheimdienstes MIT in den

Konsulaten. Zunächst rückten führende Köpfe der armenischen Untergrundorganisation Asala ins Fadenkreuz. Zivilisten aus dem Umfeld der neofaschistischen Grauen Wölfe wurden beauftragt, diese zu liquidieren. Auch politische Flüchtlinge wurden zum Abschuss freigegeben.

Die türkischen Neofaschisten hatten immer eine gute Beziehung zum deutschen Staat. So war die neofaschistische Partei der Nationalistischen Bewegung MHP die erste türkische Partei, die in Westdeutschland tätig wurde. Am 9. April 1973 wurde die MHP-Auslandsvertretung in Kempten offiziell eröffnet. Bis Ende Juli 1976 organisierte die MHP ihre Parteiarbeit legal und mit Wissen der Bundesbehörden. Die pro forma Auflösung am 28. Juli 1976 war keineswegs von deutscher Seite gewünscht, sondern das Ergebnis eines Urteils des türkischen Verfassungsgerichts, das türkischen Parteien verbot, Auslandsvertretungen zu eröffnen.

Doch die Beziehungen der Neofaschisten reichen noch weiter zurück. So war der MHP-Gründer Alparslan Türkeş ein loyaler Kollaborateur des Dritten Reichs. Ein Geheimbericht der Reichssicherheitspolizei an das Auswärtige Amt setzt sich für die Zusammenarbeit mit ihm ein. Türkeş machte sich die nationalsozialistische Idee zu eigen und bezeichnete sich lange selbst als Nationalsozialist.

Auch nach dem Krieg wurden Beziehungen aufrechterhalten. So lud der damalige NPD-Chef Adolf von Thadden 1970 Türkeş in die BRD ein. Deutsche Neonazis sahen Graue Wölfe als »Kameraden« an, und Türkeş forderte in einem Schreiben als Parteivorsitzender von seinen Gefolgsleuten in Deutschland die verstärkte Zusammenarbeit mit der NPD. In seinem Brief vom 28. Juli 1977 schrieb Türkeş: »Für das Erreichen der vorgegebenen Ziele ist die bestehende Zusammenarbeit zwischen der NPD und unserer Partei sowie ihre Erfahrungen und Methoden gemäß den Anweisungen unserer Parteizentrale zu nutzen.« Von daher ist es nicht überraschend, dass bisher kein einziger Naziangriff auf Vereine der Grauen Wölfe in der Bundesrepublik bekannt ist – zumindest dem Autor dieser Zeilen nicht.

Türkische Neofaschisten hatten aber auch enge Kontakte zur CDU und CSU sowie zu höchsten Stellen in Bundesbehörden. Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß (CSU) traf am 1. Mai 1978 Türkeş persönlich und versprach ihm tatkräftige Unterstützung. Im November 1980 ergriff der bayerische Innenminister Georg Tandler (ebenfalls CSU) öffentlich Partei für die Grauen Wölfe und erklärte der Presse: »Die MHP und die Türk-Föderation setzen sich im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik für die Interessen der türkischen Republik und der türkischen Nation ein.«

Weitere Unterstützung fanden die Grauen Wölfe bei der Gründung ihrer Föderation der demokratisch-idealistischen türkischen Vereine in Europa, bekannt als »Türk-Föderation«. Diese Organisation wurde am 17. und 18. Juni 1978 in einem vom CDU-Mitglied und Stadtverordneten Hans-Eckhardt Kannapin gemieteten Saal im hessischen Schwarzenborn gegründet. Kannapin verschaffte zudem führenden Grauen Wölfen, die in der Türkei als Mörder steckbrieflich gesucht wurden, durch angebliche Beschäftigungen in seinem fiktiven »Türkei-Institut« Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse in der BRD. Einige dieser Leute waren in das Papstattentat 1987 verwickelt.

Im November 1996 kam im Rahmen der sogenannten »Susurluk-Affäre« [1] heraus, wie neofaschistische Mörder wie Abdullah Çatlı, Haluk Kırcı, Oral Çelik und andere von den türkischen Machthabern angeworben wurden. Auf ihr Konto gehen zahlreiche extralegale Hinrichtungen auf Geheiß des türkischen Staates. Dies alles war der Regierung und den Behörden der BRD hinlänglich bekannt.

... und weitere Handlanger

Die »Befriedungsoperation« der türkischen Militärjunta beinhaltete aber nicht nur die Rekrutierung von Grauen Wölfen als Auftragskiller, die laut Putschistenführer General Evren »zur Auslöschung von armenischen Terroristen und kommunistischen Separatisten entscheidendes beigetragen« haben, sondern auch weitere Ziele: Zum einen sollte der Einfluss von »staatsfeindlichen« Kräften in der europäischen Öffentlichkeit gebrochen werden. Zum anderen war es notwendig, »vaterlandsliebende Auslandstürken« wieder an den Staat zu binden.

Gerade diese Ziele jedoch waren weder mit den beschränkten Aktivitäten der Geheimdienstleute

in den Konsulaten noch mit den in der Illegalität handelnden neofaschistischen Killern zu erreichen. Deshalb wurde 1982 in Berlin die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, kurz DITIB, gegründet. 1984 wurde ihr Sitz nach Köln verlegt. Sie sollte den linken Selbstorganisationen eine staatsnahe Alternative entgegenstellen, was auch im Interesse des deutschen Staates war.

Von Anfang an war die DITIB der staatlichen Anstalt für Religion in der Türkei unterstellt, wurde aber maßgeblich durch den Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei angeleitet und kontrolliert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass jegliche Vorschriften des deutschen Vereinsrechts und die »Richtlinien für ausländische Vereine« in der Bundesrepublik für DITIB nicht galten. Während Vereine, die »mehrheitlich von Ausländern gegründet sind«, jede Änderung der Satzung und Vorstandsmitglieder an die Regierungspräsidien anzumelden haben, war ein Verein, der nach deutschem Recht in der BRD gegründet, aber von einem anderen Staat kontrolliert wurde, quasi von allen Vorschriften befreit.

Binnen kurzer Zeit konnte die DITIB, deren Imame von Ankara gestellt werden, in zahlreichen deutschen Städten Moscheevereine gründen und ein beträchtliches Immobilienvermögen anhäufen. Viele Gläubige bevorzugten diese Moscheevereine gegenüber den Hinterhofmoscheen der islamistischen Verbände. Die mit den Spenden der Moscheebesucher*innen erworbenen Immobilien wurden Eigentum des Verbands. Mit Hilfe der entsandten Imame gelang es dem türkischen Staat, seinen Einfluss auf die türkischen Migrant*innen auszuweiten und sie für die nationalistische Staatsideologie empfänglicher zu machen.

Im Laufe der Jahre waren in Deutschland auch zahlreiche türkische Sport- und Kulturvereine entstanden, in denen sich viele derjenigen türkeistämmigen Migrant*innen sammelten, die mit Religion und Nationalismus weniger anfangen konnten. Über die DITIB-Vereine, die häufig als Informationsbeschaffungszentren des Geheimdienstes fungierten, konnte der türkische Staat die säkularen Migrant*innen nicht erreichen.

Um den großen Kreis der entstandenen Sport- und Kulturvereine, Elternvereinigungen oder »Cemiyet« genannten Clubs erreichen zu können, wurden diese nach und nach unter dem Dach von sogenannten »Koordinierungsräten türkischer Vereine«, deren Postanschrift stets mit dem der zuständigen Generalkonsulate identisch sind, zusammengefasst. So entstand in den Folgejahren ein von staatsnahen Vereinen und Verbänden getragenes und je nach Bedarf als eine »Pro-Türkei-Lobby« funktionierendes Netzwerk unter staatlicher Kontrolle. Diese Lobbyorganisationen organisierten und organisieren gezielt Kampagnen gegen türkeikritische Berichterstattung, Personen oder Organisationen. Als angebliche unabhängige und einzig legitime Vertreterinnen der türkischen Community suchten sie die Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Behörden – mit Erfolg.

Heute sind laut Angaben der Bundesregierung rund 8.000 türkische Geheimdienstler*innen in der BRD tätig. Von der türkischen Regierung kontrollierte Verbände, allen voran die DITIB, sind im Rahmen der Einführung des islamischen Religionsunterrichts sowie der sogenannten Integrations- oder Islamkonferenzen als Vertreter der türkeistämmigen Migrant*innen anerkannt. Die unselige deutsch-türkische Waffenbrüderschaft gedeiht auch 40 Jahre nach dem Militärputsch weiter prächtig. Zuletzt konnte man diese autoritäre Allianz im Dienste des Neoliberalismus beim Münchener Schauprozess verfolgen, als türkische Kommunist*innen, denen keine Straftaten in der Bundesrepublik vorgeworfen wurden, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

[1] Anmerkung: Der Susurluk-Skandal wurde durch einen Verkehrsunfall in der türkischen Kleinstadt Susurluk am 3. November 1996 ausgelöst. Dabei starben vier Insass*innen eines Autos, unter anderem der stellvertretende Polizeipräsident von Istanbul, Hüseyin Kocadağ, und Abdullah Çatlı, ein führendes Mitglied der Grauen Wölfe, der 1990 aus einem Schweizer Gefängnis ausgebrochen war, wo er wegen Heroinhandels einsaß, und per Interpol-Haftbefehl gesucht wurde. Çatlı war auch für die Ermordung von sieben Mitgliedern der Arbeiterpartei der Türkei verantwortlich und pflegte Kontakte zu Rechtsterroristen in zahlreichen Ländern; er unterstützte auch den Papsttattäter Mehmet Ali Ağca. Auch der Parlamentsabgeordnete der Partei des Rechten Weges (DYP), Sedat Edip Bucak, Großgrundbesitzer und Führer von Dorfschützeinheiten, saß im Autowrack. Er überlebte den Unfall. Außerdem fand die Polizei im Auto Drogen und mehrere Waffen und zahlreiche gefälschte Pässe von Abdullah Çatlı.

Die getürkte Debatte

Über »Graue Wölfe«, andere türkische Neofaschisten und die Verbotsdebatte
30. November 2020

Wer die Diskussionen der letzten Wochen und insbesondere die Bundestags-Debatte am 18. November verfolgt hat, wird den Eindruck nicht los, dass die europäischen Regierungen türkischen Neofaschisten den Krieg erklärt haben. Es scheint ein neuer Wind in Europa zu wehen – der Wind eines regierungsamtlich verordneten Antifaschismus.

Anfang November hatte der französische Präsident Macron in seiner öffentlichkeitswirksamen Empörung erklärt, den »Grauen Wölfen« Einhalt gebieten zu wollen. Sein Kabinett ordnete dann am 4. November 2020 die Auflösung der »Grauen Wölfe« an. Faktisch hat das Verbot, (O-Ton Kabinettsbeschluss) der »einen neuen Stein in die Mauer gegen den Islamo-Faschismus einführen« soll, keine Wirkung, da eine Organisation namens »Graue Wölfe« in Frankreich nie existiert hat, ist aber eine politische Botschaft an den türkischen Präsidenten, der zum Boykott französischer Produkte aufgerufen hatte und seine Marine anwies, vor Libyen ein französisches Kriegsschiff zu bedrängen.

Deutsche Politiker hingegen wollen zeigen, dass sie es besser können als die Franzosen. Nachdem auch Österreich beschlossen hat, das Erkennungszeichen der »Grauen Wölfe« also den »Wolfsgruß« zu verbieten, will der Bundestag endlich einen Organisationsverbot erreichen. »Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen« - so titelt der gemeinsame Antrag, was durchaus zu begrüßen ist. Faschistische Organisationen – unabhängig welcher Couleur sollten verboten werden, Punkt. Die Feststellungen und Forderungen des angenommenen Antrags sind, wenn auch nicht ausreichend, richtig.

Unvollständig ist der Antrag insbesondere im Hinblick auf die Organisierungsgeschichte der türkischen Neofaschisten in der BRD. Da geht der Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE viel weiter und enthält viele richtige Feststellungen. In diesem Zusammenhang gab es eine breite und informative Berichterstattung über die neofaschistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung), deren Ableger die sogenannte »Türk Föderation«, also »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.«, über die »Türkisch-Islamische Union in Europa« (ATIB) sowie über den Auslandsverband der MHP-Abspaltung »Büyük Birlik Partisi« (Große Einheitspartei) und der unorganisierten Anhängerschaft der türkischen Neofaschisten.

In der aktuellen Berichterstattung wird vieles richtig wiedergegeben. Zu bemängeln ist jedoch, dass die türkischen Neofaschisten immer wieder als »Ülkücü«, also als »Idealisten« genannt werden. Diese Bezeichnung verharmlost deren neofaschistische Ideologie und verdeckt ihre Verbindung zum Nationalsozialismus. Auch wenn inzwischen mehrere Parteien und Organisationen existieren, begründet sich die ideologische Ausrichtung dieser auf dem panturanistisch[1] -nationalsozialistischen Doktrin des verstorbenen Neofaschistenführers Alparslan Türkeş.

Alparslan Türkeş und der türkische Neofaschismus

Türkeş war und ist auch posthum der unumstrittene Führer der neofaschistischen Bewegung in der Türkei. Er forderte von seinen »Grauen Wölfen« absoluten Gehorsam und Unterwerfung. Dies machte er mit seinen berühmten Worten deutlich: »...Wenn ich in unserem Kampf fallen sollte nehmt unsere Fahne und wendet euch nach vorne. Wenn ich zurückweichen sollte, dann erschießt mich. Erschießt jeden, der sich von unserer Sache abwendet!« So wurden zwischen 1971 und 1980 mehrere Abtrünnige von ihren ehemaligen »Kameraden« erschossen.

Die neofaschistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) hat als politisches Programm die »Neun – Lichter – Doktrin« von Türkeş angenommen. Türkeş behauptete, dass die türkische Nation ihre Zukunft nur mit der »Neun-Lichter-Doktrin«, die das nationalsozialistische Modell

panturkistischer Prägung beinhaltet, gestalten könne. Die Grundsätze der »Neun – Lichter – Doktrin« benannte Türkeş wie folgt:

»1. Nationalismus; 2. Idealismus; 3. Ethik; 4. Sozialismus; 5. Wissenschaftlichkeit; 6. Liberalismus und Individualismus; 7. Agrarismus; 8. Fortschrittlichkeit und Populismus; 9. Industrialismus.«

Obwohl diese Doktrin als eine Idee von Türkeş bekannt ist, übernahm er lediglich die ideologische Vorarbeit von Mürşit Altaylı und Nihal Atsız - beide verbissene Vertreter des türkischen Rassismus und Anhänger des Nationalsozialismus – und machte sie sich zu eigen. Altaylı und Atsız waren genau wie Türkeş loyale Mitarbeiter des Dritten Reichs. Wie wichtig Alparslan Türkeş für das Dritte Reich war, offenbart ein geheimer Bericht der Reichssicherheitspolizei an das Auswärtige Amt: [2]

»Aus der Entwicklung der Kriegsführung ergibt sich die Notwendigkeit, Beziehungen in den pantürkischen und deutschfreundlich gesinnten Gruppen in der Türkei auszubauen und zu pflegen. Gerade in der Türkei bieten im Hinblick auf angrenzende Rohstoffländer solche Verbindungen Möglichkeiten, die sich in ihrer ganzen Tragweite nur aus dem Lande selbst überblicken lassen.

Die Türkei war für uns der wichtigste Lieferant für Chrom. Das Reich deckte 30% seines Bedarfes an Chrom, bis die türkische Regierung infolge der bekannten anglo – amerikanischen Note – bei gleichzeitiger Weiterlieferung an England, das 1943 allein 55.000 Tonnen Chrom erhielt – die Lieferung an Deutschland einstellte.

Die Zielsetzung des Feindes wird an diesem Beispiel voll erkennbar. Unsere Verbindungen müssen deshalb dringlich aktiviert werden. Die Voraussetzung für den Einsatz uns nahestehender Personen bieten die Verbindungen, die vormals vom Amt Ausland / Abwehr des OKW gepflegt wurden. Dabei muss auf die Schnelligkeit von Anfang an besonderem Wert gelegt werden, da die politische Haltung der türkischen Regierung für die nächste Zeit nicht voll kalkuliert werden kann.

Bislang bestand aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu folgenden Personen:

- 1. Alparslan Türkeş – Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung.*
- 2. Tekin Ariburun – Absolvent einer Militärakademie in England und Attaché der Luftstreitkräfte im Deutschen Reich.*
- 3. Sadi Kotschasch – mit politischen und militärischen Fähigkeiten.*

Diese Türken verdienen nach wie vor unsere ganze Aufmerksamkeit. Sie nachrichtendienstlich zu nutzen, muss der Geschicklichkeit und der persönlichen Initiative der im diplomatischen Dienst stehenden V – Männer überlassen bleiben. Es steht jedoch erwiesenermaßen fest, dass bei richtigem Einsatz dieser Personen unerschöpfliche Möglichkeiten bestehen, die über die militärischen Interessen des Reiches hinausgehen.

Unter allen Umständen muss gesichert werden, dass diese Personen auf weite Sicht für Deutschland wirksam werden können. Das Auswärtige Amt wird daher gebeten, über die deutsche Botschaft in Ankara in geeigneter Weise die Verbindungen zu solchen Persönlichkeiten und Gruppen, speziell zu den genannten, zu halten und auszubauen.«

Als loyaler Kollaborateur des Dritten Reichs wurde Türkeş kurzzeitig wegen seinen panturanistisch-nationalsozialistischen Ansichten angeklagt, konnte aber seine militärische Karriere fortsetzen. So wurde er Oberst der Armee und am 27. Mai 1960 die Radiostimme der Militärjunta, die ihn jedoch nach einigen Monaten ins Exil nach Indien schickte. 1963 kam er zurück und arbeitete an seiner politischen Karriere.

1965 wurde Türkeş Vorsitzender der »Partei der Republikanischen Bauernpartei« (CKMP), in der er seine neofaschistischen Positionen etablierte und schon 1969 den Parteinamen in MHP umänderte. Zur gleichen Zeit hatte er seine paramilitärische Organisation der »Grauen Wölfe« gegründet, die unter dem Namen »Idealistenvereine« (Ülkü Ocakları) agierten. Während Türkeş zwischen 1975 und 1978 in drei Koalitionsregierungen als Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident beteiligt war, wuchs die Zahl der politischen Morde, die von den »Grauen Wölfen« begangen wurden.

Doch die starke Arbeiterbewegung und der antifaschistische Widerstand übte immensen Druck auf die bürgerlichen Parteien und die gängigen Medien. So sah sich Türkeş gezwungen, seine na-

tionalsozialistischen Äußerungen zu modifizieren. In dem Parteiorgan »Devlet« (Staat) Jahrgang 1977, Nr. 405 ließ er folgendes verkünden:

»... Wir sind keine Nationalsozialisten. Wir sind keine Nazis, keine Faschisten. Unsere Feinde missbrauchen diese Begriffe, die wir nicht mehr gebrauchen werden. Ihr werdet euch ab sofort nicht mehr als Nationalsozialisten definieren. Das würde uns zu ungerechtfertigter Kritik unserer Feinde aussetzen. Daher haben wir die Benutzung dieser Betitelung verboten.«

Der überzeugte Nationalsozialist Türkeş versuchte durch solche öffentlichen Äußerungen, den Druck der immer stärker werdenden Kritik von seiner Partei zu nehmen. Daher sah er sich gezwungen, auch seinen Rassenverständnis anderes darzustellen:

»... Unser Rassenverständnis hat keine Ähnlichkeit mit dem anthropologischem Rassismus. Unser Rassenverständnis hat mit den gewalttätigen und anderen Nationen erniedrigendem Rassenverständnis nichts zu tun. Das ‚Neun-Lichter-System‘ definiert die Rasseneinheit anstatt anthropologischem Rassismus, als ein seelisches Prinzip, als eine psychologische Sache. Das ausschlaggebende ist der Glaube an eine rassische Herkunft und die Zugehörigkeit an eine Nation. Jeder der nicht den Stolz einer anderen Rasse in seinem Herz trägt, sich aufrichtig als Türke fühlt und sich dem Turkismus opfert, ist ein Türke. Er ist von der türkischen Rasse und Nation.«

Dennoch stand der Versuch von Türkeş, mit »moderaten« Begriffen seinen Rassismus zu verschleiern, mit anderen Aussagen von ihm im krassen Widerspruch. So behauptete er, dass die »Rasseneinheit« genetisch bedingt ist und vom »Blut« abhängt: »Die Rasseneinheit ist der wichtigste Faktor der türkischen Nation. Unsere Rasse ist die türkische Rasse. Weil die Rasse eine natürliche und organische Gegebenheit ist, sind die mentalen und physischen Talente der Menschen unterschiedlich. Die türkische Rasse hat ihre eigenen Besonderheiten. Eben diese Besonderheiten machen die Türken zu einer Herrenrasse«.

Als eine »Herrenrasse« hätten die Türken sieben Jahrhunderte lang die Welt beherrscht und als Kalifen die islamischen Länder geführt. Weil das muslimische Glauben in Anatolien immer ein wichtiger Faktor war, war daher es logisch, dass Türkeş den ehemals schamanistischen Panturkismus mit der sunnitisch-islamischen Komponente ergänzte. Alles was als »antitürkisch« und »anti-islamisch« deklariert wurde, wurde bekämpft. Die Idealistenvereine wurden zu Kadernschmieden und zu Terrorzentralen umfunktioniert. Seine Grauen Wölfe verstanden sich als »Beschützer des Staates« und liquidierten am laufenden Band Oppositionelle. Gleichzeitig wurden die Idealistenvereine zum Rekrutierungsfeld des türkischen Geheimdienstes und der berühmten Konterguerilla, dem türkischen »Gladio«.

Bis zum Militärputsch vom 12. September 1980 fielen über 5.000 Menschen dem neofaschistischen Terror zum Opfer. Türkeş befahl persönlich die Ermordung von Persönlichkeiten wie Kemal Türkler, dem Vorsitzenden der Gewerkschaftskonföderation DISK. In mehreren Regionen, vor allem dort, wo die alewitische Bevölkerung konzentriert lebte, wurden Massenmorde begangen. Dieser Terror der Grauen Wölfe war ein Teil des Szenarios, der zum Militärputsch vom 12. September 1980 führte. Obwohl bis zum Militärputsch fast die Hälfte der Türkei unter Kriegsrecht stand, fanden überall Mordanschläge statt. Mit der Machtübernahme durch die Generäle endeten diese Morde der Grauen Wölfe wie von Geisterhand und ein neues dunkles Kapitel der türkischen Geschichte begann.

Der Militärputsch hatte die neofaschistische Bewegung geschwächt. Die MHP wurde verboten, Türkeş bekam politisches Betätigungsverbot und viele seiner Gefährten traten in die neu gegründeten Parteien wie die Mutterlandspartei (ANAP)[3] von Turgut Özal ein. So konnten die langjährigen Türkeş-Gefährten wie Agah Oktay Güner (ANAP) und Yaşar Okuyan (ANAP) an ihrer »staats-tragenden Karriere« weiterarbeiten.

Die MHP nach dem Militärputsch

Mit dem Militärputsch hatte ein Prozess begonnen, der die politischen und ideologischen Voraussetzungen für die Organisierung des türkischen Kapitalismus im Rahmen eines autoritären neoliberalen Akkumulationsregimes schaffen sollte. Ein ideologisches Gemisch aus Ataturkismus, Na-

tionalismus und sunnitischem Islam: die sogenannte »türkisch-islamische Synthese« sollte die neue Hegemonie der Junta untermauern. Während einerseits der Atatürkismus und der kemalistische Laizismus die Staatsideologie ummantelten, konnte mit der kemalistisch-laizistischen Interpretation des sunnitischen Islam ein antikommunistischer Konservatismus tief in der Mehrheitsgesellschaft verankert werden. Die »türkisch-islamische Synthese« lieferte die innenpolitische Legitimation für die Transformation der politischen und ideologischen Grundlagen des Staates. Mit der Verbindung von aggressivem Antikommunismus, rassistischen Turkismus und sunnitischen Konservatismus schuf man eine Staatsideologie, die den inhaftierten stellvertretenden Vorsitzenden der neofaschistischen MHP, Agah Oktay Güner zu dem Ausspruch reizte: »Wir sind im Kerker, aber unsere Gedanken sind an der Macht.«

Doch lange mussten die Neofaschisten nicht im Kerker sitzen. Verurteilte neofaschistische Massenmörder wie Abdullah Çatlı, Haluk Kırcı, Oral Çelik und viele andere wurden von der türkischen Konterguerilla angeheuert, um als Auftragskiller im Rahmen des sogenannten »Befriedungsoperation« (Huzur Operasyonu) des türkischen Staates auf europäischem Boden zu agieren. Die BRD wurde zum Haupttätigkeitsfeld, da Strukturen schon vorhanden waren. Koordiniert wurde die »Befriedungsoperation« über die Geheimdienstleute in den Generalkonsulaten. Nach dubiosen Gefängnisausbrüchen wurden sie gegen führende Köpfe der armenischen Untergrundorganisation »ASALA«, dann gegen türkische Oppositionelle in Europa und später gegen kurdische Intellektuelle im Inland eingesetzt. Auf das Konto dieser »Grauen Wölfe«, denen erlaubt war, sich über Drogenhandel zu finanzieren, gehen zahlreiche Morde. Erst durch den Verkehrsunfall von »Susurluk« [4] wurden Einzelheiten über die Verwicklungen des türkischen Staates, der »Grauen Wölfe« und von ihnen dominierten kriminellen Banden der Öffentlichkeit bekannt.

In der Türkei konnten die Neofaschisten erst ab November 1985 wieder politisch agieren. Die im November 1985 gegründete »Nationalistische Arbeitspartei« (MÇP) nahm unter der Führung von Türkeş, der kurz davor per Volksabstimmung rehabilitiert wurde, 1987 an den Parlamentswahlen teil und konnte ihren Parteinamen 1993 wieder in MHP umändern. Das Verhältnis der Neofaschisten zum türkischen Staat festigte sich wieder. Der kemalistische Laizismus wurde wie die neoliberale Wirtschaftspolitik der Junta öffentlich zur Parteiprogrammatik erklärt. Das führte aber zu Zerwürfnissen in der Partei. Insbesondere eine Gruppe um den früheren Vorsitzenden der »Idealistenvereine« Muhsin Yazıcıoğlu, der die Anbindung an den kemalistischen Laizismus ablehnte, übte scharfe Kritik an der Parteiführung, die ihrer Meinung »antiislamisch« agierte. 1992 kam es dann zum Bruch. Yazıcıoğlu und Gefolgschaft traten aus der MHP aus und gründeten 1993 die »Große Einheitspartei« (BBP).

Geschwächt durch diese ideologischen Grabenkämpfe konnte die MHP bis zum Tod ihres Parteiführers Türkeş in 1997 keine parlamentarischen Erfolge buchen. Aber ihr gelang es, besonders während des schmutzigen Kriegs gegen die kurdische Bevölkerung in den 1990er Jahren, Parteimitglieder in das Repressionsapparat des Staates und in die Ministerialbürokratie einzuschleusen. 1997 übernahm der Parteiideologe und »Backgroundworker« Devlet Bahçeli den Vorsitz der Partei. Unter seiner Führung konnte die MHP bei den Wahlen am 18. April 1999 mit 19,6 Prozent Stimmenanteil als zweitstärkste Partei in das Parlament einziehen und Koalitionspartner der Ecevit-Regierung werden.

Die Koalitionsregierung musste während der großen Wirtschaftskrise 2000-2001 auf Drängen der Neofaschisten Neuwahlen ausrufen. Alle Koalitionsparteien, so auch die MHP mussten herbe Verluste hinnehmen. Die Neofaschisten erhielten bei den Wahlen in 2002 nur 8,4 Prozent Zustimmung und flogen aus dem Parlament. 2002 begann die Ära der AKP und somit ein Prozess, in dem die neoliberale Akkumulationsregime im Rahmen eines neuen Hegemonieprozesses schrittweise reorganisiert wurde. Heute ist dieser Prozess an einem Punkt angekommen, an dem tiefe Transformationen innerhalb der gesellschaftlichen Klassen zu beobachten und inzwischen sämtliche rechtliche wie institutionelle Hindernisse für die Umsetzung neoliberaler Politik weitgehend beseitigt sind.

Nutznieser dieser Entwicklung war, neben den Islamisten, zweifellos die neofaschistische MHP. Obwohl die MHP in der AKP-Ära erst ab 2007 wieder im türkischen Parlament vertreten ist, aber nie in einer der AKP-Regierungen offiziell vertreten war, ist sie heute die wichtigste politische Stüt-

ze des autoritär-faschistoiden AKP-Präsidialsystems. Mehr noch; in zivilen wie in militärischen Apparaten, in der Ministerialbürokratie und dem Polizeiapparat stehen Neofaschisten in entscheidenden Leitungspositionen. Die heutige MHP vergiftet weiterhin die Gesellschaft in der Türkei mit ihrer panturanistisch-nationalsozialistischen Ideologie und steht für die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur Gewehr bei Fuß.

Türkische Neofaschisten in Europa

Die Diskussionen der letzten Wochen und die Berichterstattung über die Verbotsdebatte haben viele Informationen über das Wirken der türkischen Neofaschisten in Europa zu Tage gefördert. In den sozialen Medien finden sich zahlreiche Hinweise zu den Texten und Artikeln über »Graue Wölfe« im Internet. Insofern sollte dieser Artikel als eine Ergänzung dieser Informationen verstanden werden.

Viele armenische, kurdische und türkeistämmige Antifaschist:innen haben die Verbotsdebatte mit einer gewissen Genugtuung verfolgt. Es ist in der Tat erfreulich, wenn gerade Abgeordnete der CDU/CSU nun endlich zu der Einsicht gelangt sind, dass man es bei den »Grauen Wölfen mit einer rechtsextremistischen faschistischen Organisation zu tun hat, deren ultra-nationalistische Ideologie menschenverachtend ist.« (CDU-Innenpolitiker Christoph de Vries)

Erinnern müssen wir jedoch diese Politiker:innen daran, dass die türkischen Neofaschisten sich erst durch Unterstützung der verantwortlichen Politik in Deutschland organisieren konnten. So war die MHP die erste türkische Partei, die in Deutschland tätig wurde. Am 9. April 1973 wurde die MHP-Auslandsvertretung in Kempten eröffnet. Bis Ende Juli 1976 organisierte die MHP ihre Parteiarbeit legal und mit Wissen der Bundesbehörden. Die pro forma Auflösung am 28. Juli 1976 war keineswegs von deutscher Seite gewünscht, sondern das Ergebnis eines Urteils des türkischen Verfassungsgerichts, der türkischen Parteien verboten hatte, Auslandsvertretungen zu eröffnen. Obwohl Türkei enge Beziehungen zu deutschen Neonazis aufgebaut hatte, 1970 auf Einladung des NPD-Vorsitzenden von Thadden nach Deutschland kam und 1977 (28. Juli) seine Anhänger in Deutschland aufforderte, die Zusammenarbeit mit der NPD zu vertiefen, sowie »die Erfahrungen und Methoden der NPD für ihre Organisationsarbeit zu nutzen«, wurden die türkischen Neofaschisten von der Politik und den Bundesbehörden unterstützt. Während der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß am 1. Mai 1978 Türkei persönlich empfangen und ihm tatkräftige Unterstützung zugesagt hatte, meinte Georg Tandler 1980, dass »die MHP und die Türk Föderation sich im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik für die Interessen der türkischen Republik und der türkischen Nation einsetzen« würden.

Erinnern müssen wir sie auch daran, dass die »Türk Föderation« am 17.-18. Juni 1978 in einem von der CDU gemieteten Saal im hessischen Schwarzenborg gegründet wurde. Während der ehemalige CDU-Innenminister in Rheinland-Pfalz, Heinz Schwarz für die CDU den Kontakt zu Türkei aufrechterhielt, verhalf der CDU-Stadtverordnete Hans-Eckhardt Kannapin dem Vorsitzenden der »Türk Föderation« Lokman Kundakçi sowie dessen Nachfolger Musa Serdar Çelebi durch angebliche Beschäftigung in seinem fiktiven »Türkei Institut« zu Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen in der BRD. Diese sogenannten »wissenschaftlichen Mitarbeiter« gaben als Arbeitsadresse die Kannapin-Wohnung in Schwalmstadt, Mainzer Gasse 2 an. Türkei belohnte Kannapins Unterstützung mit mehreren Nordzypernaufenthalten, deren Kosten er aus seinen persönlichen Konten beglich. Als Kannapin 1980 beerdigt wurde, waren mehrere Führungskader der »Türk Föderation« anwesend.

Auch wenn diese Tatsachen nicht in Verfassungsschutzberichten enthalten sind, dürfte es den heutigen Abgeordneten der CDU/CSU Bundestagsfraktion nicht entgangen sein, wie sich die zahlreichen Vereine, Verbände und Firmen der türkischen Neofaschisten seit Jahrzehnten in der BRD und Europa organisiert und verankert haben. Die sehr informative Broschüre »Die Verflechtung deutscher Politik mit der MHP – am Beispiel der CDU/CSU« (zu finden unter: <https://de.indymedia.org/sites/default/files/2018/09/29899.pdf>) belegt eindrucksvoll die Entwicklung bis heute.

Und sicher ist den Bundesregierungen und Bundesbehörden, allen voran dem Bundesinnenministerium bekannt, dass neofaschistische Mörder sich unbehelligt bis heute in Deutschland aufhalten. So ist vor kurzem bekannt geworden, dass der neofaschistische Mörder Ethem Kiskis, der an dem

»Balgat Massaker« [5] beteiligt war, bis zu seinem Tod am 15. November 2020 in Frankfurt am Main gelebt und gearbeitet hat. So wie er wurde bis heute kein einziger neofaschistischer Mörder in Deutschland vor Gericht gebracht.

Der eigentliche Hintergrund der Verbotsdebatte

Wenn heute der Deutsche Bundestag mehrheitlich der Auffassung ist, dass das Bundesinnenministerium einen Organisationsverbot zu prüfen habe, dann ist das zu unterstützen. Nicht nur das, es gilt weiterhin die Durchsetzung eines Verbots zu fordern. Dafür benötigt man keinen Bundestagsbeschluss, das gültige deutsche Vereinsrecht gibt genügend Instrumente. Was aber notwendig ist, ist der politische Wille dazu, der bisher gefehlt hat und möglicherweise noch lange auf sich warten lassen wird.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Bundesregierungen in der Frage des Umganges mit Neofaschisten lassen leider wenig zu hoffen. Die Tatsache, dass die genannten Organisationen ihr »volles Vertrauen in unsere unabhängige Justiz in Deutschland« erklären, deutet daraufhin, dass Verbote nur Drohungen bleiben werden. Abgesehen davon, hat die ganze Verbotsdebatte einen Haken.

Zum einen geht es bei den angedrohten Organisationsverboten um einen »Faustpfand« gegenüber der türkischen Regierung, was in Ankara auch als solche angesehen wird. Das symbolische Verbot in Frankreich hat einen klar ausgesprochenen außenpolitischen Charakter. Der eigentliche Hintergrund der Verbotsdebatte ist in der Politik des türkischen Staates in Ostmittelmeer, in der Ägäis, in Libyen, Syrien und in Kaukasus zu suchen. Die Bundesregierung steht vor einem Dilemma; einerseits musste sie den Forderungen Frankreichs, Zypern und Griechenland nachgeben, andererseits dafür Sorge tragen, dass der strategische Handelspartner, die Türkei auf Kurs gehalten wird. Daher wurde eine Entscheidungsfindung auf dem EU-Gipfel im Juli 2020 durch das Betreiben der Bundesregierung vertagt. Nun wird am 10. Dezember wieder über die Türkei verhandelt und die Bundeskanzlerin erklärte persönlich, dass diesmal Maßnahmen gegen die Türkei auf dem Tisch liegen werden. Die innenpolitischen Diskussionen in der Türkei belegen, dass der »Faustpfand« schon jetzt Wirkung zeigt. Der Machtkampf im türkischen Staat ist im vollen Gange.

Zum anderen ist der türkische Neofaschismus organisatorisch nicht mehr nur mit den »Grauen Wölfen« einzugrenzen. Neben den Organisationsstrukturen der »Grauen Wölfe«, also die genannten Verbände, gibt es weitere türkische Organisationen, welche die Staatsideologie der »türkisch-islamischen Synthese« sich zu eigen gemacht haben und in Institutionen wie der Islam-Konferenz oder Integrationsgipfel der Bundesregierung vertreten sind. Sie werden von der Politik als Gesprächspartner anerkannt und aus zahlreichen Töpfen finanziell gefördert. Als Beispiele sollte die Nennung von Organisationen wie der DITIB, dem Zentralrat der Muslime oder der VIKZ ausreichend sein. Hinzu kommt die Tatsache, dass der »Wolfsgruß«, neben dem »Rabia-Gruß«, was »eine Nation, eine Fahne, ein Vaterland, ein Staat« bedeutet, zum Allgemeingut aller türkischen Konservativen und Nationalisten geworden ist. Islamisten und türkische Neofaschisten stehen nicht nur in der türkischen Regierung, sondern auch in zahlreichen Vereinen, Sportclubs, Moscheen oder Verbänden in Europa seit an Seit. Und nicht zuletzt fehlt in dieser getürkten Debatte, die politische Auseinandersetzung mit der jahrelangen bundesdeutschen Unterstützung türkischer Neofaschisten.

Es steht außer Frage, wenn bürgerliche Demokratien sich mit Organisationsverboten gegen Faschisten aller Art wehren wollen, sie dann die volle Unterstützung der Antifaschist:innen ohne Wenn und Aber bekommen werden. Ein Verbot aller faschistischen Organisationen ist mehr als fällig. Trotzdem müssen weitergehende Schritte unternommen werden. So ist die Aufarbeitung der Entwicklungsgeschichte und das Nennen der politisch Verantwortlichen an der Etablierung türkischer Neofaschisten in der BRD sowie Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und der Kampf um die Köpfe innerhalb der türkeistämmigen Community weiterhin notwendig. Gerade das ist und bleibt die Aufgabe der Antifaschist:innen.

[1] Die Ideologie des Panturkismus und Turanismus behauptet die rassistische, historische und moralische Einheit und Überlegenheit aller Turkvölker, von Afghanistan/China bis zum Südostzip-

fel des Balkans. Propagiert wurde und wird die Vereinigung dieser Völker in einem großtürkischen Reich unter türkischer Vorherrschaft. Die turanistische bzw. panturkistische Idee schließt jede Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten und Religionen von vornherein aus. Weitere Informationen in: »Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland«, Kemal Bozay, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland>

[2] Hoffmann/Opperskalski/Solmaz, in: Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1981, S. 49-50.

[3] ANAP: »Mutterlandspartei« (Anavatan Partisi), gegründet nach dem Militärputsch von Turgut Özal.

[4] Siehe: »Susurluk-Skandal«, in <https://de.wikipedia.org/wiki/Susurluk-Skandal>

[5] Siehe u. a.: https://en.wikipedia.org/wiki/Balgat_massacre

